Stine Marg

Mitte in Deutschland

Zur Vermessung eines politischen Ortes

[transcript] | Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Stine Marg
Mitte in Deutschland

Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen
Herausgegeben von Franz Walter | Band 8

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Stine Marg (Dr. disc. pol.), studierte Mittlere und Neuere Geschichte sowie Politikwissenschaft in Göttingen und arbeitet am Institut für Demokratieforschung.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Stine Marg

Mitte in Deutschland

Zur Vermessung eines politischen Ortes

[transcript]

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/.
Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2014 transcript Verlag, Bielefeld

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-2728-2
PDF-ISBN 978-3-8394-2728-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *http://www.transcript-verlag.de*

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: *info@transcript-verlag.de*

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Inhalt

KONZEPTION UND BEGRIFFSKLÄRUNG

1. Einleitung | 11
- 1.1 Die Mystik der „Mitte“: Oder worum soll es gehen? | 11
- 1.2 Die parteipolitische Umwerbung der „Mitte“ | 14
- 1.3 Warum „Mitte“ dann doch wichtig ist | 29

2. Was ist eigentlich „Mitte“? Die Annäherungen der Gesellschaftswissenschaften | 32
- 2.1 Von definitorischen Bemühungen eines vagen Begriffs | 32
- 2.2 Was nun: „Mittelklasse“ oder „Mittelschicht“? | 36
- 2.3 Es gibt nicht *die*, sondern *viele* „Mitten“ | 41
  - 2.3.1 Über „Mittemilieus“ und „mittige Lebensstile“ | 41
  - 2.3.2 Milieuanalysen aus Hannover | 44
  - 2.3.3 Die „Mitten“ der Sinus- und Deltamilieus | 49
  - 2.3.4 Was folgt aus den bisher vorgestellten Konzepten? Eine erste Zusammenfassung | 55
- 2.4 Die „Mitte“ pragmatisch gedacht über ökonomische Grenzen | 56
- 2.5 Die „gesellschaftliche Mitte“, die keine sein möchte | 60
- 2.6 Eine erste definitorische Annäherung an den Untersuchungsgegenstand | 64

UNTERSUCHUNGSGANG UND METHODE

3. Methodische Überlegungen zur Erschließung der sozialen Mitte | 68
- 3.1 Die „Mitte“ qualitativ erforschen | 68
- 3.2 Die Fokusgruppe als Methode | 71
- 3.3 Mit Fokusgruppe die „Mitte“ erforschen – eine zweite Zusammenfassung | 83
- 3.4 Den bisherigen Einschränkungen zum Trotz: Die „Mitte“ bleibt ein tragfähiger Großbegriff | 86

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

4. Die Fokusgruppe in der praktischen Forschung | 91
4.1 Die Mitte zwischen Abwrackprämie und Kurzarbeit: Die erste Untersuchungswelle | 91
4.1.1 Die Pilotstudie | 91
4.1.2 Die Qual der Wahl: Die Auswahl der Interviewpartner | 93
4.1.3 Die Fokusgruppe und die Erstellung eines Themenkatalogs | 95
4.2 Die Wahlnachlese der Mitte: Die zweite Untersuchungswelle | 102
4.2.1 Die Fokusgruppe und eine gelungene Moderation | 105
4.3 Zwischen oberer und unterer Mitte: Die dritte Untersuchungswelle | 112
4.3.1 Die Fokusgruppe und das Problem der Rekrutierung der Teilnehmer | 122
4.4 Die Mitte zwischen Oberschicht und Bürgertum: Die vierte Erhebungswelle | 124
4.4.1 Die Fokusgruppen und die Auswertung der Materialien | 130
4.5 Protest der Mitte: Die Fünfte Untersuchungswelle | 136

AUSWERTUNG

5. Die Analyse des in den Fokusgruppen produzierten Materials | 145
5.1 Zwischen „Cocooning“ und Pragmatismus: Familie und Wohnen | 145
5.2 Bildungsanstrengungen und Bildungsversprechen | 154
5.3 Aufstiegserfahrungen im expandierenden Wohlfahrtsstaat: Die historischen Erfahrungen der Mitte | 164
5.4 Der Alltag der Arbeitswelt | 171
5.4.1 Sicherung des Lebensstandards und Medium der Anerkennung: Arbeit und Beruf | 171
5.4.2 Das Verblassen einer Utopie: Der Leistungsdiskurs in der gesellschaftlichen Mitte | 175
5.4.3 Anforderungen und Druck: Der Stress der Mitte | 182
5.4.4 Das distanzierte Verhältnis der Mitte zur Krise: Wahrnehmung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen | 186
5.4.5 Zwischenfazit: Arbeitsalltag unter Druck? | 191
5.5 Selbstsicht und Grenzziehung: Die Mitte zwischen den oberen und unteren Rändern | 194
5.6 Die Mitte in der Gesellschaft oder was ist Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung? | 202

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

5.7 Überzogene Erwartungen, legitimer Anspruch oder völlige Indifferenz? Das Verhältnis zum politischen System | 208
5.7.1 „Flachpfeifen“ und „Dampfplauderer“ – Erwartungen an Politiker | 208
5.7.2 „Geschacher“ und „Einheitsbrei“ – Das politische System in der Wahrnehmung der Mitte | 213
5.7.3 Die Transmissionsriemen der Politiker: Wie werden die Medien von der Mitte genutzt? | 219
5.7.4 Was ist Demokratie? Oder: Die Mitte im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit | 220
5.7.5 Zwischen Expertokratie und direkter Demokratie: Reformvorschläge der Mitte | 222
5.7.6 Politisches Engagement in der gesellschaftlichen Mitte? | 225
5.7.7 Zwischenfazit: Das Verhältnis der Mitte zur Politik – zwischen Populismus und transienter Verweigerung | 227
5.8 Alles ist kontingent! Die Erwartungen der Mitte an die Zukunft | 234

6. Von Adaptions- und Bewältigungsstrategien: Der Versuch einer Typenbildung | 244

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerung | 251
7.1 Was folgt aus dem Forschungsdesign? | 251
7.2 Die funktionsbedürftige Mitte | 253
7.3 Der Bürger in der Mitte | 258

ANHANG

8. Dank | 263

9. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis | 265

10. Literaturverzeichnis | 267

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Konzeption und Begriffsklärung

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

1. Einleitung

1.1 Die Mystik der „Mitte“: Oder worum soll es gehen?

Alle tun es – viele äußerst exponiert, einige still und manche mit Vorbehalten: Sie reden und schreiben über die „Mitte“ der Gesellschaft. Mal stehe diese kurz vor dem „Verfall“[1], ein anderes Mal wäre sie nicht satt zu bekommen durch Subventionen und sozialstaatliche Transferleistungen.[2] Sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien haben sich in den letzten Jahren während mindestens eines Wahlkampfes dem Schutz der „Mitte“ verschrieben. Wirtschaftsforschungsinstitute und Stiftungen publizieren regelmäßig Zustandsberichte über die „Mitte“. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen widmen sich einer „Mitte“. Es drängt sich der Eindruck auf, dass „Mitte“ in Deutschland irgendwie relevant und bedeutsam ist.

Gleichzeitig besitzt die „Mitte“ auch immer eine mystische Aura. Sie trägt seit jeher das Versprechen in sich, den harmonischen Ausgleich der Extreme und die einvernehmliche Synthese widerstreitender Anschauungen in sich zu bergen.[3] So gilt die „räumliche Mitte“ häufig als Zentrum und Ausgangspunkt, während die „gesellschaftliche Mitte“ den Garant für Stabilität darstelle und die „politische Mitte“ das Erstarken radikaler Positionen verhindere. So könne sie

1 Philipp Krohn u. Philip Plickert, Die Abstiegssorgen der Mittelschicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.07.2010.

2 Paul Nolte, Eine kurze Geschichte der Mitte, in: Berliner Republik, H. 3/2002.

3 Peter Fischer, Mitte, Maß und Mäßigkeit. Zur Idee und Relevanz eines gesellschaftlichen Mittebezuges, Hamburg 2007, S. 104; Denis A. Sdwischkow, Der einsame Bildungsbürger auf der Suche nach der Mitte. Russland im Deutschlandkonzepts Thomas Manns, in: Weimarer Beiträge, Jg. 45 (1999) H. 2, S. 180-198.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

durch eine Vermittlung auf ausgeprägte rechte oder linke, die Demokratie gefährdende, Überzeugungen ausgleichend wirken.[4] Mitunter werden sogar große Hoffnungen in die „Mitte“ gesetzt, indem ihr eine moderierende Funktion zugeschrieben wird. Schließlich geißelte bereits Aristoteles das Übermaß in jeglicher Hinsicht als Gefahr für den Staat, und bestimmte die „große Mitte“ als das Rückgrat einer funktionierenden Gemeinschaft.[5] Die „Mittleren“, die weder Herren noch Knechte seien, würden niemanden verachten oder beneiden und insofern den Kern einer fruchtbaren politischen Gemeinschaft bilden.[6] Für Aristoteles waren die „Mittleren“ vernünftig sowie tugendhaft, die Durchschnittsbürger weder radikale Anarchisten noch dogmatische Chauvinisten, sondern moderate Zivilisten. Und jene stellten in der Masse einen Ausgleich her zwischen rechts und links, zwischen oben und unten, sind einsichtig und nicht exzentrisch, besonnen, nicht erregt.[7] Die Imagination von einer „guten Mitte“ hält sich bis heute. Auch deshalb scheint sie gesellschaftlich definieren zu können, was „normal“ ist, was „Norm“ und „Normalität“ sind. Doch die „Mitte“ wirke nicht nur auf Politik und Gesellschaft ausgleichend und stabilisierend. In den hochentwickelten Industriestaaten wird ihr inzwischen auch eine ökonomische Bedeutung beigemessen: Die gebildete, fleißig nach Aufstieg strebende Mittel-

4 Vgl. exemplarisch Rüdiger Altmann, Die Mobilisierung der Mitte. Was sich nach Adenauer gewandelt hat, in: Politische Meinung, Jg. 21 (1976) H. 164, S. 19-26, hier S. 23; Peter Fischer, Mitte, Maß und Mäßigkeit, 2007, S. 312f.; Herfried Münkler, Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010, S. 9, 70.

5 Das Paradigma der „goldenen Mitte“ ist Dreh- und Angelpunkt der Aristotelischen Philosophie. Vgl. hierzu Josef Mehringer, Die Aristotelische Mitte. Dialektik, Mythos und Interdisziplinarität in Aristoteles' Philosophie als Philosophie der Mitte, München 2011, S. 592.

6 Peter Graf v. Kielmansegg, Wozu braucht die Demokratie die Mitte? Aspekte gesellschaftlicher Mitte in Europa – Annäherung und Potentiale, in: Herbert Quandt-Stiftung (Hg.), Bad Homburg v. d. Höhe 2009, S. 59-65, hier S. 61.

7 Vgl. exemplarisch für diese Thesen: Martin Werding, Die Mittelschicht macht reich, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.12.2008. Selbst Buchtitel suggerieren den Zusammenhang zwischen der Auflösung der Mitte und der Implosion der Demokratie Vgl. Hartwig Barthold, Stirbt die Demokratie? Die Auflösung der Mittelschicht und ihre Konsequenzen, Frankfurt a. M. 2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

schicht treibe durch ihre Leistungsfähigkeit und Innovationsbereitschaft das Wirtschaftswachstum an und bringe somit unsere Gesellschaft insgesamt voran.[8]

Daher verwundert es wenig, dass selbst Parteien gern mit der „Mitte-Begrifflichkeit" operieren. Offenbar ist „Mitte" auch auf diese Art zu einem wirkmächtigen Begriff geworden, der nicht nur von Historikern und Sozialwissenschaftlern immer wieder verwendet wird, sondern im politischen Vokabular fest etabliert ist. Während schon Konrad Adenauer mit seiner Regierung eine „Koalition der Mitte" bilden wollte – ein Schlagwort, welches die Christdemokraten in den 1970er, 1990er und 2000er Jahren immer wieder aufgriffen – spielen ebenso die Sozialdemokraten seit 1972 mit der „Neuen Mitte". Diese sollte schließlich mit dem Wahlkampf Gerhard Schröders im Jahr 1998 erneut zu einer verheißungsvollen Vokabel werden. Später eigneten sich auch die Freidemokraten den Begriff der „Mitte" an, die sie im Jahr 2008 heftig in einer großen Kampagne umwarben.

Im Kampf um die politische Vormachtstellung scheint „Mitte" wichtig zu sein, da die Mäßigung suggerierende „Mitte" nicht nur funktional ist, als unentbehrlich für die Demokratie und soziale Marktwirtschaft gilt, sondern vielmehr in der Bedeutung von Mehrheit auch hohe Wahlgewinne in Aussicht stellt. „Partei der Mitte" wirkt immerhin auf zwei Drittel der Bevölkerung ausgesprochen attraktiv.[9] Der Satz: ‚Wer die Macht erringen will, muss die „Mitte" erobern.' klingt in den Ohren der Parteistrategen auch deshalb so erfolgsversprechend, weil sich beinahe sechzig Prozent der (West-)Deutschen selbst in der „Mitte" verorten.[10] Und – folgt man Ortega y Gasset – ist die „Mitte" bei der Politik auch deshalb so beliebt, weil sie leicht beeinflussbar sei.[11] Doch was ist das für eine „Mitte"? Sind Wähler mittleren Alters, mittleren Einkommens und einer mittleren Bildung gemeint, oder wird eine „politische Mitte" zwischen rechts und links imaginiert? Und ist die „Mitte", die sich die Parteikommunikatoren seit zehn

8 Vgl. Martin Werding, Die Mittelschicht macht reich, 14.12.2008; Jörg Schulte-Altedorneburg, Editorial, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland, Bad Homburg v.d.Höhe 2006, S. 7-8, hier S. 613.

9 Renate Köcher, Die Sogwirkung der Linkspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.2008.

10 Statistisches Bundesamt (Hg.), Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2008, S. 178.

11 Zitiert nach Joska Pintschovius, Die Diktatur der Kleinbürger. Der lange Weg in die deutsche Mitte, Berlin 2008, S. 569.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Jahren auffallend oft gegenseitig abspenstig machen, eben die, in der sich mehr als die Hälfte der Bundesbürger wiederfinden?

Die vorliegende Arbeit will die „Mitte“ erschließen, genauer: die politische, die soziale, die gesellschaftliche „Mitte“. Doch gerade weil „Mitte“ in den Sozialwissenschaften und in der Politik ein so diffuses Gebilde ist, geht es in einem ersten Schritt, der der Aufschlüsselung der „Mitte“ vorgelagert ist, zunächst um die Frage, wie die „Mitte“ wissenschaftlich untersucht werden könnte. Hier stehen letztlich zwei zentrale Fragen im Vordergrund: Mit welchen Methoden kann die „Mitte“ wissenschaftlich erforscht werden und wie ist diese „Mitte“ beschaffen? Weil hier nicht die „räumliche Mitte“ im Fokus steht, sondern die Untersuchung vor einem politikwissenschaftlichen Hintergrund stattgefunden hat, soll es zunächst um die „Mitte-Konzepte“ der im Bundestag vertretenen Parteien gehen – auch, um so die Wirkmächtigkeit und Relevanz der „Mitte“ nachzuweisen – bevor in einem zweiten Schritt die „Mitte-Vorstellungen“ der soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschungsliteratur rezipiert werden, um schließlich zu einer Beschreibung der zeitgenössischen gesellschaftlichen „Mitte“ zu gelangen, die aus Erhebungen mittels Fokusgruppen schöpft.

1.2 DIE PARTEIPOLITISCHE UMWERBUNG DER „MITTE“

Zunächst soll die Behauptung untermauert werden, dass von vielen Seiten die Bedeutsamkeit der „Mitte“ postuliert wird. Vor allem in der politischen Arena taucht das „Mitte-Konzept“ immer wieder auf. Das „mittige Denkmodell“ ist ein wiederkehrendes Motiv in parteiprogrammatischen Publikationen. Auf welche Vorstellungen von „Mitte“ konnten sich Parteien jeweils einigen? Die Sicht auf die „Mitte-Bilder“ von FDP, SPD, CDU und den Grünen dient als Nachweis, dass „Mitte“ innerhalb des politischen Diskurses eine Relevanz hat. Gleichzeitig stehen diese Beschreibungen auch für ein bestimmtes Bild der Gesellschaft, der Politik und der Individuen. Diese spezifische Art des sozialen Lebens repräsentiert ebenso Werte und Praktiken[12], die so im Zusammenhang mit der „Mitte“ gleichfalls offengelegt werden sollen. Die parteipolitisch geprägte Vorstellung der „Mitte“ – so die These – hat sich von einem relativ vagen und harmonisierenden Konzept in den 1950er bis 1970er Jahren hin zu einer konkreten Vorstel-

12 Vgl. Slavoj Žižek, Das „unendliche Urteil“ der Demokratie, in: Demokratie? Eine Debatte, Frankfurt a. M. 2012, S. 116-136.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

lung über eine spezifische gesellschaftliche Gruppe, der seit den 1990er Jahren eher exklusive Eigenschaften zugeschrieben wird, entwickelt.

Die politische Debatte um die „Mitte" ist alt. So war die „Neue Mitte" mitnichten eine genuine Erfindung der Schröder-SPD. Bereits auf dem Dortmunder Wahlsonderparteitag der SPD im Oktober 1972 prägte Brandt in einer von Klaus Harpprecht verfassten Rede diese Begrifflichkeit. Schon damals wurde der Terminus nicht präzise definiert, dennoch gelang es dem damaligen Bundeskanzler, damit ein spezifisches Lebensgefühl einzufangen.[13] Für Brandt war die „Neue Mitte" Substanz und Standort nicht einer *Partei*, sondern eines *Regierungsbündnisses*, dessen wichtigstes Ziel es sei, mehr Freiheit und Gerechtigkeit für die bisher Benachteiligten zu schaffen.[14]

Der Bundestagswahlkampf der Sozialdemokraten im Jahr 1998 markierte den Beginn einer erneuten „Mitte-Konjunktur". Mit der „Mitte", die Schröder und seine Partei wiederentdeckten, war nun nicht mehr ein Regierungsbündnis gemeint, sondern wurde eine Allianz zwischen den Stimmbürgern und der SPD anvisiert. Im Wahlprogramm wird deutlich, wie sich die Sozialdemokraten diese Wähler vorstellten: leistungsfähig, flexibel, gut ausgebildet, eigenverantwortlich und initiativ. Es waren die so genannten „hoch qualifizierten und motivierten Leistungsträger" der Gesellschaft, um die man für dieses politische Projekt der „Neuen Mitte" warb, engagierte Mittelständler, mutige Existenzgründer, Informatiker, Ärzte und Ingenieure, erfindungsreiche Techniker und Wissenschaftler. Zusammengenommen waren sie – in den Augen der Parteistrategen – die Mehrheit der Gesellschaft. In seiner Rede auf dem Leipziger Parteitag im April 1998 ergänzte der designierte Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, dass er mit der „Neuen Mitte" nicht nur um Angehörige der „wissenschaftlich-technischen Intelligenz", sondern auch um die Kernklientel der Christdemokraten, um den Mittelstand, kämpfen werde.[15] Angelernte Arbeiter, Arbeitsuchende oder Jugendliche ohne Ausbildung wurden nur angesprochen, sollten nur teilhaben,

13 Zur grundsätzlichen Bedeutung dieser Rede vgl. Franz Walter, Der Kanzler und seine Intellektuellen, in: Ders., Träume von Jamaika. Wie Politik funktioniert und was die Gesellschaft verändert, Köln 2006, S. 87-92, hier S. 89f.

14 Willy Brandt, Perspektiven der neuen Mitte, in: Hildegard Hamm-Brücher (Hg.), Auftrag und Engagement der Mitte. Eckwerte der Demokratie in der Bundesrepublik, München 1974, S. 245-252, hier S. 248f.

15 Vgl. Die Rede von Gerhard Schröders auf dem Leipziger Parteitag: Gerhard Schröder, Rede, 17.04.1998, online einsehbar unter http://www.april1998.spd-Parteitag.de/schroeder.html [eingesehen am 19.02.2009].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

wenn sie unbedingten Leistungswillen und Einsatzbereitschaft zeigten, statt sich mit ihrer Situation abzufinden. Nur wenn sie sich anstrengten, seien sie transferleistungsberechtigt. Dies gebiete die Fairness gegenüber den eigentlichen Stützen der Gesellschaft. Darunter verstanden die sozialdemokratischen Strategen diejenigen, die den Sozialstaat mit ihren Steuern und Abgaben finanzieren. Und genau um die ging es den Sozialdemokraten vornehmlich. Ihnen sollte das Gefühl gegeben werden, dass sich ihr Engagement lohne, dass sie als Kostenträger des Wohlfahrtssystems fair behandelt würden. An Faule und Unwillige sollte das Geld der „Mitte-Bürger" nicht verschwendet werden.[16] Schließlich wurde im so genannten Schröder-Blair-Papier formuliert, dass das „Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung" umgewandelt werden solle. Die Ausweitung der Chancengleichheit sollte dabei – sozusagen als Gerechtigkeitskorrektiv – immer im Blick behalten werden.[17]

Bereits im Bundestagswahlkampf 1998 gab es Signale, dass es für die Christdemokraten nach 16 Jahren Regierungsverantwortung eng werden würde. Auch deshalb wollten sie bei der Entlehnung der traditionell von ihr gebrauchten „Mitte-Begrifflichkeit" nicht tatenlos zuschauen. Zumal sie es waren, die 1982 die sozialliberale Regierung mit der selbst proklamierten „Koalition der Mitte" abgelöst hatten.[18] Womöglich mag der eine oder andere Christdemokrat es bereut haben, mit dem bereits 1994 zaghaft vorgetragenen Wahlkampfslogan für eine „Koalition der Mitte" nicht kraftvoll in den Bundestagswahlkampf 1998 gestartet zu sein, sondern diese Formel dem politischen Gegner überlassen zu haben. Christdemokraten verorteten sich selbst seit den frühen 1950er Jahren mitten in der Gesellschaft. Sie sahen sich dort verankert, konnten Katholiken und Protestanten, Arbeiter und Großunternehmer zusammenbinden. Doch während jene alte „Mitte" breit, inklusiv und ausgleichend war, sich zumindest auf ein gesellschaftliches Bündnis bezog, schien die nun imaginierte „Mitte" einzig die Bezeichnung für eine Regierungsallianz beziehungsweise eine spezifische parteipolitische Formation zu sein. Dennoch: Den Begriff „Mitte" wollten sich die

16 SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998, Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Beschluss des außerordentlichen Parteitags der SPD am 17. April 1998 in Leipzig, 17.04.1998, online einsehbar unter http://www.april1998.spd-parteitag.de/programm/ [eingesehen am 20.01.2009].

17 Gerhard Schröder u. Tony Blair, Schröder-Blair-Papier. Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, online einsehbar unter http://bnla17.landshut.org/spdvib/041199/original.htm [eingesehen am 20.02.2009].

18 Vgl. Werner Filmer u. Heribert Schwan, Helmut Kohl. Düsseldorf 1990, S. 179.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Christdemokraten von ihrer politischen Konkurrenz nicht nehmen lassen. Daher warb die Union seit 1998 verstärkt mit ihrem Standort „Mitten im Leben". Doch diese Kampagne wurde erst durch die Erfurter Leitsätze aus dem Jahr 1999 in der breiten Öffentlichkeit sichtbar. Die CDU beschrieb sich darin selbst als „Volkspartei der Mitte". Sie beanspruchte diesen Status aufgrund ihrer historischen Führungsrolle im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau, der Sozialen Marktwirtschaft, dem Wirtschaftswunder und der Wiedervereinigung. Auch in Zukunft werde sie für die Gesellschaft diese tragende Rolle übernehmen, weil CDU/CSU für Geborgenheit, Heimat, Zukunft, soziale Sicherheit und Absicherung in einer sich verändernden Welt stünden.[19] Während die SPD also mit ihrer „Mitte" zunächst die gesellschaftlichen Leistungsträger anvisierte, verstand die CDU darunter ihre Funktion als Volkspartei. Diese Selbstbezeichnung unterstrich den Anspruch, die Gesamtbevölkerung schichtübergreifend zusammenzubinden.

Doch die Sozialdemokraten wollten ihre eroberte Begriffshoheit über „die Mitte" nicht zurückgeben. Der damalige Generalsekretär der Partei, Franz Müntefering, erklärte 2001 in der *Frankfurter Rundschau*, „warum für die CDU in der Mitte kein Platz ist".[20] Die Union stünde nicht mitten im Leben, sie habe keinen Anschluss an die mittleren Generationen gefunden und ihre Anhängerschaft sei überaltert. Außerdem sei die „Partei des Kalten Krieges" in der Vergangenheit verhaftet geblieben und habe so jegliche Legitimation für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft verloren. Müntefering sah die „Mitte" zu Beginn des neuen Jahrtausends nicht mehr von der Union besetzt, sondern im Umkreis der „linken Volkspartei". Die ehemals typisch linken Prinzipien und Haltungen, wie beispielsweise die Bereitschaft zum zivilgesellschaftlichen Engagement oder die Analyse der politischen Probleme von ihrer Ursache her, seien im breiten Bewusstsein der Öffentlichkeit angekommen. Somit stehe die SPD strukturell und habituell in der „Mitte" der Gesellschaft. Die Sozialdemokraten schienen nun unter der „Mitte" nicht mehr nur die Subjekte der „Neuen Mitte" zu verstehen, sondern – ebenfalls wie die CDU – einen politischen Standort, der auf Grund seiner zentralen Positionen für eine breite Wählerschaft attraktiv ist.

Wenige Tage nach Müntefering stellte der Christdemokrat Wolfgang Schäuble in einer Replik ebenfalls in der Frankfurter Rundschau klar, dass für

19 Erfurter Leitsätze, Aufbruch '99, online einsehbar unter www.cdu.de/doc/pdfc/12pt_erfurter_leitsaetze.pdf [eingesehen am 17.09.2005].

20 Franz Müntefering, Warum für die CDU in der Mitte kein Platz ist, in: Frankfurter Rundschau, 05.02.2001.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ihn „Mitte“ nicht wie für die Sozialdemokraten Beliebigkeit und Pragmatismus ist, sondern Pluralismus, Toleranz, Subsidiarität und Eigenverantwortung bedeutet. Und weil Schäubles Partei eine auf diese Werte begründete Volkspartei sei, wirke sie zur „Mitte“ hin integrierend.[21] Sowohl SPD als auch CDU waren nun darum bemüht, den Ort der „Mitte“ mit Substanz zu füllen, mit zivilgesellschaftlichem Engagement auf der einen und eigenverantwortlicher sowie toleranter Werthaltung auf der anderen Seite. Dass jenes dieses nicht ausschloss, thematisierten die Parteivertreter in ihrer politischen Rhetorik nicht.

Auch der damalige nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der CDU, Jürgen Rüttgers, warf mit einem Namensartikel in derselben Zeitung weiter Holz auf das „Mitte-Feuer“. Er verschrieb der Union, dass sie über die kulturelle „Mitte“ die politische Mehrheit zurückerobern und sich als runderneuerte Partei für verschiedene Biografien und Lebenswege öffnen müsse.[22] Rüttgers offenbarte mit diesem Statement, dass „Mitte“ für ihn nicht an konkrete Eigenschaften oder Wertvorstellungen gebunden ist, sondern schlicht ein Synonym für die Mehrheit der Wähler darstellt. Und diese sei nicht allein durch vermeintlich allgemeingültige Werte zu erreichen, sondern müsse durch einen breiten Mix an politischen Repräsentanten angesprochen werden.

Im Bundestagswahlkampf 2002 benutzte die CDU weiterhin die „Mitte-Begrifflichkeit“ und führte einige Variationen durch. Man sprach davon, dass sich die Leistungsbereitschaft der „schweigenden Mehrheit“ wieder lohnen müsse und nahm für sich in Anspruch, aus der „Mitte“ des politischen Spektrums und aus dem Zentrum der Gesellschaft heraus zu agieren.[23] So unterstrichen die Christdemokraten einerseits weiterhin ihre volksparteiliche „Mitte-Interpretation“ und glichen sich andererseits der sozialdemokratischen „Mitte-Vorstellung“ an, indem nun auch sie verstärkt Leistungsträger und die ihnen zustehende Belohnung in das Zentrum rückten. Aus Angst, der jeweils andere große politische Konkurrent könne mit seiner „Mitte-Ansprache“ größeren Zulauf erzielen, kupferten CDU und SPD untereinander nicht nur den Begriff, sondern auch dessen nebulöse inhaltliche Füllungsversuche ab und verloren sich so in Unklarheiten, Allgemeinplätzen und Verwechselbarkeiten.

21 Wolfgang Schäuble, Das soll Mitte sein?, in: Frankfurter Rundschau, 09.02.2001.

22 Jürgen Rüttgers, Neue Mitte oder Politik der Beliebigkeit, in: Frankfurter Rundschau, 14.02.2001.

23 Vgl. Leistung und Sicherheit, Zeit für Taten. Regierungsprogramm 2002/2006 von CDU und CSU, online einsehbar unter http://www.cdu.de/doc/pdfc/regierungsprogramm-02-06-b.pdf [eingesehen am 05.01.2009].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Auch die SPD versuchte es im Jahr 2002 zunächst wieder mit der „Mitte" – was 1998 erfolgreich gewesen war, sollte sich nun ein zweites Mal bewähren. Sie startete den Wahlkampf mit dem Kongress „Die Mitte in Deutschland". Bereits in seiner Presseerklärung anlässlich der Konferenz stellte Müntefering klar, dass CDU/CSU nicht „die Mitte" sind. Demgegenüber hätten die Sozialdemokraten alles, um die „rote Mitte" in Deutschland abzudecken: angefangen vom „Mitte-Prototyp" Gerhard Schröder, der sich mit Leistung und Ausdauer in die „Mitte" gekämpft habe, über ein Programm der „Mitte", welches die Familie und eine effektive Beschäftigungspolitik in den Vordergrund stelle, bis hin zu einem Wahlkampf der „Mitte", in dem man „auf dem Weg der Mitte in die Zukunft gehen" werde.[24] In seiner Auftaktrede versuchte der damalige Bundeskanzler, die sozialdemokratische „Mitte" als Bündnis zwischen Arbeitnehmerschaft und aufgeklärtem Bürgertum zu konkretisieren, das von Leistung und Gemeinsinn getragen werde. Er begriff „Mitte" als eine Art Lebensgefühl und trennte erstmals im Vokabular der Partei die politische von der gesellschaftlichen „Mitte".[25]

Das attributive „Mitte-Wirrwarr" der SPD sollte noch gesteigert werden, als Olaf Scholz 2003 mit der „solidarischen Neuen Mitte" versuchte, eine Synthese zwischen der politischen und, wie er es nannte, „soziologischen Mitte" herzustellen. Für Scholz waren die Vertreter der „solidarischen Neuen Mitte" die studierten Nachkommen der hart arbeitenden „kleinen Leute", von denen er nun ein auf Zusammengehörigkeitsgefühl gründendes Eintreten füreinander einforderte. Der damalige Generalsekretär der Sozialdemokratie kritisierte auf diese Art indirekt auch die bisherige Konnotation des vielfach verwendeten Schlagwortes und konzentrierte sich auf ein ehemaliges Kernklientel der Partei, statt sich an einer bürgerlichen Lebensart zu orientieren. In eine ähnliche Richtung zielte der Beitrag von Erhard Eppler im März 2008 auf dem hessischen Landesparteitag der SPD. Eppler forderte hier Solidarität für die verletzte, verunsicherte

24 Franz Müntefering, In Deutschland ist die Mitte rot. Presseerklärung des SPD-Generalsekretärs Franz Müntefering zum Kongress „Die Mitte in Deutschland", 12.02.2002 2002.

25 Gerhard Schröder, Rede des SPD-Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des Kongresses „Die Mitte in Deutschland" am 20.02.2002 in Berlin, online einsehbar unter http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,3200,00.pdf [eingesehen am 03.02.2009].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

und verängstige „Mitte“, die vor einer spezifischen Ausprägung des Kapitalismus geschützt werden müsse.[26]

Unter Verzicht auf jegliche Erklärungen und Begründungen vollzog die Sozialdemokratie nach 2002 eine Kehrtwende von der „Neuen Mitte“, der Allianz zwischen der Partei und der selbstbewussten „wissenschaftlich-technischen Intelligenz“, hin zur einer als hilflos und verzagt imaginierten „Mitte“. Obschon diese Umdefinition nur die Entwicklungen innerhalb der Partei nachvollzog, war sie doch misslungen. Dies mag eine Ursache dafür gewesen sein, den „Mitte-Begriff“ mehr und mehr aufzugeben. Stattdessen sprach man im Hamburger Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007 von der „solidarischen Mehrheit“ und verstand darunter diejenigen, die die Werte und Ziele der Sozialdemokratie teilen sowie in Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Kirchen, sozialen Bewegungen und Netzwerken engagierte Menschen, die sich für eine bessere und gerechtere Gesellschaft einsetzen.[27] Bereits acht Monate zuvor hatte der damalige Parteivorsitzende Kurt Beck in der Tageszeitung *Die Welt* erläutert, was er konkret unter dieser „solidarischen Mehrheit“ verstand: Eine von Einkommen, Sozialmilieu oder Schicht unabhängige Mehrheit, die die Idee einer gerechten Bürgergesellschaft mit wechselseitigen Solidaritäten vereint.[28] Auch Hubertus Heil und Sigmar Gabriel schlossen sich der „Mehrheits-Vokabel“ an und grenzten diese sogar bewusst von der „Neuen Mitte“ ab. Die Mehrheit seien Meister, Techniker, Facharbeiter, Angestellte, Kaufleute, Handwerker, Krankenschwestern oder Beamte, die Produkte und Dienstleistungen mit ihrer Intelligenz, ihrem Geschick, ihrem Können und ihrem Engagement weltweit erfolgreich gemacht hätten und eben keine „Neue Mitte-Mischung“, kein Amalgam aus Internet und Börse.[29]

Im Gegensatz zu den Erklärungen im Zusammenhang mit der „Neuen Mitte“ ist bei denen zur „solidarischen Mehrheit“ kaum noch von Leistung oder Leistungsgerechtigkeit die Rede. Demgegenüber wird umso mehr die Wichtigkeit der Chancengleichheit betont. Auch der Begriff der Solidarität hat einen völlig neuen Stellenwert erhalten. Wurde noch im Schröder-Blair-Papier und auf dem

26 Vgl. Bernd Ulrich, Im Land der Opfer, in: Die Zeit, 17.04.2008.

27 Vgl. Hamburger Programm, Das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, online einsehbar unter http://www.spd.de/de/politik/grundsatzprogramm/index.html#Hamburger_Programm [eingesehen am 02.01.2009].

28 Kurt Beck, Die bürgerliche Mehrheit sitzt in keinem Lager, in: Die Welt, 18.02.2008.

29 Sigmar Gabriel, Links sein. Politik für die Mehrheit, München 2008, S. 24.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

„Mitte-Kongress“ Solidarität immer nur im Zusammenhang mit (Eigen-) Verantwortung benutzt, löste sich auch diese assoziative Beziehung in der „solidarischen Mehrheit“ auf. Doch das sozialdemokratische Führungsduo Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering interessiert sich im Jahr 2008 weder für die „Neue Mitte“ noch die „solidarische Mehrheit“. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat für die im Jahr 2009 anstehende Bundestagswahl, Frank-Walter Steinmeier, erklärte auf dem Außerordentlichen Parteitag im Oktober 2008 in Anspielung auf die CDU-Kampagne, dass er nicht wisse, was eine „bürgerliche Mitte“ ist und versprach gleichzeitig schlicht, eine Politik für die Mehrheit zu machen – in seinen Augen Menschen, die sich gegen die Vorstellungen von oben und unten zur Wehr setzen.[30]

Demgegenüber blieb die CDU bei der Vokabel „Mitte“. Im hastig verfassten Wahlprogramm von 2005 reklamierte sie erneut für sich, die „Volkspartei der Mitte“ zu sein.[31] Dass sie als Christdemokraten nahe an der Lebenswirklichkeit der Menschen seien, lieferte die argumentative Begründung für diesen Anspruch.[32] Die CDU versprach eine auf festen Werten gründende „Politik der Mitte“.[33] Darunter begriff sie Heimat, Familie, Nationalstolz, Fortschritt, Freiheit, Eigenverantwortung und Subsidiarität. Im neuen Grundsatzprogramm wurde ebenso der Alleinanspruch auf die alle Schichten des Landes integrierende, für den sozialen Aufstieg offene „Mitte“ betont.[34] Für diese „Mitte“ wollte die

30 Frank-Walter Steinmeier, Verantwortung für Deutschland, online einsehbar unter http://www.frank-walter-steinmeier.de/_pdf/081018_rede_bpt_steinmeier [eingesehen am 10.03.2009].

31 Regierungsprogramm 2005-2009, Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit, online einsehbar unter http://www.regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf [eingesehen am 13.02.2009].

32 Vgl. Ronald Pofalla, Rede des Generalsekretärs Ronald Pofalla MdB vor dem Bundesausschuss vom 20. Februar 2006, online einsehbar unter http://www.cdu.de/doc/pdfc/06_02_20_GS_Rede_Bundesausschuss.pdf [eingesehen am 11.12.2008].

33 Vgl. Erfurter Erklärung, Beschluss des Bundesvorstandes, 10.01.2009, online einsehbar unter www.cdu-halle.de/aktuell/090110-Erfurter-Erklaerung.pdf [eingesehen am 05.02.2009].

34 Vgl. Grundsätze für Deutschland, Entwurf des neuen Grundsatzprogramms. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an den 21. Parteitag am 3./ 4. Dezember 2007 in Hannover, online einsehbar unter http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/070701-leitantrag-cdu-grundsatzprogramm-navigierbar.pdf [eingesehen am 10.10. 2008].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

CDU wirtschafts- und sozialpolitische Handlungskonzepte entwickeln. Diese sollten den Bürgern die virulente Angst vor dem Abstieg nehmen, ihre „bürgerlichen Werte und Tugenden“ stärken und die Familie in das Zentrum stellen.[35] Allerdings sollte jener „Mitte“ nicht – wie es Sozialdemokraten wie Erhard Eppler forderten – Solidarität zuteilwerden, sondern sie sollte diese aus sich selbst heraus immer wieder neu bereitstellen. Als Gegendienst müsse, so das Programm der Christdemokraten, der die „Mitte“ prägende „bürgerliche Leistungsgedanke“ wieder ausreichend honoriert werden.[36]

Während also die CDU unbeirrt darauf beharrt, die Mitte zu repräsentieren und die SPD im Laufe des Jahres 2007 den Mitte-Begriff wieder freimachte, bemächtigte sich dessen die FDP, zumal den Liberalen die „Mitte“ der Christdemokraten zu weit nach links gerückt war. Die Union hatte sich aus Sicht der Liberalen mit ihren Vorstellungen über Mindestlohn und einem Gesundheitsfond zu weit von der Sozialen Marktwirtschaft entfernt.[37] Ähnlich wie die CDU konnten sich auch die Freidemokraten auf eine jahrzehntealte „Mitte-Tradition“ berufen. Die liberale „Mitte“ speiste sich jedoch nicht aus dem Anspruch Volkspartei sein zu wollen, sondern aus zwei völlig anderen Quellen: der linksliberalen Tradition und der Rolle der FDP im bundesdeutschen Parteiensystem. So sah sich der so genannte linksliberale Flügel der Freien Demokratischen Partei als Repräsentant des alten Mittelstandes soziologisch, politisch und kulturell bereits seit der Gründungsphase der Bundesrepublik in der „Mitte“ der Gesellschaft und scheute ebenso die rechten wie linken Extreme. Über die soziologische Platzierung der Parteimitglieder hinaus fand die „Mitte“ eine Begründung in der Funktion der Partei innerhalb des bundesrepublikanischen Parteiensystems: Die Liberalen positionierten sich dort in der „Mitte“, zwischen Sozial- und Christdemokraten und boten sich in den wechselnden Regierungskoalitionen stets als Korrektiv an.[38] Und obwohl der FDP mit dem Auftauchen der Grünen beziehungsweise spätestens mit der Etablierung des Fünf-Parteien-Systems ihre „Scharnierfunktion“ abhandenkam, wird ihr in Umfragen noch immer der „Mitte-Status“

35 Vgl. Wiesbadener Erklärung der CDU Deutschlands, Deutschland stärken. Politik der Mitte fortsetzen, 05.01.2008, online einsehbar unter www.angela-merkel.de/080105-wiesbadender-erklaerung.pdf [eingesehen am 03.09.2008]; Norbert Röttgen, Der bürgerlichen Mehrheit Heimat geben, in: Die Welt, 25.02.2008.

36 Norbert Röttgen, Der bürgerlichen Mehrheit Heimat geben, 25.02.2008.

37 Vgl. Guido Westerwelle, Interview, in: Passauer Neue Presse, 04.12.2007.

38 Vgl. Peter Lösche u. Franz Walter, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftswechsel, Darmstadt 1996, S. 26, 37.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

zuerkannt.[39] Rund 29 Prozent der repräsentativ ausgewählten Befragten denken spontan an die FDP, wenn sie das Wort „Mitte“ hören. Lediglich 21 Prozent assoziieren damit die Sozialdemokraten und 20 Prozent die CDU.[40] In diesem Sinne basierte die verstärkte Umwerbung der „Mitte“ seit 2008 auf hergebrachten liberalen Traditionen.

Auf diese nahmen die Freien Demokraten mit einer intensiven Kampagne im ersten Halbjahr 2008 Bezug. Mit „die Mitte stärken“ betonte die FDP, dass sie im Zwischenraum von rechts und links bleiben und „Kurs halten“ will.[41] Sie inszenierte sich verstärkt als Anwalt derer, die „den Karren ziehen“ und die vom Wirtschaftsaufschwung nichts spüren würden, obwohl deren Fleiß der Motor eben jenes Booms sei.[42] Wie bereits die beiden so genannten Volksparteien zuvor versuchte auch die FDP, sich ein Bild von der gesellschaftlichen „Mitte“ zu machen. Diejenigen, die morgens aufstehen, ihre Kinder versorgen, zur Arbeit gehen und Steuern zahlen, diejenigen, die Leistung bringen, eine gute Ausbildung erreichen und sich ihr privates Glück auf gesichertem wirtschaftlichen Fundament selbst erarbeiten wollen, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, Vorgesetzte, Belegschaften oder Auszubildende, sie alle seien die „Mitte“ Deutschlands. Und eben diese, von Union und SPD „vergessene bürgerliche Mitte“, wolle aus Sicht der FDP mehr Freiheit, fordere Leistungsgerechtigkeit sowie „mehr Netto“ und sei gleichzeitig bereit, Verantwortung zu übernehmen.[43] Stattdessen sei sie unter der Großen Koalition durch neue Belastungen, die Mehrwertsteuererhöhung und geringere Nettolöhne unter Druck geraten. Um diesen Menschen die Unsicherheit zu nehmen, forderte die FDP eine Senkung sowie Vereinfachung der Steuern- und Abgabenlast, Bürokratieabbau, Flexibilisierung

39 Vgl. Renate Köcher, Die Sogwirkung der Linkspartei, 20.12.2008.

40 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann u. Renate Köcher (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002. Bd. 11, München 2002. Nur drei Prozent denken bei dem Wort „Mitte“ in der Politik an Bündnis 90 / Die Grünen.

41 Vgl. Strategische Eckpunkte 2008, Mehr Freiheit wagen. Hannover, 09.11.2007, online einsehbar unter http://www.liberale.de/webcom/show_download.php?wc_c=653&wc_cat=14 [eingesehen am 05.11.2008].

42 Vgl. Guido Westerwelle, Interview, in: Saarbrückener Zeitung, 19.12.2007.

43 Vgl. „Die Mitte stärken!“, Kampagne der FPD, online einsehbar unter http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show-articlephp/c-1076/-lkm-743/i.html [eingesehen am 23.02.2008].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

des Arbeitsrechtes und eine Stärkung der mittelständischen Tugenden, wie Mut, Kreativität, Verantwortungsgefühl und Leistungsbereitschaft.[44]

In der täglichen liberalen Regierungsarbeit ab 2009 benutzten die liberalen Politiker die Vokabel der „Mitte" deutlich seltener. Übrig blieben gelegentliche Solidaritätserklärungen mit ihr. So betonten beispielsweise der Parteivorsitzende und der Generalsekretär auf dem Dreikönigstreffen im Jahr 2012 pflichtschuldig, dass die Freidemokraten „Politik für die arbeitende Mitte der Gesellschaft" machten, die man weiterhin durch den Abbau von Bürokratie und finanziellen Belastungen stärken möchte.[45] Auch im neuen Grundsatzprogramm der FDP, den Karlsruher Freiheitsthesen, stehe diese „Mitte" im Zentrum der liberalen Politik. Die FDP sieht sich als „Partei der Freiheit des Einzelnen" gleichzeitig als „Partei der gesellschaftlichen Mitte".[46]

Die Sozialdemokraten gingen in den letzten vier Jahren ähnlich zurückhaltend mit der „Mitte" um, nachdem diese für die Partei noch 1998 und 2002 als Wahlkampfslogan herhalten musste. Sozialdemokraten forderten zwar im November 2009 auf ihrem Parteitag in Dresden eine „Entlastung der Mittelschicht" und fragten sich in der Rückschau auf das desaströse Bundestagswahlergebnis mit mageren 23 Prozent, warum man gerade in der „sozialen Mitte", die man als „Arbeitnehmerschaft" definiert, so hoch an Zustimmung verloren hatte[47], doch wichtig ist die „Mitte" derzeit nicht. Bis auf die Wahl des Sozialdemokraten Olaf Scholz im Februar 2011 zum Hamburger Bürgermeister, die als „Sieg der Mitte"

44 Vgl. Guido Westerwelle, Die vergessene bürgerliche Mitte, in: Die Welt, 03.03.200 ; Beschluss des FDP-Präsidiums, Liberales Manifest für den Mittelstand, online einsehbar unter http://www.liberale.de/webcom/show_article.php/_c-567/_nr-2147/i.html [eingesehen am 21.01.2009].

45 So beispielsweise auf dem Dreikönigstreffen 2012, vgl. exemplarisch Die Rede von Patrick Döring auf Dreikönigstreffen am 06.01.2012, online einsehbar unter http://fdp-bw.de/fdpbwblogs/dreikoenig12/ [eingesehen am 02.12.2012].

46 Verantwortung für die Freiheit, Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. Beschluss des 63. ordentlichen Bundesparteitages der FDP, Karlsruhe 22.04.2012, online einsehbar unter http://www.fdp.de/files/565/Freiheitsthesen_vorlaeufige_Fassung.pdf [eingesehen am 07.10.2012], S. 7 und 25.

47 Die SPD, Beschlüsse des ordentlichen Bundesparteitages der SPD. Dresden, 13.-15. November 2009, online einsehbar unter http://www.spd.de/linkableblob/1780/data/beschlussbuch_bundesparteitag_dresden_2009.pdf [eingesehen am 06.11.2012], S. 110.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

gefeiert wurde, blieb es um das Thema „Mitte“ in den letzten Jahren auffällig ruhig.

Demgegenüber sind die Christdemokraten die einzigen, die den Mitte-Begriff durchgängig seit beinahe zwei Jahrzehnten zu verteidigen scheinen. Sie betonen immer wieder: „Die Mitte sind wir“ und „nur aus der Mitte könne Deutschland erfolgreich gestaltet werden“.[48] Die Vokabel der „Mitte“ rahmt auch die neuesten Parteitagsbeschlüsse, beginnend mit dem Bekenntnis „Die Christlich Demokratische Union ist die größte Volkspartei der Mitte in Deutschland.“ und endend mit der Formel „Die CDU bleibt die Volkspartei der Mitte. Aus der Mitte heraus gestaltet sie seit über 60 Jahren unser Land und übt Anziehungskraft auf Wähler rechts und links der Mitte aus.“[49] Im Herbst 2010 gerann „Mitte“ überdies zu einer innerparteilichen Kampfvokabel. Nach dem Rückzug Ursula Steinbachs aus dem Parteivorstand entbrannte eine parteiinterne Debatte über das zu schärfende konservative Profil der CDU.[50] Anlässlich des Festaktes der 60-Jahrfeier der Union erteilte die Parteivorsitzende Angela Merkel diesen internen Forderungen nach mehr Konservatismus eine deutliche Absage. Sie sei die Parteivorsitzende einer „Volkspartei der Mitte“ und unterstrich: „Die Mitte ist eine Haltung, die vermeintliche Gegensätze überwindet.“[51] In dieser Formel löst sich beinahe jegliches Begriffsfundament auf. Dieses liberale christdemokratische „Mitte-Bild“ wird durch die Aussage Ole von Beusts ergänzt. Nach dem endgültigen Bruch der ersten schwarz-grünen Koalition in Hamburg verteidigte der scheidende Oberbürgermeister der Hansestad seine Öffnung zur „Mitte“ hin.

48 Vgl. Beschluss des 22. Parteitages der CDU Deutschlands, Die Mitte. Deutschlands Stärke. 30.11.-02.12.2008 in Stuttgart, online einsehbar unter www.cdu.de/doc/pdfc/081202-beschluss-a-klima-umwelt-verbraucherschutz.pdf [eingesehen am 04.01.2009].

49 Die CDU, Beschluss des 23. Parteitages der CDU Deutschlands, Karlsruhe 14.-16. November 2010, Verantwortung Zukunft, online einsehbar unter http://www.cdu.de/doc/pdfc/101116-verantwortung-zukunft-beschluss.pdf [eingesehen am 12.03.2012], S. 1, 16.

50 Vgl. o.A., Ist die CDU zu links?, in: Zeit Online, 13.09.2010, online einsehbar unter http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/cdu-debatte-konservativ [eingesehen am 13.12.2012]. Zum konservativen Profil der Partei vgl. auch: Franz Walter u. Christian Werwath u.a., Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit, Baden-Baden 2011, S. 180ff.

51 o.A., Merkel: CDU bleibt Volkspartei der Mitte, in: Braunschweiger Zeitung, 23.10.2010, online einsehbar unter http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/merkel-cdu-bleibt-volkspartei-der-mitte-id432164.html [eingesehen am 05.12.2012].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Gleichzeitig stellte er dem Konservatismus die „Mitte“ als Antipode gegenüber: ein „bestimmtes Familienbild mit klaren Rollenaufteilungen“ – so von Beust – passt nicht mehr zur „Mitte“ und müsse daher auch von der CDU überdacht werden.[52]

Doch im Kern dachte von Beust mit seiner Öffnung zur „Mitte“ auch an ein Regierungsbündnis, an die Öffnung hin zu den Grünen. Und genau jene nehmen den von ihnen zuvor nie gebrauchten Begriff seit der Bundestagswahl 2009 verstärkt in Anspruch. Es mag Zufall sein, dass die Grünen diese Vokabel genau zu *dem* Zeitpunkt von der Straße aufhoben, als die vormaligen Koalitionspartner ihn dort liegengelassen hatten: Während die SPD die „Neue Mitte“ noch zwischen 1998 und 2005 zum Leitbegriff erkoren hatte, wollte sie davon seit 2008/09 nichts mehr wissen. Die Grünen hingegen bemächtigten sich dieses Begriffes. Für sie ist die „linke Mitte“ nun auch eine „grüne Mitte“. Auf einer Pressekonferenz unmittelbar nach der Bundestagswahl 2009 stellte die Fraktionsvorsitzende Renate Künast fest, dass man sich als Partei in Zukunft „mitte-links“ aufstellen wolle.[53] Durch einen Beschluss auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Rostock im Oktober 2009 versuchten die Grünen, ihre „linke Mitte“ konkreter zu definieren: Diese sei der Ort der Meinungsmehrheit, die für Mindestlohn und eine bessere Verteilung des Reichtums, gegen Atomkraft sowie die Privatisierung von Bildung und Gesundheit sei. Für die Grünen finden hier das selbstbewusste und moderne Bürgertum auf der einen Seite und linke, emanzipatorische Politik auf der anderen Seite zusammen. Man wolle nicht länger „links“ und „Mitte“ gegeneinander ausspielen, sondern diese Begriffe zusammendenken und damit politische Verantwortung übernehmen. „Wer den politisch Heimatlosen ein Angebot machen will, muss beides zusammenbringen. Linksliberales Bürgertum und studentisch-alternatives Milieu, nachhaltig und erfolgreich wirtschaftende Selbstständige und Anti-AKW-Aktive aus dem Wendland. Und er muss den Marktradikalen auf der einen Seite und den Modernisierungsverweigern (sic!) auf der anderen Seite eine klare Absage erteilen.“[54]

52 o.A., Hamburgs Bürgermeister verteidigt Öffnung der CDU zur Mitte, in: n24, 27.02.2010, online einsehbar unter http://www.n24.de/news/newsitem_5884606.html [eingesehen am 03.05.2012].

53 o.A., Grüne wollen sich „mitte-links“ aufstellen. netzeitzung.de, 28.09.2009, online einsehbar unter http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/1475800.html [eingesehen am 30.11.2012].

54 Vgl. Bündnis 90 Die Grünen, Beschluss der 31. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz, Rostock, 24.-25. Oktober 2009, Grün macht Zukunft, online einseh-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Im Laufe der Jahre 2011 und 2012 näherten sich die Grünen mit ihrer „Mitte“ ein stückweit der sozialdemokratischen „Neuen Mitte“ von 1998 an, gerieten teilweise sogar in die semantische Nähe der 2008 umworbenen „liberalen Mitte“.[55] Im Wirtschaftsprogramm „green new deal“ wurde eine Stärkung des Mittelstandes als notwendig erachtet[56] und auf der Bundesdelegiertenkonferenz 2012 forderten die grünen Mandatsträger, dass sich „Leistung durch Arbeit wieder lohnen“ müsse. Überdies schrieben sie der „Mitte“ eine große Bedeutung für die Gesamtgesellschaft zu: Die zunehmend von Ängsten verunsicherte Mittelschicht – so der Befund von Bündnis 90/Die Grünen – gefährde den gesellschaftlichen Zusammenhalt.[57]

Der extensive „Mitte-Gebrauch“ der Grünen blieb von der politischen Konkurrenz nicht unbeobachtet. Inzwischen sehen die Christdemokraten nicht mehr die Sozialdemokraten sondern die Grünen als Gegner im Wettbewerb um die „Mitte“. So bemerkte der Parteivorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU in einem Interview Ende 2012, dass die Grünen mittlerweile in die „bürgerliche Mitte“ drängen und verkündete zuversichtlich: „Wir nehmen den Kampf an.“[58]

---

bar unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Wahlergebnis-Gruen-Zukunft-Beschluss-BDK-Rostock-10-2009.pdf [eingesehen am 03.09. 2012], S. 3, 7, Zitat auf S. 8.

55 Genau diesen „Schwenk“ hatte ihnen bereits zehn Jahre zuvor Richard Herzinger empfohlen. Vgl. Richard Herzinger, Republik ohne Mitte. Ein politischer Essay, Berlin 2001; vgl. ebenso bezüglich der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der FDP und den Grünen: Franz Walter, Gelb oder Grün. Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010.

56 Bündnis 90 Die Grünen, Beschluss der 33. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz Kiel, 25.-27. November 2001. Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft: Der Grüne New Deal, online einsehbar unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Wirtschaft-Gruener-New-Deal-Beschluss-BDK-Kiel-11-2011.pdf [eingesehen am 11.10.2012].

57 Bündnis 90 Die Grünen, Beschluss der 34. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz Hannover, 16.-18. November 2012, Eine Gesellschaft für Alle: Umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung durch gute Institutionen und gerechte Verteilung, online einsehbar unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Sozialpolitik-Teilhabe-Beschluss-BDK-11-2012.pdf [eingesehen am 11.12.2012], S. 2.

58 Jochen Gaugele u. Claus Christian Malzahn, „Grün ist unser Hauptgegner im Kampf um die Mitte“, in: Welt Online, 18.11.2012, online einsehbar unter http://www.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Seit Beginn der Bundesrepublik haben sich die Vorstellungen der im Bundestag vertretenen Parteien von der „Mitte“ stark gewandelt. Verstanden sowohl die Sozialdemokraten in den frühen 1970er, als auch die Christdemokraten in den 1980er Jahren „Mitte“ eher als Regierungsbündnis, wurde mit dem Begriff in den vergangenen 15 Jahren verstärkt ein spezifisches gesellschaftliches Teilsegment verbunden. Während der „Mitte“ in der frühen Bundesrepublik größtenteils eine milieuübergreifende und verbindende Funktion zugeschrieben wurde, bezieht sich die Vokabel gegenwärtig eher auf eine leistungswillige Trägerschicht. Gleichzeitig scheint „Mitte“ einen zentralen gesellschaftlichen Kern zu betreffen: flexibel, breit, nicht konservativ, nicht progressiv, nicht rechts und selten links. Dessen ungeachtet ist „Mitte“ in der Politik eine „gesellschaftliche Zielgröße“[59]. Dabei wird sie politisch oftmals so stark umworben, dass gelegentlich die „Verhätschelung der Mitte in der öffentlichen Debatte“ konstatiert wird.[60] Dies mag zum einen mit der historisch erklärbaren, negativen Konnotation der politischen Ränder und demgegenüber der reflexhaften positiven Akzentuierung der „Mitte“ zusammenhängen. Zum anderen wird das dominante Dispositiv von einer mehrheitsfähigen „Mitte“[61] daran Anteil haben. „Partei der Mitte“, Partei für alle, womöglich eine Volkspartei zu sein, verspricht die Befähigung zur Repräsentation möglichst vieler Wähler.[62] Somit dient die „Mitte-Ansprache“ hier als Vehikel zur Erlangung politischer Macht. Lediglich die Linkspartei verweigert sich bisher als einzige im Bundestag vertretene Partei dem „Mitte-Begriff“.

welt.de/politik/deutschland/article111244839/Gruen-ist-unser-Hauptgegner-im-Kampf-um-die-Mitte.html [eingesehen am 12.12.2012].

59 Martin Schürz, Kein Abschied von der Mitte, in: Die Zukunft.at, 10.07.2011.

60 Vgl. Steffen Mau, Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht, Berlin 2012, S. 7.

61 Vgl. Majid Sattar, Merkels nächstes Volk, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.10.2011.

62 Zum Merkmal einer Volkspartei und zur Diskussion vgl. exempl. Bernd Hofmann, Annährung an die Volkspartei. Eine typologische und parteiensoziologische Studie, Wiesbaden 2004, S. 36-38.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

1.3 WARUM „MITTE“ DANN DOCH WICHTIG IST

Deutlich geworden ist, dass sich hinter der „Mitte“ eine hohe Suggestivkraft verbirgt, es sich jedoch weniger um einen verbindlichen Begriff, denn um eine Formel mit vielen Variablen handelt. Doch die Beschäftigung mit einer derart komplexen Gleichung ist notwendig. Das Betrachten der „Mitte“ bedeutet, über die Konstitution der Gesellschaft beziehungsweise über die Verfassung der in ihr und sie gestaltenden Individuen nachzudenken.[63] Was erwartet die „Mitte“ von der Zukunft? Wie schätzt sie ihre eigene Lebenszufriedenheit ein und welche Bedeutung für die Gesellschaft schreibt sie ihrer Position zu? Welche Werte sind ihr wichtig? Anhand welcher Maßstäbe trifft sie Entscheidungen und fällt Urteile? Durch welche Vorstellungen und Wahrnehmungsmuster ist sie geprägt? Wie erlebt und bewertet sie Politik im Allgemeinen, Politiker, politische Prozesse und Entscheidungen im Besonderen? Insofern geht es hier nicht einzig um das Verständnis von Lebenswelten und Alltagserfahrungen – welches ein genuines Feld der Soziologie wäre – sondern um die Frage, wie diese Prozesse auf die Organisation des Zusammenlebens und die politischen Spielräume von Repräsentation und Aushandlung wirken. Die Untersuchung fügt sich demzufolge in den Bereich der politischen Kulturforschung ein, da Werte, Einstellungen und Verhaltensmuster[64] sowie Codes, Zeichen und verdichtete Kommunikation, die sich kollektiv und handlungspraktisch ausdrücken, hier im Zentrum stehen.[65]

63 Vgl. Udo Di Fabio, Was ist die Mitte der Gesellschaft?, in: Vortragsreihe des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 6 (2007) H. 3.

64 Dirk Berg-Schlosser, Politische Kulturforschung/Kulturforschung, in: Dieter Nohlen u. Rainer-Olaf Schultze (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorie, Methoden, Begriffe, München 2004, S. 713-718.

65 Heinz Bude, Die Rekonstruktion kultureller Systeme, in: Uwe Flick u.a. (Hg.), Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendung, Weinheim 1995, S. 101-112, hier S. 101; Karl Rohe, Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Dirk Berg-Schlosser u. Jakob Schissler (Hg.), Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und Perspektiven der Forschung. (PVS Sonderheft 18), Wiesbaden 1987, S. 39-49; Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 28 (2002), S. 574-608.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Somit soll die „subjektive Dimension des Politischen […] zwischen individuellen Orientierungen und sozialwissenschaftlichen Kenntnissen“ erfasst werden.[66]

Noch einmal: Auch wenn die „Mitte“ einigen mehr als Sehnsuchtsort oder Schimäre erscheint[67], ist sie dennoch eine reale und äußerst wichtige Figur, denn die Mehrheit der Gesellschaft verortet sich in der „Mitte“. Werden die Probleme dieser Gruppe in den Blick genommen, geraten über kurz oder lang die Diagnosen der Entpolitisierung, respektive der „Politik“- oder gar „Demokratieverdrossenheit“ in das Sichtfeld. Mit dem Rückgang der Mitgliedschaften in Parteien und Großorganisationen,[68] mit der sinkenden Wahlbeteiligung[69] und auch mit einer zunehmenden Protestbereitschaft aus der „Mitte der Gesellschaft“[70] drängt sich die Frage auf, ob die „Mitte“ ihre von allen Seiten zugeschriebene stabilisierende Wirkung womöglich allmählich zu verlieren droht und somit die Demokratie langsam aber stetig ausgehöhlt wird.

Daran schließt sich auch die Überlegung an, ob die so genannten „Mitte-Wähler“ überhaupt systemstabilisierend sind. In denen letzten Jahren zeigt sich, dass es zwar die „Mitte-Parteien“ sind, die gewählt werden, jedoch differenzieren sich die Wählerstimmen auf die unterschiedlichen Angebote der „politischen Mitte“ aus. Das hat zur Folge, dass Parteien vermehrt Vielparteienkoalitionen

66 Samuel Salzborn, Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Frankfurt a. M. 2009, S. 46.

67 Zu zum Beispiel Wolfram Weimer, Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit. Warum die Krise uns konservativ macht, Gütersloh 2009, S. 32-34.

68 Vgl. exemplar. hier Tim Spier u. Markus Klein u.a. (Hg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011; Tim Spier, Bleibt alles anders?, in: INDES, H. 0/2011, S. 138-143; Franz Walter, Im Herbst der Volksparteien. Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld 2009

69 Vgl. exemplar. Armin Schäfer, Segregation, Wahlbeteiligung und Parteiergebnisse. Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“. 2011.

70 Vgl. Stine Marg u. Lars Geiges u.a. (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg 2013, hier vor allem Franz Walter, Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts, in: Stine Marg u. Lars Geiges u.a. (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg 2013, S. 299-341; ferner auch Friedhelm Neidhardt u. Dieter Rucht, Protest und Protestgeschichte in der Bundesrepublik 1950-1994, in: Max Kaase u. Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 129-164.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

eingehen müssen, der Wähler gewinnt den Eindruck, eine Regierung zu bekommen, die er letztlich nicht gewählt hat und wendet sich schließlich enttäuscht ab.[71] Diese Gemengelage und seine Folgen könnten dann ebenso als systemdestabilisierend interpretiert werden.

Überdies zeigen auch historische Erfahrungen, dass der „Mitte" gleichfalls eine bedrohliche Komponente innewohnt. So erwies sich nicht nur der Mittelstand im Speziellen[72] sondern auch die mittleren Schichten im Allgemeinen, wie bereits Geiger am Ausgang der Weimarer Republik befürchtete, als empfänglich für nationalistische Strömungen. Und in der Tat scheint die „Mitte", wie auch jüngste Studien zeigen, aufgrund von Deprivationserfahrungen und ökonomischen Krisen radikal, extremistisch, ausgrenzend und totalitär zu reagieren.[73] All diese normativen Implikationen sind bei der Untersuchung der „Mitte" zu berücksichtigen und müssen letztlich in der bewertenden Synthese aufgegriffen werden.

71 Vgl. zur Kurzlebigkeit komplexer Koalitionen: Stephan Klecha, Minderheitsregierungen und Wahlerfolge, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und internationales Parteienrecht, Jg. 17 (2011), S. 29-42.

72 Vgl. hierfür grundlegend Rainer M. Lepsius, Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart 1966.

73 Vgl. zu den älteren Ansätzen neben Lepsius auch: Seymour Martin Lipset, Der „Faschismus", die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 11 (1959), S. 401-444. Zu den neueren Tendenzen vgl. zusammenfassend Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin 2012, sowie Oliver Decker u. Johannes Kies, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012; ebenso o.A., Rassismus aus der Mitte, in: Zeit online, online einsehbar unter http://www.zeit.de/onlie/2008/25/rechtsextremismus [eingesehen am 19.06.2008]. Eine Entgegnung der These, dass allein der Mittelstand bzw. die Mittelschicht für den Aufstieg des Nationalsozialismus verantwortlich ist, in: Rainer M. Lepsius, Extremer Nationalismus, 1966 u. Heinrich August Winkler, Extremismus der Mitte?, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 20 (1972), S. 175-191.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

2. Was ist eigentlich „Mitte“? Die Annäherungen der Gesellschaftswissenschaften

2.1 Von definitorischen Bemühungen eines vagen Begriffs

Doch was genau ist nun diese „Mitte“ beziehungsweise um nicht den zweiten vor dem ersten Schritt zu machen: Was verstehen Sozial- und Geisteswissenschaftler unter „Mitte“? „Mitte“ wird unter anderem – wie oben bereits angedeutet – als Machtzentrum definiert. Berthold Vogel sieht in ihr einen „Gravitationspunkt“, vom dem aus Wertmaßstäbe gesetzt und moralische Urteile gefällt werden, die für die Gemeinschaft zu gelten haben.[1] Die „Mitte“ tritt hier als bestimmendes Zentrum in Erscheinung. Somit wird gleichzeitig vorausgesetzt, dass es richtig sei, eine starke gesellschaftliche „Mitte“ zu wünschen und zu fördern.[2] Die „Mitte“ stellt in dieser Lesart einen „Referenzpunkt“ oder ein Normengerüst für die gesamte Gesellschaft dar.[3] Dieser Normalismus standardisiert durch Diskurse, Reflexionsweisen und soziale Praxen das Denken und Handeln der Individuen derart, dass jene sich freiwillig an eine Durchschnitts-

1 Berthold Vogel, Wohlstandspanik und Statusbeflissenheit. Perspektiven auf die nervöse Mitte der Gesellschaft, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 23-41, hier S. 37.

2 Vgl. Peter Graf v. Kielmansegg, Wozu braucht die Demokratie die Mitte?, 2009, S. 59.

3 Udo Di Fabio, Was ist die Mitte der Gesellschaft?, 2007.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

identität binden.[4] In Folge dieser negativen Lesart der „Mitte“ führt die Durchschnittsidentität – so sah es bereits Goethe[5] und ihm folgend argumentierte im letzten Jahrhundert prominent Hans Magnus Enzenzberger – zum bedauernswerten Mittelmaß.[6] Und genau dieses Mittelmaß sei der Feind von Innovatoren und Erfindern, Fortschrittsgeistern und Entdeckern. Querdenker würden durch die mittelmäßige Masse als Störenfriede empfunden und die Entwicklung von Visionen, der Mut für Neues durch das quantitativ stärke Mittelmaß unterdrückt.[7] In dieser „Meinungs-Mitte“ reagiere nur noch das „Pathos der Selbstverständlichkeit“ und der von google, wikipedia und anderen diktierte Massengeschmack.[8] Doch derartige „Mitte-Kritiker“ finden sich selten in Deutschland.[9] Während in

4 Vgl. Thomas Ahbe, Der Drang zur Mitte. Die Konstruktion von Normalität bei modernen Identitätsbildungsprozessen, in: Monika Gibas (Hg.), Mitten und Grenzen, Zu zentralen Deutungsmustern der Nation, Leipzig 2003, S. 95-107, hier S. 98; ursprünglich Jörg Schulte-Altedorneburg, Editorial, 2006.

5 Goethe sah in den Prinzipien der „Mitte“ Vereinheitlichung und Zentrierung, die lediglich der Mittelmäßigkeit diene, und in künstlerischen, kulturellen, wirtschaftlichen und geistigen Dingen nichts voran bringe. Vgl. Ulrich Oevermann, Thesen zur Methodik der werkimmanenten Interpretation vom Standpunkt der objektiven Hermeneutik. Vorgelegt zur 4. Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft objektive Hermeneutik e.V. „Immanenz oder Kontextabhängigkeit? Zur Methodik der Analyse von Werken und ästhetischen Ereignissen“ am 26./27. April 1997 in Frankfurt am Main, 1997, online einsehbar unter http://www.agoh.de/de/downloads/uebersicht/funcstartdown/31/ [eingesehen am 12.12.2012], hier S. 317. Bereits Alexis de Tocqueville hat so argumentiert. Vgl. in Thomas Hüglin, Tyrannei der Mehrheit. Eine Ideengeschichtliche Studie. Bern 1977, S. 183.

6 Vgl. hierfür Hans Magnus Enzensberger, Mittelmaß und Wahn. Gesammelte Zerstreuungen, Frankfurt a. M. 1991, vor allem S. 250-276.

7 Wolfram Weimer, Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit, 2009, S. 52. Hierzu passt auch, dass sich jüngst immer wieder die Frage gestellt wird, wo die Vordenker bleiben, diejenigen, die die Ideen produzieren. Vgl. Geo Magazin 2/10 mit dem Titel „Querdenker. Ein Aufruf zum gedanklichen Ungehorsam.“; auch INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 0/2011 mit dem Titel „Wo sind die Vordenker?“.

8 Vgl. ebenso Wolfram Weimer, Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit, 2009.

9 Lediglich die abschätzig gemeinte Formel des 08/15 zeigt hier auch eine andere Assoziationsrichtung an. Wobei mindestens ebenso interessant ist, dass der deutsche Durchschnitt beziehungsweise das Mittelmaß nach einem Maschinengewehr benannt wird.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Frankreich das „juste milieu“ schon immer in der Bedeutung des Mittelmaßes verwendet wurde, gilt in Deutschland „Mitte“ gemeinhin als *das* anzustrebende Zentrum.[10]

In der hiesigen Kulturlandschaft fungiert „Mitte“ beinahe als Mythos, der als bestimmendes Zentrum und Hort des Mittelmaßes auftritt. Daneben hat die „Mitte“ noch einen viel bedeutungsstärkeren Aspekt in der Konstruktion eines homogenen politischen Körpers. Die Volksparteien würden nicht nur die sich in der „Mitte“ befindlichen Wähler, sondern auch die Unentschlossenen und Wechselwähler – also die Mehrzahl der Wahlberechtigten – unter ihrem Dach versammeln.[11] Daher gilt „Mitte“ als Ort der politischen Macht, der von den Parteien so heftig umworben wird. Wahlen lassen sich, so diese Interpretation, in der „Mitte“ gewinnen, Koalitionen in der „Mitte“ schließen. Überdies kann der Anspruch, mit der eigenen Politik die „Mitte“ zu repräsentieren auch als Legitimation dienen, die anderen politischen Positionen als peripher oder extrem zu disqualifizieren.

Dieser durch Stärke Macht und Zentralität geprägte „Mitte-Mythos“, ist bereits in der Antike äußerst wirkmächtig gewesen. Für die Vorsokratiker war die „Mitte“ nicht nur der räumlicher Punkt zwischen zwei Äußeren, sondern sogleich das Vollkommene und Absolute.[12] Die „Mitte“ ist in diesem Gedankengebäude dann „Kern“, „Ursprung“ und „Wesenhaftigkeit“ zugleich.[13] Der „Mitte-Mythos“, der häufig durch die politischen Akteure instrumentalisiert wird, impliziert gleichzeitig ein Urbedürfnis nach kollektiver Identität und bietet gerade als Erzählung Sicherheit, Schutz und, unter Berücksichtigung der harmonisie-

10 Vgl. James Lawrence, The Middle Class. A History, London 2006, S. 287. Dies mag, so Herfried Münkler, auch mit der Sitzordnung der französischen Nationalversammlung im 18. Jahrhundert zu tu haben. Je enger sich die Abgeordneten der jeweiligen Partei verbunden fühlten, desto weiter oben in den Rängen, also extremer, saßen sie. Während sich hingegen unten und in der Mitte diejenigen versammelten, die als Opportunisten galten, denen gemeinhin eine „Gesinnung“ abgesprochen wurde. Siehe Herfried Münkler, Mitte und Maß, 2010, S. 110.

11 Die Verheißung der Mitte als klassenlose Gesellschaft thematisiert auch Richard Herzinger, Mystische Mitte. Über das politische Ende der Konsensgesellschaft, in: Merkur, Jg. 56 (2002) H. 7, S. 628-633, hier S. 629.

12 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Implosion der Mitte. Teil 1, in: Mittelweg, Jg. 3 (1994) H. 2, S. 10-27, hier S. 15.

13 Thomas Ahbe, Der Drang zur Mitte, 2003, S. 95.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

renden Vorstellung, dass alle irgendwie „Mitte" sind, eine Entkomplexisierung der Welt.[14]

Ein Mythos kann die Antipode von wissenschaftlich erfassbarer „Wahrheit" sein. Daher erscheint einigen die „Mitte" als undefinierbar. Statt Machtzentrum und Wählermagnet sehen sie in ihr lediglich eine politische Floskel,[15] ein Zentrum, das immer nur umkreist wird, aber nie erreicht werden kann und somit leer bleiben muss. „Mitte" wäre höchstens ein Relationsbegriff, eine abhängige Variable, die ausschließlich von den Rändern her definiert werden kann.[16] Eben weil der Begriffsgehalt der „Mitte" gegen null tendiere, diene das Wort lediglich zur Aufrechterhaltung der Fiktion einer homogenen Gesellschaft.[17] Mit dem Sprechen über eine vermeintlich gleichartige Gesellschaft der „Mittleren" solle lediglich ein Wir-Gefühl hergestellt werden, das in heterogenen Gesellschaften so gar nicht mehr existieren könne. Die gegenwärtigen Gesellschaften sollten sich vielmehr daran gewöhnen, ohne definierbare ethische, moralische, kulturelle oder religiöse „Mitte" auszukommen.[18] Auch wenn die Ablehnung dieses vieldeutigen und selten einheitlich verwendeten Terminus durchaus seine Berechtigung haben mag, entsteht hier doch der Verdacht, dass man, durch die verhältnismäßig einfache Annahme der Nichtexistenz einer „Mitte", den Schwierigkeiten der Begriffsdefinition auszuweichen sucht.

14 Zum Mythos vgl. Frank Becker, Begriff und Bedeutung des politischen Mythos, in: Barbare Stollberg-Rilinger (Hg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Zeitschrift für Historische Forschung Beiheft 35, Berlin 2005, S. 129-148.

15 Vgl. Detlef Josczok, Lob des Mittelmaßes, in: Vorgänge, H. 4/2004, S. 84-91.

16 Vgl. Wolfram Weimer, Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit, 2009; Berthold Vogel, Wohlstandspanik und Statusbeflissenheit, 2010, S. 24; Nicole Burzan, Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, in: Dies. u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 7-20, hier S. 7.

17 Jean-Pau Picaper, Mitte oder Mythos? Die Rechte, die Linke – und die Mitte?, Eine französische Perspektive, in: Tilman Mayer Reinhard C. Meier-Walser (Hg.), Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, München 2002, S. 282-292, hier S. 292.

18 Richard Herzinger, Republik ohne Mitte, 2001, S. 7.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

2.2 WAS NUN: „MITTELKLASSE“ ODER „MITTELSCHICHT“?

Dabei gibt es jenseits der Annahmen, dass „Mitte“ ein Mythos, Präger des Mittelmaßes und Machtzentrum ist, durchaus Bemühungen, diese zu fassen[19]: erstens durch die Definition über geteilte Eigenschaften und zweitens durch die Festlegung als Kollektiv von Individuen. Die Vertreter der ersten Variante gehen von einer „Mitte“ aus, die aus einem „Polster an belastbaren Gemeinsamkeiten“ besteht.[20] Es wird die Existenz einer Art gruppenübergreifenden „pluralistischen Konsens“ über die Struktur der inneren Politik angenommen.[21] Dieser Konsens zeichnet sich durch Demokratie und Rechtsstaat begründende Arrangements sowie gemeinsam geteilte Werte wie beispielsweise die Grundrechte aus.[22] Nicht wenige zweifeln die These einer „Werte-Mitte“ an und sehen keine großen Schnittmengen an Gemeinsamkeiten bezüglich der politischen Einstellung der sozioökonomischen Ähnlichkeiten in der der „Mitte“.[23] Demgegenüber gehen die Vertreter der zweiten Variante in diesem Sinne noch ein Stück weiter und begreifen „Mitte“ als Kollektiv, also als Klasse, Schicht, Milieu oder Lebenslage. Dieses Kollektiv könne dahingehend untersucht werden, ob es wächst oder schrumpft, wie seine Beschaffenheit ist oder wie sich sein Verhältnis zu anderen

19 Im Folgenden soll keine Diskursanalyse zum Begriff „der Mitte“ durchgeführt oder gar eine vollständige Literaturübersicht des Denkens mit „Mitte“ zusammengetragen werden, sondern lediglich eine Bündelung dessen entstehen, wie sich bisher der „Mitte“ angenähert, sich an Definitionen und Abgrenzungen probiert wurde. Lediglich auf die Arbeiten, die einen für die Untersuchung nützlichen Zugang oder Begriffsvorschlag anbieten und empirisches Material erschließen, wird an dieser Stelle näher eingegangen.

20 Bernd Guggenberger u. Klaus Hansen, Jenseits von Mittelmaß und Anmaßung. Für die Wiedergewinnung einer achtbaren Mitte, in: Dies. (Hg.), Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen 1993, S. 9-28, hier S. 15.

21 Vgl. Rüdiger Altmann, Die Mobilisierung der Mitte, 1976; Hildegard Hamm-Brücher, Der lange Weg zur Mitte, in: Dies. (Hg.), Auftrag und Engagement der Mitte. Eckwerte der Demokratie in der Bundesrepublik, München 1974, S. 253-258, hier S. 225, 254.

22 Vgl. Udo Di Fabio, Was ist die Mitte der Gesellschaft?, 2007; Rüdiger Altmann, Die Mobilisierung der Mitte, 1976; Günter Rohrmoser, Staatsethos heute. die Aktualität Preußens, Hamburg 1982, S. 256.

23 Peter Graf v. Kielmansegg, Wozu braucht die Demokratie die Mitte?, 2009, S. 63.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Kollektiven darstellt. Darüber hinaus kann es auch als Identität begriffen werden, die sich – im Idealfall – selbst konstituiert und so das gesamte Gemeinwesen stützt.[24]

In diesem Zusammenhang ist häufig die Rede von „Mittelklasse“ oder „Mittelstand“. Werden diese Begriffe nicht alltagssprachlich sondern als analytische Zugriffe verwendet, steckt dahinter die Annahme, dass die Gesellschaft hierarchisch gegliedert ist, die Lebensbedingungen der Individuen von der ökonomischen Macht beziehungsweise Marktstellung abhängig sind.[25] Diejenigen, die sich dann in der „Mittelklasse“ wiederfinden, sind durch ähnliche Besitz-, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse gekennzeichnet, müssen aber nicht zwangsläufig eine Gemeinschaft bilden[26].

Theodor Geiger versuchte dieses Klassenschema schon in den 1930er Jahren durch die Vorstellung von ökonomisch-sozialen Schichten abzulösen, denen er wiederum „mentalitätsbewegende Kräfte“ zuschrieb[27]. Geiger identifizierte neben der oberen „kapitalistischen Lage“ eine „proletarische Lage“. Diese beiden Einheiten wiederum schließen in seiner Rohgliederung dann die „Mittlere Lage“ ein, bestehend aus mittleren und kleinen Unternehmern, Lohn- und Gehaltsbeziehern höherer Qualifikation und Tagewerkern für die eigene Rechnung.[28] Geiger stellt fest: „Ich leugne keineswegs, dass zwischen den mittleren und kleineren Besitzern auf der einen, den höher qualifizierten Gehaltsempfängern auf der anderen Seite manche Geistesverwandtschaft besteht. Aber die Ähnlichkeit betrifft nur einzelne, keineswegs alle wesentlichen Mentalitätszüge.“[29] Die von Geiger herausgearbeitete „Mittlere Lage“ umfasst Elemente der verschiedensten Mentalitäten, also subjektive „geistig-seelische Dispositio-

24 Christoph Weischer, Die Modellierung des sozialen Raumes, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 107-134, S. 133. Neben Udo Di Fabio, Was ist die Mitte der Gesellschaft?, 2007 auch Robert Castel, Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg 2007.

25 Stefan Hradil, Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen 1999, S. 349.

26 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. „Klassen“, „Stände“ und „Parteien“, in: Horst Baier u.a. (Hg.), Tübingen 2001, S. 252-272, hier S. 254f.

27 Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932, S. 5.

28 Ebd., S. 24.

29 Ebd., S. 25.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nen“[30], und ist keine einheitliche geschlossene Schicht.[31] Überdies muss der von ihm identifizierte „Mittelstand“ erst noch eine schichttypische Mentalität entwickeln, da er, historisch betrachtet, eine relativ neue Gestalt ist und sich wenig einheitlich zeigt.[32]

An diese Schichtvorstellungen Geigers knüpfte in den 1960er Jahren auch Ralf Dahrendorf an, der zwischen die „Eliten“ und der „Unterschicht“ einen „Mittelstand“, einen „falschen Mittelstand“ (Kellner oder Chauffeure), die „gehobene Dienstklasse“ (Beamte und Verwaltungsangestelte im Dienst der Herrschenden) sowie die „Arbeiterelite“ (Meister) stellte. Aufgrund seiner defensiven Haltung könne der „Mittelstand“ keine prägende Schicht mehr sein. Dahrendorf stellte sich sein Schichtungsmodell als Haus vor, dessen einzelne Zimmer (Schichten) noch aus unausgeleuchteten Ecken und Nischen bestehen, dessen Wände verstellbar sowie durchlässig sind und deren Zimmergröße lediglich durch „informierte Willkür“ bestimmt wurde.[33] Sowohl Dahrendorf als auch Geiger identifizierten also eine „Mitte“ innerhalb einer vertikal geschichteten Gesellschaft, fanden aber wenige Möglichkeiten, deren Diversität zu analysieren und abzubilden.

Im Zuge der Modernisierung und Wohlstandsvermehrung entwickelte Helmut Schelsky die These von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“.[34] Es ist, so Schelsky, eine Vereinheitlichung der sozial-kulturellen Verhaltensformen sichtbar, die man als „kleinbürgerlich-mittelständisch“ fassen kann. Besonders in der Nachkriegszeit übte die Publikation von Schelsky eine enorme Wirkung aus, die bis in die Gegenwart reicht, da der Autor mit seiner Interpretation nicht nur Wohlstand für alle versprach, sondern auch beruhigend und unideologisch die

30 Ebd., S. 77.

31 Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932, S. 28.

32 Ebd., S. 103.

33 Vgl. hierzu Ralf Dahrendorf, Aspekte der Ungleichheit in der Gesellschaft, in: Archives européennes de sociologie, Jg. 1 (1960), S. 213-232, auch Nicole Burzan, Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien. Wiebaden 2011, S. 47.

34 Helmut Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung eines empirisch-soziologischen Tatbestandes, Stuttgart 1955, und vor allem: Helmut Schelsky, Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse gegenwärtiger Gesellschaft, in: Ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf 1965, S. 331-336.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

gesellschaftlichen Lagen analysierte.[35] Schelsky entwickelte eine Theorie der Gesellschaft mit der Grundprämisse, dass der steigende Wohlstand zu einer größeren sozialen Sicherheit für alle gesellschaftlichen Schichten führt und im Zuge dessen Klassengegensätze und soziale Unterschiede nivelliert werden. Mittlerweile ist die These der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ vielfach wiederlegt[36] und die Annahme bekräftigt worden, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland seit der Analyse von Schelsky eher eine Pluralisierung statt Nivellierung der gesellschaftlichen Schichten und Lebensweisen vollzogen hat[37].

Dessen ungeachtet war die Vorstellung Schelskys von einer breiten und einheitlichen Gesellschaftsschicht eher undifferenziert. Etwas nuancierter beschrieb Karl Martin Bolte mit seinem „Zwiebelmodell“ den Aufbau der Gesellschaft. Er identifiziert eine „obere Mitte“ (die fünf Prozent der Gesellschaft einnehme), eine „mittlere Mitte“ (14 Prozent), eine „untere Mitte“ (29 Prozent) und eine „unterste Mitte“, die auch „oberes Unten“ genannt werden kann (29 Prozent). Damit wird „Mitte“ zu einem „Sammelbecken der differenziertesten Bevölkerungsgruppen“[38]. Eine genaue Analyse der Politikwahrnehmung und Lebensweisen derjenigen, die sich in den einzelnen Schichten wiederfinden, fehlte jedoch auch hier.

---

35 Karl-Siegbert Rehberg, „Neue Bürgerlichkeit“ zwischen Kanonsehnsucht und Unterschichten-Abwehr, in: Hein Bude u.a. (Hg.), Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?, München 2010, S. 55-70, hier S. 57.

36 Vgl. Nicole Burzan, Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, 2011, S. 41-43, auch Paul Nolte, Topographie der Klassengesellschaft, in: Merkur, H. 9,10/2006, S. 865-874, hier S. 867. Dem widersprechend: Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... Gesellschaftliche Mitte und drohender Statusverlust in der „Dienstleistungsgesellschaft“, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland. 26. Sinclair-Haus-Gespräch 12.-13. Mai 2006, Bad Homburg v.d.Höhe 2006, S. 34-43, hier S. 34f.: Schelskys These von einer nivellierten Mittelstandgesellschaft sei zwar etwas überpointiert formuliert worden, aber im Wesentlichen zutreffend gewesen, denn es habe eine stabile, wachsende und gut gestellte Mittelschicht gegeben, die quantitativ überwog und auch politisch und kulturell tonangebend gewesen sei. Andere Schichten, wie beispielsweise die Arbeiterschicht, hätten zur Mittelschicht gestrebt sowohl beruflich als auch kulturell – diese Tendenz habe der deutschen Gesellschaft eine Mitte gegeben und ihr Identität und einen hohen Integrationsgrad verliehen.

37 Vgl. Peter Fischer, Mitte, Maß und Mäßigkeit, 2007, S. 82.

38 Karl Martin Bolte, Deutsche Gesellschaft im Wandel. Opladen 1967, S. 67ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Gleichzeitig versuchten neuere Vertreter des Klassenansatzes die Schichtungstheorien abzulösen. Pierre Félix Bourdieu und John Goldthorpe argumentierten, dass Klassen immer potentielle Interessen- und Handlungseinheiten sind und diese Einheiten nicht nur umgangssprachliche Selbstverständlichkeiten, sondern auch Denk- und Handlungskategorie sind[39]. Daher lehnten sie die Theorien sozialer Schichten ab. Sie begründeten ihre Thesen mit den empirischen Befunden der Wohlfahrtsforschung, die für eine gewisse Konstanz der Klassen sprechen würden. Dies werde besonders dann sichtbar, wenn man sich die Vermögensverteilung in Deutschland über die Generationen hinweg oder auch die Herkunft der wirtschaftlichen Eliten näher betrachte[40]. Neben Goldthorpe begreift auch Wright das Klassenmodell nicht mehr ausschließlich als Gegensatz von „oben" und „unten", sondern möchte ebenso „mittlere Klassen" in das Gesellschaftsmodell integrieren. Aufgrund von „komplexen Mustern sich überlappender Ausbeutungsverhältnisse" entstünde eine „widersprüchliche Klassenlage", da die, der von Goldthorpe identifizierten Mittelklasse zugehörigen Individuen „Ausbeuter" und „Ausgebeutete" zugleich sein können[41]. Mit Hilfe einer Untersuchung über den Zusammenhang von Klassenstruktur und Einkommen stellte er fest, dass die Klassenverhältnisse *das* „grundsätzliche Muster des Klassenbewusstseins" formten. Doch worin dieses Klassenbewusstsein nun konkret besteht, erläutert er nicht.

Im Gegensatz zu Karl Marx, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Gruppe zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat die Klasse des Kleinbürgertums allmählich verschwinden sah, identifizierten die Theoretiker der sozialen Schichten und Neomarxisten von den 1930er bis in die 1970er/80er Jahre hinein abstrakt eine „mittlere Lebenslage". Die wurde zwar je nach Modell ausdifferen-

39 Vgl. Rainer Geißler u. Sonja Weber-Menges, „Natürlich gibt es heute noch Schichten!". Bilder der modernen Sozialstruktur in den Köpfen der Menschen, in: Helmut Bremer u. Andrea Lange-Vester (Hg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, Wiesbaden 2006, S. 102-127, hier S. 122.

40 Vgl. exemplar. Michael Hartmann, Soziale Homogenität und generationelle Muster der deutschen Wirtschaftselite seit 1945, in: Volker Rolf Berghahn u.a. (Hg.), Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert, Kontinuität und Mentalität, Essen 2003, S. 31-50.

41 Nicole Burzan, Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, 2011, S. 47f. Vgl. auch: John Harry Goldthorpe, Social Mobility and Class Structure in Modern Britain, in, Oxford 1980.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ziert, aber eine präzise Definition und komplexe Beschreibung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse gelang eher nicht. Die Lebenslagen der „Mitte“ einzufangen, bemühten sich schließlich Milieu- und Lebensstilforscher.

2.3 ES GIBT NICHT *DIE*, SONDERN *VIELE* „MITTEN“

2.3.1 Über „Mittemilieus“ und „mittige Lebensstile“

In den letzten Jahrzehnten kommen weitere Variablen für die Erklärung von sozialer Ungleichheit und somit letztlich auch der Lebenslagen der gesellschaftlichen „Mitte“ hinzu. Diese „neuen Ungleichheitsdimensionen“, die sich um die Differenz von Frauen und Männern, Alten und Jungen, Verheirateten und Ledigen, Kinderreichen und Kinderlosen drehten[42], ergänzen nun die vormals klassischen sozialen Ungleichheitsdimensionen wie ökonomische Ressourcen (Geld), soziale Beziehungen (Zugehörigkeit), hierarchische Stellungen (Beruf) und verfügbares Wissen (Ausbildung / Zeugnis)[43].

Im Zuge der Postmoderne ersetzten die Vorstellungen von Milieu- und Lebenslagen die traditionellen Klassen- und Schichtmodelle.[44] Die Lebensführungs- und Lebensstilkonzepte sind jedoch äußerst vielfältig und widersprechen einander mitunter. Die Fokussierung auf das individuelle Konsum- und Freizeitverhalten, auf das Gebaren im sozialen Bereich, kann als ihr kleinster gemeinsamer Nenner bezeichnet werden.[45] Nach den klassischen soziologischen Konzepten von Èmile Durkheim und Marcel Mauss sind Milieus Vergemeinschaf-

42 Vgl. hierfür exemplarisch: Stefan Hradil, Die „neue“ soziale Ungleichheit. Warum werden die meisten entwickelten Gesellschaften wieder ungleicher?, in: Paul Windolf (Hg.), Finanzmarkt Kapitalismus, Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45, Wiesbaden 2005, S. 460-483.

43 Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt a. M. 1992, S. 2.

44 Vgl. exemplarisch Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986.

45 Stefan Hradil, Alte Begriffe und neue Strukturen. Die Milieu-, Subkultur- und Lebensstilforschung in den 1980er Jahren, in: Ders. (Hg.), Zwischen Bewusstsein und Sein. Die Vermittlung „objektiver“ Lebensbedingungen und „subjektiver“ Lebensweisen, Opladen 1992, S. 15-56, hier S. 28.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

tungen von Verwandten, Freunden, Nachbarn, Vereinen oder der „weiterreichenden Gesellung“[46]. Die meisten Konzepte innerhalb der Politikwissenschaft beziehungsweise der politischen Kulturforschung orientieren sich an dem von Rainer M. Lepsius entwickelten Milieumodell.[47] Lepsius identifizierte für die Gesellschaft des Kaiserreiches und der Weimarer Republik vier „sozialmoralische Milieus“, die durch „organisierte Gesinnungsgemeinschaften“ eng mit den Parteien und ihren Vorfeldorganisationen verflochten waren. Während Lepsius die Milieus nach 1933 untergehen sieht, konstatiert Karl Rohe deren Fortdauer bis in die Bundesrepublik Deutschland hinein. Ihm zufolge verweist der Milieubegriff auf eine bestimmte Lebensweise, Mentalität und Deutungskultur. Ein Milieu ist laut Rohe ein soziales, nicht bloß ein mentales Phänomen, da man Kultur als Lebensweise nur mit anderen gemeinsam haben kann, wohingegen die Angehörigen anderer Milieus nicht nur anders denken, sondern auch anders leben: ihr Tag ist anders strukturiert, ihr Verhalten folgt anderen Mustern.[48] Ein Milieu bedarf in der Regel, wenn es nicht in regionaler Abgeschiedenheit existiert, einer stützenden Deutungskultur. Als Kulturphänomen kann ein Milieu materielle Interessengegensätze aushalten, kaum aber die Spannung miteinander rivalisierender Werte und Normen. Dabei kann das Milieukonzept auch in jenen Fällen verwendet werden, in denen zwischen den Milieuangehörigen kein direkter und unmittelbarer Kommunikations- oder Interaktionszusammenhang besteht. Jedenfalls dann, wenn ungeachtet dessen gleiche ideelle Interessenlagen gegeben sind.[49]

---

46 Ebd.

47 Für das Folgende Vgl. Rainer M. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard Albert Ritter (Hg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56-80.

48 Karl Rohe, Wahlen und Wählertradtionen in Deutschland. Frankfurt a. M. 1992, S. 9-15.

49 Eine Erweiterung des Milieubegriffs und eine brauchbare Operationalisierung für die Analyse von Parteianhängern und Wählern haben Walter und Lösche vorgelegt. Sie definieren Milieu als „engmaschig geknüpftes Beziehungsnetzwerk, das auf einem autonomen Organisationsgeflecht fußt, über eine eigenen Weltanschauung verfügt und verbindliche Sinn-, Symbol- und Ritualsysteme konstituiert.“ Vgl. u.a. Franz Walter, Katholisches Milieu und politischer Katholizismus in säkularisierten Gesellschaften. Deutschland, Österreich und die Niederlande im Vergleich, in: Tobias Dürr u. Ders. (Hg.), Solidargemeinschaft und fragmantierte Gesellschaft. Parteien, Milieus und Verbände im Vergleich, Opladen 1999, S. 44-71, hier S. 44f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Gegenüber der Betrachtung einer in Klassen oder Schichten differenzierten Gesellschaft haben sowohl das Lebensstilkonzept als auch der Milieuansatz den Vorteil, dass innerhalb ihrer Modelle weniger objektive, sondern mehr symbolische und kollektive Faktoren in den Vordergrund treten und die gestiegene Wahlfreiheit der Individuen in allen Bereichen systematisch Berücksichtigung findet.[50] Doch während sich der Lebensstil als Ensemble von Werten, Einstellungen und Verhaltensmustern eher auf die Eigenschaft *eines* Menschen bezieht, erfasst der Milieubegriff eine Gruppe, innerhalb der auch agiert und kommuniziert werden kann[51] und damit Prozesse, die gerade für das Demokratie- und Politikverständnis einer gesellschaftlichen Formation essentiell sind. Da es in dieser Arbeit eher um die Aspekte der sozialen und politisch-demokratischen Ordnung denn um Geschmackspräferenzen, Lebensführung und Konsumstil geht, erscheint das Milieu im Gegensatz zum Lebensstil operativ brauchbarer und anschlussfähiger. Überdies lässt sich keine „Mitte“ oder ähnliches in den betrachteten Lebensstilkonzepten identifizieren, während hingegen die im sozialen Raum angeordneten Milieus der verschiedenen Modelle über eine „Mitte“ verfügen beziehungsweise „Milieus der Mitte“ dort erkennbar sind.

Außerdem gehen verschiedene Autoren mittlerweile wieder davon aus, dass keine Entkoppelung zwischen der sozialen Lage einerseits und dem individuellen und expressiven Lebensstil andererseits stattgefunden hat.[52] Auch unter Annahme dieser These eignen sich Milieus, die oftmals im Feld zwischen Schicht- und Wertachsen angesiedelt sind, besser für die Suche nach einer „Mitte“. Untersuchungen zeigen, dass allen Nivellierungstendenzen und Lebensstilzergliederungen zum Trotz die Gesellschaft als hierarchisch geordnet wahrgenommen wird.[53] Das Gefüge der sozialen Lebensstile und Milieus ist also weiterhin zu einem gewissen Grad von der Schichtstruktur der Gesellschaft abhängig. Erst

50 Vgl. Nicole Burzan, Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, 2011, S. 93.

51 Vgl. Günter Endruweit, Milieu und Lebensstilgruppen. Nachfolger des Schichtenkonzepts, Hamburg 2000, S. 31.

52 Vgl. Rainer M. Lepsius, Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in Deutschland. Lebenslagen, Interessenvermittlung und Wertorientierung, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 166-209; Stefan Hradil, Soziale Ungleichheit in Deutschland, 1999; Gerhard Schulze, Soziologie des Wohlstands, in: Huster, Ernst-Ulrich (Hg.), Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung, Frankfurt a. M. 1997, S. 261-285.

53 Vgl. Rainer Geißler, „Natürlich gibt es heute noch Schichten!“, 2006.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

jüngst plädierte der Sozialhistoriker Hans-Ulrich Wehler in einem emphatischen Essay, welches größtenteils auf seinen Arbeiten zum fünften Band der monumentalen „Gesellschaftsgeschichte“ beruht, für eine größere Beachtung der resistenten Ungleichheitsstrukturen. Klar ist, dass Wehler all jene Sozialwissenschaftler für leichtgläubig und realitätsfern hält, die weiterhin an den „bunten Tupfern unterschiedlicher Lebensstile“ festhalten, statt sich den „harten Strukturen sozialer Ungleichheit“ zuzuwenden.[54]

2.3.2 Milieuanalysen aus Hannover

Nach der anfänglichen Begeisterung für den Begriff des Lebensstils etablierte Stefan Hradil den Milieubegriff wieder in der Soziologie[55]. Ein umfassendes Modell der Milieustruktur der Bundesrepublik hingegen ist von der Sinus-Lebenswelt GmbH in Heidelberg entwickelt worden.[56] Weil sich jene jedoch in den 1980er Jahren auf die Markt- und Konsumforschung spezialisierten, wurde mit ihrem Konzept innerhalb der Sozialwissenschaften zunächst wenig gearbeitet. Eine Forschergruppe in Hannover um Peter von Oertzen und Michael Vester startete Ende der 1980er Jahre ein Projekt mit dem Ziel, den Wandel der deutschen Sozialstruktur abzubilden und die Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus aufzuzeigen. Ausgangspunkt war ihre Kritik, dass die herkömmlichen Schicht- und Klassenmodelle nicht in der Lage sind, die ausdifferenzierte „Mitte“ zu erfassen. Dabei nahmen sie an, dass innerhalb dieser „Mitte“ „soziale Bande“[57] bestehen, die eine Art gemeinsames „Einstellungsmuster

54 Jüngst dazu, dass „hartnäckige Resistenz der Ungleichheitsstrukturen“ bestünden: Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013, S. 7 und ein Trend zur Verschärfung der sozialen Ungleichheiten zu beobachten sei, ebd. S. 13.

55 Helmut Bremer u. Andrea Lange-Vester, Einleitung. Zur Entwicklung des Konzeptes sozialer Milieus und Mentalitäten, in: Dies. (Hg.). Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, Wiesbaden 2006, S. 11-36, hier S. 12.

56 Peter von Oertzen, Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlich-politischen Handelns, in: Helmut Bremer u. Andrea Lange-Vester (Hg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, Wiesbaden 2006, S. 37-69.

57 Michael Vester u. Peter von Oertzen, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2001, S. 172.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

mittlerer Bevölkerungsteile“[58] darstellen. Die Wissenschaftler wiesen mit ihrer zunächst qualitativen Studie, deren Thesen sie anschließend in einer Repräsentativbefragung testeten, nicht nur nach, dass die Milieus sich nicht von der „objektiven Klassenlage“ abgelöst hatten, sondern dass sich diese auch über Generationen hinweg vererben. Vester und seine Kollegen konnten den Milieuwandel über zwanzig Jahre verfolgen und dabei in den arbeitnehmerischen Milieus eine zunehmende Verunsicherung feststellen, deren Ursachen sie in dem Strukturwandel der 1970er Jahre ausmachten. Die leistungsorientierte und gut qualifizierte „Mitte“ fühle sich aufgrund von Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit, durch höhere Belastungen wie Mehrarbeit, lange Pendlerwege und häufige Abwesenheit von der Familie zunehmend der Arbeitswelt und auch der Politik ausgeliefert.

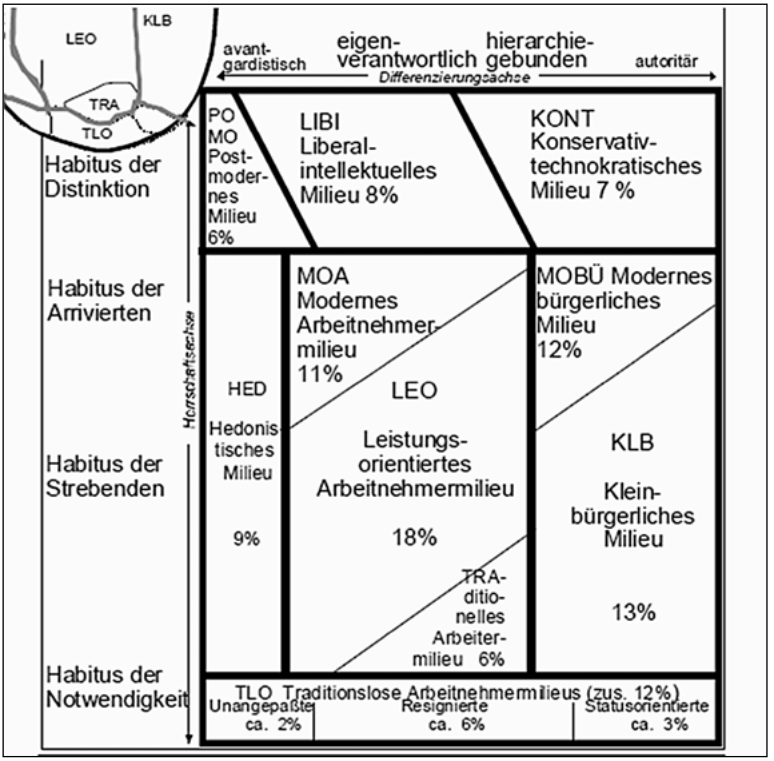
Angelehnt an Pierre Bourdieus Vorstellung des sozialen Raumes setzt sich die „Mitte“ der Hannoveraner Forscher aus verschiedenen historischen Stammbaumlinien zusammen[59]: Während auf der einen Seite die „facharbeiterische Traditionslinie“ (mit einem Anteil von 30 Prozent an der Gesamtbevölkerung und bestehend aus Angestellten und Arbeitern, die qualifiziert sind und eigenverantwortlich im Beruf agieren, Leistung zeigen und dafür Loyalität erwarten) und die „kleinbürgerliche Traditionslinie“ (23 Prozent, Arbeiter und Angestellte, für die Pflichterfüllung und Loyalität zentrale Aspekte ihres Arbeitslebens sind) stark in den Arbeitsmarkt integriert sind, finden sich auf der anderen Seite die „erlebnisorientierten Jugendmilieus“ (11 Prozent, in der Regel die Kinder der Facharbeiter und Kleinbürger, die gegen das Leistungs- und Pflichtethos ihrer Eltern aufbegehren) und die „Unterprivilegierten“ (12 Prozent, meist gering Qualifizierte, deren Arbeitsverhältnis eher ein Mittel zum Geldverdienen ist und sich weniger durch Mitverantwortung und Identifikation auszeichnet).

58 Daniel Gardemin, Soziale Milieus der gesellschaftlichen ‚Mitte’. Eine typologisch-sozialhistorische und multivariat-sozialstatistische Makroanalyse des Leistungsorientierten Arbeitnehmermilieus und des Kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieus 2006, S. 148.

59 Hierfür und im Folgenden: Michael Vester, Gibt es eine „neue Mitte“?, in: Perspektiven des demokratischen Sozialismus, Jg. 17 (2000), S. 17-30, hier S. 23-31.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Abbildung 1: Milieus der alltäglichen Lebensführung



Quelle: Helmut Bremer[60].

Innerhalb des langjährigen Gesamtprojektes untersuchte Daniel Gardemin in seiner Dissertationsschrift die „mittigen Milieus", also jene, die in der Definition nach Gardemin, „[…] weder existentielle Not leiden noch direkten Zugang zu den oberen Milieus haben […]"[61], die „leistungsorientierten" und die „kleinbürgerlichen" Arbeitnehmermilieus, als Nachfolger des alten und des neuen Mittel-

60 Die Milieus der alltäglichen Lebensführung im sozialen Raum Deutschland 2003, online einsehbar unter http://2.ibw.uni-heidelberg.de/wisskoll/pdf/bremer.pdf [eingesehen am 15.04.2013]

61 Daniel Gardemin, Soziale Milieus der gesellschaftlichen ‚Mitte', 2006, S. 149.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

standes genauer.[62] Er führte mit den quantitativ erhobenen Daten aus dem Jahr 1991 eine „Binnenclusterung“ durch, um Subgruppen der beiden „Mitte-Milieus“ zu identifizieren[63], die sich schließlich anhand der Spaltungslinien der Geschlechter sowie prekärer und gesicherter Berufspositionen zeigen[64].

Laut Gardemin besteht das „kleinbürgerliche Arbeitnehmermilieu“ aus „statusorientierten Kleinbürgern“ (die 13 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen), „traditionellen Kleinbürgern“ (5 Prozent) und „modernen Kleinbürgern“ (4 Prozent). Während sich das „leistungsorientierte Arbeitnehmermilieu“ aus den „geprellten Leistungsorientierten“ (9 Prozent), den „asketischen Leistungsorientierten“ (7 Prozent) und den „etablierten Leistungsorientierten“ (8 Prozent) zusammensetzt.[65] Insgesamt umfassen diese Milieus beinahe die Hälfte der deutschen Bevölkerung[66]. Während sich die Kleinbürger laut Gardemin eher durch Ordnungsliebe, Verantwortungsbewusstsein, Beflissenheit, Loyalität und Verschwiegenheit auszeichnen,[67] kennzeichnen die Leistungsorientierten vielmehr egalitäre Werte, Leistungsbereitschaft und Toleranz[68].

Gardemin untersuchte die Milieudifferenzierung anhand der sozialen Lage und Position, die er mit Hilfe der Repräsentativbefragung ermittelte, sowie durch die Analyse „lebensweltlicher Einstellungsmuster“.[69] Weil auch diese auf Basis

62 Vgl. hierfür und im folgenden Daniel Gardemin u. Andrea Lange-Vester, Mittlere Arbeitnehmermilieus und Strategien der Respektabilität, in: Dies. (Hg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, Wiesbaden 2006, S. 308-331.

63 Daniel Gardemin, Soziale Milieus der gesellschaftlichen ‚Mitte’, 2006, S. 46.

64 Ebd. S. 47. Die bei der Repräsentativbefragung benutzte Statementbatterie der Hannoveraner war dabei stark an das Forschungsdesign von Sinus rückgebunden. Damit bediente man sich einerseits bei den Daten und Erfahrungen der Marktforscher, während man sie gleichzeitig nicht in den wissenschaftlichen Kanon mitaufnahm.

65 Daniel Gardemin, Mittlere Arbeitnehmermilieus und Strategien der Respektabilität, 2006, S. 319-325.

66 Daniel Gardemin, Soziale Milieus der gesellschaftlichen ‚Mitte’, 2006, S. 44.

67 Daniel Gardemin, Mittlere Arbeitnehmermilieus und Strategien der Respektabilität, 2006, S. 320.

68 Daniel Gardemin, Soziale Milieus der gesellschaftlichen ‚Mitte’, 2006, S. 163.

69 Ebd. S. 150; Gesamtbevölkerung Deutschlands 1991, online einsehbar unter http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/tab.asp?lang=de-DE&tbl=tab20 [eingesehen am 31.05.2013]; Erwerbstätigkeit in Deutschland 1991, online einsehbar unter

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

der Repräsentativbefragung erhoben wurden, muss Gardemin zwangsläufig zu schematischen Aussagen kommen, in denen Attribute summarisch aneinandergereiht werden wie beispielsweise Sparsamkeit, Sauberkeit, Fleiß und Toleranz. Dabei sind keine Erklärungen darüber möglich, ob tatsächlich alle Mitglieder der „etablieren Leistungsorientierten" das gleiche unter „Fleiß" verstehen, wie die „statusorientierten Kleinbürger", oder ob sich „Toleranz" auf alle Bereiche des sozialen Lebens oder nur auf Ausschnitte dessen bezieht.

Die Forschungsgruppe in Hannover und Gardemin selbst schreiben der beruflichen Stellung *die* entscheidende Bedeutung für die „Mentalität" der „Mitte" zu und suchen auch gezielt einen „Mentalitätswandel" in Bezug auf die Berufspositionen.[70] Dies hat den Vorteil, dass man tatsächlich nach historischen Vorläufern der jeweiligen Milieus suchen kann, da die Statistiken über ausgeübte Berufe und gegebenenfalls deren einzelne Positionen bereits seit den 1880er Jahren vorhanden sind.[71] Der Nachteil an diesem Zugang ist jedoch, dass sich sämtliche, dem Milieu zugeschriebene, Werte aus dem Beruf heraus ergeben müssen. In der Folge kann eine Diskrepanz zwischen Mentalität und sozialer Lage zwar festgestellt[72] aber kaum erklärt werden. Überdies finden Faktoren wie die Familie oder die politische Orientierung weniger Beachtung, weil sie kaum mit der der Berufsposition in Beziehung stehen. Darüber hinaus bleibt unklar, wie die Anteile der Milieus an der Gesamtbevölkerung errechnet wurden, wenn im Jahr 1991 nur 48 Prozent der Bevölkerung berufstätig waren.[73]

---

http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV6.pdf [eingesehen am 31.01.2013].

70 Daniel Gardemin, Soziale Milieus der gesellschaftlichen ‚Mitte', 2006, S. 148.

71 Jedoch erschließt sich der Verfasserin in der Studie von Gardemin nicht der Zusammenhang zwischen seinen herausgearbeiteten Milieus und dem referierten Schichtungs- und Berufsmodellen von Geiger und Schmoller, vor allem weil besonders Geiger betont, keine Mentalitätsanalyse gemacht zu haben.

72 Daniel Gardemin, Soziale Milieus der gesellschaftlichen ‚Mitte', 2006, S. 50.

73 So sind zwar vorausgegangene Berufspositionen miteinbezogen worden – eine Methode, die Pensionäre, Rentner und ehemalige berufstätige Menschen erfasst – doch inwiefern die anderen, nicht von der Lohnerwerbsarbeit abhängige Gruppe in die Untersuchung aufgenommen wurden, bleibt unklar.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

2.3.3 Die „Mitten“ der Sinus- und Deltamilieus

Das Milieumodell der Sinus-Forscher aus Heidelberg soll im Folgenden etwas detaillierter dargestellt werden[74], weil dieses die theoretische und empirische Grundlage für die ersten Erhebungen im Rahmen der vorliegenden Untersuchung bildet. Ausgangspunkt der Überlegungen war in den 1970er Jahren ein Projekt über das politische Bewusstsein von Studenten, mit denen mehrstündige biografische Anamnesen durchgeführt wurden.[75] Berthold Bodo Flaig, Thomas Meyer und andere stellten fest, dass gleiche sozioökonomische Lebensbedingungen ungleiche Stilwelten hervorbringen können, die wiederum wichtig für subjektive Sinnkonstruktionen sind.[76] Dies wurde in dem Begriff der „sozialen Milieus“ zusammengefasst, der wie folgt definiert wurde: „Lebensstilgemeinschaften, in denen sich Menschen wiedererkennen, die Vorlieben und Abneigungen in der Lebensführung, im Ausdruck der eigenen Person, in ihren Gewohnheiten, in ihrer Sicht der Dinge, ihren Kommunikationsgewohnheiten teilen – dies geschieht vermittelt über ein System von Zeichen, das für jedermann deutlich wahrnehmbar ist und für das andererseits jeder im Kontakt mit anderen vorrangig interessiert, um sich im sonst verwirrend vielfältigen und unübersichtlichen Raum der sozialen Beziehungen zu orientieren.“[77] Die Sinus-Milieus bilden somit die typischen vertikalen Ungleichheitsstrukturen ab und erfassen gleichzeitig die Werteorientierungen, Alltagseinstellungen und ästhetischen Ausdrucksformen. Daneben eignet sich das entwickelte Milieumodell dafür, den Prozesscharakter einer Gesellschaft zu analysieren, die Veränderungen innerhalb

74 Zum Sinus-Milieu vergleiche im Folgenden exemplarisch: Carsten Wippermann u. Marc Calmbach, Männer: Rolle vorwärts, Rolle rückwärts? Identitäten und Verhalten von traditionellen, modernen und postmodernen Männern, Opladen 2009; Carsten Wippermann u. Carsten Wippermann, Wege zur Gleichstellung heute und morgen. Sozialwissenschaftliche Untersuchung vor dem Hintergrund der Sinus-Milieus 2001, Forschungsergebnisse von Sinus Sociovision GmbH für das Bundesministerium für Famlie, Senioren, Frauen und Jugend, Heidelberg 2007; Soziale Segregation und sozialer Raum, Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse, Eine Studie im Auftrag des vhw-Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V., Heidelberg 2008.

75 Berthold Bodo Flaig u. Thomas Meyer, Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Bonn 1993, S. 53.

76 Ebd. S. 55.

77 Ebd. S. 25.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

der Milieus selbst und der gesamten Milieulandschaft nachzuvollziehen und abzubilden. Das Modell teilt die Bevölkerung auf einer so genannten Schichtachse in Oberschicht, Mittelschicht und Unterschicht auf Basis des Bildungsgrades, des Einkommens und der Berufsgruppe ein. Zusätzlich wird auf der als Wertachse bezeichneten x-Achse die Modernität der Grundorientierung vermerkt, von traditionellen Werten wie Pflichtgefühl und Ordnung über moderne Werte wie Genuss, Individualisierung und Selbstverwirklichung bis hin zur Neu-Orientierung, die mit Experimentierfreude, Leben in Paradoxien und Multioptionalität charakterisiert wird. In den 1980er Jahren identifizierte das nunmehr marktwirtschaftlich arbeitende Sinus-Institut als Ausgründung aus der Universität Heidelberg acht Milieus: das „konservativ gehobene Milieu" (welches neun Prozent der Gesamtgesellschaft ausmacht), das „kleinbürgerliche Milieu" (18 Prozent), das „traditionelle Arbeitermilieu" (zehn Prozent), das „traditionslose Arbeitermilieu" (neun Prozent), das „aufstiegsorientierte Arbeitermilieu" (zwanzig Prozent), das „technokratisch-liberale Milieu" (neun Prozent), das „hedonistische Milieu" (zehn Prozent) und schließlich das „alternative Milieu" (vier Prozent). Die Mitglieder der Milieus müssen sich nicht zwingend kennen oder zusammen leben[78] und die Milieus sind keine hermetisch abgeriegelten Gebilde mit festen Grenzen, sondern Übergänge von einem zum anderen Milieu sind „fließend". Um in der Terminologie der Heidelberger Sozialforscher zu bleiben: Milieus haben eine „Unschärferelation", die nicht mit Ungenauigkeit zu verwechseln ist, sondern die „unscharfe Alltagswirklichkeit" abzugrenzen vermag.[79] Zunächst waren die zum Modell geführten Explorationen rein qualitativ bis schließlich 1981 die erste quantitative Überprüfung und Validierung mittels einer Statementbatterie mit 46 „Milieuindikatoren" durchgeführt wurde.[80] Dies

78 Nicole Burzan, Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, 2011, S. 103.

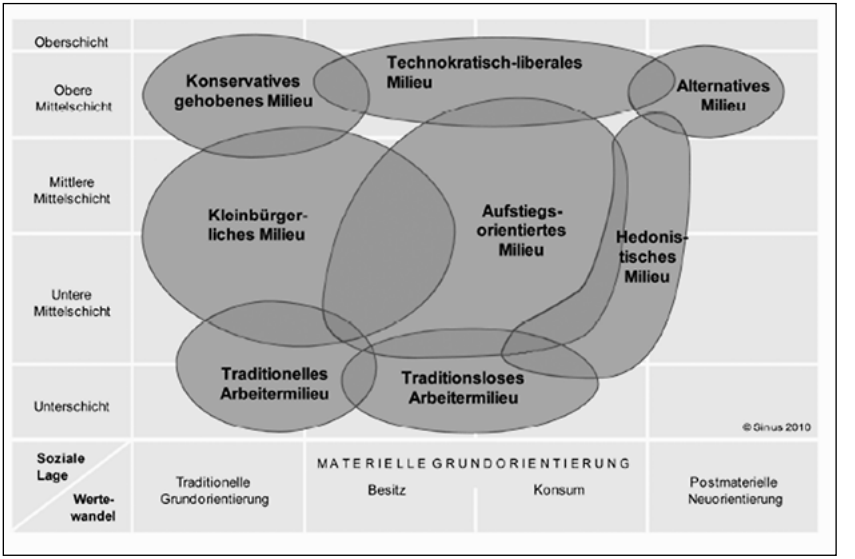
79 o.A., Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, 2007, online einsehbar unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a369.pdf?__blob=publicationFile [eingesehen am 09.06.2010], S. 58.

80 Berthold Bodo Flaig, Alltagsästhetik und politische Kultur, 1993, S. 61-69. Mittlerweile gibt es mehr als einhundert solcher Indikatoren, die nach Lebenszielen (Werte, Lebensgüter, Lebensstrategie und –philosophie), soziale Lage, Arbeit und Leistung (Arbeitsethos, Arbeitszufriedenheit, beruflicher und sozialer Aufstieg, materielle Sicherheit), dem Gesellschaftsbild (politisches Interesse, Engagement, Systemzufrie-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ist die Stärke dieses Konzepts: Die Überlegenheit der Sinus-Milieus liegt eindeutig auf der Breite der Materialbasis, da die Milieulandschaft ständig mittels ergänzender Studien und weiteren qualitativen Befragungen bis in die Gegenwart hinein überprüft und weiterentwickelt wird.[81]

Abbildung 2: Die Milieulandschaft der 1980er Jahre im Sinus-Modell



Quelle: Sinus-Institut[82].

denheit, Wahrnehmung und Verarbeitung gesellschaftlicher Probleme), Familie und Partnerschaft (Einstellung zu Partnern, Familie, Kindern, Rollenbilder, emotionale Sicherheit, Vorstellung vom privatem Glück), der Freizeit (Freizeitgestaltung und –motive, Kommunikation und soziales Leben), den Wunsch- und Leitbildern (Wünsche, Tagträume, Phantasien, Sehnsüchte, Vorbilder, Identifikationsobjekte) sowie dem Lebensstil (ästhetische Grundbedürfnisse und Stilwelten) fragen. Vgl. auch Annette Spellerberg, Gesellschaftliche Dauerbeobachtung anhand von Lebensstilindikatoren, in: Stefan Brink u. Heinrich A. Wolf (Hg.), Gemeinwohl und Verantwortung. Festschrift für Hans Herbert v. Arnim, Berlin 2004, S. 297-315, hier S. 88f.

81 Dies bestätigt auch Peter von Oertzen, Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlich-politischen Handelns, 2006, S. 60.

82 Grafik aus: Die Sinus-Milieus in der Verbraucheranalyse, online einsehbar unter: https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=6&cad=rja&ve

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Jede Jugendgeneration – so die Grundannahme für die Weiterentwicklung des Milieumodells – wird mit neuen Werten und Wertehierarchien konfrontiert. Daher sei eine regelmäßige Anpassung und Erweiterung des Konzepts nötig. Gleichzeitig erforderten sozialstrukturelle Veränderungen wie eine demografische Verschiebung, Veränderungen in der Arbeitswelt oder der Übergang in eine Wissensgesellschaft und die „digitale Revolution" einen andauernden Revisionsprozess. Dabei werden zwar neue Karten der deutschen Milieulandschaft gezeichnet, doch bedauerlicherweise nicht die Frage beantwortet, *warum* Personen von einem ins andere Milieu gewandert sind. Wurden sie vielleicht hinausgedrängt, oder sind die herausgefallen, gar hinaufgerutscht? Ein weiterer sich daraus ergebender Kritikpunkt an dem Milieukonzept der Sinus-Forscher ist die uneindeutige Zuordnung zu einem Milieu. Denn durch eine systematische Umarbeitung der Milieulandschaft entsteht der Eindruck, dass die Zugehörigkeit eines Individuums zu einem spezifischen Milieu nicht nur von ihren Schicht- und Wertparametern, sondern auch vom jeweiligen Lebensalter abhängig sein könnte.[83] Da hier zugegebenermaßen höchst aufwendige qualitative Erhebungen mit einem stabilen Teilsample fehlen, konnte diese Uneindeutigkeit bisher nicht geklärt werden.

Im Zusammenhang mit der Revision der Milieumodelle ist überdies auffällig, dass diese bis Mitte der 1990er Jahre relativ stabil blieben,[84] während in der Dekade darauf das Modell beinahe jährlich runderneuert wurde. Im Jahr 2001 wurde sogar die Begrifflichkeit der Milieus völlig überarbeitet. In der unteren Schicht waren nun „Traditionsverwurzelte" (14 Prozent), „Konsum-Materialisten" (12 Prozent) und „Hedonisten" (elf Prozent) angesiedelt, während sich in der Mitte die „DDR-Nostalgiker" (vier Prozent), die „Bürgerliche Mitte"

d=0CFQQFjAF&url=http%3A%2F%2Fwww.verbraucheranalyse.de%2Fdownloads%2F45%2FVAsinus2010.pdf&ei=mLjSUZTqI4iztAaroIHYAw&usg=AFQjCNG9lXzyk630nxgMvPh-y-pXFDZIpA&bvm=bv.48705608,d.Yms [eingesehen am 12.05. 2013].

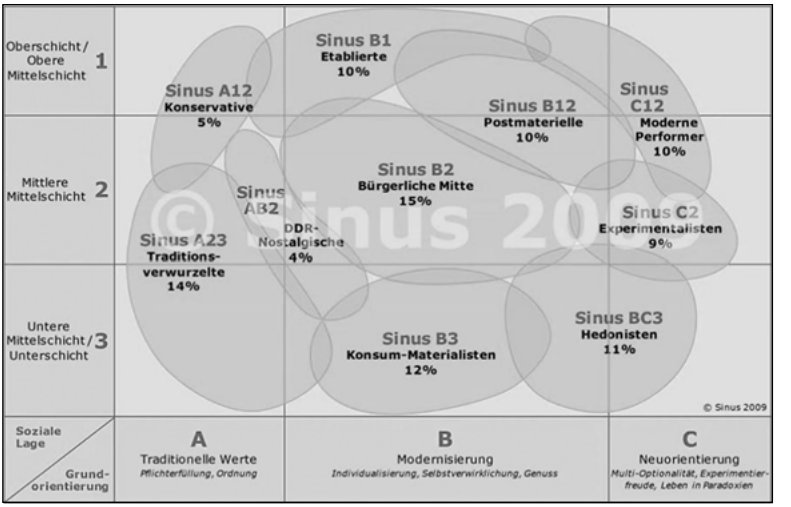
83 Vgl. Frithjof Zerger, Klassen, Milieus und Individualisierung. Eine empirische Untersuchung zum Umbruch der Sozialstruktur, Frankfurt a. M., S. 91.

84 Zwischen dem „aufstiegsorientieren Milieu" und dem „hedonistischen Milieu" trat lediglich das „moderne Arbeitnehmermilieu". Und es gab bezüglich des Anteils der einzelnen Milieus an der Gesamtgesellschaft leichte Verschiebungen Vgl. http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/karriere_oekologie.pdf [zuletzt eingesehen am 26.11.2012].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

(15 Prozent) sowie die „Experimentalisten“ (neun Prozent) trafen und in der „Oberschicht“ die „Konservativen“ (fünf Prozent), „Etablierten“ (zehn Prozent), „Postmaterialisten“ (zehn Prozent) und „Modernen Performer“ (zehn Prozent) zu Hause waren.

Abbildung 3: Die Sinus-Milieus in Deutschland 2001 bis 2010



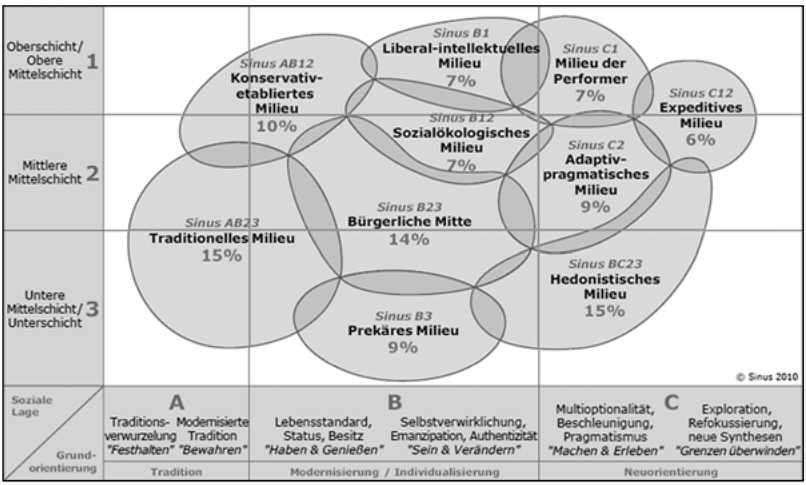
Quelle: Sinus-Institut[85].

Auch im Jahre 2010 gab es Milieuumbenennungen und –verschiebungen: die Grundorientierung Tradition auf der Werteachse beheimatete fast ausschließlich das „traditionelle Milieu“ (15 Prozent), während die mittlere Grundorientierung, also „Modernisierung / Individualisierung“ durch das „Prekäre Milieu“ (neun Prozent), die „Bürgerliche Mitte“ (14 Prozent), das „Sozialökologische Milieu“ (sieben Prozent), das „Konservativ-etablierte Milieu“ (zehn Prozent) sowie das „Liberal-intellektuelle Milieu“ (sieben Prozent) gefüllt war und in der Grundorientierung „Neuorientierung“ das „Hedonistische Milieu“ (15 Prozent), das „Adaptiv-pragmatische Milieu“ (neun Prozent), das „Expeditive Milieu“ (sechs Prozent) und das „Milieu der Performer“ (sieben Prozent) angesiedelt wurde.

85 Grafik aus: Die Sinus-Milieus in der Verbraucheranalyse.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Abbildung 4: Die Sinus-Milieus in Deutschland 2010



Quelle: Sinus-Institut[86].

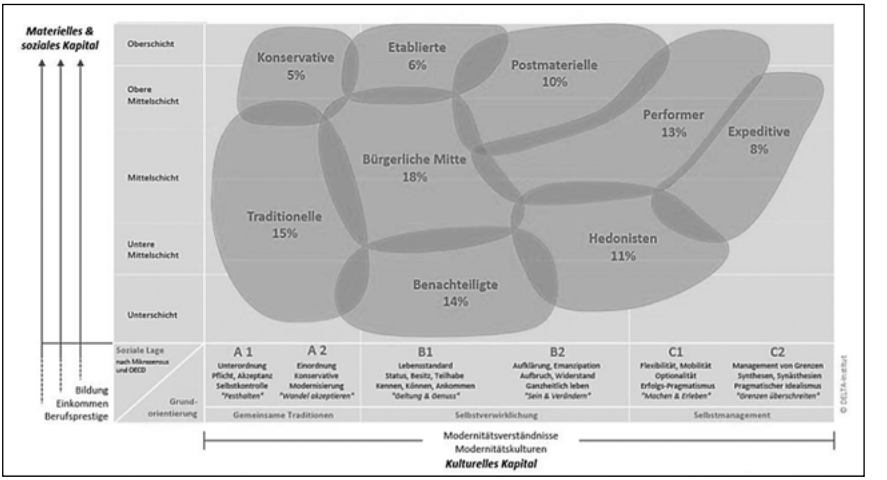
Mit dieser fortwährenden, beinahe beliebigen Milieuumbenennung und -zusammenlegung waren nicht alle Mitarbeiter der ursprünglichen Forschergruppe einverstanden. Da sich die Items zur Bestimmung der Milieuindikatoren reduziert hätten und die Beschreibung der Milieus unterschwellige Wertungen enthielte, entwickelt Carsten Wippermann mit den sogenannten „Delta-Milieus" ein eigenes, nach Milieus differenziertes Gesellschaftsmodell.[87] Insgesamt bleibt jedoch auch seine Methodik sehr nahe an jener, auf deren Grundlage die Sinus-Milieus rekonstruiert werden.

86 Grafik aus: Die Sinus-Milieus in Deutschland 2010, online einsehbar unter http://www.sinusinstitut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/Update_2010_Hintergruende_und_Fakten.pdf [eingesehen am 09.10.2010].

87 Hierzu und im Folgenden: Carsten Wippermann, Milieus in Bewegung. Werte, Sinn, Religion und Ästhetik in Deutschland, Das Gesellschaftsmodell der DELTA-Milieus als Grundlage für die soziale, politische, kirchliche und kommerzielle Arbeit 2011, S. 211f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Abbildung 5: Die Delta-Milieus



Quelle: Delta-Institut für Sozial- und Ökologieforschung[88].

2.3.4 Was folgt aus den bisher vorgestellten Konzepten? Eine erste Zusammenfassung

Während die klassischen Milieukonzepte der Parteienforschung nach Lepsius eher als Vorfeldorganisation der politischen Parteien beziehungsweise Lager bezeichnet werden können und „Mitte“ hier keine Rolle spielt, wird diese hingegen in den eher soziologischen Modellen explizit mitverhandelt. Dies gilt sowohl für die berufszentrierte Milieuforschung aus Hannover als auch für die werte- und traditionsbasierten Konzepte aus Heidelberg. Gemeinsam ist diesen soziologischen Milieutheorien die Annahme, dass die traditionellen Spezifika einer sozialen Schicht weiterhin äußerst einflussreich sind. Wichtig bei den Milieu-Beschreibungen ist überdies, dass es sowohl in Bezug auf die Werte- als auch die Schichtachse Milieus gibt, die sich in der Mitte des Raumes befinden. Deren Charakteristika und Spezifika wurden schließlich als Vorstudie für die vorliegende Arbeit herangezogen. In den verschiedensten Studien mit den unterschiedlichsten Untersuchungsdesigns gelang es Sinus- (und auch Delta-)Forschern, immer feinere Charakterisierungen und Beschreibungen für die einzelnen Mili-

88 Grafik aus: Deltamilieus in Deutschland, online einsehbar unter http://www.delta-sozialforschung.de/delta-milieus/delta-milieus/gesellschaftsmodell/ [eingesehen am 12.06.2013].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

eus zusammenzustellen. Mittlerweile gilt für sie die „Bürgerliche Mitte“ als *das* stimmungsbildende Milieu mit „seismographischen Kompetenzen“[89], das sich als statusorientierter Mainstream nach Harmonie und Sicherheit sehne[90]. Glaubwürdigkeit, Authentizität und ein gleichgestelltes Familienmodell sind für diese, von Sinus herauspräparierte, „Mitte“ evident.[91] Auch die Delta-Forscher gehen davon aus, dass die „Mitte“ ein wachsendes „Integrationsmilieu“[92] ist, welches derzeit durch die „Bifurkation“ geprägt sei.[93] Damit ist gemeint, dass in dem Milieu einerseits ein großes Bedürfnis nach „Konstanz, Verlässlichkeit, Orientierung“[94] vorhanden sei und auf der anderen Seite die Selbstmobilisierung und Aktivierung der eigenen Ressourcen im Vordergrund stehe, um die äußeren Spannungen und die drückenderen Rahmenbedingungen aushalten und bewältigen zu können. Relativ wenig sagen die öffentlich zugänglichen Studien sowohl von Sinus-Forschern als auch den Delta-Wissenschaftlern über das Verhältnis zwischen „Mitte“ und Politik aus, auch darüber was in diesem Segment über Demokratie gedacht wird oder wie wie man den Einfluss des Wirtschaftssystems beurteilt. Hier soll mit der vorliegenden Untersuchung eine Lücke geschlossen beziehungsweise durch eine Ausweitung der Materialbasis die bisherigen Ergebnisse ergänzt und eingehender diskutiert werden.

2.4 DIE „MITTE“ PRAGMATISCH GEDACHT ÜBER ÖKONOMISCHE GRENZEN

Neben Klassen, Schichten und Milieus wird sich gegenwärtig auch auf anderen Wegen der „Mitte“ genähert. So lässt sich beispielsweise „Mitte“ als gesellschaftlicher Durchschnitt denken. Der Durchschnittsmann arbeitet 192 Tage im

89 Friederike Müller-Friemauth u. Thomas Klein-Reesink, LOHAS: Mehr als Green-Glamour. Eine soziokulturelle Segmentierung, Eine unveröffentlichte Studie von Sinus Sociovion und Karma Konsum 2009, S. 25.

90 Carsten Wippermann, Wege zur Gleichstellung heute und morgen, 2007.

91 Vgl. exemplarisch Eltern unter Druck, Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung des Sinus-Instituts im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Pressekonferenz, 27. Februar 2008, Berlin, S. 9.

92 Carsten Wippermann, Milieus in Bewegung, 2011, S. 28, 39.

93 Hierfür siehe ebd. S. 64.

94 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Jahr und verdient dafür 3.702 Euro brutto im Monat, wohingegen die Durchschnittsfrau rund zwanzig Stunden in der Woche berufstätig ist und sich zusätzlich um den Haushalt kümmert.[95] Die Durchschnittsdeutschen sind zu beinahe zwei Dritteln „einigermaßen“ zufrieden mit dem politischen System der Bundesrepublik und geben circa 662€ für Wohnen und Energie, 268 Euro für Nahrungsmittel und Getränke, 232 Euro für Freizeit und Hobby, 95 Euro für Kleidung und Schuhe, jedoch nur 13 Euro für Bildung pro Monat aus.[96]

Da der statistische Mittelwert eine völlig fiktive Größe ist, soll er an dieser Stelle nicht weiter interessieren. Eine andere Definition der „Mitte“ umfasst „mittlere Bildung“ und ein „mittleres Einkommen“. So argumentiert beispielsweise Eike Henning.[97] Doch unabhängig von der Frage, was „mittlere Bildung“ eigentlich genau ist, bietet diese Begriffsbestimmung keine hinreichende Möglichkeit, sich der „Mitte“ zu nähern, denn statistische Durchschnittswerte verraten kaum etwas über die Lebensrealität des Einzelnen. Unterschiede, Differenzierungen und Nuancierungen werden so verwischt und nivelliert.

Demgegenüber bestimmen andere Autoren „Mitte“ anhand einer quantitativen Basis, genauer: auf der Grundlage des Einkommens beziehungsweise anhand einer Einkommensspanne. Diese Idee zieht sich beispielsweise durch eine jüngere Publikation „Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte“, herausgegeben von Nicole Burzan und Peter A. Berger. Diese sogenannte Einkommensmitte umfasst in den meisten Studien, die sich auf die Zahlen des Sozioökonomischen Panels berufen, siebzig bis einhundertfünfzig Prozent des äquivalenzgewichteten Medians des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens.[98] Die Berechnungsgrundlage hierfür sind dann sowohl das Bruttoeinkommen der Haushalte nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, ebenso regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen privaten Haushalten, wie beispielsweise Unterhaltszahlungen, aber auch wohlfahrtsstaatliche Leistungen wie das Kindergeld. Berücksichtigt wird hierbei eine sogenannte Bedarfsgewichtung im Haushalt. Die basale Annahme lautet, dass diejenigen, die in einem Haushalt zusammenleben, an Dingen des täglichen Bedarfs sparen, weil alle Haushaltsmitglieder beispielsweise dieselbe Küche nutzen, gemeinsam kochen oder sich eine

95 Vgl. für diese und die folgenden Angaben aus dem Spiegelartikel Rafaela von Bredow u. Gerald Traufetter, „Eigennutz ist ein uraltes Laster“, in: Der Spiegel, 20/2008.

96 Diese Angaben beziehen sich auf einen Haushalt und stammen aus dem Jahr 2005.

97 Eike Henning, Das Unbehagen in der Mitte, in: Kommune, 1/2010, S. 24-26.

98 Vgl. hierfür exemplarisch: Jan Goebel u. Martin Gornig, Polarisierung der Einkommen, in: DIW-Wochenbericht, H. 24/2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Waschmaschine teilen. Nach der Maßgabe einer modifizierten OECD-Skala wird angenommen, dass das Haushaltsnettoeinkommen mit einem Faktor multipliziert wird, der sich wie folgt zusammensetzt: 1 für den ersten Erwachsenen des Haushalts, plus 0,5 für alle weiteren Haushaltsmitglieder, plus 0,3 für alle Kinder unter 14 Jahren. Die so berechnete Summe wird durch die Gesamtzahl der Personen im Haushalt dividiert. So entsteht das bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen, welches letztlich niedriger ist, als ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen.[99] Der Median kommt deshalb zur Anwendung, weil er die Einkommen in eine obere und in eine untere Hälfte teilt. Damit ist er gegenüber dem Durchschnitt unempfindlicher für Ausreißer nach oben und nach unten, somit für eine vergleichende Analyse besser geeignet.

In Deutschland lag der Median des jährlichen Nettoäquivalenzeinkommens im Jahr 2008 bei 18.586 Euro und ist damit im Vergleich zu 2007 leicht um 277 Euro gestiegen.[100] Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) analysiert diese Daten regelmäßig beziehungsweise ermittelt sie durch Sekundäranalysen. Nach Maßgabe jener Erhebungen befindet sich die „Einkommensmitte", hier auch häufig „Mittelschicht" genannt, in einer Einkommensspanne pro Jahr pro Person zwischen 13.010 und 27.879 Euro. Oftmals wird die Schichtung nach relativen Einkommenspositionen differenziert in die Schicht des sogenannten „höheren Wohlstands" (über zweihundert Prozent des Mittelwertes des Nettoäquivalenzeinkommens), des „relativen Wohlstands" (einhundertfünfzig bis zweihundert Prozent), der „gehobenen Einkommenslage" (125 bis 150 Prozent), der „mittleren bis gehobenen Einkommenslage" (125 bis 150 Prozent), der „unteren bis mittleren Einkommenslage" (75 bis 100 Prozent), des „prekären Wohlstands" (50 bis 75 Prozent) und schließlich der „relativen Armut" (0 bis 50 Prozent).[101]

Die Untersuchungen des DIW werden durch die verschiedensten Medien regelmäßig rezipiert und verschlagwortet. „Deutschlands Mittelschicht schrumpft!" – war der zwischen 2008 und 2011 dominierende Tenor der Be-

99 Vgl. Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundeserpublik Deutschland, Bd. 1. Bonn 2011, S. 151f.

100 Markus M. Goebel u.a. Höhepunkte der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?, in: DIW-Wochenbericht, H. 43/2012.

101 Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundeserpublik Deutschland, Bd. 1, 2011, S. 164.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

richterstattung in diesem Zusammenhang.[102] Die Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sahen nicht nur das Durchschnittseinkommen und somit das Einkommen der „Mitte“ in seiner gesamten Breite sich verringern, sondern auch die Zahl der zur „Mitte“ geschlagenen Einkommensbezieher kleiner werden: So machte das DIW im Jahr 1986 noch 63 Prozent der Haushalte in der „Mitte“ aus, während es 2006 nur noch 54 Prozent waren.[103] Dabei sind die sich in der „Mitte“ befindlichen Einkommensbezieher keinesfalls alle in die unteren Schichten abgewandert, denn die einkommensstarken Schichten wuchsen im selben Zeitraum von 17 auf 21 Prozent an.[104]

Darüber hinaus stellen die Mitarbeiter des DIW in jüngsten Untersuchungen fest, dass seit 2005 sowohl die Markteinkommen als auch die verfügbaren Haushaltseinkommen wieder angestiegen sind und sich auf demselben Niveau wie im Jahr 2000 befinden.[105] In der Rückschau scheinen somit die meisten Kritiker der DIW-Berichte Recht zu behalten: Der Alarmismus bezüglich einer schrumpfenden Einkommensmitte ist übertrieben gewesen. Ursache hierfür seien letztlich auch die zu Grunde gelegten viel zu kleinen Untersuchungsräume gewesen, die einst das Schrumpfen der Einkommensmitte belegt haben.[106] Daneben wird an dieser Einkommensdefinition kritisiert, dass nicht nur das Vermögen der Haushalte, sondern auch die monatliche Mietersparnis, die durch eine mögliche Nutzung der eigenen Immobilie erzielt werden kann, unberücksichtigt bleibt.[107]

---

102 Vgl. beispielsweise Thomas Ochsner, Deutschlands Mittelschicht schrumpft, in: Süddeutsche Zeitung, 20.11.2008.

103 Vgl. Bettina Wiguny u. Lisa Nienhaus, Mitten in Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.05.2008.

104 Ebd. Auch Jürgen Faik u. Jens Becker, Wohlstandspolarisierung, Verteilungskonflikte und Ungleichheitswahrnehmungen in Deutschland, in: FaMa-Diskussionspapier, H. 5/2009, S. 32.

105 Gert G. Wagner, Die Inflation der Mittelschicht-Begriffe führt in die Irre, in: DIW Wochenbericht 20.12.2012, online einsehbar unter http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.413137.de/12-51-3.pdf [eingesehen am 22.12.2012]; Bertelsmann Stiftung (Hg.), Die Mittelschicht unter Druck?, Gütersloh 2013.

106 Vgl. Philipp Krohn, Die Abstiegssorgen der Mittelschicht, 28.07.2010 und Jürgen Kaube, Die inszenierte Mittelstandspanik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.06.2010.

107 Ähnlich argumentiert auch Nora Skopek u. Karin Kolb, Einkommensreich – vermögensarm?, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 22 (2012), S. 163-187.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Neben dem DIW definieren auch die seit dem Jahr 2001 vorgelegten Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung eine ökonomische „Mitte", die zwischen „arm" bzw. „armutsgefährdend" und „reich" liegt. Obwohl Armut im Sinne von Armatya Senn dort als „Mangel von Verwirklichungschancen" definiert wird, gilt jemand als arm, der über weniger als sechzig Prozent des bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommens verfügt. Derzeit liegt der 4. Armuts- und Reichtumsberichtes vor.[108] Im Bericht wird zwar einschränkend zugegeben, dass es neben dem Einkommen noch andere Möglichkeiten gibt, die „Mittelschicht" zu definieren als lediglich über den monetären Zugriff, jedoch legt man sich auch hier auf eine Einkommensposition zwischen sechzig und dreihundert Prozent des Medianeinkommens fest.[109] Auf Basis dieser Berechnungsgrundlage sei die Mittelschicht in den letzten Jahrzehnten um die 58 Prozent stabil geblieben.

2.5 DIE „GESELLSCHAFTLICHE MITTE", DIE KEINE SEIN MÖCHTE

Insgesamt sagt die rein ökonomische Betrachtung wenig über die deutsche „Mitte" aus. Rückschlüsse auf die politische Einstellung oder ihre Wertpräferenzen lassen sich daraus nicht ziehen. Daher nähern sich andere Untersuchungen den Menschen in der „Mitte" auch über sozio-ökonomische Parameter. In einem von der Herbert-Quandt-Stiftung finanziertem Projekt über die „gesellschaftliche Mitte" wurde dieser Weg beschritten. Die Forscher einigten sich darauf, dass diejenigen mit einer „gehobenen Qualifikation", einer „leitenden beruflichen Position" oder „Expertenstatus" sowie „dienstleistender Tätigkeit" zur gesellschaftlichen „Mitte" gezählt werden. Diese Form der „Mitte" umfasse derzeit rund 45 Prozent der Bevölkerung und ist somit erheblich kleiner als die rein ökonomische „Mitte".

108 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. , Berlin, 2013 abrufbar unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/E/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile [zuletzt eingesehen am 14.05.2013].

109 Vgl. ebd. S. 328. Andere Faktoren sind Bildung, subjektive Einordnung und die berufliche Position.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Und es gibt noch einen Unterschied zwischen der gesellschaftlichen und der ökonomischen Erfassung der „Mitte“: Während die ökonomische „Mitte“ laut Aussagen vieler kleiner wird, ist diese „gesellschaftliche Mitte“ von 34 Prozent im Jahr 1984 um über zehn Prozentpunkte gewachsen. Allerdings stagniert dieses Wachstum seit den 1990er Jahren.[110] Zusätzlich betrachteten die Forscher des Quandt-Projektes Personen, die zwar das Kriterium der „gehobenen Qualifikation“ erfüllen, denen aber eines der anderen beiden Merkmale fehlt. Menschen also, die mindestens Realschulabschluss mit abgeschlossener Berufsausbildung, typischerweise aber einen Hochschulabschluss vorweisen können, die aber, erstens, einer manuellen Tätigkeit beziehungsweise gar keiner Profession nachgehen oder die, zweitens, nicht in einer leitenden oder selbstständig arbeitenden Position tätig sind. Diese Personen werden als der „untere Rand der Mitte“ umschrieben, deren Anteil sich im Untersuchungszeitraum von sechs auf 16 Prozent erhöht habe.[111]

Eine ähnliche „Mitte-Definition“ wie die Quandt-Forscher schlägt Berthold Vogel vor: „Mitte“ sind für ihn diejenigen mit formal höheren Bildungsabschlüssen sowie hinreichend Wohlstand und familiären Bindungen. All jene seien nicht unmittelbar – eben aufgrund jener Ressourcen – durch die „Zufälligkeiten des Lebens“ beziehungsweise den wirtschaftlichen und sozialen Abstieg bedroht.[112]

In einem letzten Schritt untersuchte die von der Quandt-Stiftung finanzierte Forschungsgruppe, ob die „gesellschaftliche Mitte“ – eine von ihrer soziodemografischen Situation her relativ homogene Gruppe – eine spezifische Mentalität und Weltsicht hat, die sie von anderen Bevölkerungskreisen unterscheidet. Hier wurde insbesondere die Leistungsorientierung, die Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement, das Sicherheitsbedürfnis, die Risikobereitschaft sowie die

110 Martin Werding u. Marianne Müller, Globalisierung und Gesellschaftliche Mitte, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland, Ein Lagebericht, Bad Homburg v. d. Höhe 2007, S. 104-161, hier S. 140f.

111 Menschen mit einem Bruttoarbeitseinkommen von mehr als 6.000 € monatlich oder Selbständige und Freiberufler mit mehr als zehn abhängig Beschäftigten fallen dieser Definition nach oben hin aus der Mitte heraus. Vgl. Marianne Müller u. Martin Werding, Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland, in: ifo-Schnelldienst, Jg. 60 (2007) H. 9, S. 24-31, hier S. 27.

112 Vgl. exemplarisch Berthold Vogel, Die Furcht vor dem Weniger, in: Soziale Fortschritt, H. 12/2011, S. 274-281, hier S. 275.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Vorstellung von einem ausgewogenen Verhältnis von staatlicher Fürsorge und Eigenverantwortung untersucht. Angesichts der vorher gewählten Kriterien überrascht es wenig, dass die Mentalität dieser sozioökonomischen Mittelschicht, so das Ergebnis, keinen spezifischen Gehalt hat und eher den Einstellungen und Befindlichkeiten der Oberschicht ähnelt.[113] Schließlich hatten die Forscher von Beginn an eine „Mitte" im Blick, deren Wurzeln sie im Bürgertum des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sahen, Menschen mit einer höheren (nicht mittleren!) Bildungsqualifikation, mit einem – im Vergleich zum Durchschnittseinkommen – größeren Gehaltsscheck und mit entsprechendem Sozialkapital. Besonders auffällig wird diese Verbindung, wenn man sich die „Mitte-Definition" eines weiteren Autoren der Quandt-Publikationen ansieht. Albrecht Graf von Kalnein bestimmt vier Parameter, bei deren Erfüllung sowohl durch den Einzelnen als auch durch eine größere „Bevölkerungsschicht" von Vertretern der „Mitte" gesprochen werden kann. Dazu zählen für von Kalnein ein vergleichsweise hoher Bildungsstand, Leistungsbereitschaft, Streben nach Teilhabe im Gesellschaftlichen wie im Politischen und schließlich ein Wertebewusstsein sowie die Willfährigkeit, nach bestimmten Werten zu leben und diese anzustreben.[114]

Die Ausgangsbasis der im Jahr 2005/06 durchgeführten Untersuchung bildeten die eigenverantwortlich und selbstständig arbeitenden Ärzte, Apotheker, Lehrer und Rechtsanwälte, quasi das Bildungsbürgertum der Republik mit seiner spezifischen Lebensführung. Der Mittelstand des Handels und des Handwerks wurde in dieser Definition bewusst außen vor gelassen.[115] Die Tatsache, dass durch die Studie somit eher Vertreter der Bourgeoisie und nicht der „Mittelklasse" erfasst wurden, ist kaum von der Forschergruppe thematisiert worden. Die so

113 Vgl. Renate Köcher, Demoskopische Annäherung an die Mentalität der Mitte, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung Verantwortung. Sinclair-Haus-Gespräche 28, Bad Homburg v. d. Höhe 2008, S. 16-31, hier S. 16, 22.

114 Vgl. Albrecht Graf von Kalnein, Die gesellschaftliche Mitte. Konjunkturen und Krisen eines Begriffs, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland. 26. Sinclair-Haus-Gespräch 12.-13. Mai 2006, Bad Homburg v.d.Höhe 2006, S. 12-19, hier S. 15.

115 Paul Nolte u. Dagmar Hilpert, Wandel und Selbstbehauptung. Die gesellschaftliche Mitte in historischer Perspektive, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland, Ein Lagebericht, Bad Homburg v. d. Höhe 2007, S. 12-101, hier S. 32, 67.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

von ihnen beschriebene „Mitte“ habe letztlich, so die Schlussfolgerung der Quandt-Untersuchung, auch wenig Anlass, sich über vermeintlich erhöhte finanzielle und soziale Lasten zu beklagen, schließlich verharre der auf ihr lastende Druck zum Beispiel in Form des Arbeitslosigkeitsrisikos in den letzten zwanzig Jahren konstant auf einem äußerst niedrigen Niveau.[116]

Zu ähnlichen Ergebnissen wie die Quandt-Forscher kommen auch andere Untersuchungen, die sich die „harten“ Fakten ansehen und bezweifeln, dass besonders die „Mitte“ den sozialen Verwerfungen ausgesetzt sei.[117] Entsprechend argumentiert Simon Stewart. Für ihn sind jegliche Erzählungen über den Niedergang der „Mitteklassen“ insofern völlig sinnlos, da es in seinen Augen nie eine kohäsive „Mittelklassenidentität“ gegeben hat.[118] Und ohne ein solches Gruppenbewusstsein gäbe es auch keine kollektiven Befindlichkeiten oder Ängste.

Doch dabei bleiben Fragen offen: Können Sorgen und existentielle Ängste einer gesellschaftlichen „Mitte“ einfach ignoriert werden, nur weil sie durch Arbeitsplatzrisikoanalysen, Ermittlung der Größe von Einkommensklassen oder der Erhebung spezifischer einheitlicher Werte und Ideale nicht verifiziert werden? Liegen die Ursachen dafür womöglich an ganz anderen Orten? Sind alle Elemente der gesellschaftlichen „Mitte“ voller Sorgen? Die vorliegende Untersuchung wurde daher auch durch die Hypothese angeleitet, dass es weitere Ursachen für das Unwohlsein der gesellschaftlichen „Mitte“ geben muss, beziehungsweise dass – sollten die thematisierten Ängste gar nicht real sein oder keinen spezifischen Auslöser haben – dennoch aufmerksam nach den Motiven der Artikulation von Unruhe und Furchtsamkeit gesucht werden muss.

Sowohl bei der ökonomischen als auch bei der sozio-ökonomischen „Mitte“ wird die Zugehörigkeit ausschließlich über die Erwerbstätigkeit definiert. Ledig-

116 Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... 2006, hier S. 38; Stefan Hradil u. Holger Schmidt, Angst und Chancen. Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte aus soziologischer Sicht, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland, Ein Lagebericht, Bad Homburg v. d. Höhe 2007, S. 163-226, hier S. 168.

117 Vgl. exemplar. Daniel Groh-Samberg u. Florian Hartleb, Abstieg der Mitte? Zur langfristigen Mobilität von Armut und Wohlstand, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 137-157.

118 Simon Stewart, Culture and the Middle Classes. Farnham 2010, S. 17.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

lich rund 53 Prozent der deutschen Bevölkerung sind jedoch erwerbstätig.[119] Rentner werden hier ebenso ausgeschlossen wie beispielsweise halbtags arbeitende Frauen mit Kindern. Immerhin sind rund 40 Prozent aller 15- bis 64-jährigen Frauen mit Kindern im Haushalt gar nicht erwerbstätig.[120] Christoph Weischer macht überdies mit seiner Untersuchung darauf aufmerksam, dass sich in einer so definierten „Mitte" sowohl der ledige Akademiker, der soeben in den Beruf eingestiegen ist, findet, als auch der Angestellte mit zwanzig Jahren Berufserfahrung und mehreren Kindern. Daher dürfe in den Untersuchungen nicht immer nur das momentan verfügbare Einkommen und die gegenwärtige Arbeitsplatzsituation in den Blick genommen, sondern müssten auch die Einkommensperspektiven und die Dynamiken im Lebenslauf miteinbezogen werden.[121] Auch diesbezüglich weisen die oben beschriebenen Konzepte ein Defizit auf. Daher soll im Folgenden eine eigene semantische Annäherung an den Untersuchungsgegenstand gewagt werden.

2.6 EINE ERSTE DEFINITORISCHE ANNÄHERUNG AN DEN UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND

Im Zentrum dieser Arbeit steht neben der methodischen Frage, wie „Mitte" untersucht werden kann, die Fragestellung, was diese „Mitte" ist, genauer: wie die Verfasstheit der Individuen dieser „Mitte" ist und wie sich deren Verhältnis zur Politik gestaltet. Dabei wird eine zentrale Prämisse vorausgesetzt: es gibt so etwas wie eine „Mitte" in der bundesrepublikanischen Gesellschaft und diese wird durch Menschen gestaltet. Diese Prämisse sagt noch nichts darüber aus, wie „Mitte" beschaffen sein könnte. Dies soll über die Dauer der gesamten Untersuchung längstmöglich offengehalten werden. „Mitte" dient hier zunächst als Sammelbegriff,[122] dessen definitorischer Kern nicht zwangsläufig stabil sein muss.

119 Vgl. Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundeserpublik Deutschland, Bd. 1, 2011, S. 99.

120 Vgl. Heribert Engstler u. Sonja Menning, Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland, Berlin 2003, S. 106.

121 Christoph Weischer, Die Modellierung des sozialen Raumes, 2010, S. 122.

122 Steffen Mau, Lebenschancen, 2012, S. 13.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Der Zusatz der Vorbedingung, dass die „Mitte" durch Menschen gestaltet wird, gilt für zwei *Bestimmungen*. Erstens ist die „Mitte" kein Gegenstand. Sie wird nur durch Sprache real.[123] Indem Politiker, Sozialwissenschaftler, Journalisten, auch Unternehmer und Theologen von ihr reden, wird „Mitte" in der sozialen Welt wirkmächtig. Auch das ist mit der Prämisse gemeint, dass eine „Mitte" existiert, die untersucht werden kann. Dabei gilt, dass die Sozialwissenschaft und die Gesellschaft nicht voneinander unabhängig sein können, sondern Stichworte, Klassifikationen und Deutungen zwischen diesen „Welten" oder auch „Systemen" ständig ausgetauscht und modifiziert werden. Ob nun (soziale) Probleme erst von Sozialwissenschaftlern „entdeckt" werden können, nachdem sie von der Gesellschaft oder von Teilgruppen dieser thematisiert worden sind oder auch unabhängig davon existieren können[124], soll an dieser Stelle nicht interessieren. Von Bedeutung ist lediglich, dass es offenbar gesellschaftliche Themen und Probleme gibt, die erfolgreicher als andere thematisiert werden können, somit wirkmächtiger sind[125] – und „Mitte" ist eines davon.

Zweitens ist die „Mitte" ein Bereich des Sozialen, der eine Menge von Individuen einschließt und andere ausgrenzt. Würde man sich der ersten *Bestimmung* widmen wollen, wäre die geeignete Methode der Untersuchung sicher die Diskursanalyse. Jedoch verfehlt man somit die erkenntnisleitende Fragestellung. Hier interessieren die Themen, Werte, Maßstäbe, Orientierungen und Erwartungen der Menschen in Bezug auf Politik, Politiker und die politische Verfasstheit der Gesellschaft. Doch daher geht es hier nicht um die begriffliche Fassung eines kollektiven Habitus, dessen Existenz überdies angezweifelt wird, sondern um die Überlegung, ob „Mitte" sich nicht auch durch eine Selbstverortung der Individuen zu dieser beschreiben lassen könnte. Dies schließt dann auch die Vorstellung von Zugehörigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft als Ganzes mit ein.[126] Als methodischer Zugriff für die erkenntnisleitende Perspektive ergibt sich daher zwingend, dass Personen zum Sprechen gebracht werden müssen.

123 Dabei schließt sich die Verfasserin den u.a. von John R. Searle vertretenen, aber jüngst noch einmal prägnant formulierten konstruktivistischen Thesen an. Vgl. John R. Searle, Wie wir die soziale Welt machen. Die Struktur der menschlichen Zivilisation. Berlin 2012.

124 Vgl. Michael Schetsche, Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm. Wiesbaden 2008, S. 18.

125 Vgl. ebd. S. 20, 29.

126 Steffen Mau, Lebenschancen, 2012, S. 32.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Untersuchungsgang und Methode

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

3. Methodische Überlegungen zur Erschließung der sozialen „Mitte“

3.1 Die „Mitte“ qualitativ erforschen

„Zum Sprechen bringen“ ist in diesem Fall wörtlich gemeint. Alltagsweltliche Vorstellungen, Meinungen, vor allem individuelle Erklärungsmuster und lebensweltliche Konstruktionen lassen sich kaum mit einem standardisierten Fragebogen erheben. Es besteht die Gefahr, dass in der repräsentativen Umfrageforschung Erkenntnisse und „Meinungen produziert“, die die Befragten entweder niemals derart wie sie im Fragebogen verfasst wurden, formulieren (und somit auch anders konnotieren) würden, oder auf deren Gehalt sie sonst nie gekommen wären. Die Kritik lautet demzufolge, dass Haltungen abgefragt und reproduziert werden, die ohne die Erhebung nicht zu Stande gekommen wären.[1] Weil dieser sogenannte „Hawthorne-Effekte“[2] möglichst minimiert werden soll, wurde sich hier für eine qualitative Untersuchungsanordnung entschieden.

Trotz der methodisch vielfältigen Zugriffe eint die qualitative Forschung nicht nur die Abgrenzung zur quantitativen Arbeit, sondern das „interpretative Paradigma“[3] sowie die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gegenüber dem

1 Vgl. Pierre Bourdieu, Die öffentliche Meinung gibt es nicht, in: Ders., Soziologische Fragen, Frankfurt a. M. 1993, S. 212-223, Karin Knorr-Cetina, Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft 1984.

2 Vgl. Doris Lucke, Akzeptanz. Legitimität in der „Abstimmungsgesellschaft“, Bonn 1995, S. 275.

3 Nach Jo Reichertz, Qualitative Sozialforschung – Anspruch, Prämissen, Probleme, in: Erwägen, Wissen, Ethik, Jg. 18 (2007) H. 2, S. 195-208, hier S. 278, hier vor allem der Verweis auf Hubert Knoblauch.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Forschungsgegenstand.[4] Doch „Interpretation“ ist eine dehnbare, sich häufig in einer Blackbox vollziehende Tätigkeit, für die kaum einheitliche Standards existieren. Darüber hinaus besteht oft die Gefahr, dass die beobachteten Prozesse nicht „interpretiert“, sondern lediglich zusammengefasst werden. Dann ist nicht vielmehr getan als – so einige Kritiker des „interpretativen Paradigmas“ – eine „Verdopplung der alltäglichen Probleme“.[5] Dabei dürfe sich die Analyse der Gesellschaft nicht in einer puren Subsumption des vom Forscher Wahrgenommenen erschöpfen,[6] sondern muss in einem ersten deskriptiv und in einem zweiten Schritt interpretativ aufgearbeitet werden, bevor sie letztendlich in einer erklärenden Konstruktion mündet.[7]

Doch genau dieser Prozess ist an die Person des Sozialwissenschaftlers gebunden, von seinem Vorwissen, seiner Beobachtungsgabe, seiner Kreativität abhängig.[8] Beobachten bedeutet nicht nur das erste Staunen, was einem die Dinge als diffus, widersprüchlich und verworren betrachten lässt, sondern auch das „Gestaltsehen“, welches eben Erfahrung und zuvor erworbenes Wissen verlangt. Nur wenn der Beobachter Dinge in Beziehung zueinander setzen kann, ist die Konstruktion von Zusammenhang und Sinn möglich. Ein Kriterium der qualitativen Arbeit ist nun, diese Vorannahmen des Forschenden explizit zu machen.[9] Weitere Gütekriterien für die qualitative Arbeit sind das Belegen von Beobachtungen und Interpretationen mit Hilfe von Zitaten, die Arbeit mit Post-

4 Gabriele Cappai, Einleitung. Die empirische Erforschung des Fremden. Ein interdisziplinärer Ansatz, in: Dies. (Hg.), Forschen unter Bedingungen kultureller Fremdheit, Wiesbaden 2008, S. 9-38, hier S. 18.

5 Michael Schetsche, Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm, 2008, S. 39f. Hier auch unter der griffigen Vokabel der „Deutungskonkurrenz“ zusammengefasst.

6 Ulrich Oevermann, Adorno als empirischer Sozialforscher. Im Blickwinkel der heutigen Methodenlage, in: Ders. u. Andreas Gruschka (Hg.), Die Lebendigkeit der kritischen Gesellschaftstheorie. Dokumentation der Arbeitstagung aus Anlass des 100. Geburtstages von Theodor W. Adorno 4.-6. Juli 2003 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, S. 189-234, hier. S. 189.

7 Philipp Mayring, Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken, Weinheim 2001, S. 21.

8 Hierfür und im Folgenden Ludwik Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Frankfurt a.M. 1980 (1935), S. 120-124.

9 Gabriele Cappai, Einleitung, 2008; Philipp Mayring, Einführung in die qualitative Sozialforschung, 2001, S. 30.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

skripten, also der unmittelbaren Aufzeichnung des Beobachteten, die Rekonstruktion der Forschungspraxis, folglich die Offenlegung eines normalerweise regelgeleiteten Verfahrens und die Forderung nach Konsistenz, also wiederholt auftretender Beobachtungen.[10]

Auf Basis dieser Grundregeln für die wissenschaftliche Praxis suggerieren Handbücher zur qualitativen Forschung und erkenntnistheoretische Publikationen häufig, dass ein konziser Forschungsprozess die Normalität ist. An erster Stelle käme die Fragestellung, das Problem, die Hypothese, daraufhin werde eine zweckgerichtete Methode entwickelt, die Material produziere, welches nach zuvor an Erkenntnisinteresse und Vorgehensweise entwickelten Regeln ausgewertet werde. Dabei wird, ob bewusst oder unbewusst, oftmals verschwiegen, dass sich die eigentliche Forschungspraxis völlig anders darstellt. So wird die Fragestellung nicht immer zwingend aus der bisherigen Forschung oder Forschungsdesideraten entwickelt, sondern im Zuge der politisch forcierten Drittmittelforschung an den Wissenschaftler herangetragen. Oder das Forschungsdesign unterliegt oftmals ganz pragmatischen Restriktionen, wie den zur Verfügung stehenden temporären, personellen sowie finanziellen Ressourcen und hängt ebenso an der Einsatzbereitschaft und dem Vermögen der beteiligten Personen. Überdies werden Abläufe und Zielrichtung im Prozess häufig verändert, weil Schwierigkeiten offenbar wurden oder erste unerwartete Ergebnisse eine Verlagerung der Stoßrichtung erfordern. Vor allem wenn der ausführende Wissenschaftler eine bestimmte Methode zum ersten Mal anwendet, ergeben sich Praxen und Routinen erst im Forschungsprozess selbst und können gar nicht zuvor durch Regeln institutionalisiert werden.

Diese Erfahrungen wurden auch durch die Verfasserin der vorliegenden Arbeit gesammelt und sollen hier im Prozess dokumentiert werden, um Forschungsprozesse nachvollziehbar und kritisierbar zu machen. Andere Forscher haben ähnliche Praxiserfahrungen gesammelt. In den seltensten Fällen steht ein

10 Vgl. Ariane Schorn, Das themenzentrierte Interview. Ein Verfahren zur Entschlüsselung manifester und latenter Aspekte subjektiver Wirklichkeit, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Jg. 1 (2001) H. 2, S. 20; Ralf Bohnsack u. Aglaja Pryborski, Einleitung. Gruppendiskussionen als Methode rekonstruktiver Sozialforschung, in: Dies (Hg.), Das Gruppendiskussionsverfahren in der Forschungspraxis, Opladen 2010, S. 7-22, hier S. 13; Gian-Claudio Gentile, Die Gesprächsanalyse der dokumentarischen Methode als „Schlüssel" zu selbst-referentiellen Kommunikationssystemen? Theoretisch-methodische Grundlagen und empirische Vignetten, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Jg. 11 (2010) H. 3, S. 19.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

elaborierter Forschungsplan am Anfang des Projektes, dessen einzelnen Schritte im Verlauf strikt eingehalten werden, dessen Methode ausgearbeitet sowie erprobt und bei dem die metatheoretischen Vorannahmen explizit formuliert worden sind. Durch dieses Verfahren sind methodische Innovationen und infolgedessen womöglich die Gewinnung neuer Erkenntnisse kaum möglich. Doch nur die wenigsten Sozialwissenschaftler haben in der Retrospektive den Mut, sich zu diesem Pragmatismus zu bekennen. Eine Ausnahme bildet Ralf Bohnsack. Er offenbart durch sein Bekenntnis, dass sich Beobachtung, Methode und Theorie in seinem Projekt (in welchem mit einer ähnlichen Methode wie hier gearbeitet wurde) wechselseitig ergeben hätten, einen eher realistischen und auch praktikablen Feldzugang.[11] Ähnlich wurde die Methode der „objektiven Hermeneutik“ entwickelt, die mittlerweile zu den ausformuliertesten Techniken der qualitativen Forschung gehört. Die objektive Hermeneutik an sich und einige ihrer speziellen Umsetzungsmöglichkeiten wurden erstmals bei dem Großforschungsprojekt „Elternhaus und Schule“ im Jahr 1968 angewandt, seit dem immer wieder diskutiert und erst im Lauf der folgenden Jahrzehnte von ihren Anwendern ausformuliert.[12] Diese beiden Beispiele unterstreichen auch die hier präsenten Zweifel, ob eine ausbuchstabierte und elaborierte Methode für den Erkenntnisprozess überhaupt notwendig ist, beziehungsweise bestärken die Vermutung, dass eine solche dem Erkennen und Erklären mitunter auch im Weg stehen kann.[13]

3.2 DIE FOKUSGRUPPE ALS METHODE

Hier wird sich ausdrücklich zu einem realistischen und pragmatischen Vorgehen bekannt. Wobei sich die Einsicht nicht in einem Nebensatz der Einleitung verstecken, sondern zum Programm der Arbeit erhoben werden soll. Das Ziel ist im

11 Ralf Bohnsack, Einleitung, 2010, S. 13.

12 Kritik von Jo Reichertz, Die objektive Hermenutik – Darstellung und Kritik, in: Eckard König u. Peter Zedler (Hg.), Bilanz qualitativer Forschung. Bd. II: Methoden, Weinheim 1995, S. 379-423, hier S. 381.

13 So war beispielsweise die Studie „The Polish Peasant“, die für die spätere Chicago School den Startpunkt bildete, der Ausgangspunkt für eine neue Art der Sozialforschung – auch ohne dass deren Vertreter zu Beginn eine elaborierte Methodendiskussion geführt haben. Und später galt das Autorentrio William Isaac Thomas, Robert Ezra Park und Florian Znaiecki als „Ahnherren“ der qualitativen Sozialforschung. Vgl. Gabriela Christmann, Robert E. Park. Konstanz 2007, S. 95.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Folgenden, den Forschungsprozess nicht nur über die Beschreibung der Methodik nachvollziehbar zu machen, sondern auch in die Darstellung miteinzubeziehen. So entsteht nicht nur eine Arbeit über die „Mitte“, sondern auch über die Methodik zur Erforschung derselben.

Die herkömmliche Darstellung von Einleitung, Methodik, Entwicklung der Ergebnisse und zusammenfassender Interpretation würde die Offenheit des Forschungsprozesses verdecken und könne als nachträgliche Legitimationsbemühung missverstanden werden. Daher soll hier gar nicht erst der Eindruck entstehen, als sei dem Nachdenken über die „Mitte“ und ihrer Vertreter ein detailliertes Forschungsprogramm vorausgegangen. Das erste Staunen der Verfasserin, die anfängliche Ratlosigkeit, das Sammeln von Erkenntnissen und das erneute Auftreten von Problemen soll für den Leser sichtbar bleiben. Nur wenn der Forschungsprozess auf diese Art nachvollziehbar wird, bleibt er offen für Diskussionen. Richtet man jedoch die Darstellung auf die zusammenfassende Präsentation der Ergebnisse aus, so entfalten diese auf den Leser eine zwingende suggestive Kraft. Ihm wäre es dann beinahe unmöglich, sich der vorgeschlagenen Interpretation zu entziehen.

Die öffentliche Meinung, also die Einstellung der Bürger eines Landes zu politischen Institutionen, hat weniger etwas mit abfragbaren Wissen, sondern eher mit undeutlichen Stimmungen zu tun,[14] die sich nicht wie in einer Art Seifenblase in einem selbständig handelnden und denkenden Individuum autonom entwickeln, sondern durch Interaktion mit anderen Menschen entstehen.[15] Weil sich also das „Alltagsbewusstsein“ erst durch Interaktions- und Kommunikationsprozesse mit einer sozialen Gruppe herausbildet,[16] ist der Meinungsbildungsprozess in einer Gruppendiskussion für den Sozialforscher besser nachzuvollziehen als ein Einzelinterview[17]. Die These ist, dass die befragten Individuen in einer Gruppe oftmals besser in der Lage sind, ihre Meinung zur Sprache zu bringen. Wenn sie auf Stichwortgeber reagieren können oder durch vorangegangene ähnliche Aussagen Mut gefasst haben, sind die Äußerungen präziser. Ähnlich argumentiert auch Philipp Mayring: „Viele subjektive Bedeutungsstrukturen

14 Vgl. Giovanni Sartori, Demokratietheorie. Darmstadt 1997.

15 Thomas Kühn u. Kay-Volker Koschel, Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch, Wiesbaden 2011, S. 53.

16 Nach Mead vgl. Thomas Leithäuser u. Uwe Flick, Politische Psychologie, in: Dies. (Hg.), Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendung, Weinheim 1995, S. 504-408, hier S. 406.

17 Vgl. Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, 2011, S. 105.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sind so stark in soziale Zusammenhänge eingebunden, dass sie nur in Gruppendiskussionen erhebbar sind. Hier können psychologische Sperren durchbrochen werden, um zu kollektiven Einstellungen und Ideologien zu gelangen.“[18] Durch die Initiierung einer Gruppendiskussion entsteht ein „Raum gemeinsamer Erfahrungen“, in dem sich durch ungeplante Begegnungen ein politischer Diskurs entwickelt. Die Diskussion in der Gruppe wird hier also als „institutionalisierte Produktionsstätte von Daten“[19] angesehen und als Erhebungsmethode eingesetzt.

Nun mag die Kritik an der Gruppendiskussion ähnlich formuliert werden wie an einer repräsentativen standardisierten Umfrage: Auch Teilnehmer einer Gruppendiskussion können sich im Verlauf der Unterhaltung mit Aussagen gegenseitig provozieren, zu Äußerungen animieren, die im Alltag sonst nicht gefallen wären und so vielleicht auch gar nicht Denken und Verhalten des jeweiligen Individuums bestimmen. In der Gemeinschaft werden so Aussagen produziert, die der Einzelne gar nicht vertreten würde.[20] Doch macht genau dieser Punkt die Arbeit mit Gruppen spannend und realitätsnah zugleich. Schließlich haben nicht nur die Arbeiten über die extremen gesellschaftlichen Entwicklungen in der Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus, sondern auch Forschungen zur Massenpsychologie immer wieder gezeigt, dass Individuen sich vor allem in einem Kollektiv radikalisieren. Insofern verfälscht die Gruppendiskussion den Meinungsbildungsprozess nicht, sondern ist nah an der gesellschaftlichen Wirklichkeit und dient quasi als Inszenierung oder Experiment dazu, die sich vollziehenden gesellschaftlichen Prozesse zu rekonstruieren.[21]

Gruppendiskussionen beziehungsweise Fokusgruppen sind dabei mehr als ein Gruppeninterview. Eine Kleingruppe von sechs bis zwölf Personen wird

18 Philipp Mayring, Einführung in die qualitative Sozialforschung, 2001, S. 77.

19 Christian Klein, Handbuch Biographie: Methoden, Traditionen, Theorien. Stuttgart 2009.

20 So formuliert (aber nicht vertreten) von: Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, S. 247.

21 Das Gruppendiskussionen eine Mischform aus Experiment, Beobachtung und Befragungen sind, wird auch vertreten von Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, S. 61. Und obwohl es in der Politikwissenschaft eine institutionalisierte Distanz zu solcher Art der Forschung gibt, da sie ursprünglich eine rein „beobachtende“ Wissenschaft war, ist doch der Trend zu Experimenten auch hier nicht zu übersehen. Vgl. Thorsten Faas u. Sascha Huber, Experimente in der Politikwissenschaft. Vom Mauerblümchen zum Mainstream, in: Politische Vierteljahresschrift Jg. 51 (2010), S. 721-749, hier S. 723; Heinrich August Winkler, Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979, S. 158f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

durch ein oder zwei Moderatoren angeregt, über ein von ihnen initiiertes Thema zu diskutieren.[22] Wie viele andere Methoden der Sozialwissenschaft auch wurde die Praxis der Fokusgruppen in den Vereinigten Staaten in den 1920er Jahren entwickelt.[23] Während des Zweiten Weltkrieges testeten Paul Lazarsfeld und Robert Merton mit Gruppeninterviews die Wirkung von Rundfunkpropaganda. Auch in Deutschland wurde im Jahr 1950 die Methode angewandt. Das Sozialforschungsinstitut in Frankfurt befragte insgesamt 1.800 Menschen in Kleingruppen mit acht bis achtzehn Teilnehmern aus Hessen, Bayern und Norddeutschland. Ihnen ging es vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus um die sozialpsychologische Frage, wie Individuen zu verhaltensrelevanten Einstellungen kommen. Dabei spielten sowohl Mechanismen der Projektionen als auch verdrängte Schuldgefühle eine Rolle.[24]

Wohl auch weil diese äußerst aufwendige Untersuchung mehr oder weniger nur die Vorannahme des „autoritären Charakters" der Deutschen zu bestätigen schien und Theodor W. Adorno und Max Horkheimer die methodischen Mängel der Studie beklagten,[25] wurde die Gruppendiskussion in den Sozialwissenschaften nicht systematisch weiterentwickelt. Indes fand die Methode in den 1950er Jahren sowohl diesseits als auch jenseits des Atlantiks Eingang in die Marktforschung. In den 1970er Jahren griffen dann erste Sozialwissenschaftler das fokussierte Gruppeninterview wieder auf. Ihnen ging es jedoch nicht mehr Verdrängungsprozesse und Massenpsychologie, sondern um die Untersuchung von gruppeninternen Prozessen. Somit gerieten Realgruppen in das Forschungsinteresse und es wurde die These verfochten, dass sich nur in Gruppen, die in dieser Zusammensetzung auch in der Realität existent seien, „Wirklichkeit" zeigen würde.[26]

---

22 Vgl. Marlen Schutz, Quick and Easy!? Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft, in: Dies. u.a. (Hg.), Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Anwendung 2012, S. 9-22, hier S. 9.

23 Zur Geschichte der Fokusgruppe als Methode vgl. Claudia Puchta u. Jonathan Potter, Focus Group Practise. London 2004, S: 5f.; ebenso David L. Morgen, Focus Groups as qualitative Research. Thousand Oaks 1997, S. 4.

24 Friedrich Pollock u. Franz Böhm, Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, Frankfurt a.M. 1955, S. 7.

25 Vgl. Tobis Freimüller, Alexander Mitscherlich. Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse nach Hitler, Göttingen 2007, S. 228.

26 Manfred Nießen, Gruppendiskussion. Interpretative Methodologie, Methoden, Anwendung. Münster 1977.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tatsächlich jedoch wurde jene Ausgangsthese mit der vermehrten Anwendung der Gruppendiskussion zurückgedrängt. Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre, als die britischen Parteien die Fokusgruppen zunehmend als Möglichkeit begriffen, Wähleranalysen zu betreiben und Wahlwerbung gezielter abzustimmen, hatte sich die Arbeit mit ad-hoc zusammengesetzten Gruppen in der Praxis durchgesetzt. Dabei hat die Zusammenstellung von einander unbekannten Teilnehmern auch Vorteile. So kann der Einzelne beispielsweise freier agieren, ohne persönliche Konsequenzen fürchten zu müssen.[27] Indem der zu diskutierende Gegenstand jeden Anwesenden betrifft, bildet das Konglomerat der Interviewten in der Selbstwahrnehmung schließlich eine Gruppe, der nicht zwingend eine reale Gruppe, der nicht zwingend eine reale Einheit vorausgehen muss.[28] In einer solch anonymen Situation lässt sich – sofern durch die Außenbedingungen eine vertrauensvolle und offene Atmosphäre hergestellt werden konnte – über mit Tabus behaftete Themen leichter diskutieren.[29] Gerade das Erlebnis, dass zuvor unbekannte Menschen von ähnlichen Dingen bewegt werden und sich über dieselben gesellschaftlichen Probleme Gedanken machen, kann diskussionsfördernd wirken.[30] Mittlerweile sind Fokusgruppen ein in der Praxis zahlreich erprobtes Instrument. Sie werden nicht nur zur Meinungsermittlung, sondern auch für Akzeptanzanalysen, Anwendungserprobungen und Konfliktschlichtungen eingesetzt.[31] In der vorliegenden Untersuchung jedoch geht es weniger darum, dass die Gruppe sich einigt oder ein Konflikt analysiert und behoben wird, sondern dass die offenbar durch eine Diskussion reproduzierten Meinungen erfasst werden, die in der Analyse exemplarisch als Einzelmeinungen für sich stehen können.

Obwohl gegenwärtig die Fokusgruppe eine häufig eingesetzte Methode ist, beginnen ihre Schwierigkeiten bei ihrer Auswertung. Während einigen Forschern offenbar Beobachtungsprotokolle für die Analyse ausreichen, stützen sich andere auf die nach unterschiedlichsten Regeln verfassten Transskripte der Dis-

27 Vgl. Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, S. 77. Im deutschen Sprachraum scheint sich ein wenig die Unterscheidung durchgesetzt zu haben, dass der Begriff der „Gruppendiskussion“ für Realgruppen verwendet wird, während man mit Fokusgruppen ein Setting meint, indem die Teilnehmer einander zwar (sozialstrukturell) ähnlich aber unbekannt sind.

28 Philipp Krohn, Die Abstiegssorgen der Mittelschicht, 28.07.2010, S. 5.

29 Vgl. Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, S. 230.

30 Ebd. S. 235.

31 Marlen Schutz, Quick and Easy!?, 2012, S. 10f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

kussion und fordern die nächsten, dass lediglich eine sequentielle Analyse die Probleme aufbrechen könne. Hinter diesen Auswertungsvorschlägen steckt selbstverständlich keine Beliebigkeit, sondern eine spezifische Schule der qualitativen Forschung mit ihrer eigenen Geschichte, ihren jeweiligen Routinen und herausragenden Vertretern. Auf diesem Feld ringen die Inhaltsanalyse, die grounded theory, die Narrationsanalyse und die objektive Hermeneutik um Anerkennung.

Zu Beginn der vorliegenden Untersuchung stand lediglich die grobe Methodik fest. Diese sollte dann im Prozessverlauf erprobt und verfeinert werden. Dennoch konnten bezüglich der Frage, nach welchen Grundlagen die durchgeführten Fokusgruppen ausgewertet werden sollen, bereits am Anfang einige Richtungen durchdacht und für den hier verfolgten Zweck verworfen werden. Die Basis der Inhaltsanalyse, Narrationsanalyse und objektiven Hermeneutik bildet der Text. Bei Fokusgruppen entsteht Text durch die Verschriftlichung des Gehörten. Mit Hilfe der in den 1980er Jahren von Philipp Mayring entwickelten Inhaltsanalyse werden in einem relativ schematischen Verfahren Kategoriensysteme aus theoretisch erarbeiteten Analyseeinheiten und Strukturdimensionen abgeleitet und durch mehrmalige Materialdurchläufe überprüft und ergänzt,[32] wobei in diesem strukturierten Prozess die Kategoriensysteme vorab schon klar sein müssen.[33] Diese Art der Auswertung eignete sich für die hier quasi explorativ zu entdeckende „Mitte“ wenig. Auch eine Narrationsanalyse schien für die hier angewendete Fragestellung wenig zielführend. Bei diesem Verfahren steht zunächst eine formale Textanalyse und anschließend eine Analyse der einzelnen erzählenden Elemente im Vordergrund. Doch die im Rahmen der Untersuchung durchgeführten Fokusgruppen waren keine freien Diskussionen, in denen sich Narrationen hätten entfalten können, sondern durch vorgegebene Themen und durch das Eingreifen der Moderation gelenkte Gruppen. Daher bot sich eine Analyse der konstruierten erzählenden Elemente ebenso wenig an.

Die objektive Hermeneutik und die grounded theory versprachen hingegen für den Erkenntnisprozess gewinnbringendere Ansätze zu sein. Die Grundannahme der grounded theory und der objektiven Hermeneutik ist, dass die Teilnehmer der Gruppendiskussion keine Realitäten an sich formulieren, sondern das dies lediglich Symbolisierungsprozesse sind, die aufgrund zwischenmenschli-

32 Vgl. im Folgenden: Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2010.

33 Philipp Mayring, Einführung in die qualitative Sozialforschung, 2001, S. 15.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

cher Interaktion zu Stande kommen.[34] Den Vertretern der grounded theory, auch teilweise Ethnomethodologen genannt, geht es um die Aufdeckung von „handlungsleitenden Vorstellungsstrukturen“.[35] Schließlich steht die Herausarbeitung einer „gegenstandsbegründeten“[36] Theorie am Ende ihrer Arbeit. Dies ist den Etnomethodologen weniger durch eine genaue Methode, sondern mehr durch einen spezifischen „Forschungsstil“ möglich, wie es deren Protagonist Strauss formuliert. Ein solcher Stil zeichne sich durch eine „größtmögliche Offenheit“[37], durch Verstehen sowie die verständliche und nachvollziehbare Aufarbeitung der Inhalte in einen für den Rezipienten lesbaren Text aus. In der Forschungspraxis stellt dann das theoretische Kodieren den ersten Arbeitsschritt dar.[38] Die vorhandenen Daten werden in Bezug zu allgemeinen Begriffen gesetzt, gleichzeitig begibt sich der Forscher auf die Suche nach gegenstandsadäquaten Ausdrücken und Verallgemeinerungen. Die Vertreter der grounded theory erheben zunächst immer nur einen Fall, werten diesen dann mit Hilfe von Memos und Hypothesenbildung aus, bevor sie den nächsten Fall bearbeiten, der dann entlang der Forschungsfragen oder Hypothesen einen größtmöglichen Kontrast zum ersten Beispiel darstellen soll. Im Verlauf der Untersuchung kristallisieren sich so die Fragen, Thesen und Theorien deutlicher heraus.

Die Bemühung eines unvoreingenommenen Verstehens und einer deutlichen Thematisierung des Standpunktes des jeweiligen Forschers kann man als Leistung dieses Ansatzes bezeichnen. Und insofern könnten diese Elemente auch Bestandteil des „individuellen Forschungsstils“ werden. Offen bleibt bei diesem Verfahren jedoch, was unter einer Theorie genau zu verstehen ist, ob man die Werkzeuge der grounded theory auch anwenden kann, wenn das Erkenntnisinteresse keine Theoriebildung ist, wie in dem vorliegenden Fall. Überdies bleibt die Ethnomethodologie stark an die subjektiven Leistungen des Forschers gekoppelt, entzieht sich teilweise der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit und wird so zur „Kunstlehre“ erhoben.[39]

34 Gabriele Cappai, Einleitung, 2008, S. 16.

35 Ebd. S. 17.

36 Franz Breuer, Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis, Wiesbaden, S. 39.

37 Ebd. S. 24.

38 Vgl. für das Folgende ebd. S. 41-52.

39 Jörg Strübing, Grounded Theory. Zur sozialtheoretishen und epistemolgoischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung. Wiebaden 2004, S. 17.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Genau dieser Vorwurf, lediglich eine Kunstlehre zu betreiben, wird auch gegen die Anwender der objektiven Hermeneutik erhoben. Während es hingegen in der Logik der grounded theory möglich ist, dass unterschiedliche Interpreten zu divergierenden Sichtweisen kommen können,[40] wird innerhalb der objektiven Hermeneutik eine davon abweichende Position eingenommen. Durch spezifische Methoden wie der Fallrekonstruktion und der Sequenzanalyse haben die Vertreter der objektiven Hermeneutik das Ziel, ihre Interpretationsschritte offen zu legen und schließlich eine sich zwingend ergebene Lesart des Textes zu produzieren. Genau wie die Repräsentanten der grounded theory gehen auch diejenigen der objektiven Hermeneutik davon aus, dass die in der zwischenmenschlichen Kommunikation sichtbar werdenden innersubjektiven Strukturen nur durch ihre „Ausdrucksgestalt", also die Hinterlassenschaften zu entschlüsseln sind. „Vielmehr macht die objektive Hermeneutik ernst mit den Konsequenzen der grundlegenden Erkenntnis, daß jede subjektive Disposition, d.h. jedes psychische Motiv, jede Erwartung, jede Meinung, Haltung, Wertorientierung, jede Vorstellung, Hoffnung, Fantasie und jeder Wunsch methodisch überprüfbar nie direkt greifbar sind, sondern immer nur vermittels einer Ausdrucksgestalt oder einer Spur, in der sie sich verkörpern oder die sie hinterlassen haben."[41] Und genau dies soll durch elaborierte Methoden und Techniken erfasst werden.

Während noch die Vertreter der grounded theory davon ausgehen, dass alles beobachtbar sein kann – und deswegen auch Memos und Postscripts ein wichtiges Mittel ihrer Auswertungsprozeduren sind, ist eine Grundannahme der objektiven Hermeneutik, dass nur Sprache, also nur der Text, das zu untersuchende Abbild darstellen kann. Und eben diese Abbilder und die Strukturen der unbekannten Phänomene lassen sich mit Hilfe der objektiven Hermeneutik entschlüsseln[42] und so nachvollziehbar machen. „Objektiv" als Beschreibung der spezifischen Hermeneutik tritt also nicht in seiner klassischen Wortbedeutung auf, sondern zeigt an, dass es bei dieser Methodik – anders als bei grounded theory – nicht um das Sich-Einfühlen geht, sondern vielmehr um die Erschließung und

40 Ebd. S. 23; Jo Reichertz, Die objektive Hermenutik – Darstellung und Kritik, 1995, S. 403.

41 Ulrich Oevermann, Klinische Soziologie auf Basis der Methodologie der objektiven Hermeneutik – Manifest der objektiven hermeneutischen Sozialforschung. März 2002, online einsehbar unter http://www.ihsk.de/publikationen/Ulrich_Oevermann-Manifest_der_objektiv_hermeneutischen_Sozialforschung.pdf [eingesehen am 22.11.2012], S. 3.

42 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Rekonstruktion der Abbilder.[43] Erreichbar sei dies nur mit Hilfe der Fallrekonstruktion nicht anhand einer simplen Fallbeschreibung. In der Fallrekonstruktion würde die fallspezifische Strukturgestalt in der Sprache des Falles selbst sichtbar werden,[44] sofern sie mit der Sequenzanalyse entschlüsselt wird. Dafür muss in einem ersten Schritt der Text in verschiedene Sequenzen, also ein „sinnlogisches Hintereinander von Abfolgen“,[45] aufgeteilt werden. Als zweite Maßnahme müssen für die erste Sequenz in Gedankenexperimenten verschiedenste Lesarten ermittelt werden.[46] Dabei ist der Text unbedingt wörtlich zu nehmen, auch seinen „Fehlern“ wie Versprechern oder unvollständigen Satzkonstruktionen oder „unauffälligen“ Äußerungen[47] eine gleichberechtigte Bedeutung einzuräumen. Wichtig ist, dass bei der Analyse der ersten Sequenz unter allen Umständen die Betrachtung und Einbeziehung der folgenden Sequenzen vermieden wird. Im Anschluss wird die nächste Äußerung nach dem gleichen Verfahren untersucht – ebenfalls unter Nicht-Beachtung des Vorangegangenen und des Kommenden. Im Anschluss muss geprüft werden, ob die über die erste Sequenz aufgestellten Hypothesen bestätigt werden können oder zu verwerfen sind und gegebenenfalls neue Deutungen aufgestellt werden müssen. Erst nach der Analyse dieser Struk-

43 Ebd. S. 6.

44 Ulrich Oevermann, Fallrekonstruktionen und Strukturgeneralisierung als Beitrag der objektiven Hermeneutik zur soziologischstrukturtheoretischen Analyse 1981, online einsehbar unter https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CDEQFjAA&url=http%3A%2F%2Fpublikationen.ub.uni-frankfurt.de%2Ffiles%2F4955%2FFallrekonstruktion-1981.pdf&ei=ygXMUePBEsXXtAaviIHABQ&usg=AFQjCNH6ok0-sG1iH_8yNk3TtbH7Vxv8Wg&bvm=bv.48340889,d.Yms [eingesehen am 09.12.2012], S. 4.

45 Klaus Kraimer, Objektive Hermenuetik. Studienbrief 7: Objektive Hermeneutik 2008, online einsehbar unter https://www.htw-saarland.de/Members/klaus-kraimer/lehrmaterialien/studienbrief7 [eingesehen am 23.03.2013], S. 3.

46 Vgl. für die Durchführung der Sequenzanalyse: Wolfgang Ludwig-Mayerhofer u. Ariadne Sondermann, Einige einführende Anmerkungen zur sequenzanalytischen Interpretation von Daten, online einsehbar unter http://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/ludwig-mayerhofer/sequenzanalyse-lfp-sose-2006.pdf [eingesehen am 05.02.2013], S. 3f. Auch Andreas Werneth, Einführung in die Interpretationstechnik der objektiven Hermeneutik. Wiesbaden.

47 Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Einige einführende Anmerkungen zur sequenzanalytischen Interpretation von Daten, S. 3.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

turen darf das Kontextwissen hinzugezogen werden.[48] Um die Zahl der in Frage kommenden Interpretationen einer Sequenz zu erhöhen, ist dieses Vorgehen möglichst innerhalb einer Forschergruppe durchzuführen. Um das Verfahren nicht ausufern zu lassen, sind nur jene Deutungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen, die vom Text „erzwungen werden". Unnötig außertextliche, „pathologische" oder „unvernünftige" Einflüsse sind zu vernachlässigen.[49] Indem die „Grenzen des Spielraumes von Bedeutungsmöglichkeiten einer Äußerung"[50] analysiert werden, sei der forschungsökonomische Aufwand in Grenzen zu halten.

Dennoch bleibt das Verfahren höchst ressourcenintensiv. Schließlich hat sich in der praktischen Forschung neben der methodisch expliziten auch eine „praktisch abgekürzte" Hermeneutik[51] durchgesetzt. Bei dieser Variante werden oftmals nur einzelne, als zentral identifizierte Teile des Protokolls mit Hilfe der Sequenzanalyse bearbeitet. Jedoch löst auch dieser Ansatz nicht ein Problem, den alle objektiven Hermeneuten haben: sobald die Deutung wiederum als Text für Dritte formuliert werden soll, verstößt man gegen die Prinzipien der eigenen Methodik – denn in einem lesbaren Text sind all die verschiedenen Interpretationsvarianten kaum darstellbar. Dem Leser bleibt dann nur – wie bei der grounded theory auch – der vorgelegten Interpretation Glauben zu schenken.[52] Darüber hinaus verleitet die Methodik der objektiven Hermeneutik zur Überinterpretation und somit zur Beliebigkeit. Bei der Auswahl von schlüssigen Interpretationen von der einen zur anderen Sequenz schein außerdem eine Art „intuitives Regelwissen" vonnöten, welches schließlich ebenso wenig nachvollziehbar und überprüfbar ist wie die anderen qualitativen Auswertungsverfahren.[53] Hinzu

48 Ulrich Oevermann, Thesen zur Methodik der werkimmanenten Interpretation vom Standpunkt der objektiven Hermeneutik., 1997, S. 7f.

49 Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Einige einführende Anmerkungen zur sequenzanalytischen Interpretation von Daten, S. 4.

50 Ulrich Oevermann, Fallrekonstruktionen und Strukturgeneralisierung als Beitrag der objektiven Hermeneutik zur soziologischstrukturtheoretischen Analyse 1981, S. 10.

51 Klaus Kraimer, Objektive Hermenuetik, S. 13.

52 Susanne Friese, Rezension zu: Andreas Wernet (2000). Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik, in: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, Jg. 4 (2003) H. 2; Jo Reichertz, Die objektive Hermenutik - Darstellung und Kritik, 1995, S. 404.

53 Andreas Werneth, Einführung in die Interpretationstechnik der objektiven Hermeneutik, 2006, S. 9.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

kommt, dass jedes Protokoll auch unter anderen Fragestellungen gelesen und dem Interpreten mit einem anderen Kontextwissen übergeben werden kann. Somit würden auch wieder andere Interpretationen entstehen.[54] Und schließlich, ein letzter Einwand gegen die objektive Hermeneutik, könne sich Sinn auch außerhalb von Texten zeigen und sei nicht nur in diesen strukturell vertreten.[55]

Ein Grund, weshalb die Kritik gegen die objektive Hermeneutik oftmals sehr heftig vorgetragen wird, liegt sicherlich in dem Anspruch der Hermeneuten selbst, *den* Schlüssel für die Textinterpretation gefunden zu haben, sowie darin, dass die konsequente Anwendung der Methodik äußerst ressourcenintensiv und im Forschungsalltag kaum durchführbar ist. Dennoch sind aus den Überlegungen der objektiven Hermeneutik für die Interpretation von Fokusgruppen interessante Ansatzpunkte hervorgegangen. Bohnsack beispielsweise hat hierfür die sogenannte „dokumentarische Methode“ entwickelt. Seine Grundannahme ist, dass die Teilnehmer der Fokusgruppe ihre Realität handlungspraktisch herstellen – mittels habitualisierten Praktiken und handlungsleitenden sowie inkorporiertem Erfahrungswissen.[56] Sichtbar und für die agierenden Personen verstehbar werde dies dann in einem „konjunktiven Erfahrungsraum“.[57] Daraufhin schlägt Bohnsack zunächst eine „formulierende Interpretation“ der Protokolle vor, also die Zusammenfassung des wörtlichen thematischen Sinngehaltes, um schließlich zu einer „reflektierenden Interpretation“, also zur „Einbettung der in der formulierenden Interpretation gefundenen Themen in einen Orientierungsrahmen“, zu gelangen.[58]

Ein weiterer fruchtbarer Ansatz in diesem Zusammenhang kommt von Ulrich Oevermann, dem Begründer der objektiven Hermeneutik. Er schlägt vor, nach „sozialen Deutungsmustern“ zu suchen.[59] Oevermann entwickelte in den 1970er Jahren diesen Begriff in Anlehnung an Lepsius als „gedachte Ordnung innerhalb

54 Susanne Friese, Rezension zu: Andreas Wernet (2000), 2003.

55 Vgl. Gerald Schneider, Sozialwissenschaftliche Hermeneutik und „strukturale“ Systemtheorie. Zu den Grenzen und Entwicklungsmöglichkeiten der „objektiven Hermeneutik“, in: Detlef Garz und Klaus Kraimer (Hg.), Die Welt als Text. Theorie, Kritik und Praxis der objektiven Hermeneutik, Frankfurt a. M. 1994, S. 153-194.

56 Ralf Bohnsack, Einleitung, 2010, S. 11.

57 Ebd. S. 12.

58 Ebd. S. 13.

59 Er formulierte diesen Ansatz jedoch nicht für die Gruppendiskussion, mit der er offenbar nie gearbeitet hat, sondern für die Auswertung von Einzelinterviews.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

der Gesellschaft".[60] Seine Arbeit über die „sozialen Deutungsmuster" publizierte Oevermann jedoch erst Anfang des 21. Jahrhunderts mit einer ergänzenden Überarbeitung seiner damaligen Terminologie. Soziale Deutungsmuster zeigten sich im impliziten, stummen Wissen, sind historisch und verallgemeinerbar.[61] Weil sie quasi ein Ensemble von kommunizierbaren Problemen darstellen,[62] würden sie sich vor allem durch Konfrontationen und Herausforderungen offenbaren und haben somit ihre eigenen Konsistenzregeln bezüglich der „Vernünftigkeit" und Gültigkeit.[63] Überdies würden sich die sozialen Deutungsmuster in den individuellen Einstellungen, Erwartungen und Glaubensvorstellungen konkretisieren.[64] Die Deutungsmusteranalyse wird schließlich mit der objektiven Hermeneutik vollzogen.

Dieser Ansatzpunkt der sozialen Deutungsmuster hat bisher verhältnismäßig wenig Beachtung in der Sozialwissenschaft gefunden. Lediglich Matthias Müller hat den von Oevermann vorgeschlagenen Zugriff verwendet, um den Möglichkeitsraum sozialpolitischer Innovation auszuleuchten.[65] Eine zweite Arbeit, in der die Betrachtungsweise der Deutungsmuster übernommen wurde, ist von Patrick Sachweh verfasst worden, mit der Frage, wie soziale Ungleichheit wahrgenommen wird.[66]

Auch für die vorliegende Untersuchung erscheinen die Überlegungen zu sozialen Deutungsmustern recht fruchtbar zu sein. Fokusgruppen als Interaktion zwischen Individuen sind als Raum der Konfrontation und Erklärung prädestiniert dafür, dass die Befragten – bewusst oder unbewusst – die Strukturen ihre Deutungsmuster offen legen. Vor allen in Gruppendiskussionen können Meinungen manchmal ungeplant aus den Sprechern „herausplatzen". Indem dann die Aussagen eines Individuums im Laufe der zwei bis dreistündigen Diskussion nachvollzogen werden, können sich Widersprüche offenbaren, Probleme sichtbar

60 Ulrich Oevermann, Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung, in: Sozialer Sinn, H. 1/2001, S. 223-229, hier S. 37.

61 Ebd. S. 50

62 Ulrich Oevermann, Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, in: Sozialer Sinn, H. 2/2001, S. 3-33, hier S. 5.

63 Ebd.

64 Ebd. S. 19.

65 Matthias Müller, Sozialpolitische Innovation. Zum Konflikt von Strukturen und Deutungsmustern. Wiesbaden 2011, S. 63.

66 Patrick Sachweh, Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung, Frankfurt a. M. 2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

werden, Routinen zu erkennen geben, die in der vorliegenden Arbeit aufgegriffen werden sollen.

3.3 MIT FOKUSGRUPPEN DIE „MITTE“ ERFORSCHEN – EINE ZWEITE ZUSAMMENFASSUNG

Was folgt aus alledem für die Analyse der Gruppendiskussionen? Sinnvoll und praktisch durchführbar erscheint hier eine Verbindung der vorgestellten Interpretationsmethoden. Doch soll diese „Methodentriangulation“ nicht zu der Annahme verleiten, dass so die Aussagen valider werden. Auch eine multiperspektivische Erkundung des Terrains bleibt subjektiv und rechtfertigt keineswegs einen objektiven Gültigkeitsanspruch.[67] Allen methodischen Reflexionen zum Trotz sind die hier präsentierten Erkenntnisse subjektiv, vorläufig und unvollständig. Indes werden sie aus reichlich Material gewonnen: Die hier vorliegende Untersuchung basiert auf insgesamt 23 Gruppendiskussionen und 21 Einzelinterviews, die zwischen Dezember 2009 und August 2012 durchgeführt wurden. Die einzelnen Erhebungen stammen aus verschiedenen Teilforschungsprojekten, die sich zwar durch unterschiedliche Themenschwerpunkte auszeichnen, die sich aber immer auf die „Mitte“ bezogen.

Im Forschungsprozess setzte sich sukzessive ein Bild der „Mitte“ zusammen. Die einzelnen Projekte werden im Folgenden in ihrem Gesamtkontext erläutert, ihre spezifische Fragestellung offengelegt und ihre Berechtigung für die Aufnahme in diese Arbeit erläutert. Dabei müssen, um die oben diskutierten Grundannahmen weitestgehend umzusetzen, die einzelnen Erkenntnisse und die sich daraus entwickelten neuen Fragen an den Forschungsgegenstand für den Leser sichtbar werden. Nur wenn man ihn am Forschungsprozess teilhaben lässt, können die folgenden Ausführungen über die „Mitte“ plausibel sein. Die einzelnen Untersuchungsschritte müssen auch deswegen so ausführlich dargestellt werden, weil sich mit jeder Auswertung eines Gruppen- oder Einzelinterviews das Wissen des Forschers vergrößert, sich seine Hypothesen verändern und sich langsam

67 Vgl. Jo Reichertz, Wer nur einen Hammer hat, dem gerät die Welt leicht zum Nagel. 4. Berliner Methodentreffen, 2008, online einsehbar unter http://www.qualitative-forschung.de/methodentreffen/archiv/texte/texte_2008/reichertz.pdf [eingesehen am 23.11.2012], S. 7; Jo Reichertz, Über das Problem der Gültigkeit von Qualitativer Sozialforschung. Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation, in: Ronald Hitzler u.a. (Hg.), Konstanz 1999, S. 319-346, hier S. 334-336.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

zu Thesen verdichten. Dennoch sollen die Erkenntnisse letztlich projektübergreifend ausgewertet und gebündelt werden. Nur so lassen sich Ähnlichkeiten und Unterschiede feststellen, Wiederholungen vermeiden. Auf diese Weise entsteht ein Puzzle der bundesdeutschen „Mitte". Manchmal werden bei diesem Puzzle Teile nicht passen, es werden auch einige Komponenten nicht auffindbar sein, aber zumindest wird der Leser am Ende erahnen können, wie das Bild womöglich aussehen könnte.

Dabei soll für das Denken und Handeln der Individuen der gesellschaftlichen „Mitte" sensibilisiert werden, für strukturelle Probleme und gesellschaftliche Ungleichgewichte. So werden neue Erkenntnisse gewonnen und eine Deutung offeriert. Das Ziel der Arbeit ist einerseits die Erschließung der gesellschaftlich-sozialen „Mitte" und andererseits die Überprüfung der hierzu in der Forschungsliteratur präsentierten Thesen. Fühlen sich die Menschen aus der „Mitte" der Gesellschaft bedroht? Ist diese Bedrohung ursächlich auf die sich verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen? Ist die „Mitte" tatsächlich – wie es oftmals heißt – ängstlich, politikfern und selbstbezogen?

Doch obwohl hier und im Folgenden *die* „Mitte" thematisiert wird, Vertritt die Verfasserin nicht die Annahme, dass jene ein Monolith ist. Die Formulierung *die* „Mitte" ist nur eine Hilfskonstruktion, die der Lesbarkeit dient und sich auf die Individuen bezieht, die aus der gesellschaftlichen „Mitte" kommen. Dabei soll die „Mitte" hier nicht eindimensional konstruiert, sondern ihr vielmehr durch die dichte Beschreibung, basierend auf intensiven Beobachtungen, Raum zur Entfaltung gegeben werden. Die Personen des Untersuchungssamples haben andersartige Biographien, kommen aus den verschiedensten sozialen Orten, pflegen die divergierendsten Lebensstile, zeichnen sich durch einen jeweils spezifischen Habitus aus und sind Vertreter der unterschiedlichsten Milieus. Doch neben all den Unterschieden scheint es Gemeinsamkeiten zu geben. Diese Nähe und ähnlichen Zusammenhänge sollen hier präsentiert werden. Die Tatsache, dass die Gemeinsamkeiten vorhanden sind, wird hier vorausgesetzt, denn unsere Gesellschaft bestünde nur aus Exoten und Paradiesvögeln und es existierten darin ausschließlich Pluralisierung und Diversität von Lebensstilen und Identitäten.[68] Gleichzeitig sehen wir uns einer gewissen normierenden Normalität gegenüber. Das heißt, dass – zumindest verbal – Gemeinsamkeiten beziehungsweise die Zugehörigkeit zu einer größeren gesellschaftlichen Gruppe be-

68 Thomas Ahbe, Der Drang zur Mitte. Die Wirkung des „Mitte"-Propagems bei personaler Identitätsbildung und Politik-Propaganda in der Gegenwartsgesellschaft, in: Rainer Gries u. Wolfgang Schmale (Hg.), Bochem 2005, S. 251-266, hier S. 251.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

tont wird. Es scheint eine gemeinsame Werthaltung beziehungsweise ein kollektives Verhältnis zur Politik oder einen Gehalt einer die „Mitte“ beschreibenden politischen Kultur zu geben. Was dieser die „Mitte“ einigende Kern – also womöglich gar ihre sozialen Deutungsmuster – sein kann, sollte mit Hilfe der intensiven Gruppengespräche und explorativen Untersuchungen herausgefunden werden. Diese Ergebnisse werden mit der Forschungsliteratur und den quantitativen Studien gespiegelt, so dass ein Porträt der „Mitte“ entsteht. Hier soll also keine „Theorie der Mitte“ entwickelt werden, sondern eine Skizze derselben, die im Fortgang der Untersuchung beständig an Kontur gewinnt. „Mitte“ wird somit auch als ein dynamischer Ort verstanden, der hier – gemeinsam mit dem Leser – abgeschritten werden soll.

Auch wenn die „Mitte“ einen komplexen und mitunter heterogenen oder auch unübersichtlichen Charakter hat, kann sich ihr erzählend genähert werden. Man kann die „Mitte“ beschreiben, kann überlegen, was von ihr bleibt, wo sie bleibt und vielleicht auch, wie sie wird. Zu dem hier entworfenen Bild der „Mitte“ mag es Ergänzungen und Nachträge geben. Jedoch wird es schwieriger sein, eine glaubwürdige Gegengeschichte zu erzählen, denn bei näherer Betrachtung werden sich immer ähnliche Konstanten und typische Leitmotive herauskristallisieren,[69] wie jene, die hier zusammengetragen sind. Dabei soll die Methode des Abwägens, des Erkenntnisgewinns aus Wahrscheinlichem, die sogenannte Topik zur Anwendung kommen.[70] Obwohl es sich bei der Topik letztlich um Meinungen handelt, geht es grundlegend um Plausibilität.[71] „Sie ist eine Methode, die es erlaubt, aus wahrscheinlichen, meinungsmäßigen Sätzen Schlüsse zu ziehen.“[72] Dabei ist demjenigen, der das topisch-dialektische Verfahren anwendet, bewusst, dass es der Methode inhärent ist, dass die gewonnen Ergebnisse vorläufig und somit diskutabel sind.[73]

69 Einen ähnlich pragmatischen Zugang zu einem komplexen Thema entwickelt Joachim Radkau, vgl.: Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011, S. 13.

70 Thomas Hüglin, Tyrannei der Mehrheit. Eine Ideengeschichtliche Studie, 1977, S. 22.

71 Günter Rohrmoser, Staatsethos heute, 1982, S. 26.

72 Wilhelm Hennis, Topik und Politik, in: Ders., Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der praktischen Wissenschaft, Neuwied am Rhein, S. 89-115, hier S. 26.

73 Ebd. S. 96.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

3.4 DEN BISHERIGEN EINSCHRÄNKUNGEN ZUM TROTZ: DIE „MITTE“ BLEIBT EIN TRAGFÄHIGER GROSSBEGRIFF

Angesichts der oben diskutierten Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaften bleibt natürlich die Frage, inwiefern solch ein Großbegriff wie die „Mitte“ noch tragfähig ist. Durch Individualisierung und Globalisierung, Massenarbeitslosigkeit und Dienstleistungsgesellschaft, Wertewandel und Modernisierung, Zuwanderung und Nivellierung – kurz: durch die soziopolitischen Dynamiken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten könne – so einige Stimmen – die Gesellschaft beziehungsweise größere Teilbereich von ihr, nicht mehr nur durch *einen* Begriff repräsentiert werden. Es seien daher viele Kategorien nötig, um die einzelnen Milieus oder die sozioökonomischen und lebensweltlichen Realitäten adäquat darstellen und beschreiben zu können. Bei alledem bleibt die Frage, ob sich die gesellschaftlichen Gruppen der Gegenwart im Vergleich zu beispielsweise denen des Wilhelminischen Kaiserreiches, tatsächlich so vollständig ausdifferenziert haben oder ob nur die Analyse der Sozialwissenschaftler aufgrund verfeinerter Methoden und seit Jahrzehnten reflektierend geführten Terminidiskussionen präziser und ausdifferenzierter geworden ist. Schließlich findet sich schon bei Theodor Geiger der Hinweis, dass auch seine in den 1920er Jahren beobachtete mittlere Lage durchaus vielschichtiger sei, als von ihm dargestellt wurde[74] und womöglich auch darstellbar war.

In dem Bewusstsein, dass Begriffe eigentlich immer einen unbestimmten sowie unfertigen Charakter haben – über den im Laufe der Zeit immer mehr Phänomene und Eigenschaften gesammelt werden können[75] – geht es nicht um eine Definition der „Mitte“, sondern eher um eine beschreibende und erklärende Darstellung dieses Phänomens. Es soll hier also keine griffige Erläuterung, sondern die Erzählung und Charakterisierung der „Merkmalsausprägung“ des Begriffes präsentiert werden.[76] Es wird sich herausstellen, so die hier vertretene These, dass es weniger wichtig ist, ob die „Mitte“ über ein Einkommen verfügt, dass sich innerhalb einer spezifizierten Spanne des durchschnittlichen Haushaltseinkommens befindet. Es wird deutlich werden, dass die berufliche Stellung

74 Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, 1932, S. 103.

75 Vgl. Ludwik Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache, 1980 (1935), S. 11-29, 120.

76 Die Bezeichnung der Merkmalsausprägung hier von Joachim Rohlfes, Geschichte und ihre Didaktik. Göttingen 1986, S. 56.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

innerhalb des dienstleistenden Sektors und die konkrete Höhe des Bildungsabschlusses für die Zugehörigkeit zur „Mitte“ nicht ganz so essentiell sind, wie von einigen angenommen wird.[77] Entscheidender wird vielmehr die Frage sein, ob man innerhalb der „Mitte“ auf bestimmte einander ähnliche Vorstellungen und Werthaltungen trifft, die hier erläutert und mit Inhalt gefüllt werden können.

Aus der bisherigen Literatur über die „Mitte“ lassen sich gewisse Annahmen herausarbeiten, welche thematischen Bereiche an dieser Stelle eine zentralere Rolle einnehmen werden als andere. Die Tatsachse, dass man überhaupt einer geregelten, beruflichen Tätigkeit nachkommt und was man von ihr erwartet – nicht nur, aber sicher auch in materieller Hinsicht – ist ein solcher Kristallisationspunkt im „Raum der Mitte“; die Frage nach Planung und Sicherheit ein anderer.[78] Alles in allem ist die „Mitte“, die hier untersucht und präsentiert werden soll, eine „geräumige Mitte“, das heißt, eher inklusiv und umfassend statt exklusiv und kleinräumig. Daher ist eine Anlehnung an die „Mittevorstellung“ der amerikanischen *Middle Class Task Force* sinnvoll. Die Arbeitsgruppe wurde im Jahr 2009 durch ein Memorandum des amerikanischen Präsidenten Barack Obama eingerichtet und definiert die „Mitte“, oder wie sie es nennen die „Mittelschicht“, vielmehr über Lebenswünsche und Ziele, die man erreichen und auf die man hinarbeiten möchte, weniger über das tatsächlich verfügbare Einkommen.[79] „Mitte“ erscheint dann für die Bürger eher wie ein Sehnsuchtsort, eine Hoffnung auf bestimmte Standards, die in Amerika das Eigenheim, das Auto, die College-Ausbildung für die Kinder, die Absicherung im Alter und in Krankheitsfällen sowie einen gelegentlichen Familienurlaub umfassen.[80] Auf die Fragen, wie die Sehnsüchte, Wünsche und Bedürfnisse der deutschen „Mitte“ konkret aussehen, wird hier nach Antworten gesucht.

Und noch einmal: Bei der hiesigen „Mitte“ geht es mehr um den Erfahrungsraum und Erwartungshorizont,[81] denn um eine tatsächliche Zugehörigkeit auf-

77 Beispielsweise von: Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... 2006.

78 Vgl. Annual Report of the White House Task Force on the Middle Class 2010, online einsehbar unter http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/microsites/100226-annual-report-middle-class.pdf [eingesehen am 02.03.2011], S. 11.

79 Vgl. Martin Schürz, Kein Abschied von der Mitte, 10.07.2011.

80 Annual Report of the White House Task Force on the Middle Class, 2010, S. 10.

81 Erwartungsraum und Erwartungshorizont sind von Kosselleck geprägte Begriffe; lt. Heinz Bude u. Ernst-Dieter Lantermann, Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 58 (2006) H. 2, S. 233-225, hier S. 249.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

grund bestimmter Schul- und Bildungsabschlüsse oder in einem Haushalt akkumulierter Jahresverdienste. Erfahrungsraum und Erwartungshorizont sind zwei von Reinhart Koselleck geprägte Begriffe[82], die er für die Analyse von Geschichte entwickelte. Geschichte sei, so Koselleck, ohne die Erfahrungen und Erwartungen der handelenden Individuen nicht denkbar.[83] „Die Kategorien [Erfahrung und Erwartung] sind geeignet, geschichtliche Zeit auch im Bereich empirischer Forschung aufzuspüren, weil sie, inhaltlich angereichert, die konkreten Handlungseinheiten im Vollzug sozialer oder politischer Bewegung leiten."[84] Erfahrung heißt also nicht Vergangenheit und Erwartung meint nicht schlicht Zukunft, sondern beide Begriffe beziehen sich „auf die Gegenwart der Handelnden"[85]. Somit lassen sich die von Koselleck entwickelten Kategorien auch für die Analyse der Jetztzeit vereinnahmen. Sofern sich die Erfahrungen gedacht und hypothetisch in die Zukunft verlängern lassen, sich Erfahrungsraum und Erwartungshorizont miteinander verknüpfen, bildet dies die Basis für die gefühlte Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft.[86]

Die Erfahrungen, von denen hier die Rede ist, müssen jedoch nicht immer die eigenen Erfahrungen sein, sondern können sich auch aus dem tradierten Wissen der vorangegangenen Generationen speisen. Und: sie sind zwar einerseits personengebunden, aber – gerade wenn sie durch größere Ereignisse oder Strukturveränderungen ausgelöst werden – auch interpersonal erfahrbar.[87] Die Zugehörigkeitserwartung zur Gesellschaft, in diesem Fall zur deutschen „Mitte" scheint sich, so eine hier vertretene Annahme, gerade aus solchen vorgenerationellen Praxen, Routinen und Lebenseinstellungen zu speisen. Somit wäre die hier präsentierte „Mitte" auch eine „zähe" beziehungsweise langlebige gesellschaftliche Formation, die durch die akkumulierten Leistungen, durchlebten Erfahrungen, gewonnenen Überzeugungen, erinnerten Überreste, aber auch sozialen Kämpfe der anderen, der Eltern, Großeltern und Vorväter, geprägt ist.

82 Hierzu und im Folgenden Reinhart Koselleck, ‚Erfahrungsraum' und ‚Erwartungshorizont' – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik vergangener Zeiten 2013 [1976], S. 349-375.

83 Ebd. S. 364.

84 Ebd. S. 366.

85 Karin Palonen, Die Entzauberung der Begriffe. Das Umschreiben der politischen Begriffe bei Quentin Skinner und Reinhart Koselleck, Münster 2004, S. 277.

86 Heinz Bude, Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden, 2006, S. 249.

87 Vgl. Reinhart Koselleck, ‚Erfahrungsraum' und ‚Erwartungshorizont' – zwei historische Kategorien, 2013 [1976], hier S. 355.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Und gerade weil dieser Erfahrungsraum, aus dem sich der Erwartungshorizont speist, selten selbst durchschritten wurde, erfordert die Bewältigung der Distanz zwischen Erfahrungsraum auf der einen Seite und Erwartungshorizont auf der anderen Seite eine enorme Anpassungs- und Adaptionsleistung. Denn das, was die „Mitte“ gegenwärtig erlebt, ist eben nicht – wie Münkler es formuliert – das Ineinanderfallen von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont,[88] sondern das Auseinanderdriften dieser Halt und Orientierung gebenden Formation. Diese Differenz zwischen den wie einen Schwamm aufgesogenen Erfahrungen der anderen und den eigenen konfrontierenden Realitäten auszuhalten und bestenfalls noch produktiv zu verarbeiten, erfordert eine enorme individuelle Anstrengung, die gleichzeitig auch dazu führt, dass es nicht nur zu Unsicherheitsdiskursen innerhalb der „Mitte“, sondern auch der gesamten Gesellschaft kommt.

Welche konkreten Ausprägungen all dies innerhalb „der Mitte“ einnimmt, auch welche Verarbeitungsmuster dort gefunden werden, soll hier herauspräpariert werden. Und in jenem Bewusstsein soll beschrieben werden, was wahrscheinlich und weniger wahrscheinlich, relevanter und weniger relevant in der Beschreibung der „Mitte“ der Gesellschaft ist. An diese Überlegungen schließen sich auch die zahlreichen historischen Untersuchungen an, in denen die Autoren zu dem Schluss kommen, dass der Mittelstand, die Mittelschicht und das Kleinbürgertum zwar durch Dissonanzen und Heterogenitäten geprägt sind, sie jedoch gleichzeitig durch eine Kollektivmentalität gekennzeichnet sind, die wiederum die größere Einheit zusammenhält.[89]

Ein anderer Einwand gegen Großbegriffe wie den der „Mitte“ ist, dass diese Nuancen verdecken sowie den Blick auf den Mikrokosmos und die kleinen Welten verstellten zukleistern würden.[90] Doch obwohl die Schwierigkeiten bei der Definition der „Mitte“ enorm sind, „Mitte“ bei allen Bemühungen ein unbestimmter Begriff bleiben wird, findet er als Topos weitgehend Beachtung und zahlreiche Anwender, wie es hier anhand der Exkurse in die parteipolitische Programmatik gezeigt worden ist. Schon allein dies rechtfertigt eine Untersuchung der „Mitte“. Überdies steht hier nicht die Definition, sondern eine Be-

88 Herfried Münkler, Mitte und Maß, 2010, S. 27.

89 Vgl. exemplar. Günter Rohrmoser, Zur Idee und Reformierbarkeit der Universität. Hohenheimer Arbeiten, Stuttgart 1994, S. 107.

90 Bernhard Pörksen, Bullshit kennt jeder, in: Kontext: Wochenzeitung, 2011, online einsehbar unter http://www.kontextwochenzeitung.de/index.php?id=69&requesturi=/newsartikel/2011/05/bullshit-kennt-jeder/ [eingesehen am 22.03.2012].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

schreibung der „Mitte“ im Vordergrund. Die Definition soll hier nicht zum Selbstzweck werden, sondern nur als Umschreibung fungieren, damit der Leser eine Vorstellung davon gewinnt, wovon gesprochen wird.

Und schließlich stellte bereits Geiger fest, dass um die Berechtigung eines Begriffs kein Streit möglich ist, solange dieser einem Erkenntniszweck dient.[91] Großbegriffe erleichtern es den Benutzern, Teilbereiche der erfahrbaren Realität interpretierend zu strukturieren, „sich in ihnen zu orientieren, in ihnen bestimmte Ziele normativ zu legitimieren.“[92] Möchte man auf Großbegriffe verzichten, müsste man hinnehmen, dass ein Teil der Sprechfähigkeit verloren geht.[93] Eben weil sich Großbegriffe mit der Zeit verändern, neue und andere sozioökonomische und gesellschaftlich-politische Funktionen erfüllen, hat man sie historisch zu analysieren, nicht nur ihre synchronen, sondern auch ihre diachronen Bedeutungsgehalte herauszuschälen. Doch trotz diverser Metamorphosen bleibt ein Vorteil der Großbegriffe, dass sie eine längere historische Geltung haben und daher in ihrer „Visualisierung“ tragfähiger sind. Denn wer von der heutigen „Generation Praktikum“ kann sich noch konkret etwas unter der „New-Wave-Generation“ vorstellen? Und ob die „Generation Facebook“ was mit den sogenannten „Altlinken“ anfangen kann, ist ebenso fraglich, wie das Überleben der „LoHas“ in der Sprach- und Vorstellungswelt zukünftiger Kohorten. Insofern soll im Folgenden an dem Begriff der „Mitte“ festgehalten werden, die hier nun getrost – nach zahlreichen Erläuterung, Einschränkung und Definitionen aus der Fuchtel der Anführungszeichen befreit werden kann.

91 Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, 1932, S. 2

92 Zitiert nach: Reinhard Meyers, Der Friede als Elementarbedingungen der Politik, in: Volker Gerhardt u. Dieter Kinkelbur (Hg.), Wie finden wir die Zukunft, Münster 1989, S. 47-66, hier S. 4; Hans Jürgen Krysmanski, Soziologie und Frieden. Grundsätzliche Einführung in ein aktuelles Thema, Opladen 1993.

93 Vgl. ähnlich Karl-Rudolf Korte u. Manuel Fröhlich, Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Paderborn 2006, S. 273.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

4. Die Fokusgruppe in der praktischen Forschung[1]

4.1 Die Mitte zwischen Abwrackprämie und Kurzarbeit: Die erste Untersuchungswelle

4.1.1 Die Pilotstudie

Im Folgenden sollen die einzelnen Teilforschungsprojekte und die Methode der Fokusgruppe mit ihren einzelnen Bestandteilen vorgestellt werden, um so – angereichert durch die intensiven Praxiserfahrungen – die bisherige Literatur aus dem Bereich der qualitativen Forschung zu ergänzen. Die ersten Fokusgruppen fanden in Nordrhein-Westfalen statt.[2] Neben der allgemeinen Untersuchungsfrage nach der Beschaffenheit der Mitte stand zum Zeitpunkt der Erhebung, die sich von Dezember 2009 bis Mai 2010 erstreckte, ebenso ihre Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise im Vordergrund. Auslöser dieser Krise, die im Herbst des Jahres 2008 in der deutschen Realwirtschaft spürbar wurde, war der Zusam-

1 In den folgenden Kapiteln wird viel von den TeilnehmeRN, ModeratorEN und VertreteRN der Fokusgruppen zu lesen sein. Diese Formulierung schließt auch immer die TeilnermerINNEN, ModeratorINNEN oder VertreterINNEN der Mitte mit ein. Aus Gründen der Lesbarkeit und Einheitlichkeit ist hier jedoch oftmals nur eine Form präsent.

2 Ursprünglich ein Projekt, das gemeinsam mit Q der Agentur für Forschung (eine Abspaltung des Unternehmens sinus sociovion) für die Staatskanzlei Nordrhein-Westfalens durchgeführt worden ist. Für viele Ideen und Anregungen bedanke ich mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeitern des Projektes: Franz Walter, Thomas Perry, Felix Butzlaff, Louisa Opitz und Christian von Eichborn.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

menbruch des amerikanischen Immobilienmarktes im Frühjahr 2007. Spätestens im Sommer 2008 stand auch für die Öffentlichkeit fest, dass sich vormals solvente deutsche Landesbanken mit Immobilienfonds verspekuliert hatten. Die Instabilität eines Teils der Finanzbranche hatte zahlreiche Unternehmensinsolvenzen und Kapitalverluste zur Folge. Es kam weltweit zu massiven konjunkturellen Einbrüchen, auch die deutsche Exportwirtschaft musste zum Ende des Jahres einen Rückgang um 15 Prozent hinnehmen, Unternehmensumsätze und -erträge waren rückläufig, die Arbeitslosigkeit stieg an.[3]

Daraufhin verabschiedete die Große Koalition im Oktober 2008 das erste „Rettungspaket" und bemühte sich, über die „Abwrackprämie", einer staatlichen Prämie für die Verschrottung eines Altwagens bei gleichzeitiger Anschaffung eines Neuwagens, die Realwirtschaft anzukurbeln. Außerdem sollte der Arbeitsmarkt mittels neuer Regelungen zur Ausweitung der Kurzarbeit stabilisiert werden. Wie reagiert die gesellschaftliche Mitte auf diese gravierenden Veränderungen? Spielen die Wirtschafts- und Finanzkrise eine Rolle in ihrem Alltag? Und was wissen die Befragten generell über diese Krisen und ihre Auswirkungen? Fühlt sich der Großteil der deutschen Bevölkerung durch die Spekulationen über wirtschaftliche Zusammenbrüche und den häufig hergestellten Analogien zur Weltwirtschaftskrise 1929/31 bedroht oder nehmen sie das Geschehen nur am Rande war; sind Milliarden, Finanzspekulationen und Bankenzusammenbrüche derart abstrakt, dass sie die Lebens- und Vorstellungswelt kaum zu tangieren vermögen? Wie bewertet man die Folgen der Krise und wie stellt man sich selbst darauf ein? Und vor allem: Welche Rolle schreibt man der Politik in der Krisenbewältigung zu?[4]

Darüber hinaus dienten die ersten Fokusgruppen mit Vertretern der „Mitte" auch dazu, die aus der Literatur erarbeiteten Vorannahmen zu prüfen und gegebenenfalls zu verwerfen beziehungsweise zu modifizieren. Infolgedessen waren die durch die Moderation in die Fokusgruppen initiierten Themen Familie und Kinder, Leistung, beziehungsweise die Bewältigung der Leistungsanforderungen, die Rolle des Berufes sowie das Verhältnis zwischen Individuum und Ge-

3 Vgl. Werner Plumpe, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2010, S. 112f.

4 Ideal wäre das Untersuchungsdesign sicher gewesen, wenn die ersten Erhebungen in „normalen Zeiten" durchgeführt worden wären. Dann hätte angesichts der Krisendiagnosen ein Vorher-Nachher-Vergleich durchgeführt werden können. So war es lediglich möglich, den Ist-Zustand abzugleichen und mit der Forschungsliteratur beziehungsweise den kommenden Erhebungen in Beziehung zu setzen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sellschaft. Daneben interessierten der Komplex der „Politikwahrnehmung“, sowie die Erfassung von Kenntnissen über das Politische. Welche Wahrnehmung hat die Mitte der Gesellschaft vom politischen Geschehen, welche politischen Themen sind wichtig für sie, was sind ihre Informationsquellen und wie beurteilen sie diese?

4.1.2 Die Qual der Wahl: Die Auswahl der Interviewpartner

Wird die politische Kultur eines ausgewählten gesellschaftlichen Segments mittels Kreativgruppen untersucht, ist die Arbeitsweise eher interpretativ, hermeneutisch, intuitiv – jedoch nicht beliebig. Die Übertragbarkeit der aus Gruppeninterviews gewonnenen Erkenntnisse auf eine größere Bevölkerungseinheit steht und fällt mit der sinnvollen Rekrutierung der Gesprächspartner und ist somit von der deutlichen Umgrenzung des Untersuchungsgegenstandes abhängig. Die Frage zu Beginn lautet also immer: über *wen* wollen wir *was* erfahren?

Aufgrund der thematischen Breite und der Tatsache, dass sich hier erstmalig an das „Feld“ angenähert wurde, mussten die Teilnehmer für die Gruppendiskussionen, die in zwei Wellen stattfanden, breit rekrutiert werden. Daher sollten die Geschlechter, das Alter und der Bildungsstand in den Gruppen möglichst gleichmäßig repräsentiert sein. Da wir mit ehemaligen Mitarbeitern von *Sinus* zusammenarbeiteten, wurden teilweise Repräsentanten der von ihnen entwickelten beziehungsweise diagnostizierten mittigen Milieus, also der „Bürgerliche Mitte“, „oberen Materialisten“, „Postmaterialisten“ beziehungsweise „Etablierten“, „Performer“ und „Experimentalisten“ für die Gesprächen rekrutiert, um eine breitere Streuung von Lebensweisen und Werthaltungen sicher zu stellen.[5]

Somit ergab sich für die Diskussionen der ersten Untersuchungswelle, die im Dezember 2009 in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde, folgender Rekrutierungsplan:

5 Vgl. Kapitel 2.3.3. Die „Mitten“ der Sinus- und Deltamilieus.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tabelle 1: Rekrutierungsplan der ersten Untersuchungswelle

8 Teilnehmer pro Fokusgruppe	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	**Anzahl ges**	**Prozent**
Geschlecht						
Männer	4	4	4	4	16	50
Frauen	4	4	4	4	16	50
Soziale Milieus:						
traditionelles Segment	6				6	19
BÜM	2	4		3	9	28
obere MAT		2			2	6
PMA/ETB		2	4	2	8	25
PER/EXP			4	3	7	22
Alter						
Anf. 20 bis Mitte 30			3	5	8	25
Mitte 30 bis Mitte 50	2	4	5	3	14	44
Mitte 50 bis Ende 60	6	4			10	31
Bildung						
Hauptschule o.ä.	6	5			11	34
Realschule o.ä.	2	2	4	3	11	34
(Fach)Hochschulreife		1	4	5	10	31
HH-Größe						
1 Person	3	2		2	7	22
2 Personen	3	3	3	3	12	38
3+ Personen	2	3	5	3	13	41
Kind u. 18 J. im Haushalt						
Ja	2	3	5	3	13	41
Nein	6	5	3	5	19	59
Wohnort						
Kernstadt	3	4	3	6	16	50
Umland der Kernstadt	5	4	5	2	16	50

Quelle: Eigene Darstellung gemeinsam mit Q der Agentur für Forschung.

Zwei wesentliche Grundannahmen der Verfasserin über die gesellschaftliche Mitte prägten die Teilnehmerauswahl: Die Menschen in der Mitte der Gesellschaft sind überwiegend in der Provinz zu Hause und für sie spielen Kinder eine zentrale Rolle. Aufgrund dieser Hypothesen wurden – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung – mehr Vertreter aus Haushalten mit Kindern rekrutiert und die Fokusgruppen in Köln und Bielefeld durchgeführt.[6] Während es in einer Großstadt wie Köln eher möglich ist, Teilnehmer für Gruppendiskussion „repräsentativ“ beziehungsweise eng am Rekrutierungsplan anzuwerben, sollte durch die

6 Ein generelles Problem im Zusammenhang mit Gruppendiskussionen ist die Organisation und Durchführbarkeit in der Provinz. Hier kann kaum auf die Infrastruktur von Marktforschungsinstituten zurückgegriffen werden, die für die Rekrutierung und die Bereitstellung der Studios mitunter zunächst unentbehrlich erschienen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Organisation in Bielefeld gewährleistet werden, dass mehr Gesprächspartner aus dem Umland, also einem kleinstädtischen beziehungsweise ländlichen Milieu, hinzugezogen werden können.

4.1.3 Die Fokusgruppe und die Erstellung eines Themenkatalogs

Obwohl hier – um sprachliche Eintönigkeit und Wortwiederholungen zu umgehen – gelegentlich auch die Formulierung der „Gruppendiskussion" verwendet wird, wurden in der vorliegenden Untersuchung genau genommen ausschließlich Fokusgruppen durchgeführt. Im deutschen Sprachraum wird diese Unterscheidung mitunter streng gehandhabt. Während sich die Gruppendiskussion auf eine Gesprächsform mit Realgruppen und relativ wenig thematischen Vorgaben bezieht, steht die Fokusgruppe für eine Gruppenbefragung von einander unbekannten Teilnehmern, denen durch die Moderation der Diskussionsstoff vorgegeben wird.

Eine Fokusgruppe ist keine spontane Unterhaltung, sondern eine geplante, strukturierte und moderierend gelenkte Methode zur Erfassung von Einstellungen und Werthaltungen. Die Forschungsfragen, also das, was von und über die Mitte in Erfahrung gebracht werden soll, bestimmt den Aufbau und die Anlage der Fragestellung. Hier muss zunächst entschieden werden, ob die Moderation durch fertig vorformulierte Fragen, Satzfragmente und dergleichen für die Gesprächsführung präpariert werden soll, oder ob ein sogenannter Themenkatalog ausreichend ist. Ein Themenkatalog ist ein grober Verlaufsplan der Fokusgruppe. Er umfasst die einzelnen Themenblöcke mit der Angabe der jeweiligen Dauer und Methodik und gibt der Moderation einige Beispielfragen vor.

Der Vorteil eines solchen Themenkataloges im Vergleich zum fertigen Fragenkatalog ist, dass er relativ schnell zu entwickeln ist und er es der Moderation erlaubt, der Gruppe mit der eigenen Wortwahl gegenüberzutreten. Dies wirkt dann nicht nur spontaner, sondern auch kommunikativer. Auf der einen Seite reduziert ein Fragen- gegenüber dem Themenkatalog die Fehlerquote, denn Semantik und Formulierungen der Moderation tragen entscheidend zum Erhebungssetting bei. Im Gespräch sollten Topoi aus der Fragestellung und Schlüsselwörter möglichst so lange vermieden werden, bis sie die Gruppe aus sich selbst heraus benutzt hat. Verwendet die Moderation hingegen Begriffe und aus der Forschung formulierte Annahmen, stülpt sie diese der Gruppe letztlich schon im Erhebungsprozess über, statt die eigenen Vokabeln der Teilnehmer einzufangen. Die Folge wäre eine enorme Manipulation der Ergebnisse. Geht es doch in Fokusgruppen gerade darum, Sprache, Formulierungen und Ausdrucksweisen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

der Gesprächsteilnehmer aufzunehmen, um nachzuvollziehen, was diese sehen und als Realität erfahren. Verwendet die Moderation hingegen einen Fragekatalog, können jene Gefahren durch eine sorgfältige Vorbereitung ausgeschlossen werden. Auf der anderen Seite ist sich ein erfahrener Moderator der beschriebenen Problematik bewusst und vermeidet daher von vornherein Schlüsselbegriffe und forschungsimmanenten Formulierungen.

Erhält der Moderator durch das Forschungsdesign jedoch einen größeren Gestaltungsspielraum tritt ein schwerwiegenderes Problem auf: die Reihenfolge der Fragen oder die Art der Fragen können dann in der Praxis von Gruppe zu Gruppe, von Moderator zu Moderator stark variieren. Dies beeinträchtigt bei der Auswertung von mehreren Gruppen die Vergleichbarkeit enorm. Überdies ist *ein* Ziel der Fokusgruppe das Erreichen von Selbstläufigkeit. Das heißt, dass die Teilnehmer durch geschickte Frageformulierungen beziehungsweise kreative Methoden dahin gebracht werden, ohne größere Eingriffe durch die Moderation miteinander ins Gespräch zu kommen, im Idealfall auch intensiv miteinander zu diskutieren und so präziser zu argumentieren. Angesichts dieses Zielaspekts lassen sich starr formulierte Fragen aus dem Themenkatalog nur unter größter Anstrengung im Diskussionsprozess platzieren, stattdessen kreieren sie womöglich eher eine Störung, denn eine weitere Initiale für den reibungslosen und selbstläufigen Gesprächsverlauf. Auf Basis dieser Argumentation und um die Wahrscheinlichkeit der hier hoch geschätzten Effekte der Selbstläufigkeit zu erhöhen, kam hier der Themenkatalog zur Anwendung.

Dieser Themenkatalog, also die Planung einer zweieinhalbstündigen Gruppendiskussion anhand konkreter Themen und Reihenfolgen, sollte bestimmte Prozesse berücksichtigen.[7] Siegfried Lamneck entwickelte für den Verlauf von Fokusgruppen ein Phasenmodell und analysierte unterschiedliche Funktionen und Möglichkeiten in den einzelnen Phasen. Diese Erkenntnisse wurden bei der Entwicklung des Themenkataloges berücksichtigt um den Erhebungsprozess der Fokusgruppe zu optimieren.

Idealerweise lernen sich Fokusgruppenteilnehmer am Erhebungsort das erste Mal kennen. Sie sind fremd miteinander, die Situation ist ihnen neu und die Erwartungen an die jeweiligen Gesprächspartner sind ihnen unklar. Daher produzieren sie in dieser von Lemneck als „Phase der Fremdheit“ bezeichneten Einstiegssequenz eher zurückhaltende und vorsichtige Aussagen. In der darauffolgenden „Phase der Orientierung“ geben die Anwesenden häufig Antworten,

7 Im Folgenden in Anlehnung an Siegfried Lamnek, Gruppendiskussion. Theorie und Praxis, Weinheim 2005, S. 42, hier vor allem die Bezeichnung des Phasenmodells.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

die als „sozial erwünscht“ bezeichnet werden, d.h. sie formulieren Thesen und Meinungen, von denen sie annehmen, dass sie auf Zustimmung oder auf eine Erwartungshaltung treffen. Daher sollte durch die Moderation in diesen ersten Minuten Vertrautheit hergestellt, Unsicherheit abgebaut und die Laborsituation, in der sich alle Anwesenden befinden, überspielt werden. Während des Einstiegs in die Diskussion suchen die Teilnehmer auch nach einer Funktion ihrer selbst innerhalb der Gruppe. Überdies erspüren sie Gemeinsamkeiten mit den Gesprächspartnern, auch über das eigentliche Thema hinaus. Dabei testen sie, welches Verhalten und welche Meinungen akzeptiert oder gar wertgeschätzt werden. Sie trauen sich daher im Verlauf der Diskussion zunehmend, offener zu agieren, sich mit eigenen Standpunkten zu positionieren oder sich gar provokativ zu äußern.

Anhand eines Beispiels aus der Forschungspraxis soll im Folgenden erläutert werden, mit welchen unaufwendigen Mitteln oder durch welche zufälligen Begebenheiten die „Phase der Fremdheit“ schneller überwunden beziehungsweise rasch eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre hergestellt werden kann. Die ersten Fokusgruppen in Nordrhein-Westfalen fanden in einem kleinen Marktforschungsstudio in der obersten Etage eines Büro- und Geschäftshauses statt, das sich zentral in der Bielefelder Fußgängerzone befindet. Zunächst fällt sofort auf: Die Gesprächsteilnehmer, die sich an diesem Montag auf ihrem Weg in das Studio im Halbdunkeln an Bratwurst- und Mandelständen vorbei manövrieren mussten, sind bester Laune, in entspannter Weihnachtsstimmung. Und obwohl sich die acht Teilnehmer und die Moderatorin, eine erfahrene Mitarbeiterin der Agentur Q, nicht kennen, kommen sie in dem beengten Raum vor allem über den Weihnachtsmarkt mit seinen spezifischen Gerüchen, die durch das offene Fenster eindringen, schnell miteinander ins Gespräch. Sie sind beinahe etwas betrübt, als die Moderatorin die Fenster schließt und die Geräusche des Christkindelmarktes verstummen. In dieser Situation ist es unbewusst und ungeplant gelungen, den Teilnehmern gleich zu Beginn der Unterhaltung eine positive Grundstimmung zu vermitteln, ihnen die Gelegenheit zu geben, sich untereinander zu erkennen und sich miteinander ähnlich zu fühlen. Die oftmals sehr aufwendig und zeitintensiv hergestellten Phasen der Fremdheit und Orientierung konnten durch diesen gelungenen Start deutlich abgekürzt werden.

Im Verlauf dieser ersten Phasen der Fokusgruppe ist es noch nicht möglich, stärker auf die Gefühle und tieferliegenden Einstellungen der Teilnehmer zuzugreifen. Diese geben die Gesprächsteilnehmer erst in einer späteren, von Lamnek als der „Phase der Vertrautheit“ bezeichneten Sequenz, preis. Haben alle gemeinsam diese Station erreicht, fühlen sie sich wohl innerhalb der Gruppe. Sie entdecken zwischen sich und den anderen idealerweise zahlreiche Gemeinsam-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

keiten, bringen sich gegenseitig Wertschätzung und Akzeptanz entgegen, entwickeln im Fortgang der Diskussion ein weitergehendes Bedürfnis nach Homogenität und Zustimmung. Sie entspannen sich und kommunizieren offener miteinander. Schließlich kann es in dieser „Phase der Vertrautheit" zu spontanen und unkontrollierten Reaktionen kommen, die somit den Blick auf tieferliegende persönliche Ansichten ermöglichen. Diese Vertrautheitsphase wird abgelöst durch die „Phase der Konformität", in der schließlich auch die Diskussion abklingt. In der Konformitätsphase bildet sich – so Lamnek – ein Bedürfnis nach Harmonie heraus. Aus den vormaligen, voneinander abweichenden, mitunter auch divergierenden Meinungen entsteht im Laufe der Gruppendiskussion eine einheitliche Gruppenmeinung, an der sich der jeweilige Teilnehmer, eben weil er sich als Teil der hier konstituierenden Gemeinschaft betrachtet, orientiert, anstatt sich von ihr abzugrenzen. In diesem letzten Abschnitt treten oftmals Redundanzen innerhalb der einzelnen Redebeiträge auf. An denen sich häufenden Wiederholungen, kann der Moderator auch erkennen, ob die Diskussion beendet und zu einem nächsten Thema übergeleitet beziehungsweise die Erhebung insgesamt geschlossen werden kann.

Bei der Erstellung des Themenkataloges ist demzufolge auch darauf zu achten, dass die Themen und Fragestellungen, die besonders zentral für die Forschungsfrage sind beziehungsweise auf tieferliegende Einstellungen abzielen im zeitlichen Verlauf eher zwischen dem zweiten und dritten Drittel thematisiert werden. Dabei ist ebenso zu berücksichtigen, dass das Gruppenverlaufsmodell nicht nur als Gruppenphase über den gesamten Zeitverlauf der Diskussion zu betrachten ist, sondern auch auf die einzelnen Themensequenzen heruntergebrochen werden kann, wobei die „Phasen der Fremdheit" und „Orientierung" im Verlauf immer kürzer werden und sich die Teilnehmer immer mehr auf das Thema anstelle der gruppendynamischen Prozesse beziehen.

Die für die Moderation durch den Themenkatalog vorgegebene Einstiegsfrage für die ersten Fokusgruppen in Nordrhein-Westfalen fokussierte sich nach diesen Überlegungen allgemein auf das „Leben in Nordrhein-Westfalen". So sollte die „Fremdheitsphase" mit einer leicht zu beantwortenden und jeden tangierenden Fragestellung aufgebrochen werden. Zunächst wurden die Teilnehmer gebeten, all das zu sammeln, was für sie „Das Gute in NRW" sei. Der Moderator notierte ihre Aussagen auf einem Flipschart und explorierte sie im Hinblick auf weitere Fragen. Animiert durch die Moderation sollten die Teilnehmer weiter ausführen, was ihnen zu dem Komplex „Das Gute in NRW" einfällt, welche Themen für sie in Nordrhein-Westfalen wichtig und welche weniger wichtig sind, wie sie das Leben in diesem Bundesland beurteilen, wie es ihnen gefällt

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

und schließlich, was sie persönlich beschäftigt, welche Probleme, Sorgen, Ängste oder Belastungen sie haben.

In einem zweiten thematischen Block sollten die das Denken und Handeln leitenden Werte der Teilnehmer besprochen werden. Da – und auch das muss bei der Strukturierung der Fokusgruppe immer mitbedacht werden – die Fragen der Moderation das Nachdenken der Diskussionsteilnehmer zum erfragten Gegenstand leiten, ist zunächst immer mit einer offenen und unspezifischen Einstiegsfrage zu beginnen. Der Problemaufriss im Themenkatalog „Was ist wichtig für das eigenen Leben bzw. worauf legt man Wert?“, sollte diese Funktion erfüllen. In einem nächsten Schritt wurde nach den Werten gefragt, die innerhalb der Gesellschaft für die Anwesenden Bedeutung haben oder haben sollten und die womöglich in Zukunft wichtig sein werden. Im Anschluss sollten bestimmte vorgegebene Werte exploriert werden. Hierzu nennt der Moderator den Teilnehmern einen Begriff, die Teilnehmer sollen selbständig – ohne lange darüber nachzudenken – alles aufschreiben, was ihnen dazu einfällt. Die Begriffe *Sicherheit*, *Verantwortung*, *Gerechtigkeit*, *Bildung und Lernen*, *Fortschritt und Veränderung*, *Arbeit und Einkommen*, *Arbeit und Fleiß* (optional), *Chancen und Aufstieg* (optional), *Zukunft der Kinder/Familie* (optional) wurden anhand der Forschungsfrage hierfür ausgewählt. Nachdem jeder Einzelne zu allen Begriffen seine Assoziationen niedergeschrieben hatte, wurde anhand der Leitfragen, was man unter dem Begriff versteht, was einem beim Hören des Begriffs als erstes durch den Kopf ging, welche positiven und negativen Konnotationen man zu dem Begriff aufgebaut hat, welche Rolle er im eigenen Leben spielt, wie wichtig er für einen persönlich ist, auf wen oder was man ihn bezieht und wer auf welche Weise darauf Einfluss hat, den Gehalt der jeweiligen Vokabel oder des Begriffspaares zu bestimmen, zu verändern, in die Realität zu überführen.

Da die Diskussion über gedankenstrukturierende und handlungsleitende Werte zwischen der Phase der Orientierung und der Vertrautheit nicht unproblematisch ist, kam hier die Methode des Einzelmindmappings zur Anwendung. So konnten sich die Gesprächsteilnehmer während der Exploration am Flipschart von den eher unverbindlicheren Aussagen leichter zu den persönlichen Statements vorarbeiten. In der Vertrautheitsphase der Fokusgruppe sollte dann der für dieses Teilprojekt entscheidende Themenblock liegen: Die Sicht der Teilnehmer auf die Politik in Nordrhein-Westfalen. Zunächst wurde auch hier mit einer freien Assoziation begonnen. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, alles zu benennen, was ihnen zum Thema Politik und Nordrhein-Westfalen einfällt. Idealerweise steuert die Moderation auch hier wieder die Nachfragen von der offenen und unspezifischen Einstiegsfrage zu immanenten Fragen, die sich auf das unmittelbar Gesagte beziehen, und geht schließlich zu einem exmanenten

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Fragenkomplex mit dem Fokus auf das jeweilige Erkenntnisinteresse über, bevor es zu der direktiven Phase mit gezielten Nachfragen kommt.

Um möglichst valide Aussagen zu erhalten, sollte das Kernthema einer Fokusgruppe idealerweise von mehreren Seiten bearbeitet werden. Daher diskutierten die Probanden im vorliegenden Forschungsdesign über Politik mit Hilfe der sogenannten „Schlagzeilen-Methode“ und über direktes Fragen zum Thema politischer Meinungsbildung. Für die „Schlagzeilen-Methode“ wurde die Gesamtgruppe in vier Kleingruppen geteilt. Jede Gruppe hatte die Aufgabe, eine zentrale Überschrift einer beliebigen Tageszeitung im Bereich Politik und Wirtschaft im Jahr 2015 zu formulieren. Die jeweils zwei bis drei Personen sollten überlegen, worum es bei ihrer Überschrift gehen und welche Geschichte dazu erzählt werden könnte. In einer sich daran anschließenden Einheit diskutierten alle Teilnehmer gemeinsam in eine durch den Themenkatalog vorgegebenen Richtung: ob und wie kann die Politik auf das Thema der von ihnen formulierten Schlagzeile Einfluss nehmen? Kurz vor Ende der Fokusgruppe wurde dann noch einmal gezielt auf die Rolle der Politiker im Allgemeinen und der Landespolitiker im Besonderen eingegangen.

Daneben sah der Themenkatalog ebenso eine Diskussion über die „Wirtschaftskrise“ vor. Sollte diese im Laufe der Gruppendiskussion von den Teilnehmern selbst verbalisiert werden, war sie durch die Moderation aufzugreifen und zu vertiefen. Ansonsten sollte das Gespräch im Zusammenhang mit den Fragen nach der Einstellung zur Politik auf die Wirtschaft und die Krisenerscheinungen gelenkt werden. Zunächst wurden allgemeine Informationen über das Krisenwissen der Teilnehmer gesammelt, um anschließend gezielt danach zu fragen, ob sie die Krise oder ihre Auswirkungen persönlich wahrnehmen und welche Rolle die Politik in der Krise spielt.

Schon nach einer rudimentären Auswertung der ersten Fokusgruppen zeigte sich, dass die Moderationsvorgaben für die eingeplanten zweieinhalb Stunden zu umfangreich waren und die Anforderungen an das, was innerhalb der für die Teilnehmer zumutbaren Zeit geleistet werden kann, überfrachtet war. Für die einzelnen, anvisierten Themen war nicht genügend Zeit vorhanden, um zu einer vertiefenden Diskussion zu gelangen. Generell sollte den Teilnehmern in jedem einzelnen Themenblock hinreichend Raum gegeben werden, um gegebenenfalls eine Diskussion selbständig entfalten zu können. Dabei dient der Leitfaden immer nur als Rahmen, nicht als Korsett. Er darf die Offenheit der Diskussion und die dynamischen Themen- und Selbstfindungsprozesse nicht behindern.[8] Dies ist

8 Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, S. 96,99.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

bei der Konzeption des Themenleitfadens für die Gruppe immer zu berücksichtigen. Idealerweise sollten gerade neue Bausteine für eine Gruppendiskussion, mit denen man noch wenig Erfahrung hat, einem Pretest unterzogen werden. So kann nicht nur die dafür benötigte Zeit genau festgestellt, sondern auch neue und unkonventionellere Fragetechniken sowie kreative Methoden ausprobiert werden. Innerhalb einer Gruppendiskussion können Informationen nicht nur über sprachliche Äußerungen, sondern auch mit Hilfe von nonverbalen, kreativ-künstlerischen Ausdrucksweisen gewonnen werden. So können die Teilnehmer beispielsweise anstelle eines Mindmappings ebenso gebeten werden, die Assoziationen in Bildern oder Collagen festzuhalten.

Umso mehr jedoch von diesen kreativen Methoden zur Anwendung kommen, desto seltener spricht man von einer Fokus- denn von einer Kreativgruppe. Helmut Bremer bezeichnet diesen Prozess als „Gruppenwerkstatt“[9], meint damit jedoch dasselbe. Begreift man diese sich abwechselnden verbalen und teilweise nonverbalen Techniken lediglich als Auflockerungsübungen innerhalb einer zwei- bis dreistündigen Fragerunde, würde man ihr Potential unterschätzen. Denn die Methode bietet sich an, um komplizierte, nicht alltägliche Inhalte mit den Teilnehmern zu erarbeiten. Eine Vielzahl an Themen eignet sich nicht dazu, in Fokusgruppen durch die Moderation unmittelbar erfragt zu werden. Sie sind entweder zu komplex oder von der Lebensrealität der Probanden zu weit entfernt, als dass sie direkt von ihnen verbalisiert werden könnten. So lässt sich beispielsweise die Frage nach den Hoffnungen, Erwartungen und Ängsten bezüglich zukünftiger Entwicklungen – also letztlich auch der Umgang mit Kontingenz – nicht direkt verbalisieren und erfragen. Hierfür kommen dann letztlich kreative Methoden wie beispielsweise das bereits eingeführte „Schlagzeilen-Spiel“ zur Anwendung.

Eine weitere Methode[10] jenseits der offenen Frage und den unterschiedlichen assoziativen Verfahren ist die Personifizierung. Die Teilnehmer werden durch den Moderator aufgefordert, sich das Problem oder den Gegenstand als ein Individuum vorzustellen, dessen Eigenschaften gemeinsam beschrieben, dessen familiäre Herkunft diskutiert oder über dessen Freizeitbeschäftigungen spekuliert werden soll. Diese Projektion kann – gerade wenn man nach utopischen oder idealen Gesellschaftsentwürfen fragt – noch weiter vorangetrieben werden. Mit

9 Vgl. Helmut Bremer, Von der Gruppendiskussion zur Gruppenwerkstatt. Ein Beitrag zur Methodenentwicklung in der typenbildenden Mentalitäts-, Habitus- und Milieuanalyse. Münster 2004.

10 Hierzu vor allem Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, 2011, S. 326f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

dem sogenannten „Planetenspiel“ sollen sich die Teilnehmer beispielsweise auf einen fremden Planeten versetzen und dort gewisse Aufgaben erfüllen oder ihre ideale Gesellschaft ohne jegliche Restriktionen konstruieren. Neben diesen, letztlich verbalen gibt es auch noch die nonverbalen Verfahren. Die Teilnehmer können aufgefordert werden, eine Collage zu gestalten oder ein Bild zu zeichnen, womöglich gar einen Film zu drehen oder ein kleines Stück aufzuführen.

Schließlich gilt, umso größer die vermuteten, unterschiedlich begründeten Sprechbarrieren der Teilnehmer sind, desto größer sollte auch der produktivgestalterische Teil des Gespräches sein. Jedoch sind die Nachteile dieser kreativeren Zugriffe auf die Mentalitäts- und Vorstellungswelt der Teilnehmer evident: Sie sind zeitintensiv und schwierig auszuwerten; und daher sind sie in der Praxis bisher auch selten erprobt worden. Allerdings hat das mögliche Repertoire den Konzeptoren und Moderatoren von Fokusgruppen präsent zu sein, um sich gegebenenfalls mit der Methodik der Fokusgruppe auch einem heiklen und diffizilen Thema zuwenden oder in der Moderation auf schwierige Situationen reagieren zu können.

4.2 WAHLNACHLESE DER MITTE: DIE ZWEITE UNTERSUCHUNGSWELLE

Für die zweite Untersuchungsphase über die Politikwahrnehmung der Mittelschicht in Nordrhein-Westfalen wurden der Quotierungsplan[11] aus der ersten Erhebungswelle beibehalten und kaum Veränderungen am Themenkatalog vorgenommen. Die Erfahrungen aus den ersten Fokusgruppen führten jedoch zu der Hypothese, dass es tendenziell einfacher sein könnte, mit jüngeren und älteren Menschen getrennt zu sprechen. Gehören alle anwesenden Probanden ungefähr der gleichen generationellen Lagerung an, ähneln sich ihre Lebensperspektiven und -erfahrung, sind sie, so die Annahme, rascher auf einer gleichen kommunikativen Ebene – weil die Grundthemen, die ihr Leben bewegen, wie beispielsweise Partnerschaft, Berufseinstieg, Rente oder Kinder, sich mit einer größeren Wahrscheinlichkeit überschneiden. Das Gespräch beginnt so möglicherweise ungezwungener und kann schneller zu Kernthemen vorangetrieben werden. Die Öffnung und Preisgabe von Empfindungen und Wertvorstellungen fällt leichter,

11 Lediglich die Quote der Teilnehmer mit Migrationshintergrund sollte etwas abgesenkt werden, da diese Personengruppe in der ersten Welle überrepräsentativ vorhanden waren.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

weil man von gleichartigen Erfahrungsräumen des Gegenübers ausgehen kann. Daher wurden die Gesprächspartner der zweiten Erhebungswelle im Mai 2010 in altershomogene Fokusgruppen rekrutiert. In der Auswertung konnten dann auch signifikante Unterschiede festgestellt werden: Während die Älteren mehr unter dem Veränderungsdruck leiden, der ihre bisherige Lebensplanung bedroht, scheinen die Jüngeren mit den Anforderungen beispielsweise der sich verändernden Arbeitswelt – zumindest rhetorisch – besser zurechtzukommen. Sie empfinden bestimmte Prozesse nicht ausschließlich als Bedrohung, weil sie so etwas wie ein „Normalarbeitsverhältnis" nie vollumfänglich kennengelernt haben und scheinen daher insgesamt mehr auf ihre eigenen Fähigkeiten zu vertrauen und sich nicht, wie die Älteren, als Opfer des sozialstaatlichen Wandels begreifen.

Die vorgenommene Abwandlung des Themenkatalogs war geringfügiger Art. Am Ende der ersten Erhebungswelle fiel ein interessanter Widerspruch zwischen der Aussage über die Mitte in der Forschung und der bisher untersuchten Mitte auf: Während in der Literatur zur Mitte beziehungsweise ihren segmentierten Milieus häufig auf ihre Rolle für die Gesellschaft verwiesen wurde – eben weil sie sich in Sportclubs oder Schulfördervereinen engagiere –, konnte diese These nach dem ersten Eindruck aus den Gruppeninterviews im Dezember nicht bestätigt werden. Dort fanden sich keine gesellschaftlich aktiven Menschen. Überhaupt machten die Probanden kaum den Eindruck als würden sie sich für Dinge außerhalb ihres privaten Umfeldes interessieren.

Bei der Arbeit mit der Methode der Fokusgruppe darf jedoch nicht der Kurzschluss unterlaufen, dass Themen, die von den Teilnehmern nicht explizit aufgegriffen werden, für diese gar nicht existieren. Da die Moderatorin in der ersten Welle durch den Themenkatalog nicht dazu angehalten wurde, über gesellschaftliches Engagement und Partizipation mit den Teilnehmern zu sprechen und diese von sich aus beispielsweise nicht über Vereinstätigkeit oder Gemeindearbeit berichteten, sind die Anwesenden nicht automatisch unengagierte, einzelgängerische Egoisten. Die Umschiffung eines Themas innerhalb einer Fokusgruppe kann immer mehrdimensionale Gründe aufweisen und reicht von der Vermeidung der Preisgabe privater Details über die Empfindung der Unangepasstheit der Thematik bis hin zur Konzentration auf die von der Moderation eingebrachten Themen. Was sich an der Vermeidung von Themen – insbesondere wenn sie in einem relativ engen Konnex mit angesprochenen Inhalten stehen – ablesen lässt, ist lediglich die Brisanz und Dringlichkeit respektive Alltäglichkeit. Daher wurde in der zweiten Erhebungswelle im ersten Themenblock, „Leben in Nordrhein-Westfalen", präzise nach dem gesellschaftlichen Engagement der Anwesenden gefragt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Angesichts der am 9. Mai durchgeführten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen stand nun weniger die Exploration des Wissens der Teilnehmer über Landes- und Bundespolitik im Vordergrund, sondern mehr die Diskussion über die Meinungsbildung im Vorfeld der Wahl, sowie die Bewertung des Ausgangs der Landtagswahl. Für die nordrhein-westfälischen Christdemokraten war das Wahlergebnis im Mai 2010 verheerend. Sie verloren über zehn Prozentpunkte gegenüber 2005 und konnten die Regierungskoalition mit den Freidemokraten nicht fortführen. Nachdem die Sozialdemokraten das bevölkerungsreichste Bundesland bereits zwischen 1966 und 2005 regiert hatten, gelang es ihrer Spitzenkandidatin Hannelore Kraft, den ehemaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers zu ersetzen. Dies war jedoch am 11. Und 12. Mai, als die Gruppendiskussionen in Köln und Bielefeld durchgeführt wurden, noch gar nicht voraussehbar. Die SPD hatte im Vergleich zur Landtagswahl 2005 ebenfalls an Stimmen verloren. Gemeinsam mit den Grünen fehlte ihnen ein Landtagsmandat, um mit absoluter Mehrheit die Regierung bilden zu können. Es kursierten Gerüchte, dass Jürgen Rüttgers eventuell doch noch geschäftsführend im Amt bleiben könnte. Jedenfalls war die landespolitische Lage in diesen Tagen recht ungewiss.[12]

Darüber hinaus wurde in den deutschen Medien im Frühjahr 2010 der griechischen Haushalts- und Staatsschuldenkrise große Aufmerksamkeit entgegengebracht. Ende April beantragte Griechenland erstmals finanzielle Unterstützung bei der Europäischen Union. Daraufhin einigte sich die griechische Regierung mit der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfond auf ein erstes Rettungspaket. Wenige Tage vor den Gruppendiskussionen stimmten der Deutsche Bundestag und Bundesrat den Bürgschaften für Griechenland zu. In den Fokusgruppen sollte daher ebenso der Frage nachgespürt werden, wie die Mitte diese Diskussionen wahrnimmt und das Handeln der hiesigen Politik in diesem Zusammenhang beurteilt. Vorgesehen war die Diskussionseinheit „Wirtschaftskrise und Bürgschaft für Griechenland“ erst am Ende der Fokusgruppe – sollte er nicht von den Teilnehmer zuvor selbstständig eingebracht werden.

12 Vgl. Martin Teigler, Rüttgers bleibt vorerst im Amt, in: Rheinische Post, 10.05.2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

4.2.1 Die Fokusgruppe und eine gelungene Moderation[13]

Für die vorliegende Untersuchung wurden insgesamt 23 Fokusgruppen durchgeführt. Obwohl diese Methode vor allem in den letzten Jahren mehr und mehr auch in der Wissenschaft angewandt wird, entstanden viele Handbücher hierzu im Bereich der Markt- oder Akzeptanzforschung. Hieraus konnten wertvolle Hinweise gewonnen werden. Jedoch musste im Laufe der praktischen Tätigkeit und der nunmehr vierjährigen Erfahrung in der Arbeit mit Fokusgruppen festgestellt werden, dass vor allem bei explorativ erfassten Werthaltungen und politischen Einstellungen, einige Grundlagen wichtig sind, die bisher wenig in den einschlägigen Veröffentlichungen zur Moderation von Fokusgruppen beachtet worden sind.

Wie bereits oben beschrieben, beginnt eine Gruppendiskussion mit der „Phase der Fremdheit". Hier besteht das Moderationsziel im Abbau dieser Distanz unter den Teilnehmern und zu den Moderatoren. Das kann unter anderem durch eine Vorstellungseinheit gelingen. Hierbei geht es nicht nur darum, sich miteinander bekannt zu machen und eine gute Atmosphäre für ein gelungenes Gespräch zu bereiten, sondern auch um die Informationsgewinnung. Für die auswertenden Forscher besteht hier *die* Gelegenheit, etwas über die „Untersuchungsobjekte" zu erfahren, denn für eine sinnvolle Interpretation der später geäußerten Thesen und Meinungen der Teilnehmer braucht es eine entsprechende Basis. Positioniert sich beispielsweise jemand vehement gegen Kinderbetreuungseinrichtungen, ist es für die Deutung dieser Aussage nicht unerheblich, ob der- oder diejenige Kinder hat, verheiratet ist oder einer beruflichen Tätigkeit nachgeht. Umso mehr sich in den Vorstellungseinheiten etwas über die Probanden erfahren lässt, desto effektiver kann das Gespräch später analysiert werden. Daher darf die Selbstvorstellung der Teilnehmer keinesfalls dem Zufall überlassen, sondern sollte sorgfältig im Kontext der eigentlichen Forschungsfrage durchdacht werden. Dabei muss berücksichtig werden, was angesichts der Fragestellung unbedingt über die Teilnehmer in Erfahrung gebracht werden soll. Die beispielhafte Vorgabe durch die Moderation ist hierfür eine Möglichkeit.

13 Für Hinweise in diesem Zusammenhang danke ich all jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts für Demokratieforschung, mit denen ich immer wieder über die verschiedensten Moderationstechniken diskutiert habe. Besonders hervorzuheben sind hier Johanna Klatt, Christian von Eichborn, Daniela Kallinich und Michael Lühmann.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Somit wissen die Teilnehmer, welche Aussagen in der Vorstellungsrunde von ihnen erwartet werden und wiederholen diese in der Regel.

Aus forschungspragmatischen Gesichtspunkten muss an dieser Stelle eine Balance zwischen Offenheit und kleineren Täuschungen durch die Moderation gefunden werden. Dies soll an einem kleinen Beispiel verdeutlicht werden: In einem Gruppengespräch mit acht Müttern mit dem Fokus auf die Probleme von schulpflichtigen Kindern würde die sich als kinderlos und in diesem Bereich erfahrungsarm vorstellende Moderatorin von Beginn an unnötige Distanz zwischen sich und den Teilnehmern schaffen. Die Probandinnen würden spätestens nach dem Ende der Vorstellungsrunde ihre „Ähnlichkeiten" erkennen, sich als Gruppe finden und somit offener bestimmte Erfahrungen thematisieren, während die Moderatorin mehr oder weniger außen vor bliebe und womöglich gar als Fremdkörper wahrgenommen werden würde. Dies könnte sich mitunter hemmend auf die gesamte Diskussionsatmosphäre auswirken. Deutlich irrelevanter könnte beispielsweise das Thema Kinder sein, wenn sich die Diskussionen, wie im vorliegenden Fall, um Politik- und Krisenwahrnehmung dreht. Wobei die exemplarisch geschilderte Situation auch anders verlaufen könnte: Eben weil die anwesenden Mütter die Moderatorin als „fachfremd" eingestuft haben, erklären sie ihr ihre Probleme und Schwierigkeiten besonders detailliert und ausführlich. Insgesamt gilt, das die Vorstellungsrunde sehr gezielt mit dem Erkenntnisinteresse verknüpft, im Themenkatalog fixiert und mit der Moderation abgesprochen statt intuitiv und individuell gehandhabt werden sollte. Im Forschungsprozess hat man diesen Schritt besonders intensiv zu planen, wenn unterschiedliche Moderatoren zum Einsatz kommen.

Im Anschluss daran drängt sich dann die Frage auf, ob beispielsweise ein männlicher Moderator eine ausschließlich aus weiblichen Teilnehmern zusammengesetzte Gruppe moderieren sollte, in der es um häusliche Gewalt geht. Darf ein CDU-Mitglied eine Diskussion von Mitgliedern und Wählern der Grünen über parteispezifische Probleme leiten? Sollte eine 25-Jährige eine Gruppendiskussion zum Thema Wechseljahre moderieren? Kann ein Nicht-Techniker eine Gruppediskussion mit IT-Spezialisten führen? „Grundsätzlich gilt, dass der Moderator zum Thema und zur Zielgruppen passen sollte. Nur dann ist der größtmögliche Erkenntnisgewinn aus der Diskussion zu ziehen, nur so können optimal Gesprächsbarrieren abgebaut werden, das Verständnis erleichtert und die Chance auf eine richtige Interpretation ermöglicht werden."[14] Aber: „Fremdheit muss kein Hindernis darstellen, um Vertrauen zu gewinnen, sondern kann gerade

14 Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, 2011, S. 75.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

als Chance gesehen werden, Befragte dazu zu bringen, scheinbar Selbstverständliches zu hinterfragen und in Worte zu fassen. Wichtiger als soziodemographische Kriterien sind daher Erfahrungsreichtum und Qualitäten eines Moderators, sich einzufühlen und Misstrauen ihm gegenüber abzubauen."[15] Und: Es kommt auf das Erkenntnisinteresse und den daran orientierten Aufbau des Themenkataloges an. Sollen Vorurteile aufgebrochen und Routinen hinterfragt werden, ist sicherlich eine gewisse Fremdheit zwischen Moderator und den Teilnehmer produktiv. Geht es jedoch um sensible Themen und sind sämtliche Gesprächspartner einander unbekannt, sollte die Moderation ihre Andersartigkeit gegenüber der Gruppe, um die sie weiß, nicht explizit betonen, sondern sich anpassen und auf die Teilnehmer einstellen. Dies gilt besonders dann, wenn die Bildungsbiografien zwischen dem Moderator und den Teilnehmer äußerst unterschiedlich sind. Hier muss eine gelungene Moderation sich in der Wortwahl sowie der Sprechweise auf die Anwesenden einstellen und während der Diskussion insgesamt in der Rollendefinition auch flexibel bleiben können.

Ebenso wie die Produzenten des Themenkataloges sollte die Moderation höchste Sensibilität auch bezüglich der Begrifflichkeiten aus dem Forscheralltag beweisen. Die Teilnehmer dürfen keinesfalls mit dem Vokabular der Sozialwissenschaftler und den darin implizit versteckten Hypothesen konfrontiert werden. Sonst wird quasi eine selbsterfüllende Prophezeiung produziert, die Gesprächspartner setzen sich mit Themen auseinander, die sie sonst – ohne die Beeinflussung des Forscherteams – nie expliziert hätten. Dabei geht es in Fokusgruppen gerade darum, die Begriffe und Meinungen der Befragten einzufangen und nicht die der Forschenden zu reproduzieren. Daher kann es durchaus vorteilhaft sein, wenn die Moderatorin oder der Moderator nicht zentral in das jeweilige Forschungsdesign involviert ist.

Neben der Vorstellungsrunde ist ein zweiter Arbeitsschritt in den ersten Minuten einer Fokusgruppe unerlässlich: Die Moderation muss die Teilnehmer mit den geltenden Regeln vertraut machen. Nur wenn geklärt ist, dass der Handyton ausgeschaltet sein sollte, man sich jederzeit von den angebotenen Speisen und Getränken bedienen kann und Raucherpausen eingeplant sind, kann ein störungsfreier Ablauf hergestellt werden und es besteht nicht die Gefahr, dass die Gruppe an einem interessanten Punkt unterbrochen und aus dem selbstläufigen Gesprächsfluss gebracht wird. Die Gesprächsregeln dienen außerdem dazu, die Interviewpartner nochmals auf die Notwendigkeit der Aufzeichnung und Anonymisierung der personenbezogenen Daten hinzuweisen, sowie das Ziel der

15 Ebd. S. 76.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

kommenden zwei Stunden zu verdeutlichen. Wichtig ist hierbei der Hinweis der Moderation, dass es in diesem Rahmen nicht um richtige oder falsche Antworten, sondern um unterschiedliche Sichtweisen geht, dass man nicht mit diesen übereinstimmen muss, aber einander zuhören sollte. Wenn die Moderation diese Grundregeln aufstellt, sich dafür von der Gruppe ein Einverständnis einholt und die Normen an ansprechender Stelle freundlich aber bestimmt einfordert, können sich die Teilnehmer auf einen offenen und geschützten Gesprächsraum verlassen.

Nochmals: Das zentrale methodische Ziel einer Fokusgruppe ist die selbständige Diskussion der Teilnehmer untereinander zu den von der Moderation vorgegebenen Themenblöcken.[16] Eine solches selbstläufiges Gespräch unter einander fremden Menschen stellt sich jedoch nicht von selbst ein, sondern muss von einem Moderator gelenkt werden, der die gängigen Fragetechniken beherrschen und sich von der offen formulierten Einstiegsfrage oder auch einer offenen Exploration zu immer spezifischeren Vertiefungsfragen steigern, dabei gezielt persönliche Erfahrungen und Einstellungen nachfragen und die anderen Teilnehmer zu einer Auseinandersetzung mit dem Gesagten animieren sollte.[17] Gerade das aktive Zuhören und Paraphrasieren ist eine Technik, deren Beherrschung in diesem Zusammenhang unabdingbar ist.[18]

Insgesamt erfordert eine gelungene Moderation Übung. Darüber hinaus muss der Moderator den Themenleitfaden verinnerlicht haben, damit er frei und authentisch wirkt. Daneben sollte er rasch mit Empathie auf Menschen zugehen und sich in den entsprechenden Situationen zurücknehmen können, um so den

16 Vgl. zur Selbstläufigkeit: Aglaja Przyborski u. Monika Wohlrab-Sahr, Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch, München 2010, S. 116.

17 Da sich die Sozialwissenschaften bisher relativ wenig mit der Frage einer gelungen Fokusgruppenmoderation auseinandergesetzt hat, muss hier auf Managementliteratur und Arbeitsbücher aus dem Marketingsegment zurückgegriffen werden. Vgl. beispielsweise: Josef W. Seifert, Moderation & Kommunikation. Offenbach 1999; Alexander Dieter Myksok u. Anna E. Jäger, Moderieren in Gruppen und Teams. Handbuch für Moderation, Paderborn 2008; Richard A. Krueger, Moderation Focus Groups. Focus Group Kit 4, Thousand Oaks 1998; Thomas C. Greenbaum, Moderating Focus Groups. A practical Guide for Group Facilation, California 2000; Christina Beninghaus u. Ludger Beninghaus, Moderation, Gesprächsausbau und Dynamik in Fokusgruppn, in: Schulz, Marlen u.a. (Hg.), Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung, Wiesbaden 2012, S. 111-132.

18 Hierzu auch: Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, 2011, S. 139-171.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Gesprächsteilnehmern den Freiraum für die Entfaltung ihrer Gedanken sowie persönlichen Erfahrungen zu geben. Ein Moderator sollte also dann aktiv werden, wenn es gilt, ein neues Thema einzuführen und die Teilnehmer zu Äußerungen animieren zu können. Überdies sollte er immer wieder die Nähe zum Thema einfordern, sowie die Gruppe zwingen, einander zuzuhören und aufeinander einzugehen. Dabei sind persönliche Missbilligungen und Überraschungen bezüglich bestimmter Aussagen unbedingt zurückzuhalten. Insgesamt sollte der Moderator keinesfalls Urteile zu geäußerten Meinungen abgeben oder gar selbst seine Ansichten mitteilen. All dies würde den Erhebungsprozess erheblich stören und die Qualität der Daten vermindern.

Eine Gruppendiskussion läuft selten völlig schief. Jedoch gibt es einige klassische Probleme, die immer wieder auftreten. Hierzu gehören die eine Gruppe dominierenden „Vielredner", die zurückgezogenen „Schweiger" sowie unpräzise und unpersönliche Antworten. All dem sollte durch die Moderation aktiv begegnet werden, um tatsächlich die Meinungen von allen anwesenden Teilnehmern erfassen zu können und um von der Oberfläche ausgehend zu den tieferliegenden Einstellungen zu gelangen. Bei unpersönlichen Äußerungen der Teilnehmer sollte der Moderator nachfragen und sich konkrete Situationen beschreiben lassen. Dabei ist die klassische Frage nach dem „warum" zu vermeiden, weil diese den Rechtfertigungsdruck auf die Teilnehmer erhöht und lineares Denken fördert. Auch die „Kunst der erweiterten Frage", also das Paraphrasieren der Thematik, kann die Teilnehmer zu vertiefenden Schilderungen anregen.[19]

Um die stillen und zurückhaltenden Interviewpartner zu motivieren, kann der Moderator diese und ihre Äußerungen verbal wertschätzen, um sie so zu weiteren Aussagen zu ermutigen.[20] Ist bei bestimmten Themen jedoch die gesamte Gruppe still, sollte die Moderation dies thematisieren und die Runde fragen, ob sie für ihre Antwort noch mehr Zeit benötigt oder die Stille etwas mit der Frage an sich zu tun habe. Überdies reduziert der Moderator den Druck, antworten zu müssen, indem er seine Unterlagen sortiert und direkten Blickkontakt meidet. Sind viele Anwesende unerwartet eher wortkarg und schüchtern, können sie vor den jeweiligen Diskussionen spontan darum gebeten werden, sich zu der entsprechenden Fragestellung Notizen anzufertigen. Diese können dem Einzelnen

19 Claudia Puchta u. Stephan Wolff, Diskursanalysen institutioneller Gespräche – das Beispiel von ‚Focus Groups', in: Keller, Rainer u.a. (Hg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 2 Forschungspraxis, Opladen 2003, S. 438-456.

20 Vgl. auch Roger Mucchielli, Das Gruppeninterview. Bd. 1 Theoretische Einführung 1979.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

in der Diskussion Sicherheit vermitteln und produzieren für die Untersuchung zusätzliches Material, welches in die Auswertung miteinbezogen werden kann. Jedoch sollte diese Variante nicht überstrapaziert werden, denn das Zustandekommen einer gemeinsamen Unterhaltung ist und bleibt der Zweck der Methode.

Neben den Stillen gibt es in einer Gruppendiskussion auch häufig diejenigen, die viel und gerne reden, somit schnell zu Meinungsführern avancieren. Ferner kann sich deren Meinung rasch zur Meinung aller Anwesenden entwickeln. Auch hier bieten sich Steuerungsmöglichkeiten für den Moderator an, indem dieser das bisher Gesagte zusammenfasst und einem weiteren Anwesenden das Wort erteilt, jemand anderen bittet, das Statement zu kommentieren oder schließlich als letztes Mittel auf die Gesprächsregel der ausgewogenen Redeanteile verweisen.[21]

Es gilt, dass sowohl die Vielredner als auch die Schweiger kein methodenspezifisches Problem darstellen, welches unter allen Umständen behoben werden muss, sondern die Realität mit denen darin vertretenen, unterschiedlichen Individuen spiegelt.[22] Auch im Sportverein gibt es Meinungsführer und Personen, die eher zurückhaltend agieren. Am Stammtisch äußert sich auch nicht jeder zu allen Punkten und über bestimmte Themen hat man sich noch nie unterhalten und ist dementsprechend weniger flüssig in der Argumentation. Insofern sind diesen Schwierigkeiten zwar mit Augenmaß und Ausgewogenheit durch den Moderationsprozess zu begegnen, jedoch nicht zu überproblematisieren und in der Auswertung präzise zu analysieren.

Fokusgruppen können von einem oder zwei Moderatoren gelenkt werden. Auch dies hat verschiedene Vor- und Nachteile. Zwei Moderatoren können, wenn sie unterschiedlichen Temperaments und Geschlechts sind, ein größeres Spektrum von Teilnehmern ansprechen. Schließlich folgt die Kommunikation innerhalb einer Gruppendiskussion auch nur gesellschaftlich erprobten Spielregeln und wird zu einem größeren Teil durch eine Grundsympathie oder Antipathie zwischen Moderation und Gesprächsteilnehmern bestimmt. Ein Moderationsteam agiert nicht nur mit einem doppelten Boden, kann sich gegenseitig bestärken und unterstützend eingreifen, sondern auch in praktischen Dingen gemeinsam entspannter agieren. Dies gilt gerade für aufwendig gestaltete Kreativ- und Kleingruppenarbeiten. Hier kann sich einer von beiden vollständig auf die Moderation konzentrieren, während der andere die Materialien ordnet und

21 Vgl. ebd.

22 Vgl. Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, 2011, S. 237.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

das Set arrangiert. Ein weiterer Vorzug ist, dass zwei Moderatoren auch unterschiedliche Rollen einnehmen können. Werden die Teilnehmer beispielsweise als Experten zu einem bestimmten Themenbereich befragt, kann ein Moderator die Rolle des Unwissenden einnehmen und sich so ausführlich alle Einzelheiten erklären lassen, während der andere den fachlichen Profi simuliert und mit den Anwesenden so auf Augenhöhe diskutiert. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass ein Moderator eine eher beschwichtigende, solidarisierende oder gar sympathisierende Rolle gegenüber den Teilnehmern einnimmt, während der andere eher skeptisch, zurückhaltend und antithetisch agiert.

Diese dual moderierende Dialektik sollte jedoch nicht nur zur eigentlichen Forschungsfrage passen, sondern auch ausschließlich von erfahrenen Moderatoren angewandt werden, damit es nicht zu unnötigen Manipulationen kommt. Überdies: gerade wenn ein Team moderiert, muss zwischen diesem die Atmosphäre stimmen. Den Teilnehmern sollte nicht nur verbal, sondern auch durch Mimik und Gestik signalisiert werden, wer in dem jeweiligen Themenkomplex die Diskussion leitet. Sonst könnte sich die Moderation auf den Gesprächsverlauf mehr hemmend als förderlich auswirken. Außerdem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass gerade zwei Moderatoren von den Teilnehmern schwerer vergessen beziehungsweise ausgeblendet werden. Unter Berücksichtigung des Ziels der Selbstläufigkeit ist zu beachten, dass sich zwei statt ein Diskussionsleiter – allein durch das quantitative Verhältnis zu den Teilnehmern und die räumliche Präsens – auf diesen Prozess störend auswirken. Auch hier gilt wieder, was bereits häufig im Zusammenhang mit der Arbeit mit Hilfe von Fokusgruppe festgestellt worden ist: Die einzelnen Aspekte und Rahmenbedingungen müssen dem Forschungsgegenstand angepasst und grundsätzlich flexibel gehalten, sowie bei jedem Forschungsprojekt neu diskutiert und adäquat angepasst werden. Nur so kann die Fokusgruppe als Methodik für die Sozialwissenschaft ihr gesamtes Potential entfalten.

Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen wurde in den einzelnen Teilforschungsbereichen häufig über die Möglichkeiten nachgedacht, Alkohol während den Fokusgruppen auszuschenken sowie sogenannte „U-Boote“, also von der Forschergruppe instruierte und als Teilnehmer getarnte Diskutanten, einzusetzen. Während in einigen Fokusgruppen ungeplante und nicht steuerbare Erfahrungen mit dem Alkoholkonsum und die Auswirkungen auf den Forschungsprozess gesammelt wurden, ist hingegen die Versuchsanordnung mit einem Agent Provocateur bewusst nicht umgesetzt worden. Einerseits sind an dieser Stelle forschungsethische Bedenken anzumelden und auf der anderen Seite besteht durchaus die Gefahr, dass durch eine herausfordernde und aufwiegelnde

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Argumentation seitens eines instruierten Teilnehmers Aussagen der Anwesenden grob verzerrt und damit unbrauchbar werden.

Während zu dem Einsatz und den Erfahrungen mit „U-Booten" nichts in der Literatur zu finden war, fanden sich Hinweise darauf, dass es in Großbritannien nicht unüblich sei, bei Fokusgruppen Alkohol auszuschenken.[23] In den vorliegenden Untersuchungen wurde jedoch in der praktischen Forschungsarbeit mit Fokusgruppen auch insofern verhältnismäßig unbekanntes Terrain beschritten, weil diese Methode nicht nur in städtischen Marktforschungsinstituten, sondern auch in ländlichen und dünn besiedelten Gebieten angewandt wurde. Als Ort für die Gruppendiskussion war oftmals nur ein Vereinslokal oder ein Gasthaus verfügbar, in welchem unsere Interviewpartner jedoch selbst häufig verkehrten. Diese griffen dann nicht selten während der Fokusgruppe auf die ihnen bekannten Rituale und gewohnten Handlungsmuster zurück. Dazu gehörte dann auch der Verzehr ein oder zwei Gläser Bier beziehungsweise Wein. Dies wirkte sich jedoch nicht – wie zuvor angenommen – belebend auf die Diskussion aus, sondern machte die Teilnehmer, gerade mit zunehmender Dauer der Gruppendiskussion und im späteren Verlauf des Abends, müde und träge. Ihre Aussagen wiederholten sich und sie nahmen nur noch wenig Bezug aufeinander. Die ursprüngliche Hypothese also, dass Alkohol eine solche Fokusgruppe beleben würde, konnte hier nicht verifiziert werden.

Dieses Praxisbeispiel verdeutlicht – zusammengefasst – dass eine gelungene Moderation einen erfahrenen Moderator voraussetzt, der offen und mit einem mit der Forschungsfrage rückgekoppelten Set an Techniken agiert, um so eine möglichst selbständige Unterhaltung über die von ihm eingebrachten Themen initiiert. Und genau dies ist im Forschungsdesign der einzelnen Teilprojekte immer wieder berücksichtigt worden.

4.3 ZWISCHEN OBERER UND UNTERER MITTE: DIE DRITTE UNTERSUCHUNGSWELLE

Auf den Untersuchungen aus Nordrhein-Westfalen aufbauend, wurde eine zweite Studie über die Mitte der Gesellschaft im Dezember 2010 in Göttingen durchgeführt.[24] Die ersten Zwischenergebnisse regten ein paar Modifizierungen am

23 Ebd. S. 95.

24 An dieser Stelle sei nochmals allen Mitarbeitern des Projektes gedankt. Besonders hervorzuheben ist Johanna Klatt, die die Gruppen moderierte und engagiert mit der

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Untersuchungsplan an. Während bei der zweiten Erhebungswelle in Nordrhein-Westfalen noch versucht wurde, eher mit älteren und jüngeren Vertretern aus der gesellschaftlichen Mitte getrennt zu sprechen, sollten die Generationen nun wieder gemeinsam an einem Tisch sitzen. Demgegenüber wurde der neu entwickelte Gesprächsleitfaden einmal mit einer „unteren" und zum anderen mit einer „oberen sozialen Mitte" diskutiert.

Die Mitte ist – wie oben bereits angedeutet – kein Punkt, sondern eine Art Sammelbegriff, unter dem eine Vielzahl an Lebensformen und Stilen, Werthaltungen und Einstellungen, Bildungs- und Ausbildungsstufen, schließlich Gehaltsklassen gefasst werden kann. Um möglichst ein breites Spektrum in den Kreativgruppen einzufangen und gleichzeitig eine gewisse Ähnlichkeit in der Merkmalsausprägung der Teilnehmer zu erreichen, sollen diese bereits zuvor auch auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens rekrutiert werden – allerdings nun mit differierenden Schwellenwerten.

Diese Methode bindet den Wissenschaftler an verschiedene Faktoren: erstens müssen die Einkommensdaten nach den jeweiligen Haushaltsklassen zur Verfügung stehen und, zweitens, muss eine brauchbare Definition für „mittleres Einkommen" gefunden werden. Ist also ein Singlehaushalt mit einem Nettoeinkommen von neunhundert Euro *schon* Mitte und ist ein Vierpersonenhaushalt mit einem monatlich frei verfügbaren Einkommen von zusammen viertausend Euro *noch* Mitte? Für eine regionale Betrachtung bot sich hier der Mikrozensus an. Aus diesem lassen sich die für die Untersuchung relevanten Daten herausfiltern. Wie viele Menschen in Vier-Personen-Haushalten leben, ob diese Kinder haben oder nicht und – für den hier betrachteten Fall besonders wichtig – wie hoch das ihnen zur Verfügung stehende Haushaltsnettoeinkommen ist, all das kann aus den Datensätzen des Mikrozensus berechnet werden.

Selbstverständlich hat der Mikrozensus keinen „Mitte-Indikator" bzw. die Zahlen an sich sagen nichts darüber aus, welche Haushaltsgröße mit welchem Einkommen sich in der Einkommensmitte befindet, als „arm" oder „reich" bezeichnet werden kann. Hier gilt es, Schwellenwerte zu bestimmen. Diese sind zwar nicht willkürlich, aber normativ. Daher ist es erforderlich, sich an Referenzwerten zu orientieren, um sinnvoll Bezug nehmen zu können. Für dieses Teilforschungsprojekt boten sich dafür die bereits angesprochenen Armuts- und

---

Verfasserin über Themenkatalog und Auswertung debattierte, sowie die studentischen Teilnehmer des Forschungsseminars „Von der ‚Mittelklasse' zur ‚Bürgerlichen Mitte'. Die Mitte der Gesellschaft im Spiegel der Milieuanalyse" im WS 2010/11.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Reichtumsberichte des Bundes und einiger Länder, respektive der Niedersächsische Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2008 an. In diesem Bericht haben sich die Autoren nach Warenkorbberechnungen und unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Teilhabe für folgende Schwellenwerte entschieden: Eine Person gilt als *armutsgefährdet*, wenn sie sechzig Prozent und weniger des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung hat (als *arm*, wenn ihr fünfzig Prozent und weniger und als *streng arm*, wenn ihr lediglich vierzig Prozent oder weniger des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung stehen). Innerhalb dieser Festlegung gilt jemand als *reich*, wenn er zweihundert Prozent und mehr des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung hat. Wegen der häufigen Verwendung dieser Schwellenwerte liegt ihr Vorteil einerseits in der Vergleichbarkeit sowie in der oben eingeforderten Geräumigkeit, denn durch diese Definition ist die Spanne der Einkommensmitte recht breit. Im Gegensatz zu den Schwellenwerten des *Deutschen Instituts für Wirtschafsforschung*, die ihre Mitte, wie bereits erläutert, zwischen siebzig und einhundertfünfzig Prozent des Einkommens verorten scheint die Spanne des Armuts- und Reichtumsberichtes eine höhere Repräsentativität im Vergleich zur Grundgesamtheit und Verteilungshäufigkeit zu haben.

Als Maßstab für das durchschnittlich bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen dient sein Median. Das regionale niedersächsische Pro-Kopf-Einkommen betrug 2007 monatlich 1257,- €. Nach der Definition des niedersächsischen Armuts- und Reichtumsberichtes gilt ein Individuum als Vertreter der Einkommensmitte, wenn es zwischen 61 und 199 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens verdient, also zwischen 766,77 € und 2501,43 €. Dies muss anschließend noch auf die jeweiligen Haushaltsgrößen herunter gerechnet werden, da jenes verfügbare Einkommen bei der Rekrutierung der Teilnehmer für die Fokusgruppe zielgerichteter erfragbar ist.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tabelle 2: Ermittlung der Einkommensmitte (61 bis 199 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens) nach Haushaltsklassen

	Nettoäquivalenzeinkommen / durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen 2007	61% des Netto-äquivalenz-einkommens	199% des Netto-äquivalenz-einkommens
Regionales Konzept	1.257 €	767 €	2.501 €
1-Personen-HH	1.135 €	692 €	2.259 €
2-Personen-HH	1.400 €	854 €	2.786 €
3-Personen-HH	1.329 €	811 €	2.645 €
4-Personen- und mehr-HH	1.249 €	681 €	2.223 €

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Datenbasis des Niedersächsischen Armuts- und Reichtumsberichtes[25].

Auch in diesem Untersuchungsabschnitt ging es nicht darum, die gesellschaftliche und soziale Mitte aufgrund einer Einkommensposition zu definieren, sondern um die Idee, dass all diejenigen, deren Einkommen innerhalb dieser berechneten Spanne liegt, womöglich zu einer gesellschaftlichen Mitte gehören, zumindest weder dem Prekariat der Gruppe der kapitalkräftigen Vorstandsvorsitzenden, Großunternehmer oder Aristokraten zuzurechnen sind. Und es geht um die Frage, ob all jene, die weder bedrückend ressourcenarm noch außergewöhnlich ressourcenstark sind, sondern sich irgendwo dazwischen befinden, durch gemeinsame Werthaltungen, Anforderungen an die Politik, Einstellungen oder dergleichen gekennzeichnet sind, die es erlauben, von einer gesellschaftlichen Formation der Mitte zu sprechen. Jene Befindlichkeiten und Wertvorstellungen, Erwartungen und Ängste sollen mit Hilfe der Fokusgruppen eingefangen, ausgewertet und beschrieben werden. Um der Antwort auf diese Frage

25 Datenbasis aus Niedersächsischer Armuts- und Reichtumsbericht 2008. Entwicklung von Reichtum und Armut in Niedersachsen 2005 bis 2007, Sonderveröffentlichung aus: Statistische Monatshefte Niedersachsen 12/2008, online einsehbar unter www.nls.niedersachsen.de/Download/Armut-Reichtum.pdf [eingesehen am 15.10. 2010]; Statistisches Taschenbuch Niedersachsens 2010, online einsehbar unter http://www.wlh.eu/fileadmin/wlh_upload/news/News_2010/Statistisches_Taschenbuch_Niedersachsen_Ausgabe_2010_1_.pdf [eingesehen am 12.08.2010]; eigene Berechnungen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

gleich vorzugreifen: Die Auswertung der Forschungsliteratur und die erste rudimentäre Zusammenfassung der Ergebnisse zu diesem Zeitpunkt des Forschungsprozesses zeigten, dass es durchaus berechtig ist, in der Bundesrepublik von einer gesellschaftlichen Großgruppe zu sprechen, die Mitte genannt werden kann. Berechtigt deswegen, weil doch in den Fokusgruppen der oberen und unteren Mitte (wie auch in den acht Fokusgruppen in Nordrhein-Westfalen zuvor) ähnliche Wertvorstellungen und Politikwahrnehmungen zu Tage gefördert werden konnten. Unabhängig davon, ob jemand über eintausend oder über dreitausend Euro verfügt – auf die Bewertung von Politikern, die Zukunftsvorstellung oder die Einschätzung von Chancen und Möglichkeiten in unserem Land schien dies kaum Einfluss zu haben.

Dabei dienen die verwendeten Schwellenwerte und ermittelten Einkommensspannen nur als grobe Orientierung. Sie sind kein zwingendes Ein- oder gar Ausschlusskriterium, sondern nur ein Vergleichs- und Richtwert, der in der Göttinger Untersuchungsreihe eher sicherstellen sollten, dass durch die Rekrutierung ein möglichst breites Spektrum an Vertretern der Mitte abgedeckt wird.[26] Wären die Teilnehmer jedoch aus der gesamten oben berechneten breiten Einkommensspanne für jeweils eine Fokusgruppe rekrutiert worden, hätte die Gefahr bestanden, innerhalb einer Gruppe die unterschiedlichsten Menschen zusammenzubringen, die kaum ähnliche ökonomische, kulturelle und soziale Ressourcen aufweisen würden. Darunter würde die Funktionsfähigkeit des Untersuchungsinstrumentes leiden. Überdies machen die Schwellenwerte auch deutlich, so eine Hypothese, dass ein signifikanter Unterschied darin besteht, ob man *gerade so* Mitte ist oder *beinahe* die Mitte überflügelt. Daher wurden in diesem Teilprojekt zwei Fokusgruppen mit Vertretern der extremen Ränder der Mitte durchgeführt. Als zentrales Rekrutierungsmerkmal wurden hierfür zwei weitere Einkommensgrenzen konstruiert und die Teilnehmer mit den jeweiligen Merkmalsausprägungen in den Gruppen getrennt befragt. Die Einkommensspanne der „unteren“ Mitte wurde zwischen 61 und 95 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens verortet und die der „oberen“ zwischen 164,5 und 199 Prozent. So bestand eine Gruppe aus Vertretern der „untere Mitte“ und die andere setzte sich aus Teilnehmern der „oberen Einkommensmitte“ zusammen.

Göttingen ist in diesem Zusammenhang nicht willkürlich gewählt: die Regionaldaten des Mikrozensus weisen für die Stadt die schmalste Einkommensmitte

26 Dass in diesem Zusammenhang auch eher die Beziehungen zwischen „oben“ und „unten“ untersucht werden sollten, anstatt Zahlenklauberei zu betreiben, merkt auch an: Martin Schürz, Kein Abschied von der Mitte, 10.07.2011.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

in ganz Niedersachsen auf. Laut dem aktuellen Armuts- und Reichtumsberichtes sind 78,9 Prozent der Niedersachsen weder arm noch reich. In Göttingen umfasst diese Bevölkerungseinheit lediglich 67,8 Prozent, während die Grafschaft Bentheim mit 89,7 Prozent die breiteste Mitte vorweisen kann. Wenn die Mitte tatsächlich unter Druck steht, wie zahlreiche Studien beschreiben, ließen sich hier in Göttingen – wo der Druck allein aufgrund der zahlenmäßigen Verhältnisse groß sein müsste – die Abwehr- und Bewältigungsstrategien dieser gesellschaftlichen Mitte gut nachverfolgen.

Für die Rekrutierung der Teilnehmer ergäben sich dann folgende Nettoeinkommensspannen – abhängig von der Haushaltsgröße:

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tabelle 3: Schwellenwerte des Haushaltsnettoeinkommens in Niedersachsen

durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen 2007		Schwellenwerte Gruppe 1		Schwellenwerte Gruppe 2	
		61%	95%	164,50%	199%
Regionales Konzept	1.257,00 €	766,77 €	1.194,15 €	2.067,77 €	2.501,43 €
1-Personen-Haushalt	1.135,00 €	692,35 €	1.078,25 €	1.867,08 €	2.258,65 €
2-Personen-Haushalt	1.400,00 €	854,00 €	1.330,00 €	2.303,00 €	2.786,00 €
3-Personen-Haushalt	1.329,00 €	810,69 €	1.262,55 €	2.186,21 €	2.644,71 €
4-Personen-und-mehr-Haushalt	1.117,00 €	681,37 €	1.061,15 €	1.837,47 €	2.222,83 €

Quelle: Eigene Berechnung auf der Datenbasis des Niedersächsischen Armuts- und Reichtumsberichts 2008[27].

Neben der Grundlage des Haushaltsnetto- bzw. Äquivalenzeinkommens sind für die Rekrutierung noch folgende Überlegungen getroffen worden: Angesichts der selbstgestellten Anforderung zunächst ein relativ offenes Konzept der Mitte zu vertreten, ist die Anzahl der zu rekrutierenden Personen je Gruppe nach der Häufigkeit in der Gesamtbevölkerung gewichtet worden – es wurde sich also angesichts der Fallzahl im äußerst begrenzten Maß um Repräsentativität bemüht. Dies kommt dann in letzter Konsequenz eher dem Konzept von Mitte als Mehrheit nahe weniger der Vorstellung wie sie in der Quandt-Untersuchung präsen-

27 Datenbasis aus Niedersächsischer Armuts- und Reichtumsbericht 2008; Statistisches Taschenbuch Niedersachsens 2010; eigene Berechnungen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

tiert wurde, dass Mitte ein „gehobenes“ Bevölkerungssegment und quasi der Nachfolger des Bürgertums ist. Aufgrund dieser Annahmen ergeben sich schließlich folgende Rekrutierungsquoten:

Tabelle 4: Rekrutierungsplan der zweiten Untersuchungswelle

	Gruppe 1	Gruppe 2	**Anzahl ges.**	**Summe**
Geschlecht				
Männer	**5**	5	10	
Frauen	**5**	5	10	20
Soziale Milieus				
Traditionelle	3	2	5	
Etabliert-Bürgerliche	2	3	5	
Kritisch-Kreative	1	1	2	
Junge Navigatoren	1	2	3	
Bürgerlicher Mainstream	3	2	5	20
Alter				
18-30	2	2	4	
30-60	5	5	10	
ab 60	3	3	6	20
Bildung				
Hauptschule o.ä.	4	4	8	
Realschule o.ä.	4	3	7	
(Fach)Hochschulreife	2	3	5	20
HH-Größe				
1-Personen-HH	4	4	8	
2-Personen-HH	3	3	6	
3-Personen-HH	2	1	3	
4-und-mehr-Personen-HH	1	2	3	20
Kind u. 18 J. im Haushalt				
Ja	3	4	7	
Nein	7	6	13	20

Quelle: Eigene Darstellung

Ob die Milieueinteilung auf Basis der Sinus-Beschreibung tatsächlich Berücksichtigung findet, hängt schließlich auch von den Möglichkeiten derjenigen ab, die die Probanden für die Forschung rekrutieren. Der Vorteil der Berücksichtigung der Milieus liegt jedoch darin, dass so möglichst vielfältige Lebensentwürfe im Gesamtsample vertreten sind.

Im Vergleich zu den Fokusgruppen in Köln und Bielefeld wurde auch bei den Gruppendiskussionen in Göttingen im Dezember 2010 der Schwerpunkt auf

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

die Politikwahrnehmung und das Wertegerüst der Mitte gelegt und gleichzeitige einige Variationen vorgenommen. In Göttingen sollte mit Hilfe verschiedener Zugänge herausgefunden werden, wie die Vertreter der gesellschaftlichen Mitte mit dem viel beschworenen Druck umgehen. Aus den ersten Erhebungen wurde deutlich, dass es eklatante Unterschiede zwischen den einzelnen Interviewpartnern gibt, wie sie diesen auf ihnen lastenden Druck verarbeiten. Warum blicken die einen zuversichtlich in die Zukunft, während sich die anderen pessimistisch zurückziehen? Welche Ressourcen befähigen jene mit den Anforderungen des flexiblen Arbeitsmarktes zurechtzukommen, während die anderen hilflos vor den Veränderungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zurückschrecken? Warum schafft es ein Teil der gesellschaftlichen Mitte mit der Kontingenz, also mit dem Umstand, dass alles auch anders möglich sein könnte, produktiv umzugehen, während der andere Teil durch die Öffnung des Möglichkeitshorizontes überfordert ist?

Daneben wurde im Themenkatalog der Einstieg der Gesprächseinheit „Politik“ verändert. Der Diskussionsanreiz wurde nun über die Präsentation von Portraits einzelner Politiker erzeugt. Die insgesamt fünf Bilder präsentierten einen Vertreter des Spitzenpersonals aller im Bundestag vertretenen Parteien. Daneben wurde auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet und auf die Darstellung vor einem möglichst neutralen Hintergrund. Der Moderator zeigte je ein Bild von Ursula von der Leyen, Philip Rösler, Guido Westerwelle, Karl-Theodor von und zu Guttenberg und Renate Künast. Der Vorteil eines solchen Einstiegs ist seine Niederschwelligkeit. Die Teilnehmer der Fokusgruppe können über das Bild des Politikers debattieren, ohne dessen Namen kennen zu müssen. Die Diskussion zu einem von den Vertretern der gesellschaftlichen Mitte häufig als fremd wahrgenommenem Thema wird so jedem Anwesenden ermöglicht. Obwohl die Bilder zu Beginn häufig negative Reflexe provozierten und die Besprechung der hier ausgewählten fünf Porträts verhältnismäßig viel Zeit in Anspruch nahm, konnte sich – und das ist der entscheidende Vorteil – durch den assoziativen Zugang einem Kernthema gleich zu Beginn der Fokusgruppe genähert werden.

Im Anschluss daran sollte anhand einer Debatte über Integration und Generationengerechtigkeit herausgefunden werden, ob die gesellschaftliche Mitte eher in populistischen oder vielmehr in differenzierteren politischen Strukturen denkt. Die politisch-gesellschaftlichen Prioritäten der Mitte sollten über ein kleineres Kreativspiel erfragt werden. Hierfür wurde die Gruppe mit folgender Fragestellung aufgeteilt: „Stellt euch vor, ihr seid Teil der Regierung, die über die Ausgaben in unserem Gemeinwesen entscheidet. Es müssen Mittel bereitgestellt werden für Bildung und Ausbildung / Kinderbetreuung, für Forschung und Innovati-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

on, Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Gebäude), Ankurbelung der Wirtschaft / Subventionen, Sozialstaat (Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Unterstützung für Bedürftige), für das Gesundheitssystem und für Schuldentilgung / Kreditrückzahlung. Dafür hattet ihr im vergangenen Jahr 80 Milliarden Euro zur Verfügung. Aufgrund der Wirtschaftskrise bleiben euch für das kommende Haushaltsjahr nur 50 Milliarden Euro, um alle Bereiche zu finanzieren. Wie soll das Geld verteilt werden? Wo soll beziehungsweise muss gespart werden. Wo soll bzw. darf nicht gespart werden? Warum sollte da und nicht hier gespart werden." Die Ergebnisse sollten im Anschluss insgesamt debattiert, begründet und verteidigt werden.

In einem letzten Themenblock wurden die Vertreter der „unteren" und „oberen" Mitte zu ihren Vorstellungen von der Vergangenheit und über die Zukunft befragt. Während die Einstellungen zur Vergangenheit über eine einfache Vergleichsfrage erhoben worden ist („Wenn sie an die Gesellschaft ihrer Eltern denken und diese mit ihrer Lebenssituation heute vergleichen. Was hat sich da verändert? Wie bewerten sie diese Veränderung?") näherte sich die Moderation den Zukunftserwartungen erneut mit Hilfe eines kreativen Zugangs. Die Gruppe wurde hierfür wiederum in Kleingruppen aufgeteilt, diesmal jedoch in anderer Zusammensetzung als bei der letzten Gruppenarbeit, um gruppendynamische Prozesse zu minimieren. Im Anschluss erhielten die Kleingruppen folgende Aufgabenstellung: „Stellt euch vor, ihr lebt im Jahr 2025. Und ihr lebt in einer idealen Gesellschaft, die nach euren Wünschen und Bedürfnissen gestaltet wäre. Wie würde diese Gesellschaft aussehen. Wie würden Politik und Wirtschaft in dieser Gesellschaft aussehen? Was müsste getan werden, damit diese ideale Gesellschaft eines Tages Wirklichkeit wird? Was könnte die Politik tun, damit diese Wunschgesellschaft in zehn Jahren möglich wird? Was würdet ihr tun, damit diese Wunschgesellschaft eines Tages möglich wird?"

In der Retrospektive zeigte sich, dass eine Fokusgruppe mit einer Dauer von zweieinhalb bis drei Stunden mit der Durchführung von insgesamt drei kreativen und selbständig arbeitenden Einheiten überlastet ist. Oftmals konnten sich die Prozesse, die tieferliegenden Einstellungen zu Tage bringen sollten, aufgrund des knapp bemessenen Zeitrahmens gar nicht entsprechend entfalten. Diese Erfahrung wurde bei den darauffolgenden Konzeptionen des Themenleitfadens selbstredend beachtet. Dennoch hatte der ungewöhnliche Zugang zu den einzelnen Themen erhebliche Vorteile. So schloss sich beispielsweise im ersten Teilforschungsprojekt an die Einstiegsfrage nach dem Leben in Nordrhein-Westfalen die Erhebung der einzelnen Werte an. In diesem Zusammenhang griffen die Teilnehmer häufig auf das vorher Gesagte zurück, verbanden beispielsweise Sicherheit mit Verkehrssicherheit, wenn zuvor intensiv über die gut ausgebaute

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Infrastruktur debattiert wurde. Dieser Konnex konnte durch Bildung von Kleingruppen und Gedankenreisen aufgebrochen werden. So ergab sich ein unverstellterer und unabhängiger Zugang zu den jeweiligen Themen. Bei der Konzeption des Verhältnisses zwischen Kreativeinheiten und einfacher Diskussion sollte demzufolge nicht nur der Zeitrahmen bedacht, sondern auch die spezifischen mit dem Thema behafteten Barrieren sowie die Reihenfolge des Themenkataloges insgesamt beachtet werden.

4.3.1 Die Fokusgruppe und das Problem der Rekrutierung der Teilnehmer

Das Verfahren für die Rekrutierung der Teilnehmer basierte auf einer kriteriengelenkten Stichprobenwahl. So sollte eine möglichst breite explorative Erhebung gewährleistet werden.[28] Sind die Auswahlbedingungen jedoch so präzise und engmaschig formuliert wie in der Teilstudie „Mitte in Göttingen“ gestaltet sich das Finden von Teilnehmern im Feld häufig recht umfangreich und ist die Fehlerquote des Prozesses recht hoch. In diesem Fall war es hingegen nicht besonders relevant, ob die Teilnehmer tatsächlich alle Auswahlbedingungen genau erfüllten, weil es ja nicht um Repräsentativität im klassischen Sinne geht, sondern nur um das Zusammenführen von ähnlichen Merkmalsausprägungen. Daher war lediglich bedeutend, dass die Probanden in der einen Gruppe weder sehr arm beziehungsweise in der zweiten Gruppe noch außergewöhnlich reich waren, sondern sich jeweils im Einzugsgebiet der äußeren Ränder der Mitte bewegten. Es ging also nur um eine ungefähre Ähnlichkeit beziehungsweise darum, möglichst große Unterschiede durch die Anlage der Stichprobe auszuschließen. Auch Thomas Kühn und Kay-Volker Kuschel argumentieren in diesem Zusammenhang, dass die Teilnehmer einer Gruppendiskussion sich nicht durch Homogenität auszeichnen müssen, sondern sich die Gruppe als solche schließlich auch durch die thematische Betroffenheit konstituiert.[29] Insgesamt gilt, dass umso heterogener die Teilnehmer sind, desto zeitintensiver gestalten sich die Phasen der Fremdheit und der Orientierung. Prinzipiell scheinen hierarchische Gefälle innerhalb von Fokusgruppen immer kontraproduktiv zu sein und so Dysfunktio-

28 Methode auch angewandt bei: Helmut Bremer, Von der Gruppendiskussion zur Gruppenwerkstatt. Ein Beitrag zur Methodenentwicklung in der typenbildenden Mentalitäts-, Habitus- und Milieuanalyse, 2004, S. 83.

29 Vgl. Thomas Kühn, Gruppendiskussionen, 2011, S. 82,92f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nalitäten herbeizuführen. Auch daher wurde hier das Gespräch einmal mit einer „oberen“ und zum anderen mit einer „unteren“ sozialen Mitte gesucht.[30]

In den bisher vorgestellten Teilforschungsprojekten war ein grundlegendes Auswahlkriterium für die Rekrutierung der Teilnehmer deren Milieuzugehörigkeit. Um die Milieus der einzelnen Individuen miteinbeziehen zu können, ist man jedoch auf Dienstleister angewiesen. Deren Rekrutierungsmöglichkeiten können selten en détail nachvollzogen werden. Bei den Erhebungen in Nordrhein-Westfalen und bei dem Göttinger Teilforschungsprojekt entstand der Verdacht, dass einige Teilnehmer der Fokusgruppe fehlerhaft rekrutiert worden sind. Das sollte in den sich anschließenden Untersuchungen durch Selbstrekrutierung, also die Auswahl der Studienteilnehmer von den Forschern selbst, verbessert werden. Durch die eigene Teilnehmerauswahl konnten die fehlerhaften Rekrutierungen reduziert werden. Noch ein weiteres Argument spricht für die Rekrutierung durch den Forscher: Das Kerngeschäft der Fremdrekrutierer und Marktforschungsinstitute besteht aus der Konsumforschung. So sind über die Probanden Informationen bezüglich ihrer Vorlieben für Waschmittel oder Automarken vorhanden und weniger Informationen über Parteineigung oder soziales Engagement, auch konkrete Einkommensklassen werden selten erfasst. Für bestimmte Themen ist demzufolge eine Fremdrekrutierung beinahe unmöglich, weil die Informationen über die jeweiligen potentiellen Teilnehmer schlicht nicht verfügbar sind. Werden die Gesprächspartner der Gruppendiskussion über ein Marktforschungsinstitut vermittelt, sind diese mit der Erhebungsmethode grundsätzlich vertraut. Sie erscheinen dann zwar zuverlässiger zu dem vereinbarten Termin und sind grundsätzlich weniger skeptisch, jedoch gleichzeitig in der Methodik der Fokusgruppe geübt und daher möglicherweise nicht mehr so unbefangen. Überdies haben sie das Gefühl, für zielgruppengerechte Werbung und somit letztlich für Profitmaximierungszwecke missbraucht anstatt als Diskussionspartner ernst genommen zu werden.

30 Interessant bei der Selbstrekrutierung war überdies, dass es offenbar schwierig ist, montags ausreichend Teilnehmer zu finden. Die Rekrutierungen für andere Wochentage gestalteten sich deutlich leichter.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

4.4 DIE MITTE ZWISCHEN OBERSCHICHT UND BÜRGERTUM: DIE VIERTE ERHEBUNGSWELLE[31]

Bereits im Kapitel über die Diskussion des Forschungsstandes ist gezeigt worden, dass einige konzeptionelle Vorstellungen von der Mitte der Gesellschaft auf der Annahme basieren, dass diese letztlich ein Nachfolger der sozialen Formation des Bürgertums sei. Bestimmte vormalige Alleinstellungsmerkmale wie eine gehobene Berufsqualifikation oder einen Bildungsabschluss hätten sich nun flächendeckend verbreitet,[32] sodass die gehobene Mittelschicht als Nachfahre der „bürgerlichen Schichten" gelten könne.[33] In eine ähnliche Richtung verweisen auch die Mittesemantiken der Parteien und die Sinus-Studien. Schließlich ist das Milieu der „bürgerlichen Mitte" ein Nachfahre des „konservativ-gehobenen Milieus", also des Bürgertums.[34] Eine Genealogie, die durch die sprachliche Konstruktion „*Bürgerliche Mitte*" zusätzlich unterstrichen wird.[35] Die Annahme, dass die gesellschaftliche Formation der Mitte die des Bürgertums abgelöst hätte, konnte nun im Rahmen eines Teilforschungsprojektes geprüft werden, mit Hilfe von Daten, die zunächst mit einer anderen Fragestellung erhoben worden sind.

Im Sommer 2011 erreichte eine lange untergründig schwelende Debatte ihren vorläufigen Höhepunkt: Der Abgang der „Bürgerlichkeit" wurde in Kommentaren und Leitartikeln mitsamt seiner vermeintlichen „bourgeoisen Lebensweise" betrauert. Trotz vereinzelter Restbestände „bürgerlicher Lebensformen" in schrumpfenden Milieus fehle es insgesamt an „Bürgerlichkeit" in der gegenwärtigen postmodernen und – wie oftmals diagnostiziert wurde – „entbürgerlichten" Gesellschaft. Gleichzeitig wurde an vielen Orten eine Revitalisierung bür-

31 Diese Teiluntersuchung ist hervorgegangen aus dem Projekt: „Forschungsorientiertes Lehren und Lernen: Politikwahrnehmung des Bürgertums", gemeinsam mit Matthias Micus, Johanna Klatt und den Studenten Daniel Albrecht, Svenja Dempwolf, Jessica Burmester, Marlene Johnert, Sabrina Hölling, Nina Rotermund, Verena Hambauer.

32 Michael Vester, „Orange", „Pyramide" oder „Eieruhr"? Der Gestaltwandel der Berufsgliederung seit 1990, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 55-77, hier S. 55.

33 Lu Seegers, Prominenz und bürgerlicher Wertewandel in der Bundesrepublik, 1965-1980. Konzeptionelle Überlegungen zur Deutung deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert, in: Gunilla Budde u.a. (Hg.), Göttingen 2010, S. 273-284, S. 284.

34 Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... 2006, S. 40.

35 Hinweis auf Transformation auch bei Kurt Lenk, Vom Mythos der politsichen Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 38/2009, S. 15-20, hier S. 18.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

gerlicher Lebensweisen angemahnt und eingefordert.[36] Ob die „Bürgerlichkeit" im 21. Jahrhundert mehr ist als eine schillernde und vieldeutige Chimäre sollte in einem von der Verfasserin betreuten Lehr- und Lernforschungsprojekt herausgearbeitet werden.

Ausgangspunkt der Mikrostudie war die Frage nach der Existenz einer „bürgerlichen Kultur". Weniger als „reales Produkt", sondern vielmehr als Wertehimmel, als „Bürgerlichkeit" im Sinne von Jens Hacke, also als Ideal oder Norm politischen Verhaltens. Demgegenüber stand die These, dass sich tatsächlich jegliche spezifischen Kulturmuster und Praktiken, die als Gesamtheit das Etikett „bürgerlich" verdienen, im Pluralismus der Lebensweisen und der Individualisierung aufgelöst haben. Die Suche nach „bürgerlichen Restbeständen" wurde abermals mit Hilfe von Fokusgruppen bewerkstelligt. Angeregt durch jüngste Untersuchungen, die die Spuren von „Bürgertum" und „Bürgerlichkeit" im 20. beziehungsweise 21. Jahrhundert verfolgen,[37] war hier die Grundannahme, dass zumindest eine ausreichende finanzielle Ausstattung für diese Lebensform unabdingbar ist.

Dabei interessierte hauptsächlich die Frage, durch welche Wertvorstellungen und politischen Wahrnehmungsmuster „das Bürgertum" geprägt ist. Wie erleben sie politische Kommunikation und welche Maßstäbe legen sie für die Bewertung des Politischen an? Welche Vorstellungen haben sie von der Zukunft, wie schätzen sie ihre eigene Lebenszufriedenheit ein und welche Bedeutung für die Gesellschaft schreiben sie ihrer Position zu? Es ging im Bereich der Politikwahrnehmung demzufolge genau um die gleiche Fragestellung wie bei den vorangegangenen hier beschriebenen Teilforschungsprojekten. In dem nun hier hergestellten Zusammenhang sollte untersucht werden, inwiefern zwischen der „oberen Mitte" und dem Bürgertum Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen. Sollten die Gemeinsamkeiten überwiegen, könnte einerseits die These von Stefan Hradil bestätigt werden, dass das Bürgertum in der gesellschaftlichen Mitte aufgegangen ist und gleichzeitig die hier erhobenen Materialien als Ausprägung eines Randes dieser Mitte in die tiefergehende Analyse miteinbezogen werden.

36 Vgl. exemplarisch: Joachim Fest u. Wolf Jobst Siedler, Der lange Abschied vom Bürgertum. Joachim Fest und Wolf Jobst Siedler im Gespräch mit Frank A. Meyer, Berlin 2005; Karl Heinz Bohrer, Kein Wille zur Macht, in: Heinz Bude u.a. (Hg.), Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?, München 2010, S. 89-100.

37 Vgl. Gunilla Budde u. Conze Eckart (Hg.), Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter. Leitbilder und Praxis seit 1945, Göttingen 2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

dabei dienen die in diesem Teilprojekt durchgeführten Fokusgruppen quasi als Mittel, um einen Rand des Untersuchungsfeldes zu bestimmen.

Ähnlichkeiten zwischen den Forschungsprojekten bestanden nicht nur im Themenkatalog, sondern auch den Rekrutierungskriterien. Laut der Ausgangshypothese dieser Teilstudie ist ein bürgerlicher Lebensstil materiell bedingungsreich. Daher war die Grundlage für die Auswahl der Teilnehmer erneut das Haushaltsnettoeinkommen, auf den Werten des Mikrozensus fußend und an den Schwellenwerten des Niedersächsischen Armuts- und Reichtumsberichts aus dem Jahr 2008 orientiert.[38] Mit diesem Bericht haben sich nach Warenkorbberechnungen und unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Teilhabe die zuständigen Bearbeiter, wie bereits erwähnt, dafür entschieden, all jene Leute als „reich" zu bezeichnen, die mehr als zweihundert Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben. In Niedersachsen macht dies 6,8 Prozent der Einwohner in Privathaushalten aus. Anders gesagt: sie gelten als „reich", wenn sie mehr als 2.800 € im Monat pro Kopf zur Verfügung haben. Dieser Reichtum ist nicht nur innerhalb bestimmter Haushaltsgrößen oder Familienformen, sondern auch innerhalb des Bundeslandes regional ungleich verteilt. Während der Kreis Göttingen mit einer niedersachsenweiten „Reichtumsquote" von 3,8 Prozent das untere Ende der Skala bildet, hat Harburg mit neun Prozent die größte „Reichtumsdichte" des Bundeslandes vorzuweisen. Daher wurden je zwei Fokusgruppen mit Teilnehmern aus dem Hamburger Umland und in Göttingen durchgeführt, um herauszufinden, ob es in einer finanzkräftigen „Oberschicht" so etwas wie eine gemeinsame Werthaltung und ein kollektives Verhältnis zur Politik beziehungsweise ein spezifischer Gehalt einer politischen Kultur des „Bürgertums" existiert oder ob sie letztlich den Basisvorstellungen der Mitte ähnelt.

In Göttingen wurden die Teilnehmer für die Gruppendiskussionen eigenhändig nach der Maßgabe eines selbstständig erarbeiteten Screeningbogens rekrutiert. Oberstes Kriterium war hier zunächst das Einkommen. Um auch tatsächlich überdurchschnittlich einkommensstarke Probanden im Sample versammeln zu können, wurde hier eine höhere „Reichtumsschwelle" als im Niedersächsischen Armuts- und Reichtumsbericht angelegt. Grundbedingung war mindestens die Verfügbarkeit von 250 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens. Darüber hinaus wurden im Rekrutierungsverfahren die Haushaltsgröße, die Zahl der Kinder, der gelernte Beruf und die derzeit ausgeübte Tätigkeit ermittelt. Da sich in der Praxis eine genaue Quotierung innerhalb der einzelnen Bereiche als beinahe undurchführbar erwies, wurde auf eine „gute Durchmischung" geachtet, das

38 Niedersächsischer Armuts- und Reichtumsbericht 2008.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

heißt sowohl Männer als auch Frauen, Junge und Alte für die Fokusgruppen angeworben. Jedoch konnten nicht alle erhofften Fälle exemplarisch durch die Teilnehmer abgedeckt werden. Trotz intensivster Rekrutierungsbemühungen gelang es beispielsweise nicht, eine Vollzeit arbeitende weibliche Gesprächspartnerin aus einem Doppelverdiener-Paar für die Fokusgruppe zu gewinnen.

Die Gruppendiskussionen fanden im Juni und Juli des Jahres 2011 statt und standen im Schatten der öffentlichen Debatten über die Folgen der Reaktorkatastrophe in Fukushima, dem Amtsantritt des ersten grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg und der Guttenberg-Affäre. Der seinerzeit amtierende Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor von und zu Guttenberg sah sich im Frühjahr des Jahres aufgrund der öffentlichen Diskussion über plagiierte Textpassagen innerhalb seiner Dissertationsschrift und die Aberkennung seines Doktorgrades durch die Universität Bayreuth zu einem Rücktritt gezwungen. Damit war der vormalige, als politische „Integrationsfigur", agierende überaus beliebte „Superstar"[39] Auslöser einer langanhaltenden öffentlichen Diskussion über die erforderlichen Fähigkeiten sowie hinreichenden Voraussetzungen und die notwendige Integrität eines Politikers. In den Fokusgruppen entwickelte sich zu dieser Thematik eine relativ polarisierende aber inhaltlich durchaus überraschende Diskussion über seine Person. Dies führte gleichzeitig zu dem positiven Effekt, dass die Teilnehmer – eben weil sie mit der Problematik in den vergangenen Wochen und Monaten häufig konfrontiert worden waren –, bereits darüber reflektiert und diskutiert hatten. Daher gelang es den meisten, sich bezüglich des Anforderungsprofils an Politiker wortreich in die Debatte einzubringen. Jene Verknüpfung und temporäre Koinzidenz zwischen aktueller öffentlicher Debatte und Fokussierung der Thematik in den Gruppendiskussionen muss gerade für die Auswertung immer mitgedacht werden, wenn nach Erklärungen für die Sprechfähigkeit beziehungsweise Sprachlosigkeit zu bestimmten Fragen gesucht wird.

Die erste Auswertung der Fokusgruppen aus Hamburg und Göttingen führte zu einem zumindest zu diesem Zeitpunkt relativ überraschenden Ergebnis: Vor allem in den Themenblöcken über die Einstellung zur Politik und der inhaltlichen Diskussion über Normen und Werte ähnelten sich die Ergebnisse zwischen den Urteilen der Mitte und des „Bürgertums" beträchtlich. Überdies wurden alle Teilnehmer dieses Teilprojektes am Ende danach befragt, in welcher Schicht sie sich selbst einordnen würden. Zur Auswahl standen ihnen die Begriffe Unterschicht, Arbeiterschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht und Oberschicht.

39 Vgl. Oliver Lepsius u. Reinhart Meyer-Kalkus, Inszenierung als Beruf. Der Fall Guttenberg, Berlin 2011, S. 187f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Weil in der Auswertung hierauf noch einmal gesondert eingegangen wird, hierzu nur eine kurze Bemerkung: Beinahe alle Probanden verorteten sich in der Mittelschicht.

Aus der bisher zusammengetragenen Argumentation ist die Integration der vorliegenden Materialien in die hier konzipierte Gesamtstudie durchaus gerechtfertigt. Jedoch muss über die Ursache der Ähnlichkeiten bezüglich Wertvorstellungen und Erwartungshaltung an die politisch Handelnden zwischen „Bürgertum" und Mitte diskutiert werden, um nicht vorschnell unberechtigte Analogien herzustellen. Auf der einen Seite können das „Bürgertum" und „Bürgerlichkeit" womöglich über ganz andere Merkmalsausprägungen als die Mitte verfügen, die durch das Studiendesign nicht erfasst werden konnten. So sind beispielsweise weder der Lebensstil untersucht, noch die Geschmackspräferenzen erforscht oder eine Netzwerkanalyse durchgeführt worden. Forschungsfragen und daran angepasste Untersuchungsmethoden dieser Art hätten womöglich einen evidenten Unterschied zwischen der hier als Mitte postulierten Bevölkerungsformation und dem „Bürgertum" zu Tage gefördert. Gleichzeitig ist die angewandte Rekrutierungsmethode möglicherweise unzulässig, um Vertreter des „Bürgertums" zu ermitteln. Nicht unwahrscheinlich ist, dass eine deutliche Heraufsetzung der einkommensbezogenen „Reichtumsschwelle" die Zusammensetzung des Samples und damit auch das Ergebnis deutlich verändert hätten. Auch die Konzentration auf nicht einkommensbezogene Kriterien wie beispielsweise die Existenz wirtschaftsbürgerlich-familiärer Tradition könnte andere Ergebnisse zeitigen.

Vorab lässt sich als erstes Ergebnis bereits formulieren, dass die in diesem Teilforschungsprojekt realisierten Fokusgruppen zur „Politikwahrnehmung des Bürgertums" eher mit Vertretern der Mitte, statt des „Bürgertums" oder der „Oberschicht" durchgeführt wurden. Darauf deuten nicht nur die eigenen Ergebnisse hin, sondern auch aktuellste Beiträge und Entwicklungen. So wurde im Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung die „Reichtumsschwelle" auf über dreihundert Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens angehoben.[40] Und jüngst argumentierten Hans-Ulrich Wehler und Walter Wüllenweber, dass diejenigen, die sich nach unten von einer sogenannten Mehrheitsgesellschaft abgrenzen und demzufolge als Nachfolger der bürgerlichen Formation des 19. Jahrhunderts betrachtet werden können, über einen solch immensen Reichtum an finanziellem und sozialem Kapital verfügen, dass sie

40 Lebenslagen in Deutschland, 2013 abrufbar unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile [zuletzt eingesehen am 14.05.2013], S. 326.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sich außerhalb der vorherrschenden Maßstäbe und Vorstellungen befinden.[41] Sollte eine Oberschicht, beziehungsweise ein „Bürgertum“ als soziale Formation überlebt haben, so haben deren Vertreter einen ebenso kleinen Anteil an der Gesamtbevölkerung wie die Bürger im 19. Jahrhundert, nämlich zwischen drei und neun Prozent.[42] Insgesamt rechtfertigen all diese Hinweise eine Aufnahme der hier generierten Materialien in die Untersuchung. Die Hinzuziehung ist auch deswegen möglich, weil sich der Themenkatalog im Kern sehr stark an den aus den vorherigen Studien anlehnt. Elemente, wie die Diskussion über den fiktiven Staatshaushalt und die provokativen Aussagen der Politiker wurden demgegenüber durch zwei andere Themenblöcke ersetzt.

In einem Abschnitt sollten zwei Aussagen bezüglich des Verhältnisses von Solidarität und Wohlfahrtsstaat diskutiert werden. Dafür wurde den Teilnehmern ein Zettel mit folgenden Statements ausgeteilt: „Wir haben in Deutschland genug Arbeit. Das Problem besteht darin, dass die Einkommensunterschiede zwischen einfachen Arbeitnehmern und Arbeitslosen zu gering sind. Arbeitslose wollen daher vielfach gar nicht arbeiten.“ und „Arbeitslosigkeit hat weitreichende Folgen, neben wirtschaftlichen auch psychologische und soziale. Einkommen fällt weg, Freundschaften zerbrechen, der Einzelne fühlt sich nutzlos. Die Gesellschaft schuldet ihnen daher Solidarität. Das heißt, dass der Staat verpflichtet ist, ihnen ein Leben oberhalb des Existenzminimums zu ermöglichen.“ Die Teilnehmer wurden gebeten, sich spontan für eine Aussage, die ihnen näher liegt, zu entscheiden, anschließend den Zettel umzudrehen und gemeinsam über die Grundannahmen und Konsequenzen ihrer Auswahl zu debattieren.

In einem letzten Abschnitt sollten die Probanden mit Hilfe des Designs aus dem Planetenspiel über eine zukünftige gesellschaftliche Verfassung in einer idealen Welt nachdenken. Daran schlossen sich Nachfragen an, was die Politik für die Realisierung der Wunschzustände tun könnte, wofür man selbst verantwortlich wäre, was man womöglich aufgeben oder einsetzen würde, um die ausgeführten Idealzustände Wirklichkeit werden zu lassen.

Recht früh zeigte sich an dieser Stelle ein grundlegender Unterschied zwischen dem unteren und den in diesem Teilprojekt untersuchten oberen Rand der

41 Vgl. Walter Wüllenweber, Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land rounieren – und wer davon profitiert. Stuttgart 2012; Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung, 2013.

42 Jürgen Kocka, Das europäische Muster und der deutsche Fall, in: Jürgen Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Bd. I: Einheit und Vielfalt Europas, Göttingen 1995, S. 9-75, S. 11.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Mitte: Diejenigen, die besser gebildet sind und über ein höheres Einkommen verfügen, fordern mehr Selbstverantwortung ein und wollen sich auch nur mit denjenigen solidarisch zeigen, die bereit und fähig sind, ein proaktives Selbstmanagement zu betreiben; demgegenüber vertreten die Probanden der unteren sozialen Mitte einen deutlich inklusiveren Solidaritätsbegriff. Darüber hinaus beziehen die Vertreter der oberen Mitte den Begriff Verantwortung weniger auf sich selbst im Sinne von Selbstverantwortung, sondern mehr auf etwas, was von Unternehmern oder Politikern übernommen werden muss. Wie in der detaillierten Auswertung noch gezeigt werden soll, spielen diese Unterschiede bei den verschiedensten Themen eine gewichtige Rolle.

4.4.1 Die Fokusgruppe und die Auswertung der Materialien

Bereits bei der Diskussion zur Methode der Fokusgruppe allgemein wurde evident, dass deren nachvollziehbare Auswertung eine der größeren methodischen Herausforderungen darstellt. Alle durchgeführten Fokusgruppen wurden zunächst mit Bild und Ton aufgezeichnet. Damit ist das Material lediglich konserviert, aber noch nicht ausgewertet. In einem zweiten Schritt wurden die Fokusgruppen verschriftlicht. Auch diesbezüglich ist ein Lernen im Forschungsprozess eingetreten. Erschien es anfangs noch zweckmäßig und praktikabel das Gesagte ausschließlich in Stichworten zusammenzufassen und gemeinsam mit den unmittelbar gewonnenen Eindrücken und Wertungen festzuhalten, erwies sich dieses Verfahren nach und nach als unzweckmäßig. Problematisch gestaltete sich dabei die nachhaltige, nicht immer günstige Beeinflussung des weiteren Auswertungsprozesses durch diese ersten, oftmals radialen Impressionen. Obwohl in einigen Handbüchern die These vertreten wird, dass die Arbeit mit selektiven Protokollen, wie sie hier zu Beginn angefertigt wurden, ausreichend sei,[43] bewährte sich dieses Vorgehen für die vorliegende Studie in keiner Weise. Gerade wenn in mehreren Untersuchungswellen geforscht wird, ergeben sich mitunter bestimmte Ansatzpunkte, Vergleichsebenen und Probleme erst in späteren Fokusgruppen. Hier erleichtert der Rückgriff auf vollständige Protokolle die Analyse sowie die Herstellung von Rückschlüssen und Beziehungen. Mit einem gewissen zeitlichen Abstand von mehreren Monaten oder gar Jahren ließ sich aus den rudimentären Protokollen kaum unvoreingenommen der Ablauf oder gar das Gesagte rekonstruieren. Daher wurden die Protokolle mit jeder neuen Untersuchungswelle

43 Vgl. beispielsweise Gregor Dürrenberger u. Jeanette Behringer, Die Fokusgruppe in Theorie und Anwendung. Stuttgart 1999, S. 48-53.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

detaillierter, zeichneten das Gesagte immer präziser nach, trennten sauber das gesprochene Wort von den Urteilen der Auswertenden. Darüber hinaus war die ressourcenintensive Erstellung der Transkripte für die gleichzeitige Arbeit und Interpretation mehrerer Forscher dienlicher. So lassen sich die Materialien auch noch in Zukunft verwenden, um sie mit anderen Fragestellungen und Hypothesen zu konfrontieren.

Trotz dieser Vorteile sollte der Aufwand jedoch im Rahmen gehalten werden. Aus forschungspragmatischen Gründen wurde nur eine einfache Transkription der Fokusgruppen angestrebt, ohne Angaben der Pausenlängen, des Tonfalls, der Tonstärke, der nonverbalen Kommunikations- und Interaktionsaspekte. Eine derartig genaue Transkription von circa sechzig Stunden Videomaterial wäre zu zeitintensiv und kostspielig gewesen und hätte sich gleichzeitig am Forschungsinteresse vorbei abgearbeitet. Schließlich standen hier keine linguistische Analyse und weniger gruppendynamische Effekte im Vordergrund, sondern die Erfassung von politischen Meinungen, Bewertungsgrundlagen und Einstellungen. Daneben hätte eine Feintranskription noch weitere Schwierigkeiten in sich geborgen: Obwohl in den letzten Jahren innerhalb der Sozialwissenschaften das gesprächsanalytische Transkriptionsverfahren mehr und mehr Verbreitung gefunden hat, fehlen doch noch immer einheitliche Standards, Codes und Zeichenregeln. Somit hätten nicht nur die Erzeuger der Transkripte aufwendig angelernt werden müssen, sondern auch ihre Rezipienten. Gleichzeitig wäre für eine universellen Einsatz der Materialien eine enorme Hürde aufgebaut worden, da Feintranskripte durch ihre Zeichensysteme entschlüsselt werden müssen und das Gesagte hinter einem System von Haken, Strichen und Punkten verbergen. Schließlich würde eine akkurate und ausführliche Transkription den oben erläuterten erkenntnistheoretischen Vorannahmen widersprechen, da sie die Möglichkeit einer nahtlosen Übertragung der realen Fokusgruppensituation in Zeichen auf Papier suggerieren würde. Doch selbst die Bemühungen um das exakteste Transkriptionssystem müssen zwangsläufig eine Selektion des Wahrgenommenen bleiben. Daher können die Protokolle für unser Forschungsprojekt gleich eine lesbare Form annehmen, mit der ein praktisches Arbeiten möglich ist.

Doch auch diese Methode setzt die Notwendigkeit der Aufzeichnung voraus. Einige Forscher vertreten die Auffassung, dass Videomitschnitte auf die Gruppendiskussion insgesamt hemmend wirken und somit darauf zu verzichten sei.[44] Trotz relativ sensibler Diskussionen über Politik, Werte oder Legitimität von Protest, wie im Folgenden noch gezeigt werden soll, konnte dies an keinem

44 Marlen Schutz, Quick and Easy!?, 2012, hier S. 15.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Punkt bestätigt werden. Überdies ist eine Transkription der Gruppendiskussion ohne Videoaufzeichnung beinahe unmöglich, da lediglich mit der Tonaufnahme eine Zuordbarkeit von Aussagen und Sprechern sehr schwierig ist. In diesem Zusammenhang war es für die Teilnehmer vielmehr wichtig und für die Verfasserin selbstverständlich, dass verantwortungsvoll mit dem Material umgegangen wird. Das bedeutet die sorgfältige Aufbewahrung, Einhaltung der Datenschutzbestimmungen und ausschließliche Verwendung für den angegebenen Zweck.

Darüber hinaus hat die Praxis gezeigt, dass es unabdingbar ist, bei der Fokusgruppe anwesend zu sein, anstatt lediglich das aufbereitete Material zu sichten. Denn nur durch die Anwesenheit im Raum oder hinter der verspiegelten Scheibe können Stimmungen aus der Gruppe heraus wahrgenommen und nonverbale Kommunikationsprozesse beobachtet werden. Wichtig ist, diese Eindrücke unmittelbar nach der Fokusgruppe zu protokollieren, ohne diese durch den Austausch mit Dritten zu beeinflussen. Erst auf Grundlage dieser Basisprotokolle,[45] sollten die in den Prozess involvierten Forscher miteinander in Diskussion treten. Schließlich ist einer der Grundannahmen der qualitativen Forschung, dass die Auswertung dann plausibel ist, wenn mehrere Beobachter zu einem ähnlichen[46] oder gar gleichartigen Ergebnis kommen oder sich eine spezifische Eigenschaft in mehreren Gruppen wiederholend feststellen lässt.[47]

Grundsätzlich ist bei der Analyse der Gruppendiskussion zwischen einer formalen und einer inhaltlichen Auswertung zu unterscheiden. Die formale Untersuchung bezieht sich auf den Ablauf, die Skizzierung des Gruppenprozesses, die Aktionen und Interaktionen des Moderators.[48] Die inhaltliche Analyse orientiert sich zunächst an den grundlegenden Gütekriterien der qualitativen Forschung. Dazu gehört, erstens, das bereits angesprochene Basisprotokoll, auch Postscript genannt, zweitens, das Belegen der Aussagen mit Zitaten aus den

45 Bezeichnet nach Reinhard Peukert, Gesprächshermeneutik. Gruppendiskussion als Methode zur Rekonstruktion der Lebenswelt von Lehrlingen, Frankfurt a. M. 1984.

46 Ideal wäre an dieser Stelle eine „Interpretator-Triangulation“, um so eine intersubjektive Validierung sicherstellen zu können. Vgl. Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt a. M. 2010, S. 230.

47 Vgl. Stephan Wolf u. Claudia Puchta, Realitäten zur Ansicht. Die Gruppeniskussion als Ort der Datenproduktion, Stuttgart 2007.

48 Helmut Bremer, Von der Gruppendiskussion zur Gruppenwerkstatt. Ein Beitrag zur Methodenentwicklung in der typenbildenden Mentalitäts-, Habitus- und Milieuanalyse, 2004, S. 120.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Gruppen und Interviews selbst sowie, drittens, die Notwendigkeit, dass die Thesen generierenden Beobachtungen mehr als einmal gemacht werden sollten – entweder von mehreren Beobachtern einer Szene oder in unterschiedlichen Fällen durch den gleichen Beobachter.

Zu Beginn der inhaltlichen Auswertung gilt, sich möglichst unabhängig von dem Vorwissen und den zuvor generierten Thesen und Annahmen zu machen, auch den Themenkatalog und damit die durch die Moderation vorgegebene Diskussionsreihenfolge außer Acht zu lassen. Denn zunächst geht es um einfache Beobachtungen, um die Suche nach Regelmäßigkeiten und die Rekonstruktion von strukturellen Falleigenheiten.[49] Dabei ist – um den bereits diskutierten Hawthorne-Effekt möglichst gering zu halten – ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, welche Themen die Teilnehmer von sich aus zur Sprache gebracht haben.[50]

Zunächst ist die Gruppendiskussion als Prozess an sich auszuwerten – wann tauschen bestimmte Themen auf, wie werden sie initiiert – bevor die Untersuchungskategorien aus der Forschungsfrage an das Material herangetragen werden. Dabei wurde hier mit dem die Auswertung unterstützenden Computerprogramm MaxQDA gearbeitet. So konnten nicht nur das umfangreiche Material von rund eintausend Seiten mit Codierungen und Memos versehen werden, sondern auch Worthäufigkeiten analysiert, Sprecheranteile identifiziert und Ähnlichkeiten sowie Unterschiede innerhalb der einzelnen Gruppen untersucht werden. So gelang es auch, die einzelnen Sprecher in den Fokusgruppen mit spezifischen Merkmalsausprägungen wie beispielsweise Erwerbsstatus, Kinder im Haushalt, Zukunftsangst oder Einkommensklassen zu codieren und deren Aussagen einzeln zu extrahieren.

Mit Hilfe dieser Methodik konnte zum Beispiel erfasst werden, ob es einen Unterschied bezüglich der Erwartungen an die Zukunft gibt zwischen denjenigen, die erwerbstätig oder arbeitslos sind, zwischen Vertretern der gesellschaftlichen Mitte, ohne und mit Kindern. Dabei hat man mit mutmaßlichen Zusammenhängen äußerst sensibel und vorsichtig umzugehen, dürfen zwischen vermuteten Ursachen und Wirkungen keine vorschnellen Schlüsse gezogen, sondern dem Rezipienten ausschließlich offene Interpretationsangebote unterbreitet werden. Mit Hilfe von MaxQDA ließen sich für die Feinauswertung aus den Fokusgruppen auch all jene Aussagen herausfiltern, deren Sprecher fehlrekrutiert worden waren.

49 Stephan Wolf, Realitäten zur Ansicht, 2007.

50 Vgl. auch Ariane Schorn, Das themenzentrierte Interview, 2001, S. 12.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Im Auswertungsprozess ist zu prüfen, mit welchen Themenblöcken die befragten Vertreter der Mitte eher weniger anfangen konnten, über welche Dinge sie offensichtlich noch nicht nachgedacht und somit weniger sprachmächtig waren. Die Arbeit mit Fokusgruppen hat gezeigt, dass die Befragten sich offenbar bereits mit einem bestimmten Thema beschäftigt und sicher darüber ausgetauscht haben, wenn sie sich in geschlossenen Sätzen äußern, wenn ihnen passende Begriffe ohne langes Nachdenken zur Verfügung stehen, wenn sie rasch Beispiele zur Hand haben. Zielen die Fragen der Moderation hingegen auf etwas, worüber sich die Teilnehmer bisher keine oder wenig Gedanken gemacht haben, sind die Sätze unvollständig, wird lange und angestrengt nach dem für sie passenden Wort gesucht und statt Beispiele fallen nur die Kollektivplurale wie „sie" und „man". In diesem Zusammenhang muss bei der Auswertung auch genau darauf geachtet werden, ob die Interviewpartner von abstrakten gesellschaftlichen Prozessen sprechen oder von persönlichen Erfahrungen. Besonders wenn die Atmosphäre im Grunde vertraut zu sein scheint und bereits persönliche Begebenheiten ausgetauscht wurden, sind sowohl die unpersönlichen Pluralformen als auch abstrakte Vokabeln wie beispielsweise „Konsum" oder „Haushaltseinkommen" eher ein Hinweis, dass das Erzählte weniger den Befragten persönlich betrifft und von diesem kaum selbst erfahren wurde, sondern nur Allgemeinplätze betreten werden.

Insgesamt ist die in den Fokusgruppen verwendete Alltagssprache fragmentarisch und mehrdeutig und muss daher entschlüsselt werden.[51] Dabei darf nicht nur auf das Manifeste, Offensichtliche geachtet, sondern ist auch nach latenten und abgewehrten Sinnmustern zu fahnden.[52] Schließlich sollte auch über die einzelnen Fokusgruppen hinweg nach interpersonalen Gemeinsamkeiten und Unterschieden gesucht werden. Dabei sind die als zentral identifizierten Begriffe immer wieder auf ihren Gehalt hin zu prüfen. Es geht nicht einfach darum, aufzuzählen, dass den Befragten beispielsweise Sicherheit wichtig ist, sondern was sie konkret unter Sicherheit verstehen, worauf sie Sicherheit beziehen, welchen Stellenwert Sicherheit in ihrem Leben einnimmt und wer dafür verantwortlich ist.

Alles in allem hat sich eine praktische hermeneutische Analyse als anwendbar erwiesen. Dabei wird sich zwar an den Methoden der „objektiven Hermeneutik" orientiert, diese jedoch nicht mit ihrem radikalen Absolutheitsanspruch akzeptiert und die hier als verwirrend deklarierte Beiwort Objektivität weggelas-

51 Ebd. S. 18.

52 Vgl. ebd. S. 5.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sen. Nach einer formalen und inhaltlichen Analyse jeder Fokusgruppe für sich wurden die gesamten Transkripte nach bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten untersucht. Diese Schwerpunkte sind hier, wie bereits angedeutet, nach Oevermann als „soziale Deutungsmuster" bezeichnet, also als strukturierte Argumentationszusammenhänge und kommunizierbare Probleme.[53] Diese sozialen Deutungsmuster zeichnen sich durch eine gewisse Beständigkeit und Kommunizierbarkeit über Milieugrenzen und Lebensstile hinweg, aus. Deutungsmuster, die sich in den Fokusgruppen unabhängig des Themenkataloges gezeigt haben, sind Familie und Partnerschaft, Bildung und Kinder, Arbeit und Anerkennung sowie Heimat und Lebensumfeld. Darüber hinaus gibt es soziale Deutungsmuster, die durch die Themenkataloge in die Gruppen getragen wurden über Politik, Verantwortung, Gesellschaft, Demokratie, Zukunft und Fortschritt.

Sofern es erforderlich sein sollte – also wenn Deutungen unsicher sind, sich die Problematik komplex darstellt oder konträre Beobachtungen zu bestimmten Deutungsmustern aufgetreten sind – muss mittels einer sequentiellen Analyse in die Tiefe gegangen werden. Nur so können die sozialen Deutungsmuster rekonstruiert werden. Eben weil in dem hier untersuchten Rahmen innerhalb der genannten Deutungsmuster bestimmte Problemwahrnehmungen über die Generationen hinweg, von der beruflichen Position und der formalen Bildung unabhängig gegeben sind, bleibt es gerechtfertigt von Mitte als Großgruppe zu sprechen, die einen beträchtlichen Teil der Gesellschaft repräsentiert. Selbstverständlich gibt es innerhalb der einzelnen sozialen Deutungsmuster abweichende Nuancen und müssen Differenzierungen diskutiert werden. Indes produzieren, so ein Ergebnis der Studie, diese voneinander abweichenden Spielarten keine Sprachbarrieren und unüberwindlichen Sperren innerhalb der einzelnen Fokusgruppen. Und so wie sich die Mitte in den Fokusgruppen gegenseitig entdeckt und als gleichartig identifiziert hat, miteinander ins Gespräch gekommen ist und als Gruppe konstituierte, findet sie sich auch in der Gesellschaft.

53 Ulrich Oevermann, Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, 2001, S. 5.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

4.5 PROTEST DER MITTE: DIE FÜNFTE UNTERSUCHUNGSWELLE[54]

Im Jahr 2012 hat das Institut für Demokratieforschung aktuelle Proteste und deren Akteure in einem breit angelegten Forschungsprojekt untersucht.[55] Thematisch wurden die Bereiche Occupy und Systemkritik, Stadtentwicklung und Infrastruktur, Anti-Atomkraft, Energiewende, Bildung und Schulreform, Internetkampagnen sowie Anti-EU/Anti-Euro-Proteste betrachtet. Dabei wurden über 210 Personen in Einzelinterviews und 18 Fokusgruppen befragt. Forschungsleitendes Erkenntnisinteresse war die Suche nach den entscheidenden Charakteristika dieser Proteste, die dahinterliegenden Ursachen und Auslöser, nach den Motiven derjenigen, die demonstrieren, campieren, sich für oder gegen etwas einsetzen. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass auf der einen Seite schwindende gesellschaftliche Integrationskräfte von Parteien, Verbänden und Kirchen auszumachen sind, während sich auf der anderen Seite eine rege Zivilgesellschaft mit unkonventionellen Partizipationsformen zu entwickeln scheint, die verstärkt Einfluss auf Politik und Gesellschaft nimmt.

Im Fokus des Projekts stand der Träger des Protestes, also diejenigen, die Demonstrationen initiieren, Versammlungen leiten, sich Aktionsformen ausdenken und Menschen mobilisieren. Unter welchen Bedingungen werden Menschen eigentlich aktiv? Welche Wertvorstellungen, Sozialmoral und Traditionen prägen die Aktivisten? Welche zurückliegenden Erfahrungen mit zivilgesellschaftlichem Engagement, herkömmlichen politischen Institutionen oder gesellschaftlichen Strukturen haben sie gemacht? Wie wirken sich diese Erfahrungen letztlich auf ihre gegenwärtige Einstellungen, ihr Handlungsrepertoire und ihre Rolle innerhalb des Protestes aus? Welche Vorstellung von Demokratie und Gesellschaft leiten sie? Was verbinden sie mit bestimmten, für unsere Gesellschaft zentralen Werten wie Verantwortung, Gerechtigkeit, Gleichheit oder auch

54 Am Gesamtprojekt waren beteiligt: Franz Walter, Felix Butzlaff, Lars Geiges, Stephan Klecha, Pepijn van Dijk, Franz Hartmann, Tobis Neef, Frauke Schulz, Jöran Klatt, David Bebnowski, Nils Kumkar, Verena Hambauer, Christoph Hermann, Ana Belle Becké, Christian von Eichborn, Daniela Kallinich, Christoph Hoeft, Mathias Hehr, Fitore Jahaj, Annike Klimmeck, Haris Mustafi, Robert Pausch, Stefanie Strasser, Alexander Hensel und Stephan Klecha.

55 Veröffentlicht in: Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, herausgegeben von Franz Walter, Reinbek bei Hamburg 2013.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Freiheit? Wie füllen sie diese Werte inhaltlich? Was sind generell ihre Erwartungen an Staat und Politik, Parteien und Gesellschaft?

Am Ende der Einzelinterviews und Gruppendiskussionen wurden die Teilnehmer gebeten, einen Fragebogen bezüglich ihrer soziodemografischen Merkmale ausfüllen. Es wurde unter anderem das Haushaltseinkommen, der Bildungsabschluss, die Berufstätigkeit und der Familienstand erfragt. Von allen in diesem Projekt interviewten Personen füllten insgesamt 183 Teilnehmer den Fragebogen aus. Davon bearbeiteten jedoch 19 Personen die Fragen so unvollständig, dass sie in die Auswertung nicht miteinbezogen werden können. Aus den restlichen Fragebögen wurden hier schließlich 97 Personen identifiziert, die hier ebenfalls anhand der in den zuvor vorgestellten Teilprojekten entwickelten Kriterien Einkommen, Bildung und Beruf in das Untersuchungssample der deutschen Mitte mitaufgenommen werden können. Dabei wurde sich erneut – um eine gewisse Vergleichbarkeit zu gewährleisten – grob an den Schwellenwerten des 4. Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung orientiert, sodass all jene in die Auswertung miteinbezogen wurden, deren verfügbares monatliches Einkommen zwischen 61 und 199 Prozent des bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommens liegt. Auf die Ausweitung der Spanne bis 300 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens wurde an dieser Stelle verzichtet, um im Gesamtsample der Untersuchung zur deutschen Mitte im Vergleich mit dem deutschen Bevölkerungsdurchschnitt keine Verzerrung zu Gunsten der wohlhabenderen Einkommensschichten zu produzieren. Dieses Auswahlverfahren ähnelt damit im Grunde dem Rekrutierungsverfahren für die vorangegangene Fokusgruppen, nur dass die Teilnehmer nicht im Vorfeld der Studie ausgewählt wurden, sondern eine kriteriengelenkte Stichprobe aus einem bereits vorhandenen Pool gezogen wurde.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tabelle 5: Schwellenwerte des bundesrepublikanischen Haushaltsnettoeinkommens

Haushaltsgröße	61 Prozent des Netto-äquivalenz-einkommens	100 Prozent des Nettoäquivalenz-einkommens	199 Prozent des Nettoäquivalenz-einkommens
1 Personenhaushalt	945 €	1.549 €[56]	3.083 €
2 Personenhaushalt	1.417 €	2.324 €	4.625 €
3 Personenhaushalt	1.890 €	3.098 €	6.165 €
4 Personenhaushalt und mehr	2.363 €	3.873 €	7.707 €

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Datengrundlage des 4. Armuts- und Reichtumsberichtes[57].

Eine besondere Erfahrung in der Forschungsarbeit mit Aktivisten ist, dass diese – im Vergleich zu den zuvor durchgeführten Mitte-Befragungen – weitaus häufiger die Angabe zum Haushaltseinkommen verweigern beziehungsweise insgesamt mit der Preisgabe persönlicher Informationen deutlich zurückhaltender sind. Daher muss hier für die Ziehung der Stichprobe neben dem Einkommen auch auf die Kriterien Bildung und Erwerbstätigkeit zurückgegriffen werden: Verfügten die Befragten also über eine mittlere Bildung – darunter soll hier mindestens ein Realschulabschluss verstanden werden – und gehen gleichzeitig einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nach, gelten sie ebenfalls als der Mitte zurechenbare Vertreter und werden daher in die Untersuchung mit eingegliedert.

Darüber hinaus wurde versucht, in Anlehnung an das Göttinger Forschungsprojekt im Dezember 2010 eine „obere“ und eine „untere“ soziale Mitte innerhalb der befragten Aktivisten zu identifizieren. So kann zusätzlich geprüft werden, ob am jeweiligen oberen und unteren Rand der Mitte die gleichen sozialen

56 Lt. dem Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichtes beträgt das aktuelle Jährliches Nettoäquivalenzeinkommen jährlich 18.586 €. Die restlichen Angaben nach eigener Berechnung. Vgl. Lebenslagen in Deutschland, 2013 abrufbar unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile [zueletzt eingesehen am 14.05.2013]

57 Da im Fragebogen auch nach dem Haushaltsnettoeinkommen gefragt wurde, ist hier das Einkommen für den gesamten Haushalt angegeben, während im Armuts- und Reichtumsbericht lediglich das Nettoäquivalenzeinkommen für eine Person im Haushalt mit der jeweiligen Haushaltsgröße aufgeführt ist.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Geltungsmuster über Verbindlichkeit verfügen oder eben keine Geltung erfahren. Insgesamt können aus der Proteststudie so 23 Einzelinterviews und neun Fokusgruppen mitaufgenommen werden. Die restlichen in diesem Zusammenhang durchgeführten neun Fokusgruppen werden für die hier vorliegende Studie nicht zur Betrachtung zugelassen, da weniger als sechzig Prozent der Gesprächsteilnehmer dieser Diskussionsrunden aufgrund der Rekrutierungsmerkmale nicht in das Sample hinein passt.[58]

Tabelle 6: Sampleauswahl aus der Proteststudie für die vorliegende Untersuchung

Haushaltseinkommen	1-Personen-Haushalt	2-Personen-Haushalt	3-Personen-Haushalt	4-Personen-Haushalt und mehr
unter 900 €				
900 – 1.300 €				
1.300 – 1.500 €				
1.500 – 2.000 €				
2.000 – 2.600 €				
2.600 – 3.000 €				
3.000 – 3.600 €				
3.600 – 5.000 €				
über 5.000 €				

Quelle: Eigene Berechnung.

Nochmals: Es geht nicht darum, diejenigen, die im Monat über einen gewissen finanziellen Spielraum verfügen, als Mitte zu definieren. Sondern es sollen all jene, die aufgrund einer mittleren Bildung und eines mittleren Einkommen als potentielle Mitte herausgefiltert wurden, in das Untersuchungssample mitaufgenommen werden. Denn nur so können anschließend deren Vorstellungen von Politik, Gesellschaft, Familie und andere soziale Deutungsmustern untersucht werden.

Problematisch bleibt in diesem Zusammenhang, dass die leitfadengestützten Interviews und der Themenkatalog der Fokusgruppen aus der Untersuchung zu den gegenwärtigen Bürgerprotesten deutlich von den ursprünglichen Gesprächsverläufen rund um die Mitte der Gesellschaft abweichen. Dennoch weisen sie

58 Siehe Anhang 9.6.4.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

hinreichende Gemeinsamkeiten und ähnliche Themenblöcke auf. Daher wurden nicht die vollständigen Fokusgruppen aus der Proteststudie ausgewertet, sondern lediglich die Punkte und Themen aufgegriffen, die ohnehin in den vorangegangenen Untersuchungen bereits als soziale Deutungsmuster, Spezifika oder dergleichen beschrieben worden sind. Derlei Anknüpfungspunkte existieren zahlreich, da es auch in dem Projekt über Engagement und Protest grundsätzlich um die Wahrnehmung von Politik und Staat, um den Umgang mit Kontingenz, um Engagement in der Gesellschaft ging.

Natürlich sind die Organisatoren von Protest, die Träger von Engagement und die Manager von Widersprüchen keine typischen, im Sinne von durchschnittlichen oder repräsentativen, Vertreter der hier gezeichneten Mitte. Jedoch sind sie ein Teil davon und können als solche auch deshalb hier einbezogen werden, weil sowohl zahlreiche anderen Studien und die eigenen zuvor durchgeführten Fokusgruppen gezeigt haben, dass diejenigen, die sich einsetzen, ihr Umfeld verteidigen, sich für bestimmte Belange engagieren, weder aus der sogenannten Unterschicht oder dem Prekariat noch aus der Oberschicht sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Während sich die einen resigniert und kraftlos zurückziehen, leisten die anderen oftmals lediglich finanzielle Unterstützung. Doch engagieren sich weder diese noch jene, sondern die Menschen der Mitte in Sportvereinen, Kirchgemeinden, bei Stadtverschönerungstagen oder eben Parkrettungsaktionen.

Und um es ein letztes Mal zu betonen: die hier gedachte Mitte ist eine geräumige und vielschichtige Formationen. Und es kann an dieser Stelle nicht geleistet werden, jene repräsentativ abzubilden. Interessant bei der Einbeziehung der Aktivisten ist jedoch, dass diese mitunter Meinungsführer innerhalb eines kleinräumigen sozialen Milieus sein können. Unter diesem Aspekt ist es dann besonders interessant, wie sich die Probanden als Bürger innerhalb der Gesamtgesellschaft sehen, wie sie bestimmte Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit oder Sicherheit ausbuchstabieren. Durch das öffentliche Eintreten für ihre Ansichten und Überzeugungen beeinflussen die Aktivisten bisweilen den Diskurs ihrer lokalen Räume oder gar eines größeren gesellschaftlichen Zusammenhangs. Daher sind sie zwar einerseits innerhalb des vorliegenden Samples etwas exotisch, können jedoch gleichzeitig helfen, die Perspektive zu erweitern. Wichtig dabei ist, dass die Materialien, die aus der Proteststudie hier mit einbezogen werden, aufgrund ihrer Quantität kein Übergewicht beanspruchen dürfen. Man

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

kann sie vielmehr auch als eine Art Kontrastfolien in der Analyse mitdenken und sich der Besonderheit dieses Teilsamples immer wieder vergegenwärtigen.[59]

59 Auch daher muss hier nicht noch mal eigens über die Gestaltung und Auswertung von teilstandardisierten Interviews im Gegensatz zu Fokusgruppen nachgedacht werden.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Auswertung

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

5. Die Analyse des in den Fokusgruppen produzierten Materials[1]

5.1 Zwischen „Cocooning“[2] und Pragmatismus: Familie und Wohnen

Eines der zentralen Themen der Mitte ist die Familie. Die Familie besteht in der Regel aus dem Lebensgefährten (ohne dass mit dieser Bezeichnung gleich eine bestimmte Familienform intendiert ist) und den Kindern. Umfasst jedoch ebenso Eltern, Schwiegereltern, die Partner der Kinder und gegebenenfalls die Enkelkinder. Wobei für die Jüngeren aus dem Sample Familie häufig die Herkunftsfamilie bedeutet, also Mutter, Vater und gegebenenfalls die Geschwister, während die Älteren an erster Stelle immer die eigenen Kinder und den Partner unter der Vokabel summieren. Interessant dabei ist, dass dies für die Älteren völlig unabhängig davon gilt, ob sie selbst Kinder haben oder nicht.

Die Familie ist *die* Bezugsgruppe der Mitte[3] und bedeutet einen schützenden und bergenden Ort, an dem man sich von der Arbeit erholen kann, mit der man seine freie Zeit verbringt, die einen nach einem harten Arbeitstag umsorgt und

1 Im Folgenden stammen alle Zitate aus den erhobenen Fokusgruppen und sind den Transkripten entnommen. Es erschien an dieser Stelle nicht sinnvoll, den einzelnen Zitaten konkrete Sprecher aus den jeweiligen Untersuchungswellen zuzuordnen, da hier die Mitte an sich im Fokus steht.

2 Ein Begriff aus der Sinus-Forschung. Vgl. exempl. Carsten Wippermann, Männer: Rolle vorwärts, Rolle rückwärts?, 2009.

3 Dies gilt offenbar über die Mitte hinaus auch für andere Bevölkerungsgruppen. Vgl. Renate Köcher, Veränderte Einstellungen zur Familie, in: Dies. (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009, Bd. 12, Berlin 2007, S. 659-663, hier S. 659.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

bei Schwierigkeiten wie ein Netz fängt und hält.[4] Somit ist Familie „gelebte Solidarität“[5]. Die hier Befragten suchen größtenteils heile, harmonische Familienstrukturen, die Rückhalt und Schutz vor den raueren Praktiken der Außenwelt bieten, Stabilität und Ruhe garantieren; sie schaffen sich einen privaten Raum, mit kooperativen Beziehungsstrukturen und guten intergenerationellen Kontakten. Für die Mitte ist es wichtig, dass man sich auf die Familie verlassen kann, sich bei ihr geborgen fühlt. Die Familie schützt vor der „Welt da draußen“ und bietet gleichzeitig einen Ausweg aus dem Gehetzt-sein an. Ohne Familie und deren Unterstützung kann man – so sehen es zumindest die hier Befragten – den Anforderungen des Alltags kaum begegnen. Besonders wenn man aktiv ist und sich engagiert, ist die Unterstützung der Familie äußerst wichtig. Mit ihr muss man darüber reden können, was einen bewegt, sie muss einen bestärken und ist oftmals sogar Ansporn zu Aktivismus und Engagement.

Häufig wurde in den Fokusgruppen der Wunsch geäußert, eine „ganz normale“ Familie haben zu wollen, in der alles funktioniert, niemand krank ist, jeder sich einbringt, keiner „aus der Reihe tanzt“. Man ist stolz auf die gelungenen Kinder, die hilfsbereite Schwägerin und den finanziell aushelfenden Vater. Doch eine solch sichernde familiäre Struktur existiert nicht von allein. Sie muss aufgebaut und gepflegt werden. Alle Mitglieder sind gezwungen, viel und hart dafür arbeiten, dass es der familiären Gemeinschaft gut geht, genug Geld für die Hobbies, die Urlaube, die Autos, das Eigenheim vorhanden ist. Und dennoch ist ständig die Sorge präsent, dass die Familie auseinanderbricht, dass jemand krank wird oder verstirbt, dass man vom Partner betrogen oder verlassen wird, dass einem die Kinder im Alter die notwendige Hilfe verweigern könnten. Eine mögliche Ursache dieser Unsicherheit liegt womöglich darin begründet, dass viele selbst Teil einer zusammengesetzten Familie sind und die Fragilität dieses Bündnisses bereits durchlebt haben oder im Freundes- und Bekanntenkreis ständig von den „geplatzten Familienblasen“ hören. Auffällig ist, dass diese Befürchtungen besonders von jenen geäußert werden, die selbst Kinder haben. Die Verantwortung für die Familie, die Sorge um ihr Wohlergehen, lastet vor allem

4 So gaben auch in einer Allensbachumfrage mehr als 80 Prozent der Befragten an, dass Familie für sie ein soziales Netz sei, das im Krisenfall Unterstützung leistet. Vgl. Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, Berlin 2009, S. 6.

5 (Hg.), Vorwerk Familienstudie 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach, Wuppertal 2010, S. 6.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

auf den Eltern der Mitte, strengt diese besonders an[6] – wobei das Einkommen hier keinerlei Auswirkungen zu haben scheint. Während die Kinderlosen ebenso die Relevanz und Wertigkeit der Familie betonen, aber weniger unter den Zukunftssorgen für diese leiden.

Bisweilen bedauern die Befragten auch, dass die Großfamilie „heutzutage" nicht mehr *den* Stellenwert einnimmt, für den sie noch vor einigen Jahrzehnten genuin prädestiniert war. Einige nehmen sich für diesen von ihnen konstatierten Niedergang auch selbst in der Verantwortung. Sie selbst hätten die Kontakte außerhalb ihrer eigenen Kernfamilie vernachlässigt, sie ahnen, dass ihre Mutter oder Großmutter selten anruft, weil sie nicht stören will und sie wissen, dass auch sie selbst weniger Kontakte pflegen, weil man abends nach einem langen Tag einfach keine Kraft mehr dafür hat. Daneben geben sie auch den „Strukturen" die Schuld am Auseinanderbrechen der Familien. So wohnen die Kinder beruflich bedingt nur noch selten in den gleichen Städten wie die Eltern. Die attraktive Ausbildungsstelle gab es nur in einem anderen Bundesland, für den besser bezahlten Job muss der Vater jetzt wöchentlich von Hannover nach Stuttgart pendeln. Daneben macht die Mitte für den Bedeutungsverlust der Familie auch „die anderen" verantwortlich, die ihre Kinder nicht mehr „familienbewusst" erziehen würden. Schließlich sehen sie eine Ursache für den Bedeutungsverlust der Familie im allgemeinen Wandel der Zeit. Alles sei schnelllebiger geworden, man nehme sich keine Zeit mehr füreinander und in der Folge brechen die familiären Strukturen auseinander. Sich selbst möchten die Vertreter der gesellschaftlichen Mitte eigentlich hiervon ausnehmen. Sie wünschen sich, dem Gehetzt-sein entfliehen und die familiären Beziehungsstrukturen mehr pflegen zu können, sodass den eigenen Kindern die „heile Familienwelt" erhalten bleibt. Im Grunde sind sie davon überzeugt, dass ihnen all das gelingt.

Auffällig ist, dass es für die Familie und deren tragende, Sicherheit vermittelnde, Funktion keinen Ersatz zu geben scheint. In der Frage eines stützenden Netzwerkes gelten Freunde und Bekannte lediglich als Reserve. Und rücken nur dann in die vorderste Reihe auf, wenn die betreffende Person selbst nicht in familiäre Strukturen eingebunden ist. Häufig traf dies auf junge Menschen zu, die bei dieser Gelegenheit jedoch beinahe ausnahmslos betonten, in Zukunft eine

6 Hierzu passen auch die Ergebnisse einer Allensbachumfrage, nach der Familie noch immer als das Ziel aller Lebensformen gilt, damit jedoch nicht immer zwingend persönliches Glück assoziiert wird. Immerhin glaubten im Jahr 1953 noch 78 Prozent, dass man eine Familie zum glücklich sein braucht, im Jahr 1999 nur noch 63 Prozent. Vgl. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002, 2002, S. 114.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

eigene Familie gründen zu wollen. Doch selbst überzeugte Singles oder kinderlose Gesprächspartner thematisierten die Relevanz des familiären Netzwerkes. Niemand unter den insgesamt über zweihundert befragten Personen formulierte, dass er Familie für unwichtig halte und auf diese verzichten könne, weil ihm Arbeit und Freunde genug seien oder es doch andere gesellschaftliche Ersatzstrukturen gebe. Dieses Ergebnis wird auch durch repräsentative Längsschnittanalysen bestätigen: „Das Bewusstsein für den Wert der privaten Netze und insbesondere für die, durch familiäre Beziehung auf Dauer angelegten Netze ist stärker geworden."[7]

Lediglich ein einziger Teilnehmer einer Gruppendiskussion in Bielefeld bekannte, dass seine Familie weit weg wohne und er sich deshalb in einer Notsituation auf die Nachbarschaft verlassen müsse. Diese Aussage steht auch exemplarisch dafür, wie bedeutungsvoll den Vertretern der Mitte eine „gute Nachbarschaft" und eine hohe Lebensqualität in ihrem Wohnquartier sind. Zur Lebensqualität zählen vor allem eine gut ausgebaute Infrastruktur, ein vielfältiges kulturelles Angebot, das Vorhandensein guter Bildungseinrichtungen und ein lebendiges Stadtzentrum. Besonders die älteren Teilnehmer der Befragung betonen die Notwendigkeit einer funktionierenden Infrastruktur, die sich nicht nur durch ein gut getaktetes Netz von öffentlichen Verkehrsmitteln, sondern auch durch eine ausgewogene Einzelhandelsversorgung ausweist. Die Dinge des täglichen Bedarfs sollten fußläufig erreichbar sein, die städtischen Zentren nicht ausschließlich durch Handelsketten und Franchiseunternehmer dominiert werden. Vor allem in den kleineren Städten und ländlichen Gebieten müsse die Politik dafür sorgen, dass die Versorgungsstrukturen aufrechterhalten werden. Hier wünschen sich zumindest die Befragten der älteren Mitte ein Tätigwerden der Politik.

Daneben legt die Mitte Wert auf soziale Kontakte und den Austausch mit der möglichst homogenen Nachbarschaft.[8] Man möchte „ohne Probleme durch das Viertel gehen" können, ist stolz darauf, dass man „aufeinander achtet", betont die Solidarität mit den Menschen aus dem Haus oder in der Straße. Falls sich mit ihnen keine Verbindungen ergeben, macht man häufig die Andersartigkeit der Mitbewohner dafür verantwortlich und bedauert diese anonyme Art zu leben. Aus einem Umfeld, dem sich die Befragten zugehörig und verbunden fühlen,

7 Renate Köcher, Veränderte Einstellungen zur Familie, 2007, S. 660.

8 Vgl. auch Soziale Segregation und sozialer Raum, Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse, Eine Studie im Auftrag des vhw-Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V., o.O., 2008.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ziehen sie nur ungern wieder weg. Dies gilt nur dann nicht, wenn innerhalb des Wohnumfeldes eine anerkannte Bildungseinrichtung für die schulpflichtigen Kinder fehlt oder wenn die Grenzen zum nächstgelegenen sozial schwächeren Viertel fließend werden. Die Mitte bedarf offenbar einer homogenen Nachbarschaft, als Ort, um soziale Kontakte zu knüpfen, aber auch als Rückversicherung für ihren eigenen Lebensweg.[9] Denn hier kann man sich orientieren und sich gleichzeitig dadurch ein wenig entlasten.[10] Abweichungen nach oben oder unten werden von den Befragten eher als störend wahrgenommen. So führen die einen den Individuen aus der gesellschaftlichen Mitte tagtäglich vor Augen, was sie selbst womöglich nie erreichen wird, während die anderen den Verfall der eigenen Wert- und Moralvorstellungen dokumentieren. Und eben diese sind, so mutmaßt die Mitte, infolgedessen durch den Einfluss der „Unterschicht" auf ihre eigenen Kinder bedroht.

Wenn es ihnen möglich ist, wohnen die Mitte-Menschen nicht in der Hamburger City oder in Berlin-Mitte, höchsten an den Rändern solcher Großstädte oder in der Provinz, auf dem Land und in Kleinstädten mit weniger als 100.000 Einwohnern. Dort sind sie entweder bei der Suche nach einem Eigenheim für ihre junge Familie angekommen oder leben schon immer in dem Haus ihrer Eltern. Das Eigenheim ist eine Kapital- und Wohnform, ja: schon beinahe Ausdruck einer Lebenseinstellung. Oftmals betonen die in der Studie interviewten Männer – obwohl sie weder Dachdecker noch Klempner oder gar Maurer sind – das Haus „selbst gebaut" zu haben. Im Wohneigentum – und das ist den Befragten vor allem im Alter wichtig – lässt es sich verhältnismäßig unbeschwert leben. Beständiges Nachdenken über mögliche Mieterhöhungen oder darüber, ob man die Mietzahlung auch in Zukunft im Alter wird aufbringen können, sind so obsolet. Sofern es möglich ist, leben die Vertreter der Mitte gemeinsam mit den Eltern, Schwiegereltern oder Kindern unter einem Dach. So können die Lasten der Finanzierung geteilt, der Alltag gemeinsam organisiert und sich die Arbeit rund um Haus und Garten geteilt werden. Die im Zusammenhang mit einem Eigenheim beständig anfallende Arbeit gilt den Wenigsten als Last, sondern mehr als Entspannung, Kurzweil, Abwechslung vom Arbeitsalltag. So schafft sich die Mitte häufig ein liebevoll und behaglich eingerichtetes Refugium mit Garten.

9 Vgl. ebd.

10 Vgl. zu diesem Zusammenhang auch Torben Lütjen, Monologe in der Echo-Kammer. Wisconsin und die ideologisch-geographische Balkanisierung Amerikas, in: INDES, H. 1/2013, S. 116-127.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Die familiären Räume sind zwar Rückzugsorte, aber keine Zufluchtsstätten. Die Mitte versteckt sich nicht ängstlich hinter ihrer Familie sondern versucht, den gesellschaftlichen Anforderungen durch zaghaftes Herantasten an unkonventionellere Lebensformen zu begegnen. Weder die Karrierefrau mit Kindern, noch das Alleinverdienermodell sind für sie Orientierung bietende Strukturen. Gerade für die Vertreter der gesellschaftlichen Mitte scheinen sich althergebrachte und vormals Sicherheit gebende Rollenvorbilder aufzulösen, während neue Visionen für ein Zusammenleben kaum entwickelt werden können.[11] Väter und Mütter versuchen, sich gegenseitig zu unterstützen und zu helfen: während er gelegentlich und wenn es möglich ist, etwas weniger arbeitet, die Kinder auch mal an einem Nachmittag in der Woche vom Kindergarten abholt und sporadisch das Essen koch, arbeitet sie halbtags oder geht ein paar Stunden in der Woche einer Tätigkeit nach, um das Familieneinkommen aufzubessern, aus dem Job nicht ganz herauszufallen, ihre Selbstständigkeit zu bewahren. Je nach Lebensabschnitt und individuellen Erfordernissen müssen innerhalb der Mitte-Familien die Aufgaben und Rollen immer wieder neu überdacht und verhandelt werden.[12] Hier wünscht sich die Mitte häufig mehr Unterstützung durch den Staat und die Politik.[13] Doch auch die Gesellschaft an sich sollte ihren Teil beitragen. So hofft man auf verständnisvollere Kollegen[14] oder kinderfreundlichere Restaurants, auf Räume, die Familien insgesamt willkommener heißen. Immerhin empfindet ein großer Teil der Befragten und laut einer repräsentativen Umfrage auch beinahe zwei Drittel der gesamten Bevölkerung, dass das Land nicht kinderfreundlich ist.[15]

Gerade weil die Mitte Arbeit und Familie nicht nur besser „unter einen Hut bekommen will“, die Alltäglichkeiten nicht nur bewältigen und managen möch-

11 So auch: Carsten Wippermann, Männer: Rolle vorwärts, Rolle rückwärts?, 2009, S. 34, 46.

12 Ebenso Carsten Wippermann, Wege zur Gleichstellung heute und morgen, 2007, S. 21.

13 Vgl. auch Katha Wippermann u. Carsten Wippermann, Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern. Einstellungen, Erfahrungen und Forderungen der Bevölkerung zum „gender gap“, Osnabrück 2008, S. 35.

14 So sieht nicht nur allein die Mitte die Unternehmen in der Pflicht, mehr Betreuungseinrichtungen für die Kinder der Mitarbeiter anzubieten. Laut einer repräsentativen Umfrage wünschen sich dies immerhin 78 Prozent aller Deutschen. Vgl. Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, 2009, S. 18.

15 Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002, 2002, S. 664.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

te, sondern bewusst gestalten, in persönlicher Zufriedenheit und zum Wohlergehen aller Beteiligten sorgenfrei das Dasein genießen möchte, wünschen sie sich einerseits unterstützende Strukturen wie mehr Betreuungseinrichtungen für Kinder oder ein besseres Finanzierungsmodell für die eigene Betreuung und andererseits weniger gesellschaftliche Regeln und Normen. Die Befragten möchten ein für sie verträgliches Modell finden, ohne dass man sich im Beruf rechtfertigen muss, warum man nur einhundert, statt zweihundert Prozent Einsatz zeige, ohne dass man vor der Nachbarin erklären muss, warum die Kinder einmal in der Woche in den Hort gehen, ohne dass man als Mutter bemitleidet wird, wenn man ganz aus dem Berufsleben aussteigt. Dafür ist das traditionelle Familienbild schon lange keine typische Selbstverständlichkeit mehr für die bundesdeutsche Mitte.

Ganz im Gegenteil: selbstverständlich scheint es zu sein, dass Kinder in den Kindergarten gehen – sofern die Eltern es möchten, dass Mütter Vollzeit tätig sind – wenn sie ein handhabbares Modell finden, dass man nicht den eingefahrenen Rollenbilder folgt, die die eigenen Eltern noch vorgelebt haben, weil man in der individuell arrangierten Flexibilität zufriedener ist. Dass die berufliche Tätigkeit von beiden Elternteilen selbst bei kleineren und schulpflichtigen Kindern nicht ausschließlich aus der ökonomischen Notwendigkeit heraus praktiziert wird, zeigen auch die Aussagen derjenigen, die hier als obere Mitte bezeichnet werden. Selbst jene verteufeln nicht die außerhäuslichen Betrauungsangebote, sondern setzten sich mitunter vehement für diese ein. Und schließlich scheint das Eintreten für einen Elternkindergarten oder flexible Betreuungsstrukturen in der Vergangenheit mitunter ein Auslöser für Engagement gewesen zu sein. Auch wenn laut einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage das dominierende Ideal des Frauenbildes eine Verbindung aus Mutterrolle und Teilzeitbeschäftig ist, führt die Mitte schon lange keine Grabenkämpfe mehr um ein vermeintlich richtiges Modell. In den 23 durchgeführten Fokusgruppen und 13 Einzel- und Doppelinterviews fiel nicht einmal das Wort „Rabenmutter“ im Zusammenhang mit einer arbeitenden Mutter von Kindern im betreuungspflichtigen Alter.[16] Auch Alleinerziehende werden nicht mehr – zumindest wird es so verbalisiert – als abseits von der Mehrheitsgesellschaft stehende Gruppe betrachtet: „Das ist ein unheimlich positiver Fortschritt, dass man als Alleinerziehende nicht mehr wie eine Aussätzige behandelt wird.“

Dennoch: Die gesellschaftliche Mitte ist kein Experimentierfeld für neue Rollenverteilungen oder gar ein Vorreiter bezüglich alternativer innerfamiliärer

16 Auch das Wort „Rabenvater“ kam nicht einmal vor.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Arbeitsteilungen. Immerhin waren einige der hier befragten Frauen jenseits der Pensionsgrenze als Mutter- und Hausfrau von der klassischen Erwerbstätigkeit befreit. Unter den Männern fand sich diesbezüglich nicht ein Vertreter, allerdings waren zwei alleinerziehende Väter im Sample vertreten. Der Wandel des Familien- und Ehebildes wird demzufolge nicht nur als Verlust, dem man nachtrauert, wahrgenommen, sondern man geht diesen Prozess aktiv an und gewinnt ihm überdies positive Seiten ab. So bedauern die Befragten beispielsweise den Werteverlust des Eheversprechens und die steigenden Scheidungsraten. Sehen jedoch gleichzeitig den darin enthaltenen fortschrittlichen Aspekt, dass Frauen gegenwertig weder wirtschaftlich, noch sozial ausschließlich vom Ehemann abhängig sind. Interessant ist, dass nicht nur Frauen sondern auch Männer den positiven Aspekt der Entwicklung verbalisieren.

Die flexiblen und individuellen Aushandlungsprozesse innerhalb der Familie würden jedoch noch besser funktionieren, wenn so – die Befragten – Männer und Frauen bezüglich der Entlohnung finanziell gleichgestellt wären. Hier sieht die Mitte eindeutig die Politik in der Verantwortung, die auf die privatwirtschaftliche Unternehmenskultur einwirken müsse. Schließlich sind – und auch das ist inzwischen bei den hier befragten Vertretern der gesellschaftlichen Mitte angekommen – Männer und Frauen gleich gut ausgebildet, verfügen in Partnerschaften häufig über einen gleichwertigen Bildungsabschluss, sind intellektuell einander ebenbürtig. Diese Erkenntnis und vor allem die Schlussfolgerung daraus müssten sich letztlich nur noch in der Arbeitswelt durchsetzen.

All diesen in den Fokusgruppen geäußerten gleichberechtigen Wunschvorstellungen und Idealbildern zum Trotz, bringen Frauen noch immer mehr Arbeitskraft, Zeit und Engagement für die Familie auf. Sie kümmern sich nicht nur mehr um den Haushalt und die Kinder, sondern pflegen die Eltern oder sorgen sich um die kranken Geschwister des Mannes. Dieses Übermaß an Verantwortung sind sie auch deshalb bereit zu übernehmen, weil ihnen das „Eingebettetsein in die familiäre Gemeinschaft“ mehr bedeutet als den Männern.[17] Dabei sind

17 Jutta Allmendinger, Frauen auf dem Sprung, die BRIGITTE-Studie 2008. Die Lebensentwürfe junger Frauen in Deutschland im Alter von 17 bis 19 und 27 bis 29, Eine repräsentative Untersuchung im Auftrag der Zeitschrift BRIGITTE in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum in Berlin für Sozialforschung und dem Sozialforschungsinstitut infas, Hamburg 2008, S. 9. So betonen in einer repräsentativen Umfrage auch mehr als drei Viertel der Befragten, dass sie den familiären Zusammenhalt als „sehr eng“ oder „eng“ bezeichnen würden, wobei Frauen mit Kindern unter 18 Jahren immerhin zu fünfzig Prozent das Verhältnis aus „sehr eng“ beschrieben, Män-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

die befragten Frauen der Mitte diejenigen, die über ein weitreichendes Netzwerk verfügen, organisiert sind, verschiedenste Dinge miteinander koordinieren. All dies kann manchmal höchst anstrengend, anspruchsvoll und kräftezehrend sein. Doch die Frauen erlauben es sich selten, Schwächen zu zeigen, sondern signalisieren scheinbar selbstbewusst, dass sie den Beruf, den Haushalt, die Sorge um die Familienmitglieder gleichzeitig bewerkstelligen können.

All dies würde selten funktionieren, wenn die Mütter und Väter beziehungsweise Omas und Opas nicht als Stützen innerhalb dieses Netzwerkes agieren würden – dies gilt insbesondere dann, wenn beide Eltern berufstätig sind oder einer gar alleinerziehend ist. An diesem häufig kooperativ zusammenarbeitenden Familiennetzwerk ist auch ersichtlich, dass die gegenwärtige Mitte nicht gegen ihre Eltern rebelliert, sich von diesen auf der Suche nach dem richtigen Leben nicht absetzt, sondern sich mit dem von ihnen in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs erreichten Lebensstandard misst. Überdies müssen die im zweiten, dritten und vierten Lebensjahrzehnt stehenden Kinder häufig auf ihre (Schwieger-) Mütter und Väter zurückgreifen. Die Omas und Opas springen nicht nur bei der Kinderbetreuung ein, sondern helfen auch bei ökonomischen Engpässen aus, finanzieren gerne kleinere oder größere Extras, weil sie es sich leisten können und sich gleichzeitig wünschen, dass es den Kindern gut geht. Laut einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage unterstützen zwei Drittel der Großeltern ihre Kinder öfter oder ab und zu bei der Elternarbeit.[18] Immerhin ein Drittel springt finanziell ein[19]. Schließlich findet sich in der Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren der größte Anteil Vermögender. Somit sind heute die zwischen 1940 und 1950 Geborenen auch ein Garant der Sicherheit, nach der sich die Mitte der Gesellschaft sehnt.

nern hingegen nur zu 35 Prozent. Vgl. Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, 2009, S. 6.

18 Vorwerk Familienstudie 2009. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach, Wuppertal 2009, S. 7.

19 Ebd. S. 50.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

5.2 BILDUNGSANSTRENGUNGEN UND BILDUNGSVERSPRECHEN

Die Kindheit der Mitte ist organisiert und kontrolliert. Und vor allem: sie findet zu Hause, im Einflussbereich der Familie statt. „Straßenkinder", wie die heutigen Mitte-Eltern womöglich selbst noch welche waren, sind zumindest gegenwärtig keine akzeptierten Freizeitformen mehr für ihre Kinder. Ganz im Gegenteil: Es sind immer die bedauernswerten Kinder der „anderen", die an den Bushaltestellen stehen und „nichts mit sich anzufangen wissen", die „aus Langeweile Blödsinn machen", womöglich kriminell werden. Bezüglich ihres eigenen Nachwuchses sind die befragten Eltern äußerst erwartungsvoll und ängstlich zugleich. Die Mitte vertritt das Leitziel einer guten und gelungenen Erziehung, die ihren Kindern einen optimalen Start in das Bildungsleben ermöglichen soll. Daher suchen sie nach den für die kleinkindliche Betreuung und später für das Lernen zuständigen besten Institutionen, die gleichzeitig den eigenen, flexiblen Lebens- und Arbeitsentwürfen möglichst gerecht werden.

In die Zukunft ihrer eigenen Kinder[20] investieren die Eltern ungemein viel. Auch wenn Mutter und Vater arbeiten, möchten sie für ihre Kinder da sein und sind darum bemüht, sie zu unterstützen, zu fördern, gelegentlich auch zu überfordern. Dabei ist das Belegen von Kursen mit Kleinkindern schon beinahe obligatorisch. Babymassage, Wassergewöhnung, Delfi, PEKiP – die Frühförderung unter Anleitung dient auch der Selbstvergewisserung, die Entwicklung ihrer Kinder optimal unterstützt zu haben. Englisch im Kindergarten ist ein Muss, das gilt auch für die musikalische Früherziehung und den Sportverein. Dabei werden die besten Angebote herausgesucht, miteinander verglichen und irgendwie in den stressigen Arbeitsalltag integriert. Denn schließlich begleiten die Eltern ihre durchaus schon selbständigen Kinder nicht selten zu solchen Angeboten, nicht nur um ihnen durch die Fahrt mit dem Auto den Bus oder Fußweg zu ersparen, sondern auch um ein Auge auf die Entwicklungsfortschritte der Sprösslinge werfen zu können.

Daneben wünschen sich die Befragten in den staatlichen Institutionen eine weitgehend kostenlose Betreuung und Bildung ihrer Kinder – unter wachsendem Standard. Sie fordern eine bessere Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, eine bessere Ausstattung der Einrichtung und eine besserer Auswahl der Inhalte.

20 Wobei hier 60 Prozent der repräsentativ Befragten zwei Kinder noch immer für die ideale Zahl halten, vgl. Renate Köcher, Allenbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009. Bd. 12, Berlin 2007, S. 668.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Die Kinder sollten „mehr für das Leben“ und weniger „Faktenwissen“ lernen. Besonders die Teilnehmer der Proteststudie betonen in diesem Zusammenhang, dass die Schule ihre Verantwortung für „das Demokratie-Lernen“ vernachlässigt und dass diesbezüglich vor allem bei den nicht-gymnasialen Schultypen nachgebessert werden muss.

Außerdem empfinden es viele Eltern als Farce, als lächerlichen Slogan, wenn Deutschland als eine „Bildungsrepublik“ angepriesen wird. Schließlich sehen sie bei ihren eigenen Kindern, in was für einem maroden Zustand die Sporthallen sind, wie wenig über die Konsequenzen von Schulreformen nachgedacht wird, welche Investitionen in das Bildungssystem nicht geleistet werden. Vor allem von Gesprächspartnern der unteren Mitte und denjenigen aus der Mitte der Gesellschaft wurde am bestehenden staatlichen System die heftigste Kritik geäußert. Sollte es bei ihren Kindern widererwartend zu Entwicklungsverzögerungen, Misserfolgen in der Schule oder privaten Entgleisungen und Fehltritten kommen, stehen – so sind zumindest die Äußerungen in den Fokusgruppen zu interpretieren – immer die anderen in der Verantwortung und Schuld. Die in diesem Zusammenhang höchst engagierter Mitte zieht selbst in den wenigsten Fällen in Betracht, bei den Kindern und ihrer Erziehung Fehler gemacht oder gar versagt zu haben. All die oftmals konstatierten schlechten Eigenschaften der heutigen Jugend gehen auf das Konto der Erzieher und Lehrer, des Systems, des Zeitgeistes und des schlechten Umgangs. Und obwohl die Mitte der Gesellschaft, die immerhin in der subjektiven Wahrnehmung (und abhängig von den angewandten Indikatoren im Grunde auch nach objektiven Maßstäben) die Mehrheit der Bevölkerung stellt, sieht sie sich hier nicht in der Pflicht.

Dem konstatierten „Bildungsnotstand“ des staatlichen Schulsystems zum Trotz artikulierte kein Fokusgruppenteilnehmer, dass der Besuch einer Privatschule eine Alternative darstellt. Unbesehen der anhaltenden Debatten über eine angebliche Schulflucht in private Einrichtungen ist die hier befragte Mitte im Kern offenbar von der Leistungsfähigkeit der staatlichen Bildungseinrichtungen überzeugt. Weder in den Fokusgruppen noch anhand anderer Befunde kann ein Hinweis darauf gefunden werden, dass dem staatlichen Schulsystem massenhaft der Rücken zugekehrt wird. Obwohl es im Jahr 1992 lediglich 226 private Grundschulen in der Bundesrepublik gab, und diese Zahl im Jahr 2009 bereits auf 669 anstieg[21], sind all dies noch keine eindeutigen Indikatoren für eine massenhafte Abwanderung in den privaten Bildungssektor. Immerhin vermeldete der

21 Zahlen nach Steffen Mau, Lebenschancen, 2012. S. 160.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Berliner Bildungsbericht 2010, einen Bestand von rund 500 staatlichen Grundschulen allein in der Bundeshauptstadt.[22]

Ein Schritt zur Qualitätssicherung des Bildungssystems aus der Perspektive der Befragten ist offenbar die sogenannte Pisa-Studie. Die seit dem Jahr 2000 unter den Mitgliedsstaaten der OECD durchgeführte internationale Untersuchung bewirkte zunächst einen Schock über die vermeintlich desaströsen Lesefähigkeiten der 15-Jährigen, scheint aber gegenwärtig vor allem durch die nationale Erweiterung unter Einbeziehung des Bundesländervergleiches einige Eltern zu beruhigen. So nehmen die Fokusgruppenteilnehmer die Ergebnisse der Pisa-Untersuchung als seriös und normierend wahr. Besonders wenn ihr Bundesland im Vergleich zu anderen besser abschneidet, halten die Befragten dies für einen Beleg der Leistungsfähigkeit der Schulen ihrer Kinder. Aber alles in allem sorgt die Pisa-Erhebung während des Untersuchungszeitraumes nicht für große Aufregung unter den Eltern. Auffällig ist jedoch, dass die Studien nur von den Vertretern der unteren Mitte thematisiert wurden. Hier besteht offenbar ein größeres Bedürfnis nach externen, Orientierung bietenden Strukturen.

Je gebildeter die Befragten sind und je höher ihre Berufsposition ist, desto weniger wird Bildung von ihnen als Bring-, denn als Holschuld betrachtet. Die obere Mitte nimmt sich und die Eltern bezüglich der Kinder häufiger in die Verantwortung. Sie schreibt nicht sämtliche Fehlentwicklungen dem Versagen des chronisch unterfinanzierten Bildungssystems, den schlecht ausgebildeten und wenig motivierten Lehrern zu, sondern nimmt ebenso die Familien in Haftung. Erziehung ist für jene mehr Aufgabe des Elternhauses, denn der Einrichtungen und Institutionen. Sie sehen sich selbst als diejenigen, die weder in der Erziehung noch der Setzung entsprechender Stimuli für die Bildung ihrer Kinder versagen dürfen. Und je ressourcenstärker die Eltern der gesellschaftlichen Mitte sind, desto sicherer sind sie, ihre Kinder für „die Welt da draußen“ fit gemacht zu haben und befürchten weniger Tragiken und Schicksalsschläge für ihren Nachwuchs.

In diesem Zusammenhang scheint neben dem Einkommen und der individuellen Berufsposition, auch die Erwartung an die Zukunft beeinflussend zu wirken. Denn vor allem diejenigen der oberen Mitte, die am wenigsten Unsicherheit bezüglich ihrer persönlichen Zukunft und der Gesellschaft äußern, vertreten vehement die These, dass Bildungserfolge ausschließlich an das Elternhaus gekoppelt sind und keinesfalls von den Strukturen und äußeren Einflüssen ab-

22 Vgl. o.A., Bildung in Berlin und Brandenburg 2010. Ein indikatorgestützter Bericht zur Bildung im Lebenslauf, Berlin 2010, S. 110.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

hängen. Auf alle anderen Studienteilnehmer trifft dieser Zusammenhang nicht zu. Aus der Perspektive der zukunftsgewissen Ressourcenstarken sind es immer nur „die anderen", die auf gute staatliche Bedingungen angewiesen sind, während sie sich selbst um ihre Kinder kümmern können. Dies ist dann letztlich auch eine der Abwertungsstrategien, mit der – zumindest Vertreter dieses Segments der gesellschaftlichen Mitte – ihre soziale Position verteidigen wollen. Sieht man die Verantwortung für die Bildung in eigener Hand, haben bei den „Bildungsarmen" letztlich die Individuen versagt und nicht systemische Mechanismen. In der Konsequenz fühlt man sich für diese womöglich auch nicht mehr in der Pflicht beziehungsweise übersieht gemeinschaftliche Verantwortlichkeiten.

Doch diese radikale Schlussfolgerung wird nicht durch das Material bestätigt. In den Fokusgruppen konnte eine aktive Selbstentnahme aus den staatlichen Bildungsinstitutionen nicht beobachten werden. Ganz im Gegenteil: vor allem diese zukunftsgewisse, obere Mitte betonte in den Diskussionen immer die Notwendigkeit einer guten *staatlichen* frühkindlichen Erziehung und Bildung, gerade für all jene Kinder, denen diese Möglichkeiten im Elternhaus nicht gegeben werden können. Darüber hinaus nimmt sich dieser Teil der Befragten auch selbst in die Pflicht. Sie wollen, wie sie es formulieren, damit der Gesellschaft „wieder etwas zurückgeben". Schließlich hat diese die eigene gute Ausbildung finanziert, welche letztendlich die Basis für den empfundenen persönlichen Erfolg bildet. Ob auch in Zukunft die Mitte insgesamt ähnlich wie die Befragten weiterhin am herkömmlichen Schulsystem festhält und worin genau die Ursachen für diese Beharrlichkeit liegen, muss aufgrund des Untersuchungsdesigns ungewiss bleiben.

Doch gerade weil die Eltern derzeit, sei es, weil der Finanzierungsspielraum zu gering ist oder ein passendes Angebot in der Nähe fehlt, ihren Nachwuchs in staatliche Einrichtungen schicken, überlassen sie nichts dem Zufall, sondern begleiten die Bildungslaufbahn ihrer Kinder minutiös.[23] Man gibt die Tochter oder den Sohn nicht *irgendwo* hin. Nur weil der Kindergarten drei Straßen weiter ist, wird er nicht automatisch präferiert. Die Eltern prüfen die Institutionen genau, die für ihre Kinder in Frage kommen und haben große Erwartungen an das persönliche Engagement der Erzieher, Betreuer und Lehrer. So wägen sie ab,

23 Eine Ursache mochte bereits Charles Wright Mills vor mehr als sechzig Jahren erkannt haben mit seiner Feststellung, dass die Mitte eben nicht mehr Besitz und Vermögen sondern nur noch Bildung und Titel zu vererben habe und daher hier alle Anstrengung konzentriere. Vgl. Charles Wright Mills, White Collar. The American Middle Clasess, Oxford 1951.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

zwischen dem erwarteten „Umgang“ in der in Frage kommenden Einrichtung, zwischen dem „guten Ruf“, dem besonderen Modell. Mit den Kindern dürften zwar keine „Experimente“ veranstaltet, jedoch sollten neue – sich bewährte – Entwicklungen und Konzepte schon angeboten werden. Dabei schauen die Eltern den Lehrern im Elternrat engagiert über die Schulter, kontrollieren die Hausaufgaben ihrer Kinder, fahren sie – falls sie den Leistungserwartungen nicht gerecht werden – zur Nachhilfe. Die Eltern der Mitte erleben das hiesige Bildungssystem als ausgesprochen reformbedürftig und anstrengend. Ein System, dass die Eltern nicht ent- sondern belastet[24].

Obwohl in Deutschland der Schulbesuch kostenlos ist und derzeit nur noch in Bayern und Niedersachsen Studiengebühren erhoben werden, haben die Eltern in der Mitte der Gesellschaft das Gefühl, dass „richtig gute Bildung“ in Deutschland kostspielig ist. Denn besondere Förderung, der Musikunterricht, die Sprachförderung oder der Chinesischunterricht sind teuer, besonders wenn eine umfassende Bildung und Ausbildung solcher Art mehr als einem Kind ermöglicht werden soll. Dabei vertritt die untere Mitte weitaus häufiger und vehementer die Meinung, dass hochwertige Bildung an die finanziellen Möglichkeiten der Eltern gebunden ist, während hingegen die obere Mitte mehr solche Aussagen tätigt, dass Bildung an den individuellen Fähigkeiten und Talenten hängt.

Gleichzeitig erwartet die Mehrzahl der Eltern, dass sich die Investitionen an Zeit und Geld in ihre Kinder auszahlen und stellt unbemerkt höchste Anforderung an deren Aufnahmebereitschaft und Leistungsvermögen: Dreisprachig, Abitur – aber nicht auf einem „Allerweltsgymnasium“ – ein sich daran anschließendes Studium – alles darunter wäre eine Enttäuschung, denn in den Augen der Mitte-Eltern garantieren nur höchste Bildungszertifikate Planungssicherheit und einen angemessenen Platz in der Arbeitswelt. Wenn die Kinder dies leisten, nach dem Studium auch die finanzielle Unabhängigkeit erlangen, tragen sie ihren Teil zu einer „gut funktionierenden Familie“ bei. Die Mitte möchte gerade im Bildungsbereich nicht Mittelmaß bleiben, sondern hat die Forderung angenommen, kreativ, exzellent und vor allem leistungsbereit zu sein.[25]

Ob das Bildungssystem positiv oder negativ bewertet wird, hängt offenbar mehr von den Zukunftserwartungen der befragten Individuen als von ihrem Status ab. Gerade diejenigen, die der Gesamtgesellschaft glänzende positive Aussichten für die künftigen Jahre bescheinigen, die individuelle Zukunft jedoch in einem ausgesprochen negativen Licht sehen, fühlen sich und ihre Kinder

24 Heinz Bude, Bildungspanik. Was unsere Gesellschaft spaltet, München 2011, S. 14.

25 Detlef Josczok, Lob des Mittelmaßes, 2004, S. 86-90.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

durch das bestehende unzulängliche Bildungssystem abgehängt. Die Gruppe der vom gesellschaftlichen Aufstieg gefühlt Abgehängten hat den Eindruck, dass in der Bildungspolitik etwas schief läuft und ihre Kinder, obwohl sie sich anstrengen und alles geben, es womöglich nicht schaffen könnten.

Dennoch bleiben sie innerhalb der vorgegebenen Systemlogik und rebellieren nicht dagegen: Die frustrierten Mitte-Eltern geben den Anspruch nach einem höchstmöglichen Bildungszertifikat für ihre Töchter und Söhne nicht auf. Dies mag an einem spezifischen gesellschaftlich-hegemonialen Diskurs oder an den fehlenden Alternativen und Perspektiven liegen. Aus einer volkswirtschaftlichen Sichtweise heraus, die in den öffentlichen Debatten keinesfalls zu unterrepräsentiert ist, sind die harten Bildungsanstrengungen der breiten Bevölkerung eine Zukunftsinvestition, die letztlich dem gesamten Wirtschaftssystem zu Gute kommen. Gerade weil die gesellschaftliche Mitte nach Bildung strebt, auf bestmögliche Ausbildung bedacht ist, bekommt sie hier einen volkswirtschaftlichen Nutzen zugeschrieben.[26] Diesen wiederum übernimmt die Mitte unterhinterfragt: „Wenn wir mehr Geld in Bildung investieren, könnten wir die Straßen mit Blattgold belegen." Dass sie damit gleichzeitig Druck auf sich selbst ausüben beziehungsweise ihn zumindest nicht von sich weisen, bleibt einem Großteil offenbar verborgen. Denn sie haben diese hohen Ansprüche bezüglich der Bildungsanstrengungen in ihren eigenen Erwartungshorizont transferiert.

„Bildung" heißt für die Mitte nicht mehr ein Zehnte-Klasse-Abschluss mit anschließender Ausbildung. Bildung bedeutet für sie Schule, möglichst mit acht- oder neunjähriger Gymnasialzeit, vielleicht einer guten Ausbildung, damit man „etwas Solides" hat, und einem Studium. Dieser Bildungsweg ist nicht mehr das Besondere, Außergewöhnliche, höchstmöglich Erreichbare, sondern der Standard-Weg, unter dem, so empfinden es zumindest die Befragten, man kaum noch anzutreten braucht. Die gesellschaftliche Mitte grenzt sich nicht – wie Steffen Mau es formuliert – gegen Haupt- und Sonderschulen ab, schon die Demarkation zur Realschule wird, wenn auch nicht immer verbalisiert, aber im Grunde ständig mitgedacht.[27] Die Vertreter der Mitte möchten innerhalb des Bildungssystems auf den zu verteilenden Rängen kein Mittelmaß einnehmen. Das Studium an sich scheint für sie beinahe eine Pflichtveranstaltung zu sein – wenn es irgendwie intellektuell und finanziell möglich ist. Dabei muss man zielgerichtet vorgehen, darf sich kaum noch ausprobieren, treiben lassen, muss möglichst den straffen Studienplan durcharbeiten, und sich dem getakteten Stundenplan erge-

26 Vgl. Steffen Mau, Lebenschancen, 2012, S. 42.

27 Vgl. ebd. S. 97.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ben. Ein Umstand, den die Befragten zwar gelegentlich bedauern, dem sie sich aber letztlich fügen.

Aber auch bezüglich ihres Studiums geben sich die von uns Befragten keinerlei Illusion hin: Sie wissen, dass ihnen der Abschluss eines Standardstudiums keine lebenslange Anstellung mehr garantiert. „Ich bin BWLerin. Wir sind 500 Leute im Hörsaal. Wie wollen sie diese Leute im Job alle unterbringen? Hätte ich nicht so viel vor und in meinem Studium gemacht, wäre ich auch nicht untergekommen. Ein Standard-BWLer ist nichts." Auch wenn die Mitte konstatiert, dass man mit einem Hochschulstudium zwar immer noch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat als ohne, wirkt sie mitunter erschöpft. In dem Wissen, das oftmals ein einfacher B.A.-Abschluss nicht „mehr ausreicht", müssen sie ständig Zeit, Kraft und Geld in ihre private Bildung investieren. Dabei ist es noch nicht einmal die völlige berufliche und materielle Sicherheit, die die hier Befragten mit dem Studium anstreben, sondern lediglich eine bessere Planbarkeit. Sie wollen mit dem Studium keine Garantie auf einen sicheren Arbeitsplatz sondern nur die Erhöhung ihrer Chancen im Kampf um einen solchen. Eben weil durch die rein nummerische Vermehrung an Bildungstiteln und Zertifikaten diese zunehmend entwertet werden[28], besteht für die Mitte auch große Unsicherheit darüber, was nun diesbezüglich gilt.

Dabei sind erstaunlicherweise nicht diejenigen am stärksten verunsichert, die innerhalb der gesellschaftlichen Schichtung verhältnismäßig weit unten stehen. All jene, die den Bildungsaufstieg aus erster Generation geschafft haben, deren Eltern noch mit einem Volksschulabschluss und einer Ausbildung durch das Leben gekommen sind, zeigen oftmals stolz ihren Studienabschluss in den Vorstellungsrunden an. Gleichzeitig wirken sie bezüglich ihrer Bildungsanstrengungen weniger abgekämpft im Vergleich zu jenen, deren Eltern dreißig Jahre als verbeamtete Lehrer gearbeitet haben, während sie sich selbst nach ihrem Studium mit Volontärstellen und befristeten Halbtagsjobs herumschlagen müssen. Auch daher war in den Fokusgruppen der unteren Mitte das Thema Berufsausbildung präsent, während es bei den anderen Gruppendiskussionen überhaupt nicht angesprochen wurde. Doch selbst für einen attraktiven Ausbildungsplatz ist – so die Befragten – Abitur nötig, reicht ein Realschulabschluss schon lange nicht mehr. Für die Mitte ist Bildung demzufolge kein Versprechen mehr. Das Prinzip, das auf Anstrengung und Gymnasialabschluss ein gesicherter Arbeitsplatz folgt, hat sich für sie aufgelöst.

28 Vgl. ebd. S. 60.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Gleichzeitig befürchteten einige, dass es für die Jugend gegenwärtig zu wenige Arbeitsplätze gibt und deren Anstrengungen daher völlig sinn- und nutzlos sind. In diesem Zusammenhang ist ein bestimmtes Argumentationsmuster von einer auffälligen Subgruppe interessanterweise mehrmals aufgetaucht: Es sei, da es doch ein Recht auf Bildung gäbe, für die Bundesrepublik Deutschland ein inadäquater Zustand, dass Ausbildungsplätze nicht ausreichend vorhanden sind. Und schließlich müsse die Verfügbarkeit an Ausbildungsmöglichkeiten im Grundrecht festgeschrieben werden.[29] Diese Situationsbeschreibung und damit zusammenhängende Forderung ist fast ausschließlich von Menschen ohne Kinder geäußert worden. Dieser Befund deutet darauf hin, dass der marode Zustand des Bildungs- und Ausbildungssystems dann besonders dramatisiert wird, wenn man ihn aus eigenen Anschauungen nicht kennt.

Daneben fürchten sich die Eltern aus der Mitte der Gesellschaft ein wenig vor einer langen Schul- und Ausbildungskarriere ihrer Kinder. Ihnen ist zwar irgendwie bewusst, dass sie ihre Kinder mitunter bis zum 30. Lebensjahr und länger unterstützen müssen, doch fragen sie sich im gleichen Zusammenhang, ob sie dies auch noch in Zukunft bewältigen können, ob ihr Einkommen für solcherlei Anforderungen auch noch in zwanzig Jahren ausreichen wird. Darüber hinaus beschäftigt sie die Notwendigkeit, ihre Kinder „stark und fit" für den Arbeitsmarkt, die Anforderungen einer globalisierten Welt und die kommende Gesellschaft machen zu müssen. Einerseits wollen sie ihrem Nachwuchs ein Paket mit auf den Weg geben, was sie für die Zukunft bestehen lässt, sie befähigt, zwischen den Anforderungen aus Wirtschaft und Politik auf eigenen Beinen zu stehen, andererseits möchten sie ihre Kinder in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen und ihnen die eigenen Wertvorstellungen vermitteln – dieser Spagat überfordert die Eltern der Mitte bisweilen.

Doch nicht nur die Eltern stoßen an Leistungsgrenzen. Auch für die Kinder entsteht Stress in der Ausbildung – ein Problem, welches von den Befragten gleichwohl sehr sensibel wahrgenommen wird. Sie stehen generell für eine Entschleunigung der Ausbildung ihrer Kinder: Sie wollen keine Kindergärten für Zweijährige, sie finden die Einschulung ab dem sechsten Lebensjahr zu früh, sie sind gegen Leistungskontrollen in den ersten Schuljahren, sie plädieren für gemeinsames Lernen bis zur achten Klasse (was in ihren Augen auch Chancengleichheit bedeutet), sie lehnen das Turboabitur ab und sind für eine Rückfüh-

29 So scheint der Dahrendorf'sche Gedanke, dass Bildung eher ein Anrecht und nicht ein Privileg ist, tief in der Gesellschaft verankert zu sein. Vgl. auch Heinz Bude, Bildungspanik, 2011, S. 62.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

rung der Master- und Bachelorgrade in die alten Abschlüsse. Sie problematisieren die uneingeschränkte „Outputorientierung" im Bildungswesen und das Kinder nur noch als „Ware" betrachtet werden. Sie finden den Konkurrenzgedanken innerhalb des Bildungssystems zu stark präsent und wünschen sich stattdessen für ihre Söhne und Töchter Spaß, dass sie behütet und unter möglichst wenig Druck aufwachsen können.

Hier wird die Ambivalenz, zwischen der sich die Mitte oftmals bewegt, erneut sichtbar: während sie auf der einen Seite den Zwang zur Selbstflexibilisierung kritisiert, fordert sie ihn auf der anderen Seite ein. Lehrpläne sollen national abgestimmt werden, Lehrbücher und Schulreformen aus den Händen der Länder und der Zuständigkeit des Bundes übergeben werden, damit ein eventuell störungsfreier Umzug innerhalb Deutschlands möglich wird. So entsteht der Verdacht, dass ein Teil des von der Mitte empfundenen Drucks auch aus ihrer fraglosen Anpassungsbereitschaft resultiert. Weniger vorauseilender Gehorsam und mehr Renitenz könnten in diesem Zusammenhang eventuell zu einer gesteigerten Verarbeitungskompetenz von äußerem Druck führen.

Doch viele Eltern stellen sich die Frage, ob sie ihre Söhne und Töchter auch hinreichend auf das Leben vorbereiten, ihnen die nötigen Grundsteine des Lebens legen und gleichzeitig noch eine gute Kindheit bieten. Sie suchen jeden Tag aufs Neue nach der richtigen und guten Erziehung. Dabei fällt es ihnen schwer, eigene Vorstellungen zu entwickeln, vielmehr orientieren sie sich an Vor- und Gegenbildern. Sie sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder, darum, dass sie später – auch wenn sie eine gute Ausbildung haben – zu wenig verdienen und um die Rente sowieso.

Neben all den Zweifeln verfügen sie über die Selbstgewissheit, dass sie beurteilen können, was für die Kinder und ihren Bildungserfolg das Beste ist. Deswegen fordern sie Wahlfreiheit bezüglich der Bildungseinrichtung. Ist die Schule wohnortgebunden und wird von ihnen als unangemessen empfunden, zieht man notfalls um oder meldet einen Zweitwohnsitz in der Nähe der Wunscheinrichtung an. In dieser Beziehung ist die Mitte findig und engagiert und möchte sich weder von Politikern noch Pädagogen etwas vorschreiben lassen.

Es bleibt für einen Großteil der gesellschaftlichen Mitte bis zum Schluss unsicher, ob sich die Bildungsanstrengungen gelohnt haben. Dies ist ein Grund, warum die Eltern mit ihren Kindern nach den höchstmöglichen Bildungsabschlüssen streben. Auch deshalb hat das Gymnasium in den letzten Dekaden mit einer rasanten Geschwindigkeit an Exklusivität verloren. Waren es 1990 lediglich rund dreißig Prozent, die die Schule mit dem Abitur beendeten, sind es

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

zwanzig Jahre später beinahe fünfzig Prozent eines Jahrgangs.[30] Und auch die Zahl der Studenten hat in den vergangen zehn Jahren um über zwanzig Prozent zugenommen.[31] Dies ist auch ein Grund, warum die Frage nach einer „mittleren Bildung" bei der Rekrutierung der Teilnehmer nicht eindeutig beantwortet werden konnte. Laut dem International Standard Classification of Education lässt sich der Bildungsabschluss in die Kategorien niedrig, mittel und hoch einsortieren.[32] Ein niedriger Bildungsabschluss umfasst einen Haupt- und Realschulabschluss, während eine mittlere Bildung berufsqualifizierende Abschlüsse, Abitur und Fachholschulreife beinhaltet und die höchste Bildung mit einem akademischen Abschluss erreicht ist, aber auch Meister und Techniker dazuzählt. Daher waren hier für die Auswahl der Teilnehmer des Untersuchungssamples sowohl die Abschlüsse aus dem Bereich der mittleren sowie der höchsten Kategorien ein Kriterium – nicht nur, weil mittlerweile immer mehr Menschen studieren, sondern auch weil der Referenzrahmen für die bundesdeutsche Mitte ein Abschluss des Studiums oder ein höher qualifizierter Beruf ist.

Und gerade weil die Zukunft trotz guter Bildung und Ausbildung ungewiss ist, möchten die Eltern in diesem Bereich keine Experimente, verlassen sich auf die alten gymnasialen Strukturen und gehen kein Risiko ein. Sie lehnen Modelschulen ab und möchten nicht, dass ihr Kind das „Versuchskaninchen" für die achtjährige Gymnasialzeit oder gemeinsames Lernen ist. Überhaupt stellen Gesamtschulen Teile der gesellschaftlichen Mitte vor ein schwerwiegendes Problem. Sie formulieren durchaus Lippenbekenntnisse, dass längst mögliches, gemeinsames Lernen vorteilhaft sei, besonders für diejenigen, die aus „bildungsfernen Familien" kommen. Doch da sie selbst davon ausgehen, dass ihre Kinder nicht aus „solchen Verhältnissen" kommen, halten sie deren Besuch eines dreigliedrigen Schulsystems für die bestmögliche Lösung. Denn nur dort hätten sie

30 o.A., Jeder zweite Schüler schafft die Hochschulreife. Spiegel Online, 2011, online einsehbar unter http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/abi-boom-jeder-zweite-schueler-schafft-die-hochschulreife-a-748622.html [eingesehen am 09.08.2012].

31 Vgl. Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundeserpublik Deutschland, Bd. 1, 2011. Ebenso Reinhold Sackmann u. Thomas Ketzmerick, Differenzierungsdynamik und Ungleichheit in der Mitte der Gesellschaft, in: Swiss Journal of Sociology, Jg. 34 (2010), S. 109-129, hier S. 134.

32 Vgl. exemplarisch Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundeserpublik Deutschland, Bd. 1, 2011, S. 26.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

die Chance, am meisten zu lernen und somit für zukünftige Konkurrenzsituationen auf dem Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.

Auffällig ist, dass die Familie und ihre Zukunftsperspektiven – verbalisiert durch die Ausbildung der Kinder – der zentrale Ankerpunkt für die Mitte sind, sie aber gleichzeitig einen Bedeutungsrückgang der Familie innerhalb der Gesellschaft wahrnehmen und beklagen. Bei den Befragten selbst jedoch hat sich die Relevanz des familiären Binnenraums keinesfalls verschoben. Ganz im Gegenteil: Sie definieren und identifizieren sich nicht nur über ihre Familie und deren Erfolge und Leistungen, sondern nehmen die Gesellschaft insgesamt über familiäre Strukturen wahr. Sie sprechen nicht von dem arbeitslosen Jugendlichen, sondern von „Hartz-IV-Familien", in die man hineingeboren wird und aus denen sich offenbar in der Vorstellungswelt der gesellschaftlichen Mitte wieder neue „Hartz-IV-Familien" reproduzieren. Die Mitte weist – eben weil für sie die Familie eine zentrale Funktion hat – allen anderen Personen innerhalb der Gesellschaft einen Platz zu, der ihnen aufgrund ihrer familiären Herkunft gegeben zu sein scheint. Diese deterministische Sichtweise bezüglich der familiären Herkunft gesteht dem Individuum letztlich verhältnismäßig wenig Handlungsspielraum zu. Aus der Perspektive der Befragten ist es den gesellschaftlich Abgehängten, jenen mit Mangel an sozialem, kulturellem und finanziellem Kapital kaum möglich, Positionsveränderungen zu erreichen. Haben die Vertreter der Mitte selbst oder zumindest ihre Eltern noch genuin davon profitiert, dass ihnen der Weg nach oben offen stand, gestehen sie diese Fähigkeiten und Möglichkeiten den anderen offenbar nicht mehr zu. Im Erwartungshorizont der Mitte hat sich ein Glaube an verfestigte und determinierte gesellschaftliche Strukturen und Schichten eingeschrieben. Womöglich stellt diese Strategie auch eine Art Selbstschutz beziehungsweise Immunisierung vor der bedrohlichen Situation, dass sich ihre eigene Stellung innerhalb der Gesellschaft verändern könnte, dar. Geht man demgegenüber von unbeweglichen Mustern aus, erscheint auch der eigene Platz zumindest einigermaßen sicher.

5.3 AUFSTIEGSERFAHRUNGEN IM EXPANDIERENDEN WOHLFAHRTSSTAAT: DIE HISTORISCHEN ERFAHRUNGEN DER MITTE

Dabei ist die Grunderfahrung der Mitte eine diesem Verhalten völlig diametrale. Ihre historische Erfahrung ist die des wirtschaftlichen und sozialen Aufstieges. Besonders diejenigen, die zwischen den 1950er und 1970er Jahren sozialisiert wurden, aber auch die nachfolgende Generation, die grundlegend von den dama-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ligen Entwicklungen profitieren konnte, sind durch einen kontinuierlichen Aufstieg in allen Bereichen geprägt worden: Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Ausbau des Sozialstaates, Bildungsrevolution, Lohnerhöhungen, Reduzierung der Arbeitszeiten und technischer Fortschritt – all das formt den Erfahrungsraum der Mitte bis heute[33] und strukturiert ebenso ihren Erwartungshorizont. In dieser „Schubphase" ereigneten sich die „Fundamentalprozesse der Vermittelschichtung".[34] Und gerade die im Zuge dieser gesellschaftlichen Veränderungsprozesse erfahrene Aufstiegshoffnung war ein „Motor der gesellschaftlichen Mitte"[35], trug zu ihrer zahlenmäßigen Ausbreitung und Expansion, zu einer Evidenz der mittigen Gesellschaft innerhalb der alten Bundesrepublik, bei. Allein diese Tendenzen haben der „deutschen Gesellschaft eine Mitte gegeben und ihr Identität und einen hohen Integrationsgrad verliehen"[36]. Und eben jene Erfahrungen wirken bis in die Gegenwart nach.

Dabei wurde politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in dieser historisch einmaligen Stärkungsphase der Mittelschichten vor dem Hintergrund der Unruhe der Weimarer Republik, den Weltkriegserfahrungen und Deflationserlebnissen wahrgenommen. Das heißt, der Erfahrungsraum der Mitte in der jungen Bundesrepublik war ein gänzlich instabilerer, kontingenterer, reversiblerer als die nun von ihr erlebte Gegenwart. Eben weil in dem damaligen Erfahrungsraum die zuvor erlebten großen Unsicherheiten und ständigen Gefahren eingeschrieben hatten, wirkten Gegenwart und Zukunft durch die stabilen ersten Jahrzehnte in der Bundesrepublik umso unglaublicher und sicherer. Dieser zeitgenössische Erwartungshorizont, der nicht ausschließlich determiniert und erwartungsreich, sondern verhalten optimistisch und offen war, wird – so die These – in der gegenwärtigen Rückschau auf die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik durch die Vertreter der gesellschaftlichen Mitte überzeichnet. Da diese Projektion ein evidenter Bestandteil des jetzigen Erfahrungsraumes der Mitte ist, speist sich ein Teil der gegenwärtigen Unsicherheiten auch aus der irrtümlichen Annahme, dass „früher" alles voller Gewissheit und Erwartungssicherheit gewesen sei.

---

33 Vgl. exempl. Stephan Lessenich, „Neue Mitte", 2009, S. 93. Die These, dass die Mittelschicht ein Produkt des Sozialstaates ist, wird ebenso vertreten von Günter Rohrmoser, Konservatives Denken im Kontext der Moderne. Bietigheim 2006, S. 9.

34 Paul Nolte, Wandel und Selbstbehauptung, 2007, S. 67.

35 Rolf G. Heinze, Die erschöpfte Mitte. Zwischen marktbestimmten Soziallagen, politischer Stagnation und der Chance auf Gestaltung. Weinheim 2011, S. 23.

36 Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... 2006, S. 34f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Doch auch nach der expansiven sozio-ökonomischen Phase ab Mitte der 1970er Jahre wusste die Mitte sich zu behaupten. Sie trotzte den ökonomischen Krisen, wehrte sich gegen linken Terrorismus und kämpfte sich aus den Rezessionen wieder heraus. Staatliche Subventionen wie die Pendlerpauschale oder wohlfahrtsstaatliche Leistungen wie die kostenlose Hochschulbildung für die breitere Bevölkerungsschicht und das Kindergeld unterstützen die Mitte finanziell enorm, subventionieren dadurch auch partiell ihren Lebensstil. Doch die staatlichen Institutionen „organisieren und kanalisieren" nicht nur die Transferleistungen, sondern sind gleichzeitig ein wichtiger Arbeitgeber für typische Mittelschichtberufe.[37]

Der Mitte gelang im Zuge der Modernisierung eine beachtliche Metamorphose: Mussten ihre Mütter noch mit der väterlichen Lohntüte von Woche zu Woche haushalten und sie selbst die Schuhe ihrer Geschwister abtragen, gab es Fleisch nur ein bis zwei Mal in der Woche und hatte längst nicht jeder in der Familie sein eigenes Fahrrad, besitzen sie heute Autos, Fernseher, Ultrabooks, IPads, Smartphones und fahren jedes Jahr mindestens einmal in den Urlaub. Die gesellschaftliche Mitte habe es sich, so einige zugespitzte Analysen, im Wohlfahrtsstaat bequem eingerichtet.[38] Ein Wohlfahrtsstaat, der weniger zwischen den einzelnen sozialen Schichten sondern mehr zwischen den Lebensphasen der gesellschaftlichen Mitte umverteilt. Der Eltern und Rentner unterstützt und in den berufsintensiven Phasen über Steuern und Abgaben die Mittel dafür einsammelt.[39]

Es überrascht daher nicht, wenn für die meisten der hier Befragten der Wohlfahrtsstaat eine wichtige Funktion innehat, sie den Staat und die sie umgebenden zentralen politischen Institutionen, selbst die Demokratie an sich ohne die Komponente der Wohlfahrt, des sozialen Ausgleichs, des grundsichernden Schutzes und der finanziellen Umverteilung nicht mehr denken können. Der Staat, genauer der Wohlfahrtsstaat, ist schließlich „für die Menschen da". Auch wenn die Vertreter der Mitte nicht immer alle Maßnahmen des Wohlfahrtsstaats in Gänze gutheißen, so finden sie es doch wichtig, dass es ein „Netz" gibt, welches not-

37 Vgl. Steffen Mau, Lebenschancen, 2012, S. 26.

38 Vgl. exemplarisch Peter Frey in einem Gespräch, abgedruckt in: Die gesellschaftliche Mitte unter Druck? Herausforderungen in Zeiten der Globalisierung – Handlungsmöglichkeiten der Politik, Podiumsgespräch, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland, 26. Sinclair-Haus-Gespräch 12.-13. Mai 2006, Bad Homburg v. d. Höhe 2006, S. 61-83, S. 65.

39 Steffen Mau, Lebenschancen, 2012, S. 203.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

falls diejenigen, die unverschuldet in eine sie bedrängende Situation geraten sind, auffängt. Auf diese Funktion scheinen sie dann umso mehr Wert zu legen, desto größer die Wahrscheinlichkeit ist, diese einmal selbst in Anspruch nehmen zu müssen.

Innerhalb der hier interviewten Vertreter der Mitte entwickelt sich jedoch ein spezifischer wohlfahrtsstaatlicher Diskurs: Es müsse immer mehr geleistet, eingezahlt und finanziert werden, gleichzeitig gäbe es immer weniger Leistungen und Bezugsmöglichkeiten. Die Befragten sehen sich jedoch nicht nur mit einem Rückzug des Staates konfrontiert, sondern registrieren gleichzeitig implizite Vorwürfe aus einer gesellschaftlichen Oberschicht beziehungsweise oberen Mittelschicht, wenn sie die gegebenen Sicherungseinrichtungen des Staates in Anspruch nehmen. Diese Beschuldigungen weisen sie nicht nur durch das Argument der Selbstfinanzierung zurück, sondern ebenso durch die Klarstellung bezüglich der eigenen Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat selbst: „Wir haben kein zu hohes Anspruchsdenken, sondern möchten nur unseren Lebensstandard behalten." Gerade das beharrliche Festhalten an der sozialstaatlichen Grundorientierung und das Leitbild einer sozialen und verlässlichen Bestandssicherung ist ein Kontinuum im Denken der arbeitnehmerischen Mitte.[40]

Während die untere Mitte dem Sozialstaat insgesamt eine überdurchschnittlich starke Bedeutung zuschreibt, lehnen die Befragten der oberen Mitte hingegen vereinzelt den allumfassenden Wohlfahrtsstaat ab. Diese Rejektion begründen sie mit persönlichen und aus ihrer Perspektive gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen des vorsorgenden und beinahe alle Risiken absichernden Staatswesens. Dieses ermuntere „die bequemen", aber „arbeitsfähigen" Menschen dazu, „sich fallenzulassen". So würden diese sich nicht mehr anstrengen, sondern das System ausnutzen. Die Vertreter der oberen Mitte sind der Überzeugung, dass es in Deutschland einen gut ausgebildeten und funktionierenden Sozialstaat gibt, der keinesfalls expandieren darf, da so die Gefahr besteht, dass zu viele Menschen die Möglichkeiten „zum Gammeln" nutzen. Gleichzeitig, so die Befragten, beschränkt ein allumfassender vorsorgender Sozialstaat sie in ihrer Selbstbestimmung und Freiheit. Sie fühlen sich durch zu hohe Abgaben und Belastungen gegängelt und bevormundet.

Interessant ist, dass die Teilnehmer der Gruppendiskussion offenbar semantisch sehr sensibel zwischen Wohlfahrts- und Sozialstaat unterscheiden und dies auch unverhüllt thematisieren. Mit dem Begriff der Wohlfahrt scheinen sich die

40 Ulf Kadritzke, Kein Platz mehr im letzen Flugzeug. Die Mittelklassen in der Zone der Verwundbarkeit, in: Le Monde diplomatique, 15.12.2006.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

wenigsten identifizieren zu können. Offenbar verbinden die meisten damit eher Fürsorge, anstatt den Erhalt einer Leistung. Wohlfahrt heißt, etwas zu bekommen, ohne etwas dafür getan zu haben, erinnert an die Vergabe von Almosen. Die Mitte begreift sich selbst als diejenige Gruppe innerhalb der Bevölkerung, die durch Steuern und Abgaben die Einrichtung und Aufrechterhaltung der Institution des Sozialstaats erst ermöglicht. Ohne ihre monetäre Beteiligung gäbe es dieses System nicht – daher sei es nur recht und billig, von diesem zu profitieren. In der logischen Konsequenz dieses Denkens sind daher auch für die Vertreter der gesellschaftlichen Mitte vorwiegend jene anspruchsberechtigt, die zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen.[41]

Daher ist jener, durch den Wohlfahrtsstaat bedingte, Erfahrungsraum des Aufstiegs und der Durchlässigkeit der Gesellschaft für die Mitte deutlich geschrumpft, durch anderes Wissen oder auch Imaginationen umgestaltet worden. Vor allem in den letzten zwanzig Jahren akkumulierten sich für sie die negativen Erfahrungen: gehobene Bildungszertifikate garantieren keine gute Anstellung mehr, Gehaltssteigerungen führen nicht mehr zu gesteigerten Konsummöglichkeiten sondern gleichen lediglich die Inflation und Preissteigerung aus, schließlich ist auch Arbeitslosigkeit ein Teil der persönlichen Arbeitsbiographie. Sie sehen, wie die eigenen Eltern in die Frührente gedrängt wurden und so als Rückversicherer ausfielen. Sie selbst bekommen die gleichen Stundenlöhne wie vor zwanzig Jahren, während die Manger exorbitant hohe Gehälter einstreichen. Konnten sie „früher“ als Handwerker noch „gutes Geld“ verdienen, sei auch dies „heutzutage“ kein „angesehener Beruf“ mehr. Dabei konstatieren sie die Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Haushalte und stellen ernüchtert fest, dass der Staat als Arbeitgeber der Mittelschicht zunehmend entfällt.

All diese Entwicklungen betreffen nicht mehr nur „die anderen“, sondern nun auch die Mitte der Gesellschaft, zwar nur temporär und selten in voller Härte, jedoch wird sie durch diese Einsichten geprägt und gezwungen, sie auszuhalten, anzunehmen und lebensgestaltend mit ihnen umzugehen. Selbstoptimierung und Weiterqualifizierung, eigenfinanzierte Altersvorsorge und private Zusatzkrankenversicherung, Mitfinanzierung der Kosten für die lange währenden Ausbildungszeiten der Kinder und deren Unterstützung in der Phase des Berufseinstiegs sind Ausprägungen dieser veränderten Rahmenbedingungen.

41 Auch daher orientieren sich die gut ausgebauten Wohlfahrtsstaaten nach dem skandinavischen Modell an den Bedürfnissen der Mittelschicht. Vgl. Ursula Dallinger, Prekäre Mitte? Sozialstaat und Mittelschicht im internationalen Vergleich, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 57 (2011) H. 1, S. 83-110, hier S. 84.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Gleichzeitig wurden die Leistungen ihres Sozialstaates reduziert, für die Mitte besonders augenfällig durch den Wegfall der Eigenheimzulagen, und müssen genuine Leistungen extra finanziert werden, wie durch die Einführung der Pflegeversicherung. Gleichzeitig werden die Sozialversicherungsbeiträge ständig angehoben, die Mehrwertsteuer erhöht und wichtige Ausgleichszahlungen gestrichen. Der Mitte ist es immer weniger möglich, bestimmte vormalige Selbstverständlichkeiten wie Wohneigentum, Jahresurlaub oder den Zweitwagen zu finanzieren.[42] Die Interviewpartner konstatierten in den Fokusgruppen enttäuscht, dass man nicht mehr so gedankenlos konsumieren und beim Einkaufen nicht mehr „alles Mögliche einfach in den Korb schmeißen" könne, sondern kleinere und größere Anschaffungen genau abwägen und durchkalkulieren müsse, eine Reise nach Italien nun nur noch ein- statt vormals drei Mal im Jahr möglich sei.

Dennoch: ohne die Umverteilungsprozesse des Sozialstaates hätte ein Großteil der Mitte der Gesellschaft in den letzten Jahren eine weitaus deutlichere Reduzierung des Einkommens hinnehmen müssen. Denn das Markteinkommen, also das, was den einzelnen Haushalten vor Steuern und Sozialstaatstransfers zu Verfügung steht, ist in den letzten zehn Jahren deutlich geschrumpft. Diese Reduzierung betrifft vor allem die mittleren und unteren Einkommensbezieher, während in den oberen Einkommensklassen deutliche Zugewinne des Markteinkommens zu verzeichnen sind.[43] Hierin mag eine Erklärung dafür liegen, warum auf der einen Seite immer wieder Ängste, Sorgen und Verlustgefühle innerhalb der gesellschaftlichen Mitte konstatiert werden, während auf der anderen Seite mit aufwendigen Untersuchungen und Berechnungen nachgewiesen wird, dass es objektiv, also beispielsweise auf Basis des verfügbaren Einkommens, keinen hinlänglichen Grund für all jene negativen Stimmungen gäbe.

Wie bereits erläutert, ist eine historische Erfahrung der Mitte, dass sie an ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen teilhat. Doch genau das vollzieht sich derzeit abgekoppelt von ihrer eigenen Lebensmentalität und stößt auf völliges Unverständnis bei den Befragten. Unverhältnismäßige Managerboni und Gehaltssprünge in Führungsebenen, Steigerungen der Exportwirtschaft und

42 Paul Nolte, Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte Deutschlands, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Mitte als Motor der Gesellschaft – Spielräume und Akteure. Sinclair-Haus-Gespräche 27, Bad Homburg von der Höhe 2007, S. 12-23, hier S. 16.

43 Ursula Dallinger, Prekäre Mitte? Sozialstaat und Mittelschicht im internationalen Vergleich, 2011, S. 102.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

eine gute wirtschaftliche Konjunktur gehen – so die Fokusgruppenteilnehmer – an ihnen vorbei. An all diesen Zugewinnen partizipieren sie wenig.[44] Dabei sind rein quantitativ kaum Abstiege aus der Einkommensmitte zu verzeichnen. Jedoch auch immer weniger Aufstiege aus der Einkommensmitte in das obere Fünftel der Spitzenverdiener. Somit stagniert seit den 1980er Jahren der Anteil derjenigen, die in der Einkommensmitte verharren.[45] Und genau jene Beharrung wirkt vor einem scheinbar hoch aufwärtsdynamischen Erfahrungsraum der 1950er bis 1970er Jahre und einer sich daran anschließenden vielversprechenden Stabilität bedrohlich auf den eigenen Erwartungshorizont der gesellschaftlichen Mitte.

Die Furcht von Wirtschaftswachstum und Lohnerhöhungen nicht mehr profitieren zu können, durch den Abbau des Sozialstaates in der persönlichen Existenz bedroht zu sein, durch die sich veränderten Rahmenbedingungen unter Druck zu geraten, scheint innerhalb der gesellschaftlichen Mitte von der jeweiligen Generationenzugehörigkeit und damit innerhalb des vorhandenen Erfahrungsraums unterschiedlich stark ausgeprägt zu sein. Aufgrund ihrer historischen Aufstiegserfahrungen blicken offenbar die Vertreter der älteren Generationen, die sogenannten „jungen Alten", beziehungsweise derjenigen, die in fünf bis zehn Jahren die sogenannten „jungen Alten" sein werden, am pessimistischsten auf ihre Zukunft. Also all jene, die zwischen 1940/5 und 1960 geboren wurden, die wissen, dass sie keine üppigen Renten mehr erwarten können, die aber gleichzeitig in einer Wohlstands- und Aufstiegsgesellschaft aufwuchsen, die mitunter schon zu alt waren, als es hieß, dass man privat vorsorgen sollte, die gerade in den letzten Jahren nicht mehr auf eine durchgängige Erwerbsbiografie zurückblicken können – von ihnen war in den Fokusgruppen doch am deutlichsten eine pessimistische Grundstimmung vernehmbar. Diese verstärkte sich noch in einem viel dramatischeren Ausmaß, wenn die betroffenen Personen alleine leben und / oder keine Kinder haben. Jene zeichnen dann das düsterste Bild der gegenwärtigen Gesellschaft, in dem sie deprimierenden Bewusstsein, dass sie im Alter nicht so auskömmlich leben werden können, wie es noch ihren eigenen Eltern möglich war.

Während die Jüngeren – so hat es zumindest den Anschein – zwar um Krise und Zukunftsschwierigkeiten wissen, dennoch den Eindruck machen, als würden sie sich die Problembewältigung zutrauen, als würden sie das alles irgendwie hinbekommen, notfalls nochmal neu überlegen, andere Optionen austesten,

44 Ebd. S. 105.

45 Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... 2006, S. 39f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

flexibel sein. Gerade weil sie mit der wohlfahrtsstaatlichen Krisensemantik aufgewachsen sind, ständig mit der Endlichkeit der Ressourcen konfrontiert wurden und ihnen die möglichen Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt mitunter schon durch die Erwerbsbiographie ihrer Eltern demonstriert wurde, gehen sie mit den gegenwärtigen Unsicherheiten anders um. Ihnen machen die Herausforderungen einer ungewissen Zukunft offenbar nicht mehr so viel Angst, wie den Älteren, die verhältnismäßig unerwartet mit diesen neuen Anforderungen konfrontiert werden.

5.4 DER ALLTAG DER ARBEITSWELT

5.4.1 Sicherung des Lebensstandards und Medium der Anerkennung: Arbeit und Beruf

Doch bevor die Zukunftserwartungen der Mitte genauer untersucht werden sollen, muss noch stärker deren Bewältigung des Alltags analysiert werden. Dieser ist nicht nur durch die historischen Erfahrungen sondern auch durch die Anforderungen der Gegenwart, besonders der Arbeitswelt, geprägt. Die Arbeit und der Beruf sind wichtig für die Mitte. Diese Relevanz bezieht sich jedoch auf die funktionale und nicht auf eine sinngebende Komponente der Erwerbstätigkeit. Denn diese muss den individuellen Lebensstil durch Lohn und Gehalt finanzieren können, aber nicht essentiell die Existenz ausfüllen. Zwar registriert die Mitte der Gesellschaft die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt genau und reflektiert darüber, jedoch ist diese Lebenswirklichkeit, die sie meist von ihrem Privatleben gründlich trennt, keinesfalls wesentlicher als die Familie oder das persönliche Wohlbefinden und mit diesem oftmals gleichgesetzt der Erhalt der Gesundheit. Insgesamt könne die Arbeit zwar der Persönlichkeitsentwicklung dienlich sein, jedoch arbeiten die Befragten nicht, um sich selbst zu verwirklichen. Die Arbeit allein dürfe nicht zum „höchsten Gut" verkommen. „Leben ist nicht nur Arbeit, sondern man arbeitet, um zu leben."[46]

Mit Arbeit allein könne man sich nicht selbst verwirklichen – besonders dann nicht, wenn die Arbeitswelt weiterhin so fragil organisiert ist wie bisher. Die

46 Insofern ist die Erwerbsarbeit auch nicht die zentrale Kategorie für die Mitte der Gesellschaft, obwohl sie der Baustein der sozialen Versicherungssysteme ist. Vgl. Adelbert Evers u. Helga Nowotny, Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Zukunft, Frankfurt a. M. 1987.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Mitte fürchtet sich vor Arbeitsplatzbefristungen, Arbeitsplatzverlusten, 400-Euro-Jobs, Zeitarbeit, Kurzarbeit, Leiharbeit. Auffällig ist, dass vor allem diejenigen, die aufgrund von Pensionierung, Ausbildung, Studium und Kinderbetreuungszeiten eigentlich von der Erwerbsarbeit befreit sind, die Notwendigkeit von mehr Arbeitsplätzen in der Gesellschaft am häufigsten betonen. Und während die Normalarbeitsverhältnisse auf dem tatsächlichen Arbeitsmarkt mehr und mehr an Bedeutung verlieren, sind sie in den Köpfen der Befragten noch eine zentrale Referenzgröße.[47] Diesbezüglich sieht die Mitte vor allem die Arbeitgeber in der Pflicht. Hätten die Firmen eine andere Mitarbeiterpolitik, wären die Unternehmen eigentümergeführt, statt in der Leitung von Hedgefondsmitarbeitern, gäbe es einen verantwortungsvolleren Umgang mit dem Humankapital. So fordert die Mehrheit unserer Gesprächspartner eine Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen, eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten, bessere Möglichkeiten, die Kinderbetreuungs- und die Arbeitszeiten aufeinander abzustimmen, eine betriebliches Angebot an Krippen und Kindergärten. Die Untersuchung scheint daher eine gewisse Unzufriedenheit mit der Arbeit und ihrer Ausgestaltung zu belegen, deren Zunahme durch andere Studien schon seit den 1980er Jahren konstatiert werden.[48]

Ein eigenständiger Diskussionsteil zum Thema „Arbeitswelt" war weder durch den Themenkatalog vorgesehen, noch durch die jeweilige Moderation initiiert worden. Daher ist die Häufigkeit und Vehemenz diesbezüglich ein Indikator für die Relevanz der Thematik. Die Befragten scheinen ein großes Veränderungspotential und einen immensen Problemdruck bezüglich der täglichen Ausbalancierung zwischen Arbeit und Privatleben zu verspüren. Dies trifft jedoch vor allem wieder auf diejenigen zu, die keiner regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgehen, weil sie entweder von dieser befreit oder arbeitslos sind. Offenbar fehlt ihnen eine Möglichkeit des Sich-Bewährens und der Bestätigung auf diesem Feld, deren positive Bewältigung insgesamt zu einer geringeren Unzufriedenheit führen könnte.

Zusammengenommen wünscht sich die Mitte auch in der vorliegenden Untersuchung mehr Zeit für ihre Familie oder Hobbies. Dies bestätigten auch andere Studien: Beinahe zwei Drittel der Arbeitnehmer haben das Gefühl, neben dem Beruf nicht genügend Zeit für die Familie zu Verfügung zu haben.[49] Dabei bestehen die hier Befragten nicht unflexibel auf eine 39,5-Stunden-Woche, sondern

47 Herfried Münkler, Mitte und Maß, 2010, S. 66.

48 Vgl. Steffen Mau, Lebenschancen, 2012, S. 86.

49 Vgl. Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, S. 12.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

arbeiten engagiert, zeigen Leistungsbereitschaft, sind belastbar, leisten Überstunden. Mitunter wird dies auch als „positiver Stress“ bezeichnet. Besonders Frauen, die neben dem familiären Management wieder eine Arbeit aufnehmen, tanken in ihrem Beruf Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl.[50]

Bezüglich der Arbeitsplatzverhältnisse erwartet die Mitte eine gerechte Entlohnung, vor allem auch in Beug auf die finanzielle Gleichstellung von Männern und Frauen sowie den Gehältern in Ost- und Westdeutschland. Hier scheint sich in den letzten Jahren die subjektive Wahrnehmung der Lohngerechtigkeit verändert zu haben. Dieser Befund wird ebenso durch quantitative Studien erhärtet. Der Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die sich ungerecht entlohnt fühlen ist zwischen 2005 und 2007 um neun Prozentpunkte auf 35 Prozent gestiegen. Wobei der Anstieg des individuellen Eindrucks der Lohnungerechtigkeit bei den mittleren Einkommen deutlich größer war, als bei anderen Einkommensgruppen.[51] Neben diese gefühlte Lohnungerechtigkeit tritt der Eindruck von immerhin 67 Prozent aller Berufstätigen, dass sie zum Großteil nur für den Staat arbeiten.[52] In den Fokusgruppen äußerten die Befragten ihr Gefühl, „heutzutage“ genauso viel zu arbeiten wie „früher“, dafür aber weniger Lohn und Gehalt zu bekommen. So ist in den letzten Jahren nicht nur die Zufriedenheit der Unterschicht, sondern auch der mittleren Schichten mit ihren wirtschaftlichen Verhältnissen signifikant gesunken.[53]

Die Entlohnung für die geleistete Arbeit sollte nicht nur gerecht sein, sondern auch einen „gewissen normalen Lebensstandard sichern“ können. Die Mitte möchte nicht nur „von der Hand in den Mund leben“. Gerade wenn man „den ganzen Tag arbeitet, muss die Finanzierung des Lebensunterhaltes möglich sein“, es muss für die „Bedürfnisse ausreichen“. Und das, was man sich „erarbeitet hat“, ein gewisser Standard, das Auto, das Haus, die Altersversorgung – all

50 Vgl. Carsten Wippermann, Wege zur Gleichstellung heute und morgen, 2007, S. 48.

51 Stefan Liebig u. Jürgen Schupp, Immer mehr Erwerbstätige empfinden ihr Einkommen als ungerecht, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 75 (2008) H. 31, S. 434-440, hier S. 434. Wobei die persönliche Wahrnehmung der gerechten Entlohnung nicht unwichtig zu sein scheint, denn umso gerechter man sein Gehalt empfindet, desto weniger Fehltage weist man auf im Vergleich zu anderen Beschäftigen. Die „Lohnzufriedenen“ gehen auch mit größerer Wahrscheinlichkeit wählen, als die Unzufriedenen. Ebd. S. 434f.

52 Renate Köcher, Das Bewusstsein der Mittelschicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.07.2008.

53 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

das stehe einem berechtigterweise zu. Wichtig ist der Mitte außerdem, selbst zu entscheiden, wann sie aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Einige arbeiten auch noch als Pensionäre, andere möchten soweit vorsorgen, dass sie im Alter von 55 Jahren in Rente gehen können – auch hier wünschen sie sich weniger Regulierungen, mehr Flexibilität und sind offenbar auch bereit, dafür selbst finanziell vorzusorgen, sofern ihnen das möglich ist.

Auch wenn Arbeit und Beruf nicht die Maxime des Lebens der Mitte sind, so soll die Erwerbsarbeit doch „Spaß machen" und ein Stück Lebenszufriedenheit ermöglichen. Dazu gehören nicht nur die bereits angesprochene Balance zwischen der privaten und beruflichen Lebenswelt, sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Arbeitsplatzes sondern auch die individuellen Entwicklungsperspektiven als Arbeitnehmer. Der Beruf sollte – zumindest bis zu einem gewissen Maß – auch Aufstiegsmöglichkeiten bieten und das Potential beinhalten, Anerkennung zu generieren.[54] Das erhofft sich sowohl der befragte Kleinunternehmer, der fünf Arbeitsplätze schafft, als auch die Lehrerin, die sich engagiert und ganzheitlich um die Kinder kümmert, sowie die Altenpflegerin, deren Kontakt zu den Menschen verantwortungsvoll und physisch äußerst belastend ist. Vor allem Handwerker, deren Tätigkeit einmal „goldenen Boden" bedeutete, wünschen sich für diese „einfachen" Arbeiten wieder mehr Anerkennung.

Trotz einer Vielzahl an individuellen Ausgestaltungsmöglichkeiten und den Beschäftigungen in den verschiedensten Branchen und Sektoren, identifizieren sich die Vertreter der Mitte mit ihrer beruflichen Tätigkeit und koppeln einen Teil ihres sozialen Status an diesen. Dies gilt nicht nur für die Selbst- sondern auch für die Fremdwahrnehmung. Trotz feiner Nuancen und Abstufungen sieht sich der Handwerksmeister auf einer Ebene mit der Verkäuferin und dem Versicherungsangestellten, setzt sich der Ingenieur mit dem Elektriker oder der Krankenschwester gleich. Sie alle leisten, so die Befragten, „harte" und „anständige" Arbeit – im Gegensatz zu denjenigen, die nicht arbeiten wollen oder völlig überbezahlt sind – und hierfür erwarten sie eine entsprechende monetäre und gesellschaftlich-respektable Gegenleistung.

54 Ähnlich auch: Vgl. Carsten Wippermann, Wege zur Gleichstellung heute und morgen, 2007; Carsten Wippermann, Männer: Rolle vorwärts, Rolle rückwärts?, 2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

5.4.2 Das Verblassen einer Utopie: Der Leistungsdiskurs in der gesellschaftlichen Mitte

Für die Befragten ist es eine Selbstverständlichkeit, Leistung im Beruf zu erbringen. Das bedeutet, dass sie sich anstrengen, einsatzbereit und engagiert das Mögliche vollbringen, willig sich Stück für Stück an vorgegebene Ziele heranarbeiten. Für sie ist Leistung ein gesellschaftlicher „Grundwert", der von allen akzeptiert und eingefordert wird – unabhängig vom Alter, Erwerbsstatuts oder dem Geschlecht.[55] Wobei hier einschränkend angemerkt werden muss, dass der „Leistungsgedanke" durch die arbeitslosen Teilnehmer des Untersuchungssamples kaum thematisiert worden ist.

In ihrer als ideal imaginierten Welt ist Leistung der Gradmesser schlechthin und entscheidet demzufolge über hierarchische Position, moralisches Ansehen und materielle Sicherheit. Die Formel der postindustriellen Gesellschaft lautet m=iq+e. Leistung und Verdienst (**m**erit) ergibt sich aus der persönlichen Intelligenz (**i**ntelligence **q**uotient) sowie der erbrachten Anstrengung (**e**ffort).[56] Michael Young prägte hierfür in seiner 1958 erschienenen satirischen Gesellschaftsstudie „The Rise of Meritocracy" den Begriff der Meritokratie, der noch immer nur eine Vokabel der Sozialwissenschaftler und kein Begriff der Mitte ist. Was der Soziologe Young noch in den 1950er Jahren als Sozialkritik gemeint hatte[57], scheint sich mittlerweile in vielen Gesellschaften zu *der* zentralen Legitimations-

55 Hier ist auch kein Unterschied mehr zwischen einer noch von Vester identifizierten „facharbeiterischen Traditionslinie" und einer „kleinbürgerlichen Traditionslinie" der mittigen Milieus erkennbar. Während Vester et al. noch argumentierten, dass innerhalb der facharbeiterischen Traditionslinie Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft eine zentrale Rolle spielten, die innerhalb der kleinbürgerlichen Traditionslinie eher schwächer ausgeprägt sind bzw. durch Pflichterfüllung und Loyalität als tragende Werthaltungen ersetzt werden, ist bei den hier Befragten kaum noch ein Unterschied in der normativen Werthaltung des Leistungsbegriffes erkennbar. Vgl. Michael Vester, Gibt es eine "neue Mitte"?, 2000.

56 Grundlegend hierfür: Michael Young, Es lebe die Ungleichheit Auf dem Wege zur Meritokratie 1961; John Beck, Meritocracy, citizenship, and education. New Labour's legacy, New York 2008, S. 7.

57 Vgl. hierzu: Franz Walter u. Stine Marg, Von der Emanzipation zur Meriotkratie. Betrachtungen zur 150-jährigen Geschichte von Arbeiterbewegung, Linksintellektuellen und sozialer Demokratie, Göttingen 2012 u. Stine Marg u. Franz Walter, I + E = Lw. Meritokratie-Die Alltagsutopie der neuen Mitte, in: INDES, H. 2/2012, S. 6-17.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

figur sozialer Ungleichheit verbreitet zu haben. Denn die Inhomogenität innerhalb der Gesamtgesellschaft aufgrund der differierenden kulturellen, sozialen und finanziellen Kapitalausschüttungen basiert auf Leistungsunterschieden – so der gesellschaftlich akzeptierte Diskurs – und wäre somit transparent statt willkürlich, legitim statt unberechtigt. Vor allem für die Mittelschicht entwickelte der Gedanke der Meritokratie eine enorme Anziehungskraft.[58]

Leistung muss sich, so die die Befragten, „lohnen". Derjenige, der mehr arbeitet, soll auch mehr bekommen. Und die Belohnung sollte sich nicht nur, wie ebenfalls immer wieder energisch und nachdrücklich betont wird, ausschließlich auf die finanzielle Entlohnung beziehen, sondern auch auf die gesellschaftliche Anerkennung. Man erwartet, dass demjenigen, der sich anstrengt, Wertschätzung entgegengebracht wird und ist dafür auch bereit, die Leistung anderer anzuerkennen und zu würdigen. Die Mitte versteht diese Beziehung als gegenseitigen Austausch von Leistung und Gegenleistung.[59] Wenn das meritokratische Prinzip funktioniere, gehe es – so in der Vorstellung der von uns Befragten – gerecht zu. Indem die Leistung zur Grundlage für die Zuteilung von gesellschaftlichen Positionen wird, avanciert sie gleichzeitig zu einer Quelle von Selbstbewusstsein. Schließlich kann man stolz auf das Erreichte blicken und sich die Früchte seiner Anstrengung erst im Bildungssystem und dann auf dem Arbeitsmarkt selbst zuschrieben. Die dabei empfundene „Leistungsfreude" wird zu zum Bestandteil des individuellen Glücks.

Der Leistungsbegriff in diesem Verständnis ist ein Produkt der sogenannten „bürgerlichen Sattelzeit".[60] Jedoch behauptete er seine zentrale Stellung erst im 20. Jahrhundert. Obwohl Leistung ein fester Bestandteil des traditionellen bürgerlichen Werthimmels war, verfügte er im 19. Jahrhundert noch über eine abweichende Kontur. Es ging, wie Nina Verheyen es formulierte, mehr um die „innere" als um die „äußere" Orientierung.[61] Die Kinder des Bürgertums sollten sich anstrengen, ihr Bestes geben, jedoch nicht, um damit nach außen zu prahlen,

58 Paul Nolte, Eine kurze Geschichte der Mitte, 2002; Andrian Kreye, Vom Zorn der Leistungsträger, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2009; Martin Kronauer, Verunsicherte Mitte, gespaltene Gesellschaft?, in: WSI Mitteilungen, Jg. 61 (2008) H. 7, S. 372-378, S. 375.

59 Ähnlich auch Sighard Neckel, Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft, Frankfurt a. M. 2008, S. 63.

60 Nina Verheyen, Unter Druck. Die Entstehung individuellen Leistungsstrebens um 1900, in: Merkur, Jg. 66 (2012) H. 5, S. 382-390, hier S. 384.

61 Ebd. S. 385

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sondern um die eigene Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Die individuellen Leistungsanstrengungen sollten den Horizont erweitern, die Selbstbeherrschung trainieren, die innere Verfasstheit formen.[62] Erst durch die Etablierung der Massengesellschaft musste sich das Bürgertum dann mit den „leistungsorientierten Emporkömmlingen messen".[63] In der weiteren Entwicklung veränderten Leistungstests den Sport und das Bildungssystem.

Das Versprechen der „Leistungs-Volksgemeinschaft"[64], in der statt Ständen und Klassen nur noch die Leistung zählen sollte, bildete schließlich eine der Voraussetzungen für den „Leistungsfanatismus" der Bundesrepublik, der durch die soziale Markwirtschaft und den Wirtschaftsaufschwung weiter befördert wurde.[65] Die Leistungsgesellschaft birgt für jeden das Versprechen, dass die angestrebte gesellschaftliche Position und die damit verbundene Belohnung durchaus erreichbar sind, wenn man sich selbst über ein gewohntes Maß hinaus beansprucht.[66] Die Befragten sind ebenso der Überzeugung, dass auch ihnen dieser Weg offen steht. Und umso größer sie ihre eigene Anstrengung bewerten, des höher ist auch der Anspruch an ihr Umfeld. Dieses müsse dann mindestens ebenso „hart arbeiten" und „viel leisten". Dabei ist sich die Mitte gewahr, dass zur Leistung Schweiß, Überwindung, Plackerei gehört und dass es nicht immer einfach ist, die herrschenden Anforderungen beispielsweise an die persönliche Flexibilität zu erfüllen. Aber gerade weil all dies eine unerlässliche Voraussetzung für einen „erfolgreichen Weg" sei, müsse man souverän mit diesen Anforderungen umgehen. Doch vor allem für die in diesem Prozess erbrachten Opfer wünscht man sich Anerkennung und einen Gegenwert.

Für die von uns Befragten ist die Erbringung von Leistung nicht nur eine Notwendigkeit, um die eigene Position zu verbessern, sondern auch Bedingung für eine funktionierende Gesellschaft. Leistung soll nach ihrem Verständnis

62 Vgl. Emmi Bonhoeffer, Essay, Gespräch, Erinnerung. Berlin 2005; Hans-Ulrich Wehler, Deutsches Bürgertum nach 1945: . Exitus oder Phönix aus der Asche?, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 27 (2001) H. 4, S. 617-634; M. Rainer Lepsius, Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit, in: Kocka, Jürgen (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 79-120, hier S. 83.

63 Nina Verheyen, Unter Druck, 2012, S. 385.

64 Martin Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 18 (1970) H. 4, S. 492-409, hier S. 596.

65 o.A., Er läuft und läuft und läuft, in: Süddeutsche Zeitung, 12./13.07.2008.

66 Holger Schatz, Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Leistungsprinzips und seine neoliberale Rekonstruktion, Münster 2004, S. 19.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nicht nur für sich selbst und die eigenen Familie sondern ebenso für den Staat und das Gemeinwesen erbracht werden.[67] Das sei notwendig, damit die Gesellschaft nicht den „Bach runtergeht". Besonders diejenigen, die sich für oder gegen etwas engagieren, sehen ihre Tätigkeit als Leistung an der Gemeinschaft, die viel Kraft kostet, das Privatleben einschränkt, für die sie Anerkennung und Respekt einfordern. Es ist schon auffällig, wie oft gerade die „engagierte Mitte", also jene Vertreter aus der Proteststudie,[68] davon spricht, dass sie „viel arbeiten" und „etwas leisten". Vor allem jene, die sich in der Selbstwahrnehmung als Leistungsträger bezeichnen würden – und dies gilt auch für den zivilgesellschaftlichen Bereich – fordern von ihren Mitmenschen in gleicher Weise einen Dienst an der Gemeinschaft. Für sie ist Leistungsbereitschaft daher mehr oder weniger eine Bürgerpflicht.

Doch Leistung ist nicht nur etwas, was man von sich selbst und anderen als unumgängliche Selbstverständlichkeit einfordert, sondern schließt in einem gewissen Umfang auch solidarisches Handeln mit ein. Auch wenn die Mitte von jedem fordert, dass er sich anstrengen und etwas leisten müsse, erkennt sie die individuell beschränkten Spielräume eines jeden einzelnen. „Jeder nach seinen Möglichkeiten" – lautet eine in diesem Zusammenhang häufig formulierte Aussage. Denn Leistung ist für sie auch, dass „die Starken etwas für die Schwachen tun". Wobei dies immer nur dann gilt, wenn sich die Schwachen ebenso angestrengt haben. Und genau die Kompetenz hierüber ein Urteil fällen zu können – und darin ist sich die leistungswillige Mitte einig – liegt im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten.

Doch der Leistungsbegriff scheint in seiner Universalität gegenwärtig nicht mehr uneingeschränkt zu gelten. Auch wenn Leistung weiterhin ein zentraler Wert ist, hegen die Befragten den umfassenden Anspruch des Leistungsbegriffs ein und wehren sich – zumindest rhetorisch – gegen eine unhinterfragte Diffusion der Leistungsimplikationen in alle Lebensbereiche. So diskutierte ein Großteil der Fokusgruppenteilnehmer den Leistungsbegriff durchaus kritisch.[69] Im Lichte dieser Ergebnisse muss die Schlussfolgerung von Herfried Münkler hinterfragt werden, ob tatsächlich „[…] der Wille zum Erfolg durch eigene Leistung

67 Nahezu jedes Handeln kann als Leistung bezeichnet werden, vgl. Dagmar Schulz, Zum Leistungsprinzip in der DDR. Politische und Pädagogische Studien, Böhlau 1998, S. 21.

68 Also all jene aus dem Teilforschungsprojekt „Bürgerprotest".

69 Dass der Leistungsbegriff mittlerweile in alle Lebensbereiche vorgedrungen sei, wird beispielsweise diskutiert von Sighard Neckel, Flucht nach vorn, 2008, S. 173.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nach wie vor das Zentrum im moralischen Wertekatalog der gesellschaftlichen Mitte […]“[70] bildet.

Zum einen konstatiert die Mitte, dass die Forderung nach Leistung, die sie sich nicht nur selbst auferlegt, sondern die auch von außen an sie herangetragen wird, sicher ihre Berechtigung haben möge, das Leistung jedoch nicht mehr *der* zentrale Bewertungsmaßstab in der Gesellschaft sein könne. Schließlich waren sie die letzten Jahrzehnte immer leistungsbereit und leistungswillig, keinesfalls leistungsfeindlich. Nur: Es gelingt ihnen nicht, dies allein durch Bildungszertifikate und berufliche Qualifikationen unter Beweis zu stellen.[71] Die verbalisierte Abwertung des Leistungsbegriffes scheint für die Mitte auch eine Verarbeitungsstrategie zu sein, um die Lebenswirklichkeiten für sie wieder rational und erklärbar zu machen. Durch die Feststellung, dass Leistung und deren Entlohnung nicht mehr die alles bestimmende Kategorie sein kann, begründen sie sich selbst die überzogenen Bonizahlungen an Manager, den unverschuldeten Arbeitsplatzverlust, die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen, die Angst um die Zukunft der gut ausgebildeten Kinder. Die Mitte hinterfragt deutlich das meritokratische Ideal[72], welches die Beseitigung aller Diskriminierungen über Jahrzehnte suggerierte. Sie wissen, dass nicht mehr Leistung das Maß aller Dinge sein kann[73], sondern Vorurteile, familiäre Beziehungen oder unbeeinflussbare Zufälligkeiten die gesellschaftliche Statusposition, berufliche Stellung und schließlich auch monetäre Entlohnung maßgeblich bestimmen.[74]

---

70 Herfried Münkler, Mitte und Maß, 2010, S. 48.

71 Gegenteilig der Annahme von Heinz Bude, Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München 2008, S. 98.

72 Das meritokratische Ideal suggeriert auch, dass Diskriminierungen aller Art der Vergangenheit angehören, vgl. Anne Lawton, The Meritocracy Myth and the Illusion of Equal Employment Opportunity, in: Minnesota law review, Jg. 85 (2000), S. 587-662, hier S. 597.

73 Immerhin sind auch 71 Prozent der Bevölkerung laut einer repräsentativen Umfrage der Ansicht, dass Leistung zu wenig wertgeschätzt wird. Vgl. Renate Köcher, Allenbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009, 2007, S. 543.

74 Ein Großteil der Bevölkerung glaubt offenbar nicht mehr so recht daran, dass das herrschende System fair ist. Ganz im Gegenteil zu der Annahme von Heike Solga, vgl. Heike Solga, Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Die Erwerbschancen gering qualifizierter Personen aus soziologischer und ökonomischer Perspektive, Leverkusen 2005, S. 149.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Wie Sighard Neckel und andere in den letzten Jahren pointiert herausgearbeitet haben, ist mittlerweile nicht mehr der Leistungsbegriff und seine reziproke Austauschkraft das entscheidende gesellschaftliche Kriterium, sondern der Erfolg.[75] Erfolg als zentrale Bewertungskategorie, in der es nicht mehr um den Prozess, sondern um das Ergebnis der Bemühungen geht. Während das, was als Leistung gilt, auch immer ein Prozess des gesellschaftlichen Aushandelns ist und, wie sich bei den hier durchgeführten Untersuchungen gezeigt hat, für Teile der Befragten ebenso eine gesellschaftliche Verpflichtung bedeuten kann, fördert Erfolg allein das egoistisches Denken. Zentral und wichtig in diesem Zusammenhang ist nur das, was der Markt honoriert. Und dies muss nicht die „harte" und „ehrliche" Acht-Stunden-Arbeit sein, sondern kann allein durch das Verschieben und Jonglieren mit Millionenbeträgen generiert werden. In der Konsequenz des erfolgsbasierten Denkens ist es ebenso irrelevant, dass sich jeder nach seinen individuellen Möglichkeiten bemüht. Entscheidend ist nur, ob man mit seiner Tätigkeit „Gewinner" oder eben „Verlierer" am Markt ist. Und gerade weil die Standards auf den Märkten fluide sind, diffundiert der Leistungsgedanke und manifestieren sich die Unsicherheiten.[76] Die hier Befragten registrieren diesen Widerspruch zwischen externen Leistungserwartungen und erfolgsbasierten Belohnungssystemen äußerst wach. Sie möchten daher auch eine Anerkennung des „Leistungsprozesses" und nicht der Leistung per se, wünschen sich eine gerechte Belohnung des Einsatzes und nicht des zufälligen Würfelglücks.

Mittlerweile zählen für Positionsbesetzungen auf dem Arbeitsmarkt weder die durch Leistungsbemühungen und Anstrengungen erzielten Zeugnisse und Zertifikate, wie es Heike Solga noch für die deutsche „Bildungsgesellschaft" der 1990er Jahre herausgearbeitet hat[77], sondern oft Glück, Zufall oder eine neue und hastig eingeführte Quotenregelung. Die Befragten spüren die Zunahme dieser Widersprüche, fühlen sich damit unwohl, nehmen sie gleichzeitig nicht unwidersprochen hin. „Wir leben in einer hochtechnisierten Leistungsgesellschaft. Hier geht es um ‚höher, schneller, weiter'. Ich verabscheue das." Insgesamt scheint nur eine kleine Minderheit der Fokusgruppenteilnehmer den aus-

75 Nina Verheyen, Unter Druck, 2012, S. 386; Gustav Ichheiser, Kritik des Erfolges. Eine soziologische Untersuchung, Leipzig 1930; Sighard Neckel, Flucht nach vorn, 2008. Neckel auch für das Folgende.

76 Birgit Mahnkopf, Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: Prokla, Jg. 30 (2000), S. 489-525, hier S. 520.

77 Heike Solga, Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft, 2005, S. 32.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

schließlichen Leistungsfetisch zu pflegen, während die meisten in dieser Beziehung sehr wohl differenzierter argumentieren. Sie kritisieren, dass man gegenwärtig offenbar noch mehr leisten müsse, um Ähnliches wie die vorangegangenen Generationen zu erreichen. Während noch vor ein paar Jahrzehnten ein Gymnasialabschluss und die erfolgreich absolvierte Ausbildung den Berufseinstieg sicherte, scheinen heute – so nehmen es unsere Gesprächspartner wahr – beinahe nur die Anstrengungen durch ein Doppelstudium eine solche „Belohnung" zu garantieren. Gegenwärtig offenbaren sich auch für die Mitte die Probleme einer meritokratischen Gesellschaft, die überwiegend in der schwierigen Verwaltung von knappen Positionen bestehen.[78] Die Meritokratie birgt zunächst für alle Leistungsträger das Versprechen auf eine angemessene Entlohnung. Wird diese jedoch knapp, müssen zwangsläufig die Leistungsbemessungsgrenzen angehoben werden. Dies kann schließlich für einen Großteil nur noch in Enttäuschung, Überforderung und Frustration enden.

Hieraus speist sich womöglich auch der in den Gruppendiskussionen oftmals geäußerte Wunsch, von der „Leistungsgesellschaft weg[zu]kommen", das Tempo rauszunehmen, „bewusster [zu] leben". Die Befragten bedauern, dass der Mensch nur noch ausschließlich nach seinen Leistungen beurteilt und gar nicht mehr als „Mensch an sich" wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Auch empirische Befunde bestätigen eine sinkende Akzeptanz der auf einem meritokratischen System basierenden Ungleichheit.[79] Auffällig ist, dass auch jene, die im Grunde erfolgreich eine Belohnung für ihre Anstrengungen ergattern konnten, den Begriff und seine Implikationen kritisch sehen. Auch sie befürchten, dass ihre Kinder, trotz Auslandsaufenthalt und der Beherrschung von insgesamt drei Sprachen, kaum noch mitkommen werden, dass sie vielleicht selbst in zehn Jahren den ganzen Stress nicht mehr aushalten können oder im Alter – noch zehn Jahre vom Rentenbeginn entfernt – arbeitslos werden.

Während die Befragten einerseits die normative Relevanz der Leistungsanforderungen verinnerlicht haben, sehen sie diese andererseits in der Realität als nicht gegeben. Infolgedessen diskutieren sie nicht nur die negativen Auswirkungen des allgegenwärtigen „Leistungsterrors"[80] sondern stellen auch Anreizprinzipien, Bewertungsmaßstäbe und Belohnungsregeln von Leistung in Frage. Vor

78 Jodi O'Brien, Social prisms. Reflections on everyday myths and paradoxes, Thousand Oaks California 1999, S. 139.

79 Andreas Hadjar, Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion, Wiesbaden 2008.

80 Holger Schatz, Arbeit als Herrschaft, 2004, S. 35.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

dem Hintergrund des Erfahrungsraumes verflüchtigt sich auch hier der Erwartungshorizont. Dies generiert zusätzlich Unsicherheiten, weil außerhalb des Leistungssystems, mit dem die Mitte über Generationen hinweg sozialisiert worden ist, für sie keine anderen Normen, Gesetzmäßigkeiten oder Umrechnungssysteme erkennbar sind, mit denen gesellschaftliche Positionen bestimmbar und erwartbar werden.

5.4.3 Anforderungen und Druck: Der Stress der Mitte

Die Befragten stoßen in allen Lebensbereichen auf die Erwartung, dass Leistung erbracht werden soll. Mit den größten Leistungsanforderungen sehen sie sich auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert. Und dies führt, wie oben bereits angesprochen, zu enormen Stress. Diesen Stress empfinden beinahe alle Personen, die an der Untersuchung teilgenommenen haben, unabhängig von ihrer konkreten beruflichen Position oder ihrem jeweiligen Tätigkeitsfeld. Stress ist eine unspezifische Reaktion des Körpers auf physische, psychische und soziale Faktoren[81] und wird häufig auch als „Überforderung“ interpretiert.[82] Grundsätzlich kann, so die Wahrnehmung der Studienteilnehmer, jeder Beruf stressig sein, denn überall herrsche Leistungsdruck. Selbst ein Hartz-IV-Empfänger könne Stress empfinden, da auch die Bewältigung seines täglichen Lebens Anstrengung bedeuten könne.

Der oftmals beklagte Stress, der in einer idealen Gesellschaft nicht vorkäme, erzeugt den häufig beschriebenen Druck auf die Mitte. Druck, der durch Überforderung oder Arbeitsplatzunsicherheit entstünde.[83] Es könnte vermutet werden, dass der auf dem Arbeitsmarkt produzierte Druck deutlicher in der unteren als in der oberen Mitte zu spüren ist. Doch dieser Befund konnte durch die Fokusgruppen nicht bestätigt werden. Der Druck, der vor allem durch den Leistungsdruck auf dem Arbeits- und Bildungsmarkt generiert wird, wurde vorwiegend von jenen in die Diskussionen hineingebracht, die von Erwerbsarbeit befreit sind. Auch hier lässt sich argumentieren, dass ihnen extrinsische Erfolgsfaktoren oder Anreizsysteme fehlen und sie daher die Außenwahrnehmung des Problems umso dramatischer darstellen.

81 Sven Litzke u. Horst Schuh, Stress, Mobbing, Burn-out am Arbeitsplatz. Berlin 2010, S. 6.

82 Franz Walter, Gelb oder Grün, 2010, S. 4.

83 Vgl. exemplar. Stefan Hradil, Angst und Chancen, 2007.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der berufliche Druck oder auch Stress beziehungsweise vielmehr die Möglichkeit, diesen auszuleben, ein Privileg des Bürgertums.[84] Nun – so scheint es – hat er auch die breite Mitte erfasst, ja betrifft beinahe jeden Arbeitnehmer, wie es der jüngste „Stressreport“[85] aus dem Jahr 2012 eindrücklich belegt. Die Diskussion über den sogenannten „Burnoutsyndrom“ ist allgegenwärtig, die Semantik auch in der Mitte präsent. Man bekommt beinahe den Eindruck, dass das berufliche Ausgebrannt-Sein auch eine Art Rechtfertigungsmetapher darstellt.[86] Dabei scheinen besonders diejenigen Individuen anfällig für Stress zu sein, die mit „überzogenen Erwartung und Ansprüchen an ihre eigene Leistungsfähigkeit“ agieren.[87] Jedoch sind es in der persönlichen Einschätzung nicht die Befragten, die sich selber stressen, sondern sie werden durch externe Faktoren gestresst. Von der Fremdbestimmung im Beruf, von der Hektik im Alltag, der ausgefüllten Freizeit und schließlich von den allgegenwärtigen labilen Strukturen.

Auch wenn Arbeitsplatzunsicherheit ebenso Stress erzeugen kann, sind die Befragten Repräsentanten der Mitte offenbar nicht – entgegen anders lautender Behauptungen[88] – grundsätzlich und allumfassend gestresst. Denn mittlerweile scheinen sie sich mit den herrschenden Bedingungen arrangiert und die Anforderungen des Arbeitsmarktes internalisiert zu haben. Vor allem die Jüngeren[89] und

84 Vgl. Joachim Radkau, Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München 1998, S. 232.

85 Andrea Lohmann-Haislah, Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden, online einsehbar unter http://www.baua.de/de/Publikationen/Fachbeitraege/Gd68.pdf?__blob=publicationFile&v=10 [eingesehen am 22.2.2013].

86 Markus R. Pawelzik, Wie erschöpft sind wir wirklich? . Anmerkungen zur aktuellen Bournout-Epidemie, in: Merkur, Jg. 66 (2012) H. 2, S. 125-134, hier S. 126.

87 Ebd. S. 129.

88 Vgl. exemplar. Slavoj Zizek, Der entkoffeinierte Andere. der Freitag, in: http://www.freitag.de/datenbank/freitag/2010/40/der-entkoffeinierte-andere (eingesehen am 08.Oktober 2010), 2010.

89 Dieser Optimismus der Jugendlichen und die geringere gefühlte persönliche Einengung durch möglichen beruflichen Stress bestätigt auch die aktuelle Shell-Jugendstudie. Vgl. Parvin Sadigh, Zeit Online, Interview mit Thomas Gensicke. Der Optimismus der Jugend hat ein solides Fundament, online einsehbar unter www.://zeit.de/gesellschaft/familie/2010-09/shell-jugend-gensicke-2?page=all&print

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

jene, die den Alltag positiv bewältigen, haben Mechanismen des Ausgleichs entwickelt, denen sie eine wesentliche Funktion einräumen. Schließlich müsse man Abläufe schaffen, dass man sich nicht ständig „stressen lässt", sollte in der Lage sein, „Stress rauszunehmen", auch mal wieder die „persönlichen Wünsche nach vorne stellen". Es ist tief im Denk- und Handlungsrahmen der Befragten verankert, dass „man flexibel bleiben muss", dabei aber unbedingt auf seine „Work-Life-Balance" achten sollte, damit man immer wieder ein „bisschen runter kommt" und „innere Ruhe" findet.

Interessant ist, dass der Teil der oberen Mitte, der völlig auf sich selbst und seine Fähigkeiten vertraut und sich demzufolge weniger auf den Rückhalt staatlicher Institutionen verlässt, offenbar deutlich mehr Druck und Stress empfindet, als solche, die nicht alles für verfügbar und in ihrer Handlungsgewalt befindlich halten. Diejenigen Befragten, die gut ausgebildet sind und gleichzeitig zu einem „grenzenlosen Selbstoptimierungsimperativ"[90] neigen, artikulieren auch am häufigsten Stress und Druck. In dem vorliegenden Sample trifft dies nur auf eine kleine Zahl der Befragten zu. In der Mehrzahl ist weder das „unternehmerische Selbst" noch der sogenannte „Arbeitskraftunternehmer" ein Idealbild der Mitte.[91]

Gleichzeitig ist es genau dieser relativ kleine Ausschnitt der hoch angepassten und flexiblen Mitte, der der Meinung ist, dass gegenwärtig ausreichend Arbeitsplätze verfügbar sind. Für all jene, die arbeiten wollten, gäbe es in Deutschland genügend Arbeitsmöglichkeiten. Es dürfte den „Arbeitsfaulen" daher nicht zu viel Handlungsspielraum eingeräumt werden. Und all diejenigen, die arbeiten, sollten deutlich mehr verdienen, als diejenigen, die keiner Arbeit nachgehen.

Die These, dass es genug Arbeit für alle gäbe, wird nicht von allen Befragten über- und angenommen, sondern auch einschränkend diskutiert. Oft sind es die Familiensituation, der Wohnort oder die Qualifikation, die hier als hemmend wahrgenommen werden. So hätten es beispielsweise alleinerziehende Mütter auf dem Arbeitsmarkt deutlich schwerer, weil ihnen die nötigen Betreuungseinrich-

---

[eingesehen am 20.09.2010]; Shell Deutschland Holding (Hg.), Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich, Frankfurt a. M. 2010.

90 Tanjev Schultz, Die lauernde Angst vor dem Abstieg, in: Süddeutsche Zeitung, 15.09.2010; auch Ulrich Bröckling, Menschenökonomie, Humankapital. Eine Kritik der biopolitischen Ökonomie, in: Mittelweg 36, Jg. 12 (2003) H. 1, S. 3-22.

91 Im Gegenteil zu der These von Hartmut Rosa u. Stephan Lorenz, Schneller kaufen! Zum Verhältnis von Konsum und Beschleunigung, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 20 (2009) H. 1, S. 10-18, hier S. 16.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

tungen für die Kinder fehlen und Arbeitgeber bezüglich dieser Zielgruppe auch eine restriktive Einstellungspolitik verfolgten. Auch sei es in strukturschwachen Gebieten nicht so leicht, einen Arbeitsplatz zu finden wie in Boomregionen. Während es in Hamburg genug Arbeit gäbe, sähe es in Mecklenburg-Vorpommern ganz anders aus. Und es seien häufig die hochqualifizierten Arbeitsplätze, die unbesetzt blieben, während es kaum noch einfache Arbeit gäbe, wie zum Beispiel die Pflege des Grünstreifens. Häufig sind im Diskurs der oberen Mitte besonders die jungen und unabhängigen Menschen mehr oder weniger selbstverschuldet ohne Arbeit, während vor allem die älteren Arbeitnehmer oft als „unverschuldete" Arbeitslose, als Opfer der Strukturkrise, wahrgenommen werden.

Doch besonders bei der unteren Mitte, bei denjenigen, die mitunter bereits temporär Erfahrung mit Arbeitslosigkeit gemacht haben, lässt sich eine große Arbeitsplatzunsicherheit feststellen. Diese Beobachtung fügt sich in bisherige quantitative Untersuchungen ein, nach denen die Sorgen um Abstieg, Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste unter den un- und angelernten Arbeitern häufiger vorhanden sind, sich auch ausbreiten. Doch solche Prozesse vollziehen sich nicht nur in diesem gesellschaftlichen Segment. Auch bei den „gehobenen Angestellten" erhöhten sich die Abstiegssorgen von knapp fünf Prozent im Jahr 1988 auf rund 13 Prozent zehn Jahre später.[92] In den Fokusgruppen wird diese Angst deutlich verbalisiert. „Arbeitsplatzunsicherheit ist ein Albtraum. Man ist fremdbestimmt. Man kann das nicht abwenden, hat keinen Einfluss drauf." Während ein sicherer Arbeitsplatz als „Anker" im Leben fungieren kann, schwebt die Wahrscheinlichkeit des Arbeitsplatzverlustes vor allem über der unteren Mitte wie ein Damoklesschwert, zumindest empfindet es dieser Teil der Befragten so.

Während es also einerseits eine selbstbewusste Mitte gibt, die mit Einschränkungen behauptet, jeder der wolle, könne Arbeit finden – und somit die Situation dahingehend verarbeitet, dass Unsicherheit ein Normalzustand ist, an den man sich gewöhnen und anpassen müsse[93] – ist andererseits ein gesellschaftliches Teilsegment identifizierbar, das Arbeitslosigkeit als einen unbeeinflussbaren Schicksalsschlag deutet. Während die einen für die Arbeitslosigkeit nach Sondererklärungen suchen (alleinerziehend), gibt es den Verarbeitungsmodus des unverschuldeten und unglücklichen Zufalls, der jeden treffen kann. Letzteren

92 Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... 2006, S. 37.

93 Vgl. auch Eckart Conze, Eine bürgerliche Republik? Geschichte und Gesellschaft, in: Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Jg. 30 (2004), S. 527-542, S. 23.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

wählen vor allem jene, und dies ist eine steigende Zahl, die sich zwar derzeit in einem Beschäftigungsverhältnis befinden, aber in der Vergangenheit immer wieder Erfahrung mit Lohneinbußen, Kurzarbeit, Arbeitsplatzwechsel oder gar – verlust machen mussten.[94] Somit werden vor allem diese unkontrollierbaren Situationen und Entwicklungen als eine bedrohliche und Druck erzeugende Situation wahrgenommen.[95]

5.4.4 Das distanzierte Verhältnis der Mitte zur Krise: Wahrnehmung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Interessant ist, dass sich offenbar ein Großteil der Mitte vor allem im Zuge der Wirtschaftskrise Sorgen um den Arbeitsplatz macht, jedoch kaum einer der von uns Befragten hiervon tatsächlich betroffen ist oder war. Man kannte häufig nur jemanden, der wiederum jemanden kannte, der arbeitslos geworden ist. Die Berichterstattung über die Wirtschaftskrise verfolgen die Fokusgruppenteilnehmer durchaus. Im Dezember 2009 waren sie sogar der Ansicht, dass die „Talsohle" noch längst nicht erreicht ist, noch viel schlimmere Zeiten bevorstehen und die Rettungspakete der Politiker ohnehin nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sind. Verantwortlich für diesen wirtschaftlichen Ausnahmezustand macht die Mitte die Banken und Spekulanten, die Gier der Manager und teilweise auch die Politiker, die diese Entwicklung zugelassen und nicht hinreichend sparsam gewirtschaftet haben. Dabei dienen ihnen ganz grundsätzliche Strukturen des Wirtschaftssystems als Erklärung für die Finanz- und Wirtschaftskrise: Der „vorherrschende Egoismus in den Machtstrukturen", das „ausschließliche Denken in Profitmaximierungsstrukturen" und die Globalisierung an sich seien allesamt dafür verantwortlich, dass die Wirtschaft derzeit nicht so laufe, wie sie soll.

Die Wünsche der Mitte an eine Volkswirtschaft sind rasch zusammengefasst: sie müsse „funktionieren", ausreichend, das heißt Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Insgesamt ist in den Gruppendiskussionen eine deutliche Wertschätzung gegenüber den Kleinunternehmern und Mittelständlern vernehmbar gewesen, während Konzerne oftmals als unredlich oder profitsüchtig gegeißelt wurden. Eine positive ökonomische Entwicklung ist wichtig – jedoch darf „die Wirtschaft" keinesfalls zu viel Einfluss erlangen, sondern müsse durch

94 Vgl. auch Martin Werding, Globalisierung und Gesellschaftliche Mitte, 2007, S. 156.

95 Vgl. Jürgen Mensel u. Viktoria Spaiser, Ängste und Kontrollverluste. Zusammenhänge mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Berlin 2010, S. 49-71, hier S. 52.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

die Politik gelenkt werden. So befürworten sie einerseits politisches Eingreifen, um Exzesse und Entlassungswellen zu verhindert oder Import und Export zu regeln, während sie auf der anderen Seite dafür plädieren, mit dem Einsatz der unterstützenden Finanzen sparsam umzugehen. Eine gut laufende Wirtschaft, die „oben" ist, habe ohne Subventionen auszukommen. Lediglich aus den Fokusgruppen der Bürgerprotestudie ließ sich ein eindeutiges Plädoyer für einen starken Eingriff des Staates in das Wirtschaftssystem vernehmen. In allen anderen Gruppen herrschte diesbezüglich Unsicherheit vor, schwankte man zwischen dem Für- und Wider hin und her. Eines war jedoch allen Beteiligten wichtig: Volkswirtschaften dürften nicht ausschließlich durch das Prinzip der Profitmaximierung dominiert werden. Allein: „Mehr ist keine These!" Die Mitte wünscht sich ein „humaneres System", in dem die Unternehmer und Manager mehr Verantwortung für die Menschen und die Gesamtgesellschaft übernehmen. Das Wirtschaftssystem müsse insgesamt Sicherheit bieten und dafür dürfe es ruhig vom Staat kontrolliert werden.[96]

Doch so, wie sich die gesellschaftliche Mitte die Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft idealerweise vorstellt, nimmt sie diese in der Realität nicht wahr. In ihren Augen ist die Politik völlig macht- und einflusslos. Allein „die Wirtschaft" bestimme, „wo es lang geht" und „macht, was sie will". Es sind nicht die Politiker, die die Marschrichtung vorgeben, sondern die durch keine Wahlen legitimierten Wirtschafts- und Finanzexperten, die überall regulierend in die Gesellschaft eingreifen würde. Die Politik und die Gesellschaft würden vom Kapital dominiert und gelenkt. Zu allem Übel greife das „Wirtschaftsdenken" auch noch in alle anderen Systeme wie beispielsweise ins Bildungs- oder Gesundheitswesen über, wo normalerweise völlig andere Maximen gelten sollten. Es konnte häufig beobachtet werden, wie der Begriff der „Globalisierung" als Schlagwort in die Diskussion hineingebracht, jedoch in den seltensten Fällen ausdefiniert wurde, was damit genau gemeint ist. Es drängt sich daher die Vermutung auf, dass die Ursachen oder Kausalitäten von den Befragten in bestimmten Zusammenhängen kaum erfasst werden und diese so als eine Art bedrohlicher Schatten ständig präsent bleiben.

Doch obwohl die Interviewpartner abstrakt über die herrschende Krise und die Missstände in der Ökonomie diskutierten, scheinen sie kaum persönlich durch die Wirtschaftskrise betroffen zu sein. Weder „interessiert", noch „berührt" sie die Krise. Einige haben davon noch nicht einmal „etwas mitbekom-

96 Ähnliche Einschätzung auch Jan Ross, Von wegen Gerechtigkeit!, in: Die Zeit, 16.10.2008.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

men“. Deutlich wird dieser Befund auch durch die abstrakte Diskussion über eine allgemeine wirtschaftliche Verwundbarkeit. Durch die Staatsschulden und die Verflechtungen im Euroraum werde es, so die Befragten, lokale volkswirtschaftliche Zusammenbrüche geben und eine daraus resultierende Weltwirtschaftskrise könne auch für die deutsche Wirtschaft kaum ohne Folgen bleiben. Wenn sich die heimische Wirtschaft weiterhin so desaströs entwickle, werde Deutschland am Ende noch ein Auswanderungsland und in der Folge bekämen mittelständische Unternehmen keine Kredite mehr. Daneben konstatieren die Befragten eine Abnahme des Vertrauens in den Euro und sind der Ansicht, dass Arbeitgeber die Krise als Vorwand nutzen, um die Belegschaft zu reduzieren oder vom Kurzarbeitergeld zu profitieren. Die Befragten selbst suchen angesichts der Krise verstärkt nach preisgünstigen Angeboten, buchen den Urlaub nicht mehr fest ein Jahr im Voraus, sondern reisen – falls ausreichend Geld in der Haushaltskasse sein sollte – spontan. Doch Klagen wie diese werden von den Befragten äußerst unpersönlich formuliert und traten nur vereinzelt auf. Insgesamt scheint es bei einem größeren Teil der gesellschaftlichen Mitte eine Spaltung innerhalb der Wahrnehmung bezüglich der Krise zu geben: während die gesamtgesellschaftliche Lage zunächst als dramatisch beschrieben wird, inszeniert man die persönliche Situation als unbedrohlich und meisterbar.[97]

Überhaupt wurde in den zwischen Dezember 2009 und Sommer 2012 durchgeführten Fokusgruppen die Finanzkrise nur dann von den Teilnehmern diskutiert, wenn sie von der Moderation explizit thematisiert worden ist. Bereits im Mai 2010 gingen einige Gesprächspartner davon aus, dass der Höhepunkt der Krise im Jahr zuvor gelegen habe[98] und in den im Jahr 2011 durchgeführten Kreativgruppen wurde die Krise durch den Themenkatalog als Diskussionsgegenstand zwar indirekt in die Gruppen transportiert, dort dann jedoch überhaupt nicht mehr aufgegriffen. Wenn die Befragten über die Krise debattierten, schie-

97 Ähnlich auch Wilhelm Heitmeyer, Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Ders. (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Berlin 2010, S. 13-45, S. 22; Wilhelm Heitmeyer, Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Ders. (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 9, Berlin 2010, S. 13-33, hier S. 17.

98 Auch andere Studien bestätigten recht früh den Glauben der Bundesbürger, dass die Auswirkungen der Krise an ihnen vorüberziehen würden. Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, 2010, S. 25.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nen all diese Entwicklungen und Ereignisse innerhalb des Wirtschafts-, Finanz- und Geldsystems sehr weit weg von ihren alltäglichen Sorgen und Routinen zu sein. Ob es in Zukunft eher zu einer Rezension oder gar zu einem Aufschwung oder lediglich zu einer Stabilisierung des Wirtschaftssystems kommen werde, schien für die rekrutierten Gesprächspartner keine Rolle zu spielen.

Wenn Krisen eine Störung eingespielter Routinen und Wahrnehmungen bedeuten[99], scheinen jedenfalls die gegenwärtigen Entwicklungen auf den Finanz- und Währungsmärkten keine krisenhafte Erscheinung für die Mitte der Gesellschaft zu bedeuten. Oder hat sich die Mitte in den unsicheren Zeiten eingerichtet und nimmt diese letztlich nicht mehr als Bedrohung wahr? Krise bedeutet jedoch nicht nur, dass ehemals stabile Sachverhalte und Strukturen gegenwärtig nicht mehr gelten, sondern dass Werte und Handlungsmuster zur Disposition stehen, auch die Zukunft prinzipiell offen ist.[100] Nehmen die Menschen in der Mitte vielleicht weder Veränderungen noch offene Möglichkeiten beziehungsweise einen neuartigen Ereignishorizont wahr, sondern sehen sich stattdessen nur von Handlungszwängen und fiskalpolitischen Notwendigkeiten umgeben? Sicher mag die Indifferenz gegenüber der Krise auch damit zusammenhängen, dass die Mitte nicht unmittelbar den Eindruck hat, in der Gesellschaft gezielt verändern, das Wirtschaftssystem mitgestalten zu können, mit ihren Befindlichkeiten überhaupt ernst genommen zu werden.[101] Daneben scheint sich der Krisen-Begriff für die Mitte abgenutzt zu haben. Einige haben das Gefühl, dass ständig eine Krise ins Haus steht und dies somit eine Metapher für Umbrüche und Wandlungsprozesse darstellt, deren Dramatik man selbst nicht zu groß einschätzen sollte.

Jedenfalls ist zu fragen, warum die Befragten eine direkte Betroffenheit der Krise verneinen. Tatsächlich scheint ein Großteil den Eindruck zu haben, dass sich trotz Instabilitäten der Währungen und propagierten Kreditklemmen wenig ändert. Die Reichen bleiben reich, die Banken systemrelevant und sie selbst

99 Veronika Schmid u. Matthias Bös, Aufbruchsstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden? Der Glaube an eine gerechte Welt und die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Berlin 2010, S. 107-127, hier S. 109.

100 Jürgen Friedrichs, Gesellschaftliche Krisen. Eine soziologische Einführung, in: Helga Scholten (Hg.), Die Wahrnehmung von Krisenphänomenen. Fallbeispiele von der Antike bis in die Neuzeit, Köln 2007, S. 13-26; Veronika Schmid, Aufbruchsstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden?, 2010, S. 109.

101 Vgl. auch Veronika Schmid, Aufbruchsstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden?, 2010, S. 108.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

werden von der Politik noch zum Sparen aufgefordert und sollen mit ihren Steuern die überall entstehenden Löcher stopfen. Die befragten Vertreter der Mitte fügen sich den Gegebenheiten. Sie haben das Ausbildungssystem absolviert, hart gearbeitet und durch Ansparungen und Immobilienbesitz größtmöglich vorgesorgt. Wenn das nicht reichen sollte, um über die Runden zu kommen und die Krise zu überstehen, was dann? Mehr hätten sie – so ihre Wahrnehmung – ohnehin nicht leisten können. Und noch sehen sie in ihrem persönlichen Alltag Einsparungspotential, dass sie gut verkraften könnten, sie nicht existentiell bedroht. So könne man zwar weniger ins Theater gehen oder statt Skifahren, Sommerurlaub und das Wochenende im Wellnesshotel, sich womöglich nur noch einen Jahresurlaub leisten, aber auch das genüge.

Überdies jagt, und dies gilt vor allem für Menschen aus Ostdeutschland sowie westdeutschen strukturschwachen Regionen, spätestens seit den 1990er Jahren eine Krise die nächste. Die gegenwärtigen Entwicklungen mögen dramatisch, aber nicht neu sein. Und bisher haben sie sich zurechtgefunden. Besonders diejenigen, die es bereits einmal geschafft haben, aus der Arbeitslosigkeit heraus wieder eine feste Anstellung zu erlangen, die erfolgreich den Unwägbarkeiten des Lebens begegnen konnten, haben hier ein relativ großes Selbstbewusstsein entwickelt. Sie trauen sich zu, diese schwierige Lage zu meistern. Indes: die Leugnung der Krise für das eigene Leben könnte auch eine individuelle Strategie der Bewältigung von Unsicherheit bedeuten. Würde man die persönliche Betroffenheit mit größerer Wahrscheinlichkeit in Betracht ziehen, wäre der Alltag noch unsicherer, die Zukunft noch unplanbarer. Stattdessen versucht man, sich lieber gegen den drohenden Kontrollverlust zu immunisieren.[102]

Außerdem weiß die Mitte der Gesellschaft kaum etwas mit Eurobonds, Staatsschulden oder Fiskalpakten anzufangen und kann sich die Milliardenbeträge nicht vorstellen, mit denen die Politik jongliert. Sie kennen nicht wirklich die Ursachen der gegenwärtigen Entwicklung oder können deren Mechanismen nachverfolgen. Diese Dinge sind von ihrer Lebenswirklichkeit unendlich weit entfernt, und auch nicht „wirklich wichtig“. Sie befürchten bisweilen dahinter sogar „hohles Geschwätz“ mit dem der „Bürger verdummt“ werden soll. Und sie können die in diesem Zusammenhangt vermutete „Dekadenz“ und „Überheblichkeit“ nicht verstehen. Im Grunde ist ihnen das System der Börsen und globalen Märkte suspekt und auch zuwider. Vielleicht ist es auch gerade diese Unwis-

102 Auch Wilhelm Heitmeyer, Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, 2010, S. 28.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

senheit, die ihnen Angst macht, beziehungsweise sie ohnmächtig werden lässt. Da sie gar nicht wissen, was noch alles auf sie zukommen könnte, verharren sie erst einmal – so scheint es zumindest.

Insgesamt ist die Krise für die Befragten keinesfalls existenzbedrohend. Auch wenn sie eine Expansion der ökonomischen Probleme erwarten mögen, so hoffen sie doch, dass in ein paar Jahren alles überstanden sein werde. Sie sehen die Krise ebenso als Chance, über bestehende Fehlentwicklungen nachzudenken[103] und bestimmte Prozesse rückgängig zu machen. Sie begreifen die steigenden Lebenshaltungskosten und gleichbleibenden Löhne teilweise auch als Möglichkeit, bei sich selbst anzufangen, etwas zu verändern und die eigenen Ansprüche „runter zu schrauben". Immerhin habe Deutschland schon häufig Krisen dieses Ausmaßes überstanden und wird es auch dieses Mal schaffen. Gerade in dieser Problematik zeigt sich, dass die jüngere Generation in den Diskussionen zumindest verbal selbstbewusster mit der Problematik umgeht, als noch die Generation ihrer Eltern. Wie die Menschen in der gesellschaftlichen Mitte grundsätzlich mit der Finanzkrise umgehen, hängt nicht nur von dem Ausmaß der subjektiv wahrgenommenen Bedrohung und der tatsächlichen Betroffenheit ab[104] sondern auch von dem Alter und den durchlebten Erfahrungen, dem möglichen Rückhalt in der Familie und dem persönlichen Netzwerken und Ressourcen.

5.4.5 Zwischenfazit: Arbeitsalltag unter Druck?

Letztlich konnten innerhalb der hier untersuchten Mitte die vielfältigsten Bewältigungsstrategien beobachtet werden. Sie nimmt Stress, Leistungsdruck und die Krisen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund individueller Ressourcen unterschiedlich wahr und kann dies auch auf verschiedene Arten verarbeiten. Prinzipiell scheint die Wahrnehmung von Druck und Stress durch Unsicherheiten auf dem Arbeits- und Wirtschaftsmarkt ein sehr persönlicher und faktorenreicher Prozess zu sein. Die Unsicherheiten werden von den Befragten zwar als gesamtgesellschaftliches Phänomen interpretiert, jedoch nicht von allen persönlich so wahrgenommen. Woran liegt es, dass einige Menschen die Situation offenbar – so ein Ergebnis – unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrer Einkommenssituation, aber auch ihrem Erfahrungsraum verarbeiten? Ein laienhafter Seitenblick in die Theorien

103 Ähnlich auch Jürgen Friedrichs, Gesellschaftliche Krisen, 2007.

104 So Wilhelm Heitmeyer, Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, 2010, S. 14.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

der Sozialpsychologie und in die zeitgenössischen Persönlichkeitstheorien hinein, mag hier einen Erklärungsversuch unterstützen.

Drei in diesem Zusammenhang auffällige Verarbeitungsmuster, die einzeln oder auch in Mischform auftreten können, sind an dieser Stelle noch einmal zusammenzufassen: Erstens diejenigen, die als Rentner, Hausfrauen oder in der Ausbildung befindliche Personen von einem regelmäßigen Erwerbsleben befreit sind, deren Lebensunterhalt durch Rentenzahlungen oder familiäre Transferleistung finanziert wird, die aber dennoch den größten Problemdruck hinsichtlich der prekären Arbeitsmarktsituation, beruflichen Stressfaktoren und wirtschaftlicher Lage artikulieren, auch Überforderungstendenzen aufweisen. Während also weder die tatsächlichen Fähigkeiten noch die kognitiven Erfahrungen eine Rolle für die Bewertung der Situation spielen, könnte die sogenannte „Selbstwirksamkeitserfahrung" beziehungsweise deren Mangel hier eine Erklärung bieten. Die von Albert Bandura in den 1970er Jahren entwickelte Theorie besagt im Kern, dass diejenigen mit positiven Erfahrungen – die sie selbst gemacht oder stellvertretend nachvollzogen haben – eine größere positive Erwartung an das Erreichen ihrer selbst gesteckten Vorhaben entwickeln und so ihr Ziel auch erreichen.[105] Diejenigen, die demzufolge auf dem Erwerbsmarkt gar nicht tätig werden, denen diese Selbstwirksamkeitserfahrungen, aber auch externe Belohnungs- und Anerkennungssysteme, fehlen, scheinen weniger gut mit den Veränderungen, dem Stress und Druck auszukommen.

Daneben erkennt eine zweite, auf dem Arbeitsmarkt tätige Gruppe zwar die Notwendigkeit der Leistungserbringung grundsätzlich an, weist aber den Absolutheitsanspruch dieses Paradigmas zurück und vertraut nicht ausschließlich auf die eigenen Fähigkeiten. Dazu zählen auch die befragten Individuen, die ange-

105 Vgl. Gardemarie Schmitz, Bedeutung der Selbstwirksamkeit für emotional kompetentes Verhalten, in: Maria von Salesch (Hg.), Emotionale Kompetenzen entwickeln. Grundlagen in Kindheit und Jugend, Stuttgart 2002, S. 207-225, hier S. 210; auch Lawrence Kutner, Die Bedeutung der Selbstwirksamkeit für die Anpassung Jugendlicher an den gesellschaftlichen Wandel. Zusammenfassung von Konferenzbeiträgen zur Selbstwirksamkeitstheorie, in: Wolfgang Edelstein (Hg.), Entwicklungskrisen kompetent meistern. Der Beitrag der Selbstwirksamkeit von Albert Bandura zum pädagogischen Handeln, Heidelberg 1995, S. 74-78. Untersuchungen bezüglich des Konzeptes der Selbstwirksamkeitserwartung auf dem Feld Arbeit und Beruf vor allem vom: Alexander D. Stajkovic u. Fred Luthans, Social Cognitive Theory and Self-Efficacy. Going Beyond Traditional Motivational and Behavorial Approaches, in: Organizational Dynamics, Jg. 26 (1998) H. 4, S. 62-74.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sichts der dauernden Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktkrisendiskussionen mit den Schultern zucken, weil sie alles Mögliche getan haben oder tun werden, um die Situation zu bewältigen. Nach dem sogenannten Konzept der „Kontrollüberzeugung" hängt hier deren Erwartung an kommende Ereignisse davon ab, wer oder was das erwünschte Ereignis beeinflussen kann.[106] Die Vertreter der zweiten Gruppe präferieren offenbar eine externale Kontrollüberzeugung, machen also soziale Externalitäten, wie beispielsweise andere Personen, oder fatalistische Externalitäten, wie Zufall oder Schicksal[107], dafür verantwortlich, dass sie weiterhin ihr gewünschtes Ergebnis, Erfolg auf dem Arbeitsmarkt, erreichen werden. Diese Vertreter erscheinen also bezüglich Druck und Stress widerstandsfähiger als die erste Gruppe. Sie erleben nicht mehr oder weniger negative Effekte als alle anderen, nur bei ihnen dauern die individuellen Verarbeitungsprozesse nicht allzu lange an.[108]

Eine dritte Gruppe hingegen vertraut sehr stark auf ihre eigenen Fähigkeiten und hat gleichzeitig die globalen Leistungsanforderungen verinnerlicht. Auch diese spüren, ähnlich wie die erste Gruppe, großen Druck und Stress in der Arbeitswelt und beklagen sich darüber. Obwohl jene auf dem Arbeitsmarkt agieren, also im Grunde Selbstwirksamkeitserfahrungen gesammelt haben müssten, fehlt ihnen ein gewisser Grundoptimismus und die Stressbewältigungsfähigkeit, die in der zweiten Gruppe beobachtet werden konnte. Dies könnte letztlich an der Überschätzung der internalen Kontrollüberzeugung liegen. Denn der dritte Typus betont stark die Selbstverantwortung für die soziale Lage, war also vehement davon überzeugt, selbst die Kontrolle über eintretende Ereignisse zu haben. Diese Fähigkeit muss letztlich nicht immer positiv sein, schlägt besonders dann in negative Konsequenzen um, wenn man es eben nicht mehr in der Hand hat, ob die eigene Stelle aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen gestrichen wird oder die angestrebte berufliche Position mit einem ebenso qualifizierten Bewerber, wie man selbst einer gewesen wäre, besetzt wird. Sobald die Situation im Grunde unkontrollierbar ist, wäre ein wenig mehr externale soziale Kontroll-

106 Vgl. Thomas Rammsayer u. Hannelore Weber, Differentielle Psychologie. Persönlichkeitsforschung, Göttingen 2012, S. 87f.

107 Vgl. Ebd. S. 99.

108 Vgl. Illona Böhle, PsyCap. Die Entwicklung von psychologischem Kapital und dessen Mehrwert für Unternehmen, Hamburg 2013, S. 14.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

überzeugung statt ausschließlich internale Muster der angemessenere Verarbeitungsmodus für Druck, Stress und Krisen auf dem Arbeitsmarkt.[109]

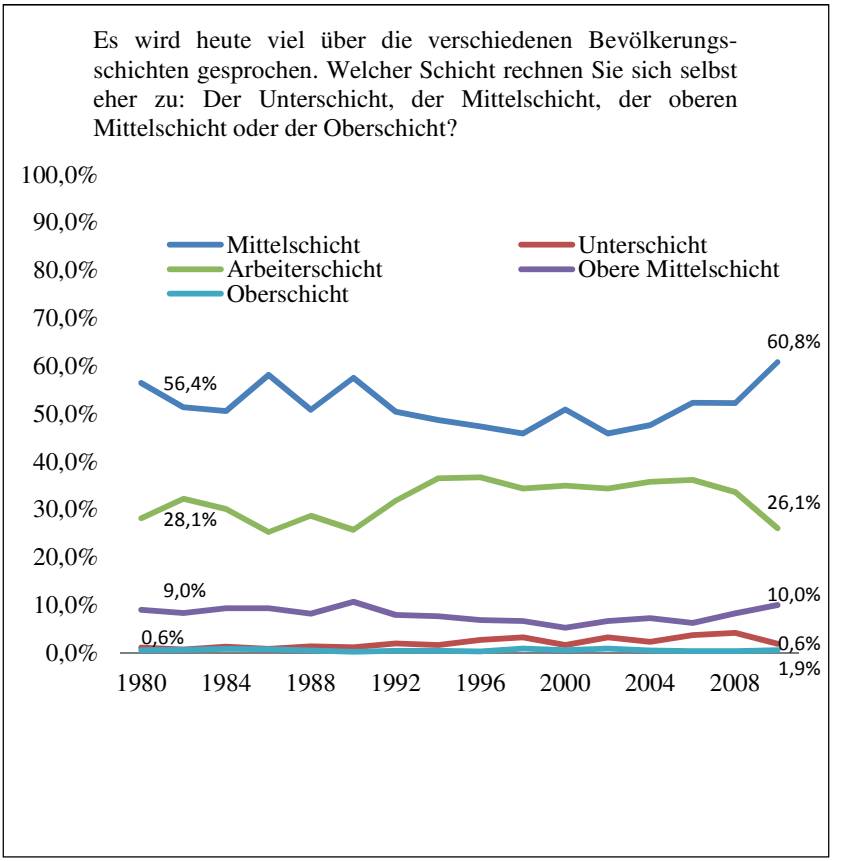
5.5 SELBSTSICHT UND GRENZZIEHUNG: DIE MITTE ZWISCHEN DEN OBEREN UND UNTEREN RÄNDERN

Bereits einleitend ist thematisiert worden, dass sich ein Großteil der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Bevölkerung in der Mitte verortet. Die kumulierten Umfragen seit 1980 zeigen (siehe Abbildung auf der folgenden Seite), dass die Selbstverortung zwischen einer Arbeiter- und Unterschicht auf der einen und einer oberen Mittelschicht und Oberschicht auf der anderen Seite im Vergleich zu den letzten zwanzig Jahren ein Ausmaß wie nie zuvor erreicht hat. Der geöffneten Schere zwischen Arm und Reich sowie Lohnspreizungen und Rückgang von Normalarbeitsverhältnissen zum Trotz spielen die Oberschicht und Unterschicht in der Selbsteinstufung eine so unbedeutende Rolle wie kaum zuvor, stagniert die Einordnung in die Oberschicht weiterhin unter einem Prozent und legt als Verstärker des Trends die Selbstpositionierung in der oberen Mittelschicht von 5,3 Prozent im Jahr 2000 auf beinahe fünf Prozentpunkte zu, auf schließlich zehn Prozent im Jahr 2012.

109 Vgl. zu den Kontrollüberzeugungen Thomas Rammsayer, Differentielle Psychologie, 2012, S. 99f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

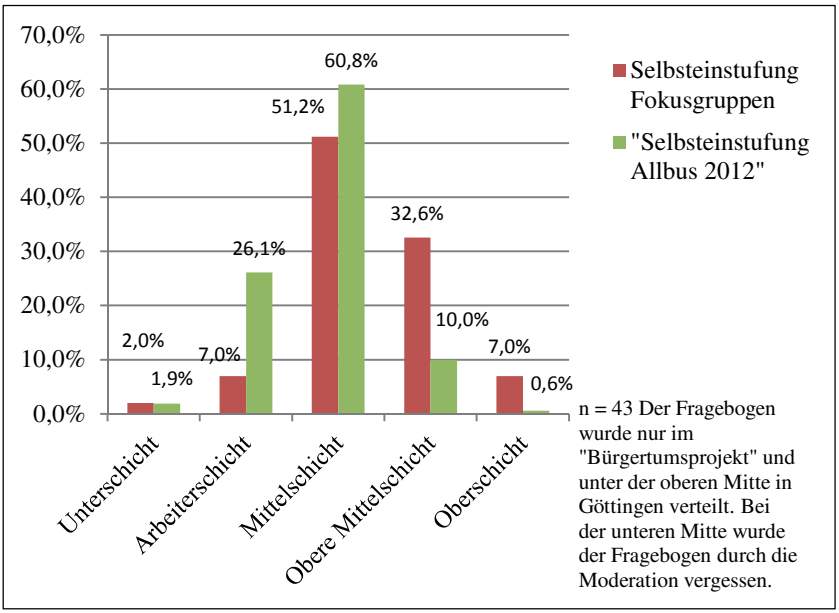
Abbildung 6: Selbsteinordnung in die sozialen Schichten durch die Bundesbürger



Quelle: Eigene Abbildung, Daten nach der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften Allbus 1980-2012.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Abbildung 7: Selbsteinstufung der oberen Mitte im Vergleich mit den Allbus-Daten



Quelle: Eigene Abbildung; Daten nach der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften Allbus 1980-2012.

Die soziale Selbstverortung in einer hierarchischen Schichtung ist stark durch die Traditionen der politischen Kultur des jeweiligen Landes vorgegeben sowie durch das institutionell gestützte gesellschaftliche Gefüge geprägt.[110] Dieser Zusammenhang wurde auch von den Teilnehmern der Fokusgruppen thematisiert: Deutschland habe sich schon immer durch eine Mitte ausgezeichnet, die „das Land bisher immer nach vorne gebracht" hat. Eben *weil* der Mitte in der Bundesrepublik zahlreiche positive Funktionen zugeschrieben werden, verblüfft es nicht, dass es einen großen Drang gibt, sich dort zu positionieren. In dem Teilforschungsprojekt „Oberschicht und Bürgertum" wurden die Teilnehmer nach dem Muster der Allbus-Umfrage gebeten, sich für eine der fünf angebotenen Schichten zu entscheiden. Im Vergleich zu der Allgemeinen Bevölkerungs-

110 Martin Kronauer, Verunsicherte Mitte, gespaltene Gesellschaft?, 2008, hier S. 347.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

umfrage aus dem Jahr 2012, stuften sich die Befragten zwar seltener in die Arbeiterschicht und häufiger in die obere Mittel- und Oberschicht ein, dennoch ist auch hier ein deutlicher Drang zur Mitte ablesbar.

Dieser Drang zur Mitte wird von den Befragten beispielsweise über das Attribut „normal" verbalisiert. Sie fühlen sich als „Normalsterblicher" oder „Ottonormalverbraucher", die einem „normalen" Beruf nachgehen, „normales" Gehalt verdienen, in einem „normalen" Haus leben und über einen „normalen Menschenverstand" verfügen. Normal ist in ihren Augen ein jeder Bürger. Obwohl niemand in der Lage war, dieses „normal" zu definieren, wusste offenbar jeder sofort, was damit gemeint war. Nicht in einer einzigen Gruppe wurde der Forderung nach Normalität widersprochen. Schließlich, so eine Aussage, „möchte jeder Mensch maximal normal sein".

Das Bekenntnis zur Normalität signalisiert Zugehörigkeit zu einer Mehrheit, schließt verschiedene Lebensstile ein und vermittelt – eben durch diese Inklusivität – Sicherheit und Orientierung. Dieser „Normalismus", wie er auch von Jürgen Link beschrieben wurde, ist nichts Biologistisches oder Anthropologisch-Konstantes, sondern ein historisch-kulturelles Amalgam, mit dessen Hilfe Neuerungen und Veränderungen aus den historischen Erfahrungen heraus als „normal" und eben akzeptabel deklariert werden.[111] Darüber hinaus transportiert die Normalität für die Befragten etwas enorm Beruhigendes, denn sie ist per se äußerst positiv konnotiert. Während die Befragten schon nicht fassen konnten, was denn nun genau „normal" sei, fiel es ihnen hingegen leicht, bruchstückhaft zu umreißen, was ihrer idealisierten und allumfassenden Normalität widerspricht: So sind „RTL II-Zuschauer" genauso wenig „normal" wie eine Zahlung von einhundert Millionen Euro Abfindung für ein Vorstandsmitglied. Das Normierende an der Normalitätsforderung oder eben auch das von Matthias Enzensberger verurteilte Durchschnittliche[112] nahmen die Befragten ebenso wenig wahr, wie die Tatsache, dass durch die offene Definition jederzeit alles und jeder aus dieser Normalitätsgemeinschaft ausschließbar wird.

Neben dem Signalwort „normal" transportieren auch die verwendeten Metaphern des „kleinen Mannes" oder der „kleinen Leute" die Inklusivität und Zugehörigkeit zur Mitte. Während der „kleine Mann" oftmals der „Dumme" ist und das „Nachsehen hat", werden ausschließlich die „Großen" unterstützt. Auffällig

111 Joscha Legewie, Zum Einfluss regionaler Arbeitslosigkeit auf Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 60 (2008), S. 286-313, hier 452f.

112 Vgl. Hans Magnus Enzensberger, Mittelmaß und Wahn, 1991.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ist, dass jene vermeintlich bescheidene Selbstzuschreibung als „kleiner Mann“ durch die Vertreter der oberen Mitte beinahe überhaupt nicht thematisiert wird. Gleichzeitig ist es kein Exklusivitätsmerkmal der Vertreter der unteren Mitte, sondern wird vorwiegend aus dem Zentrum der gesellschaftlichen Formation heraus angesprochen. Und nicht nur Männer, sondern auch Frauen verwenden das Bild des „kleinen Mannes“, der allein gelassen wird und der der Leittragende von Reform und Veränderung ist. Letztlich spielt die Formulierung der „kleinen Leute“ auf eine Herabsetzung der eigenen Position innerhalb einer gesellschaftlichen Verfassung an, die wiederum – so der implizite Kommunikationsprozess – einen Anspruch beinhaltet, mehr Aufmerksamkeit, mehr Unterstützung, mehr Gewicht zu bekommen. In dieser doppelten Taktik des Sich-Klein-Machens gepaart mit dem Verweis auf die Anerkennungspflicht eines vermeintlichen „Anrechts an Mehr“ wird die selbstbewusste eigenhändig vorgenommene Positionierung der Mitte innerhalb der unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen offenbar.[113]

Der Trend zur Selbsteinordnung in eine große und breite Mittelschicht wird nicht nur durch die gewachsene gesellschaftliche Ausprägung bestimmt, sondern auch durch ein „Wechselspiel zwischen drinnen und draußen“ beeinflusst.[114] Dies erklärt womöglich auch den anhand der Allbus-Daten ablesbaren Anstieg der Anteile der Mitte seit dem Jahr 2008. Gerade wenn die Zeiten – ob gefühlt oder real – unsicherer werden, möchte man sich offenbar einer dominierenden gesellschaftlichen Gruppe zugehörig fühlen und kein Außenseiter sein.

Ein ähnlicher Mechanismus vollzog sich womöglich auch in den Fokusgruppen der oberen Mitte: Gerade nach dreistündigen Gruppendiskussionen entwickelt sich meist ein starkes „Wir-Gefühl“, welches sich in diesem Fall auf die anwesenden Vertreter einer ressourcenstarken Subgruppe bezieht. Aus diesem Grund wird am Ende der Befragung der eine oder andere tendenziell sein Kreuz bei der oberen Mittelschicht und Oberschicht gemacht haben, während er sich nach einer alltäglichen Woche womöglich eher – wie es die Allbusdaten widerspiegeln – in der gesellschaftlichen Mitte eingeordnet hätte. Wäre der Fragebogen in allen Forschungsprojekten eingesetzt oder von den Teilnehmern vor der Gruppendiskussion ausgefüllt worden, wäre das Ergebnis sicher noch deutlicher ausgefallen, denn keiner der Befragten bezeichnete sich im Laufe der Diskussio-

113 Zu einer weiteren Einordnung der Semantiken bezüglich „des kleinen Mannes“ vgl. auch Kapitel 5.7.7. Zwischenfazit Das Verhältnis der der Mitte zur Politik – zwischen Populismus und transienter Verweigerung.

114 Heinz Bude, Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden, 2006, S. 234.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nen als „Nicht-Mitte“, Teil des Bürgertums oder der Arbeiter- und Unterschicht. Ganz im Gegenteil: Die Interviewpartner scheinen sich durchweg als Teil des „Mittelklassemilieus“ zu fühlen, dem typischerweise „Akademiker, Angestellte und Lehrer“ angehören würden.

Während es auf der einen Seite aufgrund der unterschiedlichsten Lebensstile und Werthaltungen tatsächlich Schwierigkeiten bereitet, die Mitte zu definieren, sind demgegenüber die Teilnehmer der durchgeführten Fokusgruppen verhältnismäßig deutlich zu einer Beschreibung dessen in der Lage, was nicht Mitte ist und so auch nicht zu der von ihnen imaginierten Gemeinschaft dazugehört. Diejenigen, die arm und reich, beziehungsweise mit ihren Worten, die „oben“ und „unten“ sind, haben an ihrer Vorstellung von Gesellschaft nicht teil.

Wobei auf den ersten Blick den Befragten eine Abgrenzung nach „unten“ deutlich leichter zu fallen scheint als nach „oben“. „Oben“ sind „Finanzjongleure“, die sich durch „Gier und Raffsucht“ auszeichnen, auch Politiker, die „einfach Entscheidungen durchdrücken“, Konzerne, die sich „das Geld in die eigene Tasche stecken“, „Manager“, die sich „nicht gut verhalten“ und „immer nur abgreifen“ oder jemand, der auf der „Karriereleiter ganz oben steht“. Die Gemeinsamkeit der beschriebenen Typen aus den Höhenlagen der Gesellschaft bestehen aus Sicht der Befragten darin, dass sich der Zusammenhang von Leistung und Verdienst aufgelöst hat. Die Aussagen bestätigen ebenso die bisherige Forschung, dass Reichtum an sich über wenig Legitimation innerhalb der Mehrheitsgesellschaft verfügt.[115] Daneben zeigen die Formulierungen auch, dass den Befragten ein Begriff für all jene „dort oben“ fehlt, während sie sich selbst als „die Menschen“ betrachten. Die Abgrenzung nach oben findet durch den Ausschluss des Unbekannten statt. All das, was sie nur über das Fernsehen, aus den Illustrierten oder den Selbstvermarktungskanälen der Stars und Sternchen wahrnehmen, hält sich im alltäglichen Leben vor ihrer eigenen Anschauung verborgen, ist demzufolge nicht Teil ihrer Vorstellung von Gesellschaft.[116]

115 Vgl. Wolfgang Glatzer u. Jens Becker, Einstellung zum Reichtum. Wahrnehug und Beurteilung sozio-ökonomischer Ungleichheit und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen in Deutschland, 2008, online einsehbar unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a381-forschungsprojekt.pdf?__blob=publicationFile [eingesehen am 13.12.2012], S. 47.

116 Vgl. ähnliche Argumentation bezüglich der unerkannten Oberschicht bei Walter Wüllenweber, Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land rounieren – und wer davon profitiert, 2012.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Demnach ist die Mitte der Gesellschaft in einem gewissen Maß auch in ihrer Selbstdefinition ein Vertreter der viel diskutierten und gesuchten „neuen Bürgerlichkeit“.[117] Schließlich haben sich nicht nur zahlreiche vormalig exklusive bürgerliche Normen und Wissensbestände, wie beispielsweise das Arbeits- und Leistungsideal, in der Mitte ausgebreitet[118], sondern konstruieren die Vertreter der Mitte ihre gesellschaftliche Formation nach oben hin so inklusiv, setzen die Grenze zwischen Mitte und „oben“ so hoch an, dass tatsächlich nur noch das „gehobene Bürgertum“ und die sehr reiche Oberschicht aus ihrer Perspektive nicht mehr dazu gezählt werden. Eine schärfere Kontur der Abgrenzung nach oben würde sich möglicherweise durch eine Untersuchung der Distinktionsmechanismen des äußerst exklusiven und finanzkräftigen Bürgertums ergeben. Allein aus der Mitte heraus bleibt jedoch die Grenze vage und ein wenig unbestimmbar, wird der definitorische Raum der Mitte nach oben weit und kaum einhegbar.

Demgegenüber fällt es den Befragten leichter, eine Grenze nach „unten“ zu verbalisieren, jenseits der sich Kriminelle, Alkohol- und Drogensüchtige, Überschuldete, „Arbeitsfaule“ und „nicht integrierbare“ und „integrierwillige Neubürger“ befinden. Auch dies ebenfalls Personen, die die Fokusgruppenteilnehmer nicht aus eigener Erfahrung kennen. Auffällig ist jedoch, dass die Befragten eine Fraktion zu der von ihnen ausgemachten gesellschaftlichen Formation zählen, die gemeinhin nicht als ein Bestandteil der Mitte der Gesellschaft betrachtet wird: Arbeitslose, die trotz zahlreicher Bemühungen in keine Anstellungen gelangen und Beschäftige im Zeitarbeitssektor oder Niedriglohnbereich. Jene sind aus Sicht der hier befragten Vertreter der Mitte ein Teil der von ihnen als „normal“ wahrgenommenen Gesellschaft. Eine Ursache für diese Offenheit und Flexibilität könnte darin begründet sein, dass man die Unsicherheit der eigenen sozialen Position befürchtet.[119]

117 Ähnlich wie Thomas Meyer, Lifestyle- und Aktivbürger, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Jg. 57 (2010) H. 4, S. 17-20 und Jürgen Kocka, Bürgerlichkeit – Wovon reden wir eigentlich, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Jg. 57 (2010) H. 4, S. 4-8.

118 Zur Diffusionsthese vgl. exemplar. Dietmar Molthagen, Das Ende der Bürgerlichkeit? Liverpooler und Hamburger Bürgerfamilien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2007, S. 406.

119 Vgl. auch Soziale Gerechtigkeit – ein politischer „Kampfbegriff“?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 47 (2009), S. 9-14, S. 64.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Zusammenfassend kann formuliert werden, dass die Vertreter der Mitte all jene als Teil der Mehrheitsgesellschaft anerkennen, die durch Anstrengung signalisieren, Mitglied sein zu wollen. Dabei ist es zweitrangig, ob die Bemühungen diesbezüglich immer zielführend sind. Somit kann die These, dass die Mitte aus einem Gefühl der persönlichen Bedrohung heraus immer sehr präzise auf eine Abgrenzung zur Arbeiter- und Unterschicht bedacht ist[120] in dieser Vollumfänglichkeit hier nicht bestätigt werden. Sie ist gerade was die unteren Schichten betrifft, deutlich inklusiver, toleranter und großräumiger als erwartet werden konnte. Eben weil die Mitte den Erfolg nicht mehr zwingend der erbrachten Leistung zuschreibt und den Leistungsbegriff nicht mehr ausschließlich unhinterfragt verwendet, werden die Erfolglosen nicht per se stigmatisiert.[121]

Insgesamt verurteilen die befragten Vertreter der gesellschaftlichen Mitte diejenigen, die sich jenseits der oberen Grenze der Mitte befinden heftiger als jene aus den unteren Segment der Gesellschaft. Mit ihnen solidarisiert sich die Mitte eher – sei es aus Angst, Mitgefühl oder moralischen Gesichtspunkten. Dabei fühlt sich die Mitte wie auf einer kleinen Sandbank, deren Grundsubstanz nach und nach ins Meer gespült wird. Sie ist davon überzeugt, dass die „Schere zwischen Arm und Reich" immer weiter aufgehen wird, dass es „irgendwann keine Mittelschicht mehr", sondern nur „oben und unten" geben wird. Diese Annahmen werden auch durch repräsentative Umfragen bestätigt: immerhin würden 92 Prozent der Bürger der Vermutung zustimmen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich wachsen wird.[122] Aus diesem durch Verlustangst geprägten Selbstbild heraus speist sich ein ganz bestimmtes Bild von der Gesellschaft und eine Idealvorstellung davon, wie eben diese Gesellschaft eigentlich aussehen sollte.

120 Vgl. exempl. Steffen Mau, Lebenschancen, 2012, S. 190.

121 Wie noch Heike Solga, Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft, 2005, S. 46 annimmt.

122 Thieß Petersen, infas-Umfrage. Meinungen und Einstellungen der Bürger zur Globalisierung und zu globalen ökonomischen Risiken, 2011, online einsehbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_34721_34723_2.pdf [eingesehen am 10.12.2012].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

5.6 DIE MITTE IN DER GESELLSCHAFT ODER WAS IST GERECHTIGKEIT, SOLIDARITÄT UND VERANTWORTUNG?

Fragt man die Mitte danach, was Gesellschaft ist, bekommt man ein relativ klares, aber auch ein negatives Bild gezeichnet. Wir leben in einer „Ellenbogengesellschaft", „Wegwerfgesellschaft" oder „Leistungsgesellschaft", die durch Wertewandel und Zwänge gekennzeichnet ist und langsam aber sicher „zerbröckelt". Bei einer genauen Analyse fällt auf, dass die Fokusgruppenteilnehmer offenbar zwischen *Gesellschaft* und *Gemeinschaft* unterscheiden. Denn während der Begriff der *Gesellschaft* immer nur dann verwendet wurde, nachdem er von der Moderation initiiert worden ist, scheint die bevorzugte Vokabel der Vertreter der Mitte die der *Gemeinschaft* zu sein. Deren Akzentuierung eher durch die Begriffe wie beispielsweise „Gemeinschaftsaufgaben", „Gemeinschaftsbande", „Dorfgemeinschaft" und „Solidargemeinschaft" geprägt wird.

Offenbar fühlt sich die Mitte einer *Gesellschaft* ausgeliefert, an der sie wenig ändern kann und die durch externe Kräfte geformt wird. Demgegenüber erlebt sie die *Gemeinschaft* als einen harmonischen und gestaltbaren Ort, dem man sich zugehörig fühlt, an dem Interessen ausgeglichen werden und wo die Starken den Schwachen helfen. Die ontologische Auseinanderentwicklung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft ist erst ein Produkt des 19. Jahrhunderts.[123] Während die Gesellschaft für die negativen Assoziationen der Moderne herhalten musste, die ein „begrifflicher Platzhalter für die Ausbreitung kapitalistischer Erwerbslogik, Massenverelendung des Proletariats und die Zerstörung traditionaler Lebensformen wurde, [avancierte die] Gemeinschaft vielerorts zur Projektionsfläche für die im Zuge der Modernisierung verlorenen Sicherheiten"[124]. Nicht zufällig hat die Gemeinschaftskonzeption ihre Hochphase in Krisenzeiten erfahren.[125] Diese lösen offenbar eine Sehnsucht nach einer Gemeinschaft aus, die über dem Einzelnen steht sowie diesen überdauert und „die Möglichkeit darstellt, die spezifische Sinnlosigkeit und Diesseitigkeit des modernen Daseins zu überschreiten".[126]

123 Lars Gertenbach u. Henning Laus, Theorien der Gemeinschaft. Zur Einführung, Hamburg 2010, S. 31.

124 Ebd. S. 34.

125 o.A., Bildung in Berlin und Brandenburg 2010, 2010, S. 170.

126 Lars Gertenbach, Theorien der Gemeinschaft, 2010, S. 35.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

In diesem Zusammenhang ist der Befund interessant, wie die Vokabel der *Gemeinschaft* verstärkt in den Fokusgruppen der oberen Mitte gebraucht, hingegen in der unteren überhaupt nicht benutzt wurde. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass sich Teile der unteren Mitte exkludiert fühlen, zumindest hilfloser als diejenigen, die über ein größeres Haushaltseinkommen und einen höherwertigen Bildungsabschluss verfügen. Insgesamt scheint die Beobachtung, dass Gemeinschaft vorzugsweise positiv und Gesellschaft tendenziell negativ konnotiert ist, ein Indiz dafür zu sein, dass die Befragten sich durch Teile der Gesamtgesellschaft bedrängt fühlen.

Eine Leitidee ihrer Gemeinschafts- und Gesellschaftsvorstellungen ist das Erreichen sozialer Gerechtigkeit. Die Vorstellung von einem Ausgleich und einer gerechten Güterverteilung innerhalb der Gesellschaft war die häufigste mit dem Begriff der *Gerechtigkeit* ausgeführte Assoziation der Befragten. Davon abgesehen verlief die Diskussion zu dem Begriff an sich in allen Gruppen ausgesprochen schleppend. Das ist ein Hinweis darauf, dass den meisten Befragten konkrete Vorstellungen zu diesem Wert fehlen und es viele verschiedene und individuelle anstatt allgemein akzeptierte Konzeptionen von Gerechtigkeit gibt. Ein Großteil der Interviewpartner war überdies der Meinung, dass es Gerechtigkeit gar nicht geben kann. Dieser Tatbestand gilt offenbar vor allem für den Zustand des „Wirtschaftssystems". Hier habe die Globalisierung die Gerechtigkeit „aufgehoben".

Interessant ist, dass die Annahme der Nichtexistenz von Gerechtigkeit beinahe ausschließlich von Vertretern der „unteren Mitte" geäußert wurde. Ein Hinweis darauf, dass ihnen die Verhältnisse prinzipiell als ungerecht erscheinen und sie in der Eigenwahrnehmung wenig Gerechtigkeit erfahren. Ähnliches bestätigen auch Studien, in denen Indikatoren dafür identifiziert wurden, die das Schwinden von sozialer Gerechtigkeit belegen.[127] Innerhalb der Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände" entdeckten Claudia Dalbert und Andres Zick einen Zusammenhang zwischen einer ausgeprägten Gerechtigkeitsvorstellung und der Abwertung anderer, vor allem schwächerer gesellschaftlicher Gruppen.[128] Demzufolge unterstützt gerade die innerhalb der unteren sozialen Mitte

127 Vgl. Serge Embacher, Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdruss in Deutschland, Bonn 2009, S. 14f; auch Wolfgang Glatzer, Gefühlte (Un)Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 47 (2009), S. 15-20, S. 18.

128 Claudia Dalbert u. Andreas Zick, Die Leute bekommen, was ihnen zusteht. Der Glaube an eine gerechte Welt und die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in:

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

vertretene schwache Vorstellung des Wertes *Gerechtigkeit* den Befund aus den vorangegangenen Kapiteln. Eine Abwertung der sozial Schwächeren wird durch diese nicht praktiziert. Das kann letztlich auch als ein Hinweis darauf interpretiert werden, dass sie befürchten, in Zukunft womöglich selbst von Schicksalsschlägen und Ungerechtigkeiten betroffen zu sein. Infolgedessen solidarisieren sie sich in ihren Augen mit den sozial Schwächeren, denn sie könnten – da es schließlich ungerecht in der Welt zugeht – die nächsten sein, die von der Ungerechtigkeit eingeholt werden.

Neben der sozialen Gerechtigkeit evoziert ein Teil der Befragten den Wert der Gerechtigkeit mit Inhalten, die sich unter der Formel „Leistungsgerechtigkeit" subsummieren lassen. Diese Konnotation wiederum wird – wenig überraschend nach den bisherigen Ausführungen – eher in der oberen Mitte vertreten. Obwohl es allen Beteiligten beinahe unmöglich ist, Gerechtigkeit zu definieren, fordern die Befragten von der Politik ein, dass es in Zukunft mehr Gerechtigkeit geben sollte. Die Vertreter der Mitte wünschen sich „gleiche Maßstäbe für alle" und eine gerechte Justiz. Ein letzter Bereich, den die Fokusgruppenteilnehmer mit Gerechtigkeit verbinden, ist der der Generationengerechtigkeit. Diese bezieht sich nicht nur auf die Jüngeren, denen keine zerstörte Umwelt hinterlassen werden dürfe, sondern – wie bereits in dem Kapitel über den Leistungsdiskurs der Mitte angesprochen – ebenso auf ältere Menschen. Diese dürften, sofern sie ihr Leben lang gearbeitet hätten, aufgrund von gerechtigkeitsbasierten Beweggründen nicht von Altersarmut bedroht sein, sondern sollten vielmehr in die Gesellschaft integriert werden.

Lediglich ein geringer Teil der Fokusgruppenteilnehmer denkt bei Gerechtigkeit an Chancengerechtigkeit, die vorwiegend für Kinder Geltung haben solle. Dieses Bild von Gerechtigkeit impliziert gleichzeitig, dass die Gesellschaft als solche – bis zu einer gewissen Grenze – eine durchlässige Gesellschaft ist. Da diese Ansicht unter den Befragten, wie die vorangegangenen Aussagen deutlich machen, nicht mehr flächendeckend verbreitet ist, überrascht die unpräzise Gerechtigkeitsvorstellung an dieser Stelle nicht.

Im Lichte dieser Ergebnisse kann auch die These von Rolf G. Heinze, dass die Mitte Gerechtigkeit zunehmend als Teilhabegerechtigkeit interpretiere[129],

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Berlin 2010, S. 87-106, hier S. 102.

129 Rolf G. Heinze, Die erschöpfte Mitte. Zwischen marktbestimmten Soziallagen, politischer Stagnation und der Chance auf Gestaltung, 2011, S. 93. Auch Patrick

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nicht bestätigt werden. Die hier Befragten haben den Tatbestand angenommen, dass Gerechtigkeit – wenn es sie überhaupt geben sollte – ein rein individueller Befund ist, der „in der Welt da draußen" fehlt und bei dem es offenbar auch wenig Sinn hat, ihn allumfassend einzufordern, da sämtliche hierfür nötigen Mechanismen in ihren Augen dysfunktional geworden sind.

In der Annahme, dass Wertvorstellungen einen Großteil des Denkens und Handeln beeinflussen, wurden die Teilnehmer neben der Gerechtigkeit auch zu ihren Vorstellungen nach *Verantwortung* befragt. Hier waren die Ergebnisse weniger diffus als bei der Frage nach Gerechtigkeit, doch ähnlich unspezifisch. Dennoch konnte in Grenzen ein Deutungsmuster identifiziert werden. Verantwortung bezog ein Großteil der Befragten auf sich selbst. Sie gaben zu Protokoll, dass dieser Wert für sie zunächst Eigenverantwortung bedeutet. Indem man „ehrlich und zuverlässig" ist, verbindlich „für etwas einsteht" und „ein Vorbild für andere ist", übernimmt man Verantwortung für sein eigenes Handeln. Die Übernahme von Selbstverantwortung bezieht sich jedoch nicht ausschließlich auf die eigene Persönlichkeit, sondern wird als Anforderung auch von anderen erwartet. Die Mitte fordert mehr Eigenständigkeit und Selbstverantwortung, mehr Engagement innerhalb der Gesellschaft. Man dürfe sich nicht nur immer auf den Staat und die Gesellschaft verlassen, sondern müsse selbst handeln. Die äußerst starke Betonung der Eigenverantwortung ist zwar ein Ausdruck dafür, dass sich die Befragten nicht mehr auf die staatlichen Institutionen verlassen möchten oder können, aber auch gleichzeitig ein Beleg für eine zunehmende Entfremdung zwischen der Mitte selbst und den anderen Teilen der Gesellschaft.

Daneben ist für die hier Befragten Verantwortung auch etwas, was man übertragen und teilen kann. Eine Vorstellung beinhaltet, dass man aufeinander Acht gibt. Achtgeben bezieht sich in diesem Zusammenhang jedoch weniger auf die Mitmenschen sondern mehr auf die Umwelt. Man hat der Natur gegenüber eine Verantwortung und muss daher sein tägliches Handeln auf Nachhaltigkeit hin überprüfen. Hier sind es vor allem jene Befragten mit Kindern, die explizit für einen Verantwortungsbegriff eintreten, der den Nachhaltigkeitsgedanken und den bewusst schonenden Umgang mit der Natur einschließt. Während hingegen die Kinderlosen konsequent nur für sich und an die Folgen ihres individuellen

Sachweh kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, dass Ungleichheit unabhängig von der sozialen Lage beurteilt, hingegen auf der „differentiellen Erfahrungsgebundenheit" der einzelnen Individuen beruht. Vgl. Patrick Sachweh, Deutungsmuster sozialer Ungleichheit, 2010, S. 281.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Handelns dachten, demzufolge ihr Zukunftshorizont deutlich kleiner ist. Insofern sorgen sich diejenigen, die Kinder haben oder irgendwann einmal Eltern werden möchten, um die Zukunft mehr als die anderen.

In den Gruppengesprächen mit den Vertretern der oberen sozialen Mitte wurde die Diskussion bezüglich der Verantwortung dahingehend erweitert und fokussiert, dass man auch Verantwortung für andere übernehmen müsse. Es entstand der Eindruck, dass Eigenverantwortung für sie eine größere Selbstverständlichkeit ist als für den Kern der gesellschaftlichen Mitte und die ressourcenschwächeren Vertreter der Untersuchungsgruppe. Doch Verantwortung für andere zu übernehmen, für die Kinder, die Familie, ein größeres soziales Umfeld, kann mitunter anstrengend sein. Auch das wurde in den Fokusgruppen betont. Daneben bezog die obere Mitte Verantwortung auch auf kritisches Denken und die Pflicht, sich in der Gesellschaft einzubringen. Ein Faktum, das auch gerade für die engagierte Mitte, also für diejenigen Vertreter aus der Bürgerprotestudie, eine große Rolle spielte. Doch gerade all jene, für die Pflicht zur Verantwortung auch belastend sein kann – ein Akzent, den vor allem Vertreter der oberen Mitte deutlich setzen – erwarten hierfür als Gegenleistung eine überproportionale Anerkennung von der Gesellschaft.

Dennoch: Trotz der oben beschriebenen verhältnismäßig inklusiven Selbstpositionierung innerhalb der Gesellschaft und der Betonung an Verantwortungsübernahmebereitschaft auch für die „schwachen Glieder", ist die gesellschaftliche Mitte, wie sie hier untersucht wurde, nicht allumfassend solidarisch mit sämtlichen Bevölkerungsgruppen. Die Indizien dafür reichen von feinen semantischen Hinweisen bis zu handfesten Äußerungen. So stimmt ein kleiner Teil der Befragten Thilo Sarrazin zu und zeichnet mit einem legitimierenden Verweis auf seine Äußerungen das Bild der arbeitslosen und überschuldeten Media-Markt-Konsumenten – die offensichtlich kein Teil der von der Mitte imaginierten Gesellschaft sind. Mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab" entfachte Sarrazin im Jahr 2010 durch provokante Thesen über den demographischen Wandel, die von ihm konstatierte Zunahme der sogenannten „Unterschicht" und einer vermehrten Einwanderung aus vorwiegend muslimisch geprägten Kulturen sowie der von ihm als dramatisch inszenierten gesellschaftlichen Folgen für Deutschland eine kontroverse Debatte. Diese Coverstory[130] wurde in den Gruppengesprächen aufgegriffen. Sarrazin habe „endlich die Wahrheit" über die Zustände in unserer Gesellschaft gesagt, jedoch gleichzeitig „nur an der Oberfläche gekratzt – denn es gäbe diesbezüglich noch viel mehr zu sagen". So schütze

130 Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne, 2010, S. 226.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

man „die Ausländer in Deutschland mehr als die Deutschen“ und es gäbe „zu viele Ausländer auf den Gymnasien“. Doch all diese Aussagen konnten nur innerhalb der Gruppendiskussionen im Jahr 2010 beobachtet werden, während jenseits des medialen Hypes um seine Person, Sarrazin in den Fokusgruppen nicht thematisiert worden ist. Überdies konnte keine dieser vereinzelten Aussagen auf Zustimmung innerhalb der Gruppen treffen, ihnen wurde mitunter sogar – wenn auch nicht entschieden – widersprochen.

Das heißt im Umkehrschluss jedoch nicht, dass extremistische und rassistische Ansichten innerhalb der Untersuchungsgruppe nicht vertreten waren. Die, in der Antisemitismusforschung entwickelte Theorie der „Kommunikationslatenz“ verweist darauf, dass deutliche antisemitische Äußerungen im öffentlichen Raum nicht artikuliert werden, weil sich die Sprecher von Sanktionen und Strafandrohungen bedroht sehen. Latente Einstellungsmuster werden eher im privaten oder semiöffentlichen Raum geäußert. Gerade in diesem Licht sind die in den Fokusgruppen gefallenen und oben festgehaltenen Aussagen nicht unerheblich.[131] Insgesamt sind fremdenfeindliche Argumentationsmuster ein Randphänomen in den durchgeführten Gruppendiskussionen gewesen – wobei jedoch eingewandt werden muss, dass im Gegensatz zu anderen Studien hier nicht explizit danach gefragt wurde.[132] Im Rahmen dieser Studie mit einem in den Gruppen völlig anderen moderierten Schwerpunkt fielen völkische Kollektivsingulare und abwertenden Aussagen zwar selten, aber mitunter ganz selbstverständlich. Dabei stießen diese Aussagen kaum auf Widerspruch, sondern eher auf Gleichgültigkeit oder stille Zustimmung.

So zieht die Mitte zwar keine Grenze zwischen sich und jenen, die „unverschuldet ihren Job verloren haben“, wohl aber eine deutliche Trennlinie zwischen sich und „denen“: zwischen denjenigen, die nicht „richtig deutsch sprechen“ und „die deutsche Werte nicht akzeptieren“, denen, die den Anforderungen einer imaginierten deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht nachkommen.

131 Zur Kommunikationslatenz erstmals Werner Bergmann u. Rainer Erb, Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 38 (1986), S. 223-246; Heiko Beyer u. Ivar Krumpal, „Aber es gibt keine Antisemiten mehr“. Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen, in: Kölner Zeitschrift für Psychologie und Sozialpsychologie, Jg. 62 (2010) H. 4, S. 681-705, S. 701.

132 Vgl. in diesem Zusammenhang die Studien von Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne, 2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Auffällig ist es auch, dass selbst Diskussionsteilnehmer mit Migrationshintergrund, die sich selbst als integriert bezeichneten, rassistischen Anspielungen nicht widersprachen oder denen ihre eigene Erfahrung und Integrationsleistung entgegensetzen.

Der bereits oftmals nachgewiesene Zusammenhang zwischen dem Gefühl, sich *politisch* ausgeschlossen zu fühlen und der Neigung zu xenophoben und rechtsextremistischen Einstellungen ist auch hier identifiziert worden.[133] Denn nationalistische Töne waren vorwiegend von jenen zu vernehmen, die das *politische System* hart kritisierten. Ein Befund, der im kommenden Kapitel weiter diskutiert wird.[134]

5.7 ÜBERZOGENE ERWARTUNGEN, LEGITIMER ANSPRUCH ODER VÖLLIGE INDIFFERENZ? DAS VERHÄLTNIS ZUM POLITISCHEN SYSTEM

5.7.1 „Flachpfeifen“ und „Dampfplauderer“ – Erwartungen an Politiker

Die befragten Vertreter der gesellschaftlichen Mitte nehmen Politik vorwiegend über das handelnde Personal wahr. Dabei werden diese Personen in den seltensten Fällen mit einem bestimmten politischen Projekt verbunden, sondern es wird über deren Aussehen geurteilt beziehungsweise über eine spezifisches Bild des Politikers Mutmaßungen angestellt: Frau von der Leyen als mehrfache Mutter, Philipp Rösler als Einwandererkind und Theodor von und zu Guttenberg als Adelsspross. Daneben werden die amtierenden Politiker in den Fokusgruppen für nahezu alle schief laufenden Entwicklungen verantwortlich gemacht. Die Mitte scheint beinahe eine tiefe Verachtung für die politischen Vertreter in legislativen und exekutiven Gremien zu hegen und signalisiert dies in deutlichen Worten. In ihrer Wahrnehmung wird „der kleine Mann“ von „denen dort oben“ doch „nur verarscht“. Die Befragten machen die Politiker für die geringen Löh-

133 Vgl. exempl. Oliver Decker u. Marliese Weißmann, Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Berlin 2010.

134 Mit ihnen muss die Erosion der politischen Mitte konstatiert werden. Auch Christoph Butterwegge u. Alexander Häusler, Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randprobleme oder Phänomene der Mitte?, in: Christoph Butterwegge u.a. (Hg.), Opladen 2002, S. 217-266, hier S. 243.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ne, nicht existenzfähigen Renten und schlechten Arbeitsbedingungen verantwortlich. Oftmals entstünden all diese identifizierten Probleme erst, weil die Politiker gedankenlos agierten, wie beispielsweise an der Entwicklung der Globalisierung erkennbar sei.

Die Politiker, so sehen es die befragten Vertreter der gesellschaftlichen Mitte, gehen ihrer Profession nicht nach, um etwas zu verbessern oder ihre Ziele durchzusetzen, sondern lediglich um „gutes Geld" zu verdienen. Ihre Handlungen würden einzig durch das Ziel definiert werden, die kommenden Wahlen zu gewinnen. Sie seien also nur Politiker, um für sich selbst den größeren Nutzen herauszuholen, sich in Berlin und den Landeshauptstädten die eigenen Taschen zu füllen. Insgesamt sei das System derart verkommen und dessen Strukturen so verstaubt, dass jegliche Reformbemühungen zwecklos sind. Selbst diejenigen, die gegen die Machenschaften ankämpfen, würden durch die etablierten Nutznießer des Systems beseitigt, wie die Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen im Fall Zumwinkel.[135]

Ohnehin fehle den Politikern das „Expertenwissen" und die „Hintergrundinformationen", um auf allen Gebieten die Entscheidungen treffen zu können. Sie sind keine technischen Spezialisten und könnten deshalb weder über Atomentlagerstandorte befinden noch, weil ihnen hierfür das volkswirtschaftliche Knowhow fehlt, die Wirtschaft lenken. Eine Argumentationsfigur, die sich besonders bei der engagierten und protestierenden Mitte fand.

Die Politiker sind aus Sicht der Befragten „blass", „unscheinbar" und „unglaubwürdig". Sie sind nicht „volksnah" genug und wenn sie unmittelbar nach ihrem Universitätsabschluss in die Berufspolitik einstiegen, hätten sie sowieso „keine Ahnung", welche Probleme sich in der Gesellschaft anhäufen oder wie die Familien ihren Alltag organisieren. Das „wirkliche Leben" der Mitte sei diesen politisch Tätigen letztlich fremd. Und wenn sich ein Politiker doch einmal „volksnah geben" sollte, dann vermuten die Befragten dahinter ausschließlich eine mediale Inszenierung. Sie halten Politiker für die „geborenen Schauspieler",

135 Die Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen nahm im Februar 2008 den damaligen Chef der Deutschen Post AG, Klaus Zumwinkel, im Licht der Öffentlichkeit fest. Zwischen Festnahme und Verhandlungseröffnung gegen Zumwinkel wurden durch das nordrhein-westfälische Justizministerium Prüfungsverfahren gegen Lichtinghagen eingeleitet. Sie verließ daraufhin die Bochumer Abteilung für Wirtschaftskriminalität und wechselte zum Essener Amtsgericht. Dies löste in der Öffentlichkeit große Empörung aus. Vgl. Hans Leyendecker, Eine gemachte Heldin, in: Süddeutsche Zeitung, 17.05.2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

die den Bürgern nur ihre „rhetorischen Taschenspielertricks“ präsentierten. Aber die Mitte der Gesellschaft falle auf solche Selbstdarstellungen wie von der „Übermutter“ von der Leyen oder dem Pop-Politiker Guttenberg nicht herein. Sie gibt nichts auf die Versprechen der Politik – denn es ist alles nur „Getue“, es sind „leere Phrasen“, um die nächsten Wahlen zu gewinnen oder ein „reines Geschachere“, um gute Startplätze für die anstehenden Koalitionsverhandlungen zu erlangen. Insgesamt herrscht bei den Befragten der Eindruck vor, dass sie mangelhaft repräsentiert werden.

Dabei sollten die Politiker dafür Sorge tragen – so der Anspruch der Fokusgruppenteilnehmer –, dass „das Leben funktioniert“. Sie erwarten Ehrlichkeit, Verbindlichkeit, Sachverstand, Glaubwürdigkeit, Durchsetzungsfähigkeit und Überzeugungskraft, Autorität, Zielstrebigkeit, Charakterfestigkeit und Verantwortlichkeit. Verantwortliches Handeln bedeutet einen bewussten Umgang mit Steuermitteln und die persönliche Haftung bei politischen Fehlentscheidungen. Durchsetzungsfähigkeit impliziert die zielgerichtete und machtvolle Umsetzung politischer Projekte gegen jedwede Widerstände. Es wird ein Politiker imaginiert, der „was hinbekommt“, Reformen vorschlägt, durch- und umsetzt. Mit Charakterfestigkeit ist gemeint, den vielen Verlockungen zu widerstehen und „Gewissensentscheidungen“ zu treffen, statt sich im „Filz“ und den „Seilschaften“ zu verheddern oder sich der Parteipolitik und dem Fraktionszwang zu beugen. Ehrlichkeit heißt, unbeliebte Dinge anzusprechen, zu „sagen, wie es wirklich ist“. Glaubwürdigkeit schließlich meint die Durchsetzung der Wahlversprechen. Allerdings müssen dies keine übergroßen „Megaversprechungen“ sein. Die hier befragte Mitte würde sich auch mit „kleineren Brötchen“ zufriedengeben. Sie wünscht sich, dass die Politiker mit Versprechungen im Wahlkampf eher zurückhaltend agieren und diese dafür dann lieber während der Legislaturperiode umsetzen.

Das Anforderungsprofil an den idealen Politiker ist äußerst anspruchsvoll. Die Befragten wünschen sich Politiker, die das Geld nicht unnütz ausgeben, nicht „verballern“ sondern einfach nur ganz „logisch“ haushalten. Dabei seien als Eigenschaften der Politiker gute Kontakte und Intelligenz unerlässlich. Schließlich könnten sie Widerstände nur dann umschiffen, wenn sie mit allen Wassern gewaschen seien. Man wünscht sich politische Entscheider, die „ehrlich“ sind, auch wenn dies die Verkündung schlechter Nachrichten bedeutet, die authentisch und glaubwürdig sind – wozu auch Eingeständnisse bei Fehlleistungen und Irrtümern gehören. Die Mitte möchte Politiker, die in der Lage sind, ihnen auch schwierige Sachverhalte zu erklären und diese nicht einfach übergehen. Gleichzeitig wünscht sie sich klare Aussagen statt „Wischiwaschi“ und Politiker, die nicht nur die nächsten vier oder fünf Jahre ihrer Regierungsbilanz

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

im Blick haben, sondern verantwortungsbewusst die Zukunft der kommenden fünfzig Jahre vorausplanen. Sie müssen die Welt für die Kinder gestalten wollen. Das bedeutet auch, dass sie sensibel auf die Umwelt zu achten haben und eine „Haltung" einnehmen müssen. Daneben möchte die Mitte zwar deutlich über Alternativen bei grundlegenden Entscheidungen aufgeklärt werden, sucht aber gleichzeitig auch politische Vorbilder, die ihnen bestimmte Entscheidungen abnehmen und sie dadurch entlasten.

Neben all diesen Anforderungen müssten Politiker „charismatisch" sein, sich gleichzeitig um Probleme vor Ort kümmern können und weniger in der Welt herumtreiben. Die Vertreter der Mitte fühlen sich von den Politikern nur dann gut vertreten, wenn sie den Eindruck haben, dass der Minister oder die Ministerin auch tatsächlich wissen oder zumindest anhand ihres Lebenslaufes theoretisch wissen könnten, was bei ihnen an der „Basis" los ist, wenn sie Volksnähe zeigen und „echt sind". Und dies gelingt aus Sicht der Mitte der Gesellschaft dem Politiker anscheinend umso besser, je weniger er in der Hierarchie aufgestiegen ist. Denn je höher sie auf der politischen Karriereleiter klettern, desto weniger sympathisch wirken sie auf die Befragten, desto weniger Authentizität unterstellen sie ihnen. Daneben sollte ein „guter Politiker" auch irgendwie „anders" sein, sich von dem politischen Mainstream abheben. Dies funktioniere durch ein jugendliches Auftreten wie beispielsweise von Philipp Rösler, durch das Vertreten von Meinungen, die als unkommerziell bezeichnet werden oder durch die Repräsentation von gesellschaftlichen Randgruppen, wie es von Guido Westerwelle durch das Bekenntnis zu seiner Homosexualität praktiziert werde. Auf keinen Fall sollten Politiker aber selbst aus Politikerfamilien stammen, wie beispielsweise Ursula von der Leyen. Dann wittern die Befragten erbmonarchische Zustände und mangelnde Volksnähe. Doch die Vertreter der Mitte haben nicht das Gefühl, dass die Politiker irgendwie mit ihnen in Kontakt stehen oder gar, dass sie auf irgendwas Einfluss hätten. Lediglich über das Geld treten die Politiker mit „den Menschen" in Beziehung – indem sie es ihnen „aus der Tasche ziehen".

Die zusammenfassende Präsentation der Diskussionen in den Gruppen zum Anforderungsprofil des Politikers zeigt nicht nur, dass diese in der Mitte der Gesellschaft einen schweren Stand haben, sondern auch äußerst ambivalent beurteilt werden: Empfindet man beispielsweise Frau von der Leyen auf der einen Seite als taff, die für ihre politischen Ziele und für Umbrüche einsteht, bemängelt man auf der anderen Seite ihre Rolle als Mutter sowie ihre Herkunft aus einer Politikerfamilie. Sie „kann sich doch Haushaltshilfen leisten", denn bei ihr „steckt Geld dahinter", während „normale Menschen so nicht leben" könnten. Ebenso ergeht es Philipp Rösler: Auf der einen Seite fanden die Befragten es

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

positiv, dass der „Junge“ mal „frischen Wind“ bringt, andererseits kenne er als „Uni-Frischling“ nicht das „wahre Leben“.

Quantitative Umfragen geben einen Hinweis darauf, dass die Meinung über Politiker erst in den letzten Jahren und Jahrzehnten so dramatisch ins Negative gekippt ist. Waren einer repräsentativen Umfrage zur Folge in den 1990er Jahren noch 42 Prozent der Meinung, dass sich die Abgeordneten primär an den Interessen der Bevölkerung und nicht an den eigenen Vorteilen oder den Forderungen der Lobbyisten orientieren, standen 2001 nur noch 26 Prozent und 2011 lediglich noch 15 Prozent hinter dieser Aussage.[136] Auch die in den Fokusgruppen vertretenen Ansichten erwecken den Eindruck, als beurteilen die Befragten ehemalige Politiker, die in der Vergangenheit agierten, deutlicher positiver: „Früher“ seien die Politiker eher „Praktiker“ gewesen und schon allein daher viel durchsetzungsstärker. In diesem Zusammenhang werden immer wieder Helmut Schmidt, Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher genannt – all jene seien wenigsten noch „gute Politiker“ gewesen. Gut deshalb, weil sie sich durchsetzen konnten, weil sie glaubwürdig waren und Lebenserfahrung hatten. Bei alledem gestehen die Befragten vereinzelt ein, dass man Politiker und deren Durchsetzungsfähigkeit ohnehin erst in der Retrospektive bewerten könne. So verband vor allem die engagierte Mitte aus der Bürgerprotestst udie mit dem Kniefall von Willy Brandt im Dezember 1970 in Warschau eine äußerst positive Assoziation. Demgegenüber befanden laut einer Spiegel-Umfrage Ende des Jahres 1970 lediglich 41 Prozent der Befragten die spontane Geste für angemessen und immerhin 48 Prozent für übertrieben.[137] Die Geste hat sich demzufolge erst in der Retrospektive positiv in den Erfahrungsraum eingeschrieben.

Die Befragten gehen davon aus, dass sich gegenwärtig gute Politiker – wenn es sie denn gäbe – in den Parteien durchsetzen könnten. Denn wenn diese es wagen würden, mit ihren Ideen „vorzupreschen“, würden sie gegen die festgefahrenen Mauern der Parteien rennen und von ihren Vorsitzenden „zurückgepfiffen“ werden. In den Augen der befragten Vertreter der Mitte sind die Politiker eine Kaste, die es sogar schafft, sich dem Gesetz zu entziehen, wie es Helmut

136 Thymian Bussemer, Die erregte Republik. Wutbüger und die Macht der Medien, Stuttgart 2011, S. 35.

137 Adam Krzemiński, Der Kniefall, in: Etienne François u. Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 1, München 2001, S. 638-653, S. hier 651. Immerhin wäre 1972 Brandt wegen dieser Geste von seinen politischen Gegner beinahe gestürzt worden: Vgl. Arnulf Baring u. Gregor Schöllgen, Kanzler, Krisen, Koalitionen. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel 2006, S. 127.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Kohl in der CDU-Spendenaffäre vorgemacht habe. Die etablierten Politiker würden aus Angst vor Konkurrenz keine jungen Leute mehr aufbauen, da diese spätestens dann „aus dem Verkehr gezogen" würden, wenn sie drohen, an dem Stuhl der „Leitwölfe" zu sägen.

Neben dieser sehr expressiven Schelte der Politiker, die in allen Gruppen und Teilprojekten geäußert wurde, waren vereinzelt einschränkende Bemerkungen zu hören, die Verständnis für politische Aushandlungsprozesse und Handlungsspielräume erkennen lassen. So könne man beispielsweise an Angela Merkel ablesen, wie sehr das Amt an einer Person zerre. Überdies: Politiker seien für ihre offensichtlich schwere und verantwortungsvolle Tätigkeit vor allem im Vergleich zu Spitzenmanagern völlig unterbezahlt. Positiv reagierten die Befragten auch dann, wenn der Politiker ihrer Wahrnehmung nach ein intaktes oder „harmonisches" Privatleben vorzuweisen hat. Und schließlich waren singulär auch Aussagen vernehmbar, dass bei aller Fehlbarkeit der Politiker diese schließlich nicht in einem luftleeren Raum agierten, sondern in verschiedene Systeme eingebunden seien, europäische Vorgaben und andere Verflechtungen erschwerten ihnen die autonome Arbeit enorm.

5.7.2 „Geschacher" und „Einheitsbrei" – Das politische System in der Wahrnehmung der Mitte

Auch die Politik an sich wird keinesfalls positiver als die handelnden Akteure bewertet. Politik gilt den Befragten als „schmutziges Geschäft", indem nicht nur die Regeln undurchschaubar sind, sondern auch alle althergebrachten Werte an Bedeutung verlieren. Unehrlichkeit, Verrohung und Intransparenz seien die zentralen politischen Geschäftsbedingungen der Gegenwart. Die Mitte erkennt der Politik Integrität, Moral und Rechtschaffenheit ab und traut ihr keinerlei Steuerungsmöglichkeiten mehr zu. Die Politik werde getrieben von vermeintlich ökonomischen Notwendigkeiten, von konzerngesteuerten Lobbyisten, durch die Macht des Kapitals oder die Verordnungen der Europäischen Union. In letzter Konsequenz ist sie daher in den Augen der Mitte auch ein stückweit sinnentleert.

Eine weitere Quelle der Enttäuschung sind offenbar die Aussichten der Befragten auf die zukünftigen Entwicklungen. Aus dem bisher gewonnenen Erfahrungsraum bezüglich des politischen Systems haben sie keinerlei Zuversicht was den Erwartungshorizont an dieser Stelle betrifft. Sie sehen keine Chancen auf Veränderungen oder Reformen innerhalb des von ihnen wahrgenommenen politischen Systems. Es herrscht die breite Überzeugung vor, dass sich an den gegenwärtigen Zuständen nicht viel ändern wird. Auch in Zukunft erwarten die Befragten wenig bis kaum etwas von der Politik und den Politikern. Dabei wird

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nicht nur auf die Unfähigkeit der handelnden Akteure verwiesen sondern auch auf den ihnen fehlenden Gestaltungsspielraum. Dieser sei völlig eingeengt, weil einerseits die Kassen der öffentlichen Haushalte leer sind und andererseits die meisten Gesetze in ihrer Wahrnehmung ohnehin von der Europäischen Union vorgeschrieben und in Deutschland nur noch umgesetzt werden können.

Insgesamt zeigt sich, dass das Wissen über die Politik und ihre Funktionslogiken relativ begrenzt ist. Dies gilt auch für die aktive und protestierende Mitte, die beispielsweise selten – obwohl sie mit Forderungen dieser Art auftritt – zwischen Volksentscheid, Volksbefragung oder Volksbegehren unterscheiden kann oder nicht immer weiß, wer der politisch zuständige Ansprechpartner für ihre konkreten Belange ist. Obwohl den Fokusgruppenteilnehmern die Zuständigkeiten von Kreis- und Landtagen oftmals ebenso unklar sind, wie das Wechselverhältnis zwischen der Landes- und Bundesebene, eine konkrete Vorstellung davon fehlt, was Politik tatsächlich macht, sind sie der Ansicht, dass dies in ihren Alltag störend und allumfassend eingreift.

Daneben sehen die Befragten die Politik in der Verantwortung für die sie umgebenden Gesetze. Und genau jenen Gesetzen, die hoffentlich gut durchdacht und wohlüberlegt seien, trauen sie ein Veränderungspotential zu. Während jedoch keine Beispiele für „gelungene" Gesetzesvorlagen aufgezählt werden konnten, wurde als fehlgeleiteter Gesetzgebungsprozess immer wieder die Steuergesetzgebung benannt. Diese lasse zu viele Ausnahmen zu, zahlreiche Schlupfwinkel, von denen nur die Großkonzerne profitierten. Überdies ist die politische Diskussion über eine Steuererleichterung in den Augen der Befragten völlig lächerlich und irrelevant. Sie, die keinen Steuerberater brauchen und sich durch ihre Einkommenssteuererklärung jedes Frühjahr selbstständig durcharbeiten, wissen schließlich, dass am Ende solcher Reformen allerhöchstens ein Plus von fünfzig Euro pro Kalenderjahr und Steuergemeinschaft zusammenkäme. Ein für sie unerheblicher, beinahe lächerlicher Betrag, der keinen Effekt habe und schon gar nicht zu einer spürbaren Entlastung beitrage. In eine ähnliche Richtung geht die Klage der Befragten bezüglicher der allgemein konstatierten Unklarheit über die Entscheidungsgrundlagen der Politiker. Sie sind irritiert darüber, dass in kürzester Zeit über Rettungspakete und Kreditbürgschaften in Milliardenhöhe entschieden werden kann, während demgegenüber an einer „vernünftigen" Steuergesetzgebung schon seit Jahren „herumgebastelt" wird.

All diese letztlich dann doch ziemlich vage zum Ausdruck gekommenen Vorstellungen über das Politische ändern nichts an der Distanz, mit der die Befragten der Politik gegenüberstehen. Besonders deutlich wurde diese Entfremdung von der Politik während der Erhebungen in Nordrhein-Westfalen vor der Landtagswahl 2010. Hier konnte beobachtet werden, dass sich die Wähler aus

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

der politischen Arena ausgegrenzt fühlen. Es scheint für sie mitunter keinen Unterschied zu machen, ob sie wählen gehen oder nicht – ihre Stimme ist aus Sicht der Befragten offenbar gleichgültig. Denn nicht die Wähler entscheiden über Ministerpräsidenten oder Koalitionspartner, sondern die Politiker selbst, die ihre Bündnisse nach eigenem Gutdünken aushandeln und schmieden würden. Dabei zeigten die Fokusgruppenteilnehmer eine deutliche Ablehnung solcher Pattsituationen, die sich seit einiger Zeit am Ende der Wahlsonntage einstellen. Sie wünschen sich eher „klare Verhältnisse", eindeutige Entscheidungen und in deren Folge offensichtliche Koalitionen, damit schnell und konstruktiv Politik gemacht werden, eine klare politische Richtung vorgegeben werden könnte.

Und genau diese „klare Richtung" sollte schon im Wahlkampf erkennbar sein. Die Mitte möchte offenbar zwischen voneinander unterscheidbaren Alternativen wählen, anstatt immer den gleichen Mittelweg gehen zu müssen. Nichtsdestotrotz scheinen beinahe alle Befragten den öffentlich ausgetragenen Parteienwettbewerb und Wahlkampf abstoßend zu finden. Es würden zu viele Phrasen gedroschen, Wahlversprechen abgegeben, die ohnehin nicht gehalten werden und nur der Beruhigung der Massen dienten. Letztlich sei dies alles nichts als „Theater", auf das man ohnehin schon lange nicht mehr hineinfalle. Wahlkampfauftritte sind in den Augen der Befragten Manipulations- und Medienveranstaltungen, weil kaum „tatsächliche Alternativen" oder spätere politische Programme zur Auswahl stünden. Besonders nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg und der schwarz-grünen Koalition fühlten sich viele Wähler „betrogen". Sie begründeten dies häufig damit, dass die Parteien über das für sie wichtige Themenfeld der Schul- und Bildungspolitik kaum gesprochen hätten und die CDU diesbezüglich nicht die „Wahrheit auf den Tisch gepackt" habe. Auch im Zuge der Bürgerproteststudie traten Äußerungen dieser Art in den Vordergrund. Die Vertreter der Mitte sind der Ansicht, dass die Politik lediglich in Wahlkampfzeiten auf ihre Bedürfnisse eingeht, sie jedoch ignoriert, wenn sie nicht mehr auf „Stimmenfang" ist. Die Mitte ist diese „permanente Wählertäuschung" leid und geht daher nur noch notgedrungen zur Wahl.

Dass diese partielle Wahlenthaltung eher ein Ausdruck ihrer Ratlosigkeit denn ihrer genuinen politischen Überzeugung ist, zeigen auch die Aussagen der Befragten, dass der Gang zur Wahlurne für sie eigentlich eine „Bürgerpflicht" ist:[138] „Ich verpasse keine Wahl, egal wie furchtbar die Auswahl ist und wie

138 Vgl. Viola Neu, „Dann bleib ich mal weg", 2012, online einsehbar unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_31915-544-1-30.pdf?121106125228 [eingesehen am

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ratlos man ist." Wählen ist demzufolge aus der Perspektive der Mitte ein Beteiligungsangebot, welches unbedingt wahrnehmen sollte. Dies gilt besonders für die Bürger aus den ostdeutschen Bundesländern, die lediglich im Sample der Proteststudie vertreten waren. Hier wurde die Wahlfreiheit verbal besonders hoch eingeschätzt. Ist man hingegen durch die Wahlabstinenz seiner Verpflichtung als Bürger nicht nachgekommen, dürfe man auch nicht über die Politik „meckern" oder „sich aufregen". Darüber hinaus müsse man, so die Fokusgruppenteilnehmer auch deshalb, am Wahlakt teilnehmen, weil dies die einzige Möglichkeit sei, sich einzubringen und den Parteien einen „Denkzettel" zu verpassen. In diesem Zusammenhang interessierten sich vor allem die Teilnehmer der Hamburger Fokusgruppen für die Wahlrechtsänderungen der Landeswahlordnung. Die Möglichkeiten zum Kumulieren und Panaschieren mit je fünf Stimmen für die Kandidaten im Wahlkreis und für die auf den Landeslisten waren für die Befragten aus Hamburg zwar keine völlige Neuerung, dennoch wurden gerade im Vorfeld der Bürgerschaftswahl im Jahre 2011 die zahlreichen Wahlrechtsreformen in der Berichterstattung als zu kompliziert und wählerverwirrend beschrieben.[139] Dies sahen die Fokusgruppenteilnehmer völlig anders. Sie waren begeistert von der „klasse Wahlrechtsänderung", die ihnen offenbar das Gefühl vermittelte, nun deutlich präziser als zuvor mit ihrer Stimme Einfluss nehmen zu können.

Die Vertreter der Mitte bevorzugten das neue Wahlrecht auch deshalb, weil sie durch die Auswahl einzelner Politiker das Gefühl erlangten, die Parteien, die sie als Grundübel des politischen Systems identifizieren, umgehen zu können. Parteien vertreten immer nur – so die Befragten – ihre eigenen Interessen und nicht die der Wähler. Ein Indiz dafür sehen sie in der Art und Weise, wie Parteien Wahlkampf betreiben: So äußerten sie beispielsweise harsche Kritik an dem nordrhein-westfälischen Wahlslogan der Christdemokraten „Wir haben die Kraft". Die Teilnehmer der Fokusgruppen nahmen diesen Wahlspruch als substanzlos wahr und fragten sich, warum die Parteien ihren Wählern offensichtlich Inhalte und Sachthemen nicht zutrauen würden. Auch dies interpretierten sie als ein Zeichen dafür, dass die Politik den Blick für sie, die Bürger, verloren habe. Die umfangreiche Kritik an den Parteien erschöpfte sich damit noch nicht. Diese würden sich, so die Befragten, gegenseitig blockieren und nichts verändern,

04.05.2013] und Manfred Güllner, Nichtwähler in Deutschland. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2013.

139 Vgl. exemplar. Frank Drieschner, Nichts fürs Volk. Das neue Abstimmungsverfahren begünstigt gebildete Wähler, in: Die Zeit, 24.02.2011.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

schlimmer: die wenigen „guten Politiker“, die es noch gäbe, werden durch die Parteien „klein gehalten“ und nicht „nach oben gelassen“.

Auf der einen Seite ahnen die Befragten zwar, dass die Parteien unterschiedliche Profile haben müssen, erkennen diese auf der anderen Seite jedoch kaum. Parteiprogramme und grundsätzliche Positionen können von ihnen nicht identifiziert werden, weil sie nicht unverwechselbar und klar gegeneinander abgrenzbar seien. Die großen Parteien spiegelten nur Meinungen wider und keine Inhalte. Zudem verhielten sie sich wie Fähnchen im Wind: Hat die CDU eine Wahl aufgrund ihrer wirtschaftsliberalen Statements verloren, verpasse sie sich im nächsten Wahlkampf ein soziales Profil und umgab sich die SPD zu stark mit Begriffen der sozialen Kälte, die Wähler abschreckten, verwendet sie ein andermal wieder fürsorglichere Floskeln. Die Befragten registrierten all dies sehr aufmerksam und fühlten sich dadurch von der Politik abgeschreckt und missbraucht.

Hinzu kommt: Selbst wenn die Parteien ein unterschiedliches Programm hätten und dies deutlich machen könnten, blieben die Volksparteien immer noch „gleichstark“ und seien weiterhin unfähig, sich gegeneinander durchzusetzen. Somit sei, in der Logik der Fokusgruppenteilnehmer, die ganze Funktionslosigkeit der Parteien offenbar. In der idealen politischen Konstellation, die sich die Befragten vorstellen sollten, kommen Parteien überhaupt nicht vor. Und wenn es diese politischen Formationen in der Gegenwart notgedrungen geben sollte, wünscht man sich, dass sie weniger als Traditionskompanie auftreten, deren Entscheidungsprozesse und Wertvorstellungen historisch gewachsen sind, sondern als ein pragmatisches Bündnis, das etwas bewegen und verändern möchte.

Insgesamt fällt auf, dass die Befragten bezüglich Politik und Politikern kaum zu Differenzierungen in der Lage sind. Politiker sind immer „die Politiker“, unabhängig welcher Partei, welcher Generation oder welcher politischen Ebene sie angehören. Demgegenüber scheinen lediglich die Vertreter der oberen sozialen Mitte etwas differenzierter zu argumentieren. Hier relativierten sich bei zielgerichteten Nachfragen durch die Moderation die ersten barschen Äußerungen. So entwickelte sich innerhalb der Diskussion zu diesem Themenblock nach und nach Verständnis dafür, dass die Arbeit als Politiker womöglich nicht ganz so simpel ist, wie sie auf den ersten Blick scheinen mag, dass auch die Politik nicht nur nach einfachen Regeln funktionieren kann, sondern es durchaus zahlreiche Aspekte zu bedenken gibt, die Kausalzusammenhänge komplex sein können. Die Befragten ahnen, dass die Welt beziehungsreich und unübersichtlich ist, viele Vetoplayer, historisch gewachsene Interessenansprüche oder sich widersprechende Abschätzungen der jeweiligen Handlungsfolgen Entscheidungen schwermachen und Entscheidungskosten produzieren können. Es bildete sich

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

unter anderem die Einsicht heraus, dass die Verteilung von Haushaltsgeldern als eine Aufgabe der Politik mit Sicherheit nicht leicht ist, dass man schnell in Abwägungsnöte kommen kann, dass man Zwängen unterliegt und prinzipiell immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung hat, die einen größeren Bedarf decken müssen. Gerade die befragten Vertreter der oberen sozialen Mitte verweisen häufiger auf Sachzwänge solcher Art, während die der unteren Mitte den Politikern eher Boshaftigkeit und Mutwilligkeit unterstellen.

Doch dieses Mehr an Verständnis bedeutet in der Konsequenz nicht per se eine positivere Grundeinstellung beziehungsweise Nachsichtigkeit gegenüber der Politik. Hier ist eine gegenteilige Tendenz auszumachen. Gerade weil viele Vertreter der oberen Mitte davon überzeugt sind, in puncto Bildung und Wissen der Mehrheit der Bevölkerung voraus zu sein, entwickeln sie ein vermehrtes Anrecht auf eine stärkere Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen. Sie sehen auf der einen Seite diejenigen, die „nur die Bildzeitung lesen“ und den Politiker „nach seinem Aussehen“ wählen und auf der anderen Seite sich selbst: gut informiert, mit Durch- und Weitsicht, im „normalen Leben“ erprobt und erfahren. Daher sollte sich die Politik gerade ihnen erklären und zugänglich machen, ihnen Entscheidungswege offen legen. Denn nur so ist diesen ressourcenstarken Vertretern der Mitte ein Urteil darüber möglich, ob ihre Volksvertreter verantwortungsbewusst, ehrlich und charakterstark gehandelt haben. Sie wünschen sich demzufolge von den Parlamentariern eine „Diskussion auf Augenhöhe“ und keine Behandlung als politisch Unmündige. Sie möchten eine diskursive Erklärung der und Einbindung in die politischen Prozesse. Und umso selbstbewusster die Befragten mit diesen Forderungen auftreten, desto größer war beinahe die Geringschätzung für das gegenwärtige System und aktuell amtierende Personal.

Ein ähnlicher Effekt zeigt sich bei denjenigen, die besonders engagiert sind und sich beispielsweise gegen ein Infrastrukturprojekt in ihrer Region einsetzen. All jene sind durch den Protest verhältnismäßig gut über lokale politische Prozesse informiert. Doch gerade die Kenntnis hiervon führt nicht zu der Einsicht in die Funktionsweise des politischen Systems sondern zu einer größeren Distanz und Abneigung, zu mehr Unzufriedenheit mit dem politischen Personal, zu einer raueren Abqualifizierung der handelnden Akteure. So spielte beispielsweise das Thema Lobbyismus in den Fokusgruppen in Nordrhein-Westfalen, Göttingen und Hamburg lediglich eine untergeordnete Rolle. Die Befragten merkten hier zwar an, dass es viele Lobbyisten in Berlin gäbe, die intensiv daran arbeiteten, die Politik zu beeinflussen, doch es blieb ein untergeordnetes Thema. Während hingegen in den Fokusgruppen aus der Proteststudie eine richtiggehende Abscheu und ein verheerendes Misstrauen gegen die Politiker, die in den Worten

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

der Aktivsten nur „Marionetten der Konzerne“ und Lobbyisten seien, zu spüren war.[140]

5.7.3 Die Transmissionsriemen der Politiker: Wie werden die Medien von der Mitte genutzt?

Oftmals wird Politik über die Darstellung in den Medien wahrgenommen und weniger durch persönliche Erfahrungen. Überdies nehmen die Befragten verstärkt diejenigen politischen Bereiche wahr, die sie selbst betreffen, wie beispielsweise die Familien- oder Bildungspolitik. Hier beobachten sie die Szenerie aufmerksam, können die unterschiedlichen Politikeraussagen und Parteirichtungen auseinanderhalten und wiedergeben. Neben der Familienpolitik scheint man noch die Sozial- und Umwelt- sowie die Finanzpolitik – vor allem wenn eine Veränderung der Körperschaftssteuer debattiert wird – zu beobachten. Insgesamt nimmt die Mitte die Politik jedoch weniger über Inhalte, als über Personen oder medialisierte Ereignisse und Skandale wahr.

Grundsätzlich informieren sie sich über Tagespolitik und aktuelle Ereignisse neben dem Internet – und hier vor allem über *Spiegel Online* – mit Hilfe einer meist lokalen Tageszeitung und den Fernsehnachrichten. Doch das Verhältnis der Befragten zu den Medien ist ambivalent. Auf der einen Seite halten sie Medien für unerlässlich, für die vierte Gewalt im Staat, für diejenigen, die es vermögen, in den alltäglichen Lebensbereich der Menschen vorzudringen. Auf der anderen Seite sind sie davon überzeugt, dass Medien ohnehin nicht unabhängig arbeiten können, von Politikern beeinflusst oder durch wirtschaftliche Notwendigkeit gesteuert werden.

Hier offenbarte sich in den Gruppendiskussionen ein großes Misstrauen gegenüber den Medien.[141] Diese würden von der Wirtschaft in Form von Anzeigenkunden unter Druck gesetzt und bildeten mit der Politik und den Konzernen eine Art Kartell. Diejenigen, die nicht die Kartellthese postulieren, sind der Ansicht, dass die Medien zu mächtig sind und die Politiker vor sich hertreiben, ihnen das Wort im Munde umdrehen oder sie, wie im Fall des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, widerrechtlich unter Druck setzen. Medien

140 Vgl. Franz Walter, Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts, 2013.

141 So auch beispielsweise Wolfgang Donsbach u. Mathias Rentsch, Von der Politikerzur Journalistenverdrossenheit. Die Deutschen zeigen sich von den Medien enttäuscht, in: Politische Meinung, H. 484/2010, S. 21-26, hier S. 24.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

werden als „Künstler“ beschrieben, die durch das Weglassen von Fakten, verdrehen von Tatschen oder die einseitige Darstellung äußerst manipulativ auftreten können. Vor allem die Teilnehmer aus der Bürgerproteststudie äußerten Zweifel an der Unabhängigkeit der Medien, die – so ihre Erfahrungen – ohnehin „parteiisch“ berichten würden. Überdies lasse sich auch die Politik stark von den Medien und deren Stimmung beeinflussen.

Obwohl die Mehrheit der befragten Personen der Meinung war, dass Politik nicht unwichtig sei, gaben sie unumwunden zu, dass es schwer für sie sei, sich im Alltag immer hinreichend zu informieren. Es gebe eine Vielzahl an Medien, die sie mit einer „Informationsflut“ überschütteten. Da sei es schwer, den Überblick zu behalten, besonders wenn Meinungen und Informationen sich widersprächen. Die Mitte der Gesellschaft vermisst offenbar Leitmedien, die unabhängig, ausgewogen und objektiv berichten, denen sie vertrauen kann. Sie unterscheidet zwar zwischen seriösen Anbietern und der „Regenbogenpresse“, welche sie selbst nicht lesen würde, aber ansonsten fällt ihr die Orientierung schwer. Durch die Vielzahl der auf sie einströmenden Informationen und Gegeninformationen sei die Welt komplizierter geworden. Dennoch könne man nicht einfach alles ignorieren, sondern müsse sich bemühen, den Überblick zu behalten und sich eine eigene Meinung zu bilden. Die Reaktion eines Großteils der befragten Personen auf dieses von ihnen konstatierte mediale Dilemma ist die Ablehnung des Informiert-werdens durch die Medien und das Ergreifen der Initiative für das selbständige Informieren. Sie suchen sich im Internet die nötigen Informationen zusammen, bilden sich eine Meinung, liefern sich dem Mediendschungel nicht aus und bleiben nach eigenem Bekunden „unabhängig“, da die Medien einem ohnehin nicht die Entscheidung zwischen „richtig“ und „falsch“, „wahr“ und „unwahr“ abnehmen würden.

Gespräche mit Freunden und Bekannten über Politik werden offenbar eher selten geführt. Nach Auskunft der Fokusgruppenteilnehmer gäbe es diesbezüglich ohnehin kaum etwas zu besprechen. Erstens, weil ohnehin alle der gleichen Meinung bezüglich der konstatierten Fehlentwicklungen seien und zweitens, weil Politik nicht im Vordergrund ihres täglichen Interesses stehe. Hier scheinen, zumindest in der Selbstwahrnehmung der Befragten, kaum Meinungsbildungsprozesse stattzufinden.

5.7.4 Was ist Demokratie? Oder: Die Mitte im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit

Die Kritik der Befragten an den Volksvertretern und der Politik fällt hart und bitter aus. Dennoch: sie zielt oftmals auf die handelnden Personen oder konkre-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ten Ausgestaltungen und nicht auf das demokratische Prozedere an sich. Alle Fokusgruppenteilnehmer waren sich einig, in einer Demokratie zu leben. Eine Tatsache, die sie äußerst positiv bewerten und hoch schätzen. Besonders wenn die Mitte der Gesellschaft die Situation in Deutschland mit anderen Ländern vergleicht, lobte sie die hiesigen demokratischen Verhältnisse. Unter dem Begriff der Demokratie verstanden die Gesprächspartner, dass sich grundsätzlich all jene, die wollen, auch beteiligen können und dass die Menschen, wenn es nötig ist, durch direktdemokratische Verfahrensweisen einbezogen werden. Darüber hinaus war allen auch einsichtig, dass es innerhalb einer Demokratie zu Mehrheitsentscheidungen kommen kann, die nicht zwingend mit den eigenen Sichtweisen konform gehen und dennoch akzeptiert werden müssen. Somit ist Demokratie für sie auch eine Methode, um einen Interessensausgleich und Kompromiss zwischen den einzelnen Gliedern einer Gesellschaft herzustellen. Eine demokratische Gesellschaft zeichnet sich für die Befragten durch die Gleichheit der Individuen aus; Gleichheit gemeint im Sinne von Stimmengleichheit, im Sinne von „Gleichheit vor dem Gesetz", im Sinne von Chancengleichheit und schließlich im Sinne der gleichen Freiheit für alle.

Neben der Gleichheit ist die Freiheit für die Befragten ein evidenter Bestandteil der Demokratie. Freiheit und Gleichheit wurden letztlich jedoch nicht ausführlich diskutiert, sondern nur am Rande im Zusammenhang mit einer demokratischen Ordnung erwähnt. Wobei Freiheit als Begriff in den Fokusgruppen der Bürgerproteststudie deutlich häufiger verwendet worden ist. Daneben diskutierten die Vertreter der oberen Mitte etwas eingehender den Begriff, kaum hingegen die gesellschaftliche Mitte. Die Befragten der unteren Mitte benutzten die Vokabel der Freiheit überhaupt nicht. Ferner ist in den Fokusgruppen in Nordrhein-Westfalen thematisiert worden, dass Freiheit durchaus anstrengend sein kann. Während es einerseits „starke Individuen" zu geben scheint, für die nicht genug Wahlfreiheit existieren kann und die die Aufgabe der Politik auch darin sehen, „Spielräume" zu ermöglichen und Freiheit zu erhalten, fühlen sich andere wiederum von einem Zuviel an Freiheit überfordert. So verwundert es nicht, dass in all jenen Gruppen, die Freiheit kaum bis gar nicht thematisierten, mehr über Gleichheit im Sinne von Chancengleichheit debattiert worden ist. Dennoch verbalisierte kein einziger Gesprächspartner den Komplex der Freiheit als frei sein von materieller Not. Das Gleiche gilt für das Spannungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit. In den Vorstellungen der Befragten sind das die Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft. Dass sich Gleichheit und Freiheit jedoch auch ausschließen können, wird nicht gesehen. In den Augen der befragten Mitte ist das Ziel einer demokratischen Gesellschaft, erstens, einen Ausgleich der Interes-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sen herzustellen und, zweitens, die Grundlage für einen funktionierenden Sozialstaat, der dem Wohle aller dient, zu schaffen.[142]

Doch das gewünschte Ideal scheint wenig mit dem zu tun zu haben, was die Mitte gegenwärtig beobachtet. Für sie „funktioniert" die Demokratie in Deutschland derzeit nicht besonders reibungslos. Die „Ideologie der Parteien", das falsche und prinzipiell ungeeignete Personal und zu viel Einflussmöglichkeiten durch die Lobbyisten unterminieren die an sich gute demokratische Idee. Die Mitte imaginiert eine von diesen Anomalien bereinigte Demokratie, in der es „ein bisschen mehr direkter" zugeht. Der Idealfall wäre eine Formulierung des „Willens von unten", während sie jedoch in der Realität eine Durchsetzung des Willens von oben nach unten wahrnehmen – durchgedrückt vom Kapital, der Wirtschaft, der Politik.

Vertieft man die Diskussion über die Demokratie, scheinen dabei jedoch Grenzen zu verschwinden. Der Kompromiss wird dann plötzlich zu einem der Demokratie inhärenten Problem und nicht mehr als Ergebnis eines demokratischen Prozesses betrachtet. Vor allem die Befragten aus der Proteststudie sind verstärkt der Ansicht, dass Demokratie auch bedeuten muss, dass sich ihre Ansichten und Vorstellungen im politischen Entscheidungsprozess durchsetzen müssen. Ein ähnlich großes Anrecht diesbezüglich formulieren auch die selbstsicheren, optimistischen und ressourcenstarken Vertreter aus den anderen Fokusgruppen. Hier ist es offenbar wiederum die Gewissheit bezüglich der eigenen Überlegenheit, die sie in ihrer Eigenwahrnehmung ins Recht setzt, über die besseren Lösungen und Argumente zu verfügen.

5.7.5 Zwischen Expertokratie und direkter Demokratie: Reformvorschläge der Mitte

Interessant ist, dass nicht nur von diesen an Selbstwirksamkeitserfahrungen reichen und ausgesprochen gut ausgebildeten Personen, sondern auch von den Teilnehmern aus allen Fokusgruppen Reformvorschläge für das von ihnen als desolat wahrgenommen politische System formuliert wurden. Zunächst müsste, dort wo es noch nicht erfolgt sei, das Wahlsystem reformiert werden. Alle Wahltermine für die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl sollten zukünftig auf einen Tag fallen – dann würden sich Politiker nicht permanent im Wahl-

142 Diesen Konnex zwischen Demokratie als Instanz für soziale Gerechtigkeit wies bereits Serge Embacher in seiner Studie nach: Serge Embacher, Demokratie! Nein Danke?, 2009, S. 14f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

kampf befinden, sondern könnten zwischendurch auch einmal „ernsthaft arbeiten“. Darüber hinaus würde es ein Großteil der Befragten goutieren, wenn es nur zwei Parteien gäbe, zwischen denen man sich dann alle vier Jahre entscheiden müsste. So sei eine direktere Einflussnahme durch den Wähler möglich, man könne so die sich als unfähig erwiesene Regierungspartei bei der kommenden Wahl direkt abstrafen. Außerdem müsse es eine Wahlpflicht geben, damit die gewählten Repräsentanten dann auch tatsächlich die Mehrheit der Bevölkerung und nicht nur die Mehrheit der Wähler abbildeten und die Regierung so wirklich repräsentativ sein kann.

Dem Wunsch nach größtmöglicher Repräsentativität wird auch über die Forderung nach mehr direkter Demokratie Ausdruck verliehen. Auch in repräsentativen Umfragen sprechen sich regelmäßig mehr als zwei Drittel der Befragten für die Ausweitung plebiszitärer Entscheidungsmöglichkeiten aus.[143] Wobei interessanterweise in den Fokusgruppen diesbezüglich durchaus die Ambivalenzen gesehen wurden: Während Volksentscheide grundsätzlich für einen populistischen Politikstil anfällig seien, könnten sie auch Mehrheitsentscheide produzieren, die man im Grunde selbst gar nicht vertrete, beziehungsweise, die mit den Grund- und Menschenrechten unvereinbar sei. Dabei sind es vor allem jene, die das politische System am stärksten abqualifizieren, die sich durch direktdemokratische Elemente eine Verbesserung erhoffen.

Wichtig sind allen Befragten grundsätzliche Reformen, die dafür sorgen, dass die Meinung der gesellschaftlichen Mitte auch „oben“ ankommt. Idealerweise stellen sie sich dies beispielsweise so vor, dass „jeder in den Parteien“ und Exekutivorganen „vertreten ist“, dass quasi jeder einen Repräsentanten hat. In der Vorstellung der Mitte ist das, was sie wollen, ohnehin wichtig und richtig, schon allein deshalb, weil sie sich als Mitte, als Mehrheit der Gesellschaft fühlen. Schließlich müsse das, was die Mehrheit will, auch umgesetzt werden. Wie immer mit den sich mitunter widerstrebenden Ansichten umgegangen werden sollte, wie die Politiker diese Ideen in der Praxis umsetzen könnten, ist den Gesprächspartnern nicht klar und auch nicht wichtig. In ihrem Bild kümmern sich letztlich dann alle Delegierten gemeinsam um eine „bessere Politik“, in der die „besten Ideen“ zu handlungsleitenden Maximen gerinnen und alles gemeinsam ausgehandelt wird. Neben einem besseren Kanal für die Durchsetzung ihrer Bedürfnisse in die Politik hinein ist dies – die Findung einer besten und optimalen, einer „richtigen“ Lösung – der zweite zentrale Punkt ihrer Reformvorschlä-

143 Vgl. Renate Köcher, Der Ruf nach Plebiszit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ge. Habe man diese perfekte Lösung erst einmal gefunden, ergäben sich im Anschluss daran alle Probleme von selbst.[144]

Doch durch wen genau diese Lösungen und Vereinbarungen zu Stande kommen sollten, darüber sind sich die hier Befragten nicht immer einig. Die Teilnehmer der Bürgerproteststudie fordern eine Expertokratie. Wenn nur Fachleute, Spezialisten und Experten entscheiden könnten und die Politiker „ihnen nicht ins Handwerk fuschen" würden, seien die Reformen konsequenter und folgerichtiger.[145] Demgegenüber betonen die Teilnehmer aus den anderen Teilforschungsprojekten, dass Experten an sich überflüssig seien. Statt eines Expertenrates sei eine Art „Volksrat" nötig, der aus Bürgern wie ihnen bestünde, die schließlich wüssten, was für „das Volk" das Beste sei. Wenn dies nicht umsetzbar sei, sollten sich immerhin alle Parteien und Politiker an einem Tisch zusammensetzten, um die beste Lösung auszuarbeiten.

Wenn all jene Maßnahmen noch immer nicht zu einer Verbesserung des Politischen führen, wurde in den Fokusgruppen sogar über eine Art „Neuanfang", eine „Stunde Null" diskutiert. Erst durch eine Zerstörung des Vorhandenen und eine sich anschließende planvolle Rekonstruktion des Bestmöglichen sei die Schaffung von systematischen Entscheidungs- und pragmatischen Machtstrukturen möglich. Auffällig ist, dass diese Vorstellung nicht nur eklatante Wissenslücken der Befragten bezüglich unserer demokratischen Verfasstheit offenbaren, sondern sich in letzter Konsequenz all diese Vorschläge außerhalb der gegenwärtig vorherrschenden repräsentativen Parteiendemokratie befinden. Eine Vorstellung davon, dass eine lebendige und funktionstüchtige Demokratie von sich engagierenden Bürgern profitiert, die sich einbringen wollen sowie Zeit und Kraft investieren, haben die wenigsten Befragten entwickelt.

144 In repräsentativen Umfragen wird dieser weit verbreitete Glaube an pragmatische und effiziente Lösungen ebenso bestätigt. Renate Köcher, Politik in der pragmatischen Gesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.02.2010.

145 Auch: Ingolfur Blühdorn, Entpolitisierung und Expertenherrschaft. Zur Zukunftsfähigkeit der Demokratiei in Zeiten der Klimakrise, 2010, online einsehbar unter http://people.bath.ac.uk/mlsib/public%20access/Bluehdorn%20-%20Entpolitisierung%20und%20Expertenherrschaft.pdf [eingesehen am 03.09.2012], S. 11.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

5.7.6 Politisches Engagement in der gesellschaftlichen Mitte?

Da die befragten Vertreter der Mitte der Politik ein ungenügendes Zeugnis ausstellen, zeigen sie hier auch wenig Muße, sich einzubringen und mitzumachen. Diese „verkommene" politische Welt lassen sie lieber abseits liegen. Dies gilt insbesondere für die Teilnehmer der Fokusgruppen in Hamburg, Göttingen und Nordrhein-Westfalen, für die Interviewpartner aus der Proteststudie etwas eingeschränkter. Fragt man die Vertreter der Mitte nicht explizit nach ihrem gesellschaftlichen Engagement, berichten diese auch kaum darüber. Schaut man auf die Protokolle der ersten Untersuchungswelle in Nordrhein-Westfalen, drängt sich einem der Eindruck einer völlig unengagierten gesellschaftlichen Mittelschicht auf. Lediglich ein Vertreter erzählt über seinen Einsatz als Handballtrainer in einem Sportverein und eine Teilnehmerin berichtete über ein geplantes gesellschaftliches Engagement – um sich selbst „fit" zu halten. Dieser Befund gilt ebenso für das Teilprojekt der oberen und unteren Mitte in Göttingen. In der zweiten Untersuchungswelle in Nordrhein-Westfalen hingegen wurde direkt nach dem Engagement in der Freizeit gefragt. Im Anschluss lässt sich ein regelrechter Überbietungswettbewerb der anwesenden Teilnehmer bezüglich ihres Einsatzes für die Zivilgesellschaft beobachten. Die Anwesenden wollen keine ihrer Freizeitgestaltungen unterschlagen, geben beinahe alles als ehrenamtliche Tätigkeit aus, um sich in solch einer Runde nicht abgewertet fühlen zu müssen. Alles was in der Gesellschaft, in der Öffentlichkeit stattfindet, jedwede Tätigkeit, für die man aus seiner Privatheit und Individualität heraustritt, wird als Ehrenamt angepriesen. Vom Rollenspiel, über die Unterstützung von Bekannten, selbst den Beruf betrachten sie in diesem Zusammenhang als Engagement. Die Tagesmutter, der Arbeitgeber von Praktikanten und der Altenpfleger – sie alle würden sich als Dienstleister für die Gesellschaft bezeichnen. Interessant ist, dass letztlich jene, die im klassischen Sinn eine Aufgabe innerhalb der Zivilgesellschaft übernehmen, die eher en passant erwähnten, während all jene, die überhaupt nicht aktiv sind, dies als Notwendigkeit anpriesen, ja beinahe als staatsbürgerliche Pflicht anmahnten. Daneben scheinen die Befragten ein Bewusstsein dafür zu haben, dass ausschließlich finanzielle Unterstützung beispielsweise für karitative Projekte nicht den gleichen Stellenwert hat wie die tatkräftige Mithilfe und der persönliche Einsatz.

Dieses Bewusstsein hängt eng mit den Motiven für das ehrenamtliche Engagement zusammen. Insgesamt lassen sich äußerst vielfältige Antriebsmomente hierfür innerhalb der Fokusgruppen beobachten, die vom tatsächlichen Altruismus, über ein bestimmtes Verpflichtungsgefühl für die Gesellschaft bis hin zu egoistischen Motiven reichen. Die Befragten beteiligen sich, weil sie sich selbst

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

etwas Gutes tun möchten, um Lob und Anerkennung (auch finanziell) zu bekommen, einfach weil es Spaß macht. Andere wiederum engagieren sich, weil sie der Gesellschaft etwas zurückgeben möchten, weil sie „Menschen retten wollen“. Wieder andere greifen bewusst dort in die Gesellschaft ein, wo sie das Gefühl haben, Posten besetzen zu müssen, die von der Politik verwaist sind beziehungsweise um ihr direktes Umfeld, vor allem das der Kinder, zu beeinflussen. Ehrenamt ist also keinesfalls ausschließlich altruistisch, sondern die befragten Vertreter der Mitte wollen einen Nutzen daraus ziehen: deshalb ist man nicht schon jetzt Tennistrainer bei der Jugendmannschaft, sondern erst, wenn der eigene Sohn selbst soweit ist, dort mitzumachen; deshalb hilft man nicht bei der Fußballmannschaft im Ort mit, sondern bei der, wo die eigenen Kinder spielen und deshalb macht man keinen Bibliotheksdienst in der Realschule, sondern auf dem Gymnasium der eigenen Töchter.

Ferner reicht das ehrenamtliche Engagement immer nur bis zu einer bestimmten Grenze: die Opfer, die man dafür bringt, dürfen nicht allzu groß sein. Drohen berufliche oder finanzielle Beeinträchtigungen, nehmen viele schnell wieder Abstand von der Zivilgesellschaft. Dies ist ein Grund, warum sich ein Großteil der Befragten erst gar nicht aktiv beteiligt. Ein weiterer ist das Ausbleiben von Anerkennung. Wenn man – so die Befragten – nur auf „Nörgler“ und „Besserwisser“ trifft, während man seine kostbare Zeit und Kraft einsetzt, verliert man den Spaß und zieht sich aus der ehrenamtlichen Tätigkeit zurück. Daneben traf man auf diejenigen, die sich gar nicht erst beteiligen, weil ihnen – nach eigenen Angaben – entweder die Zeit fehlt oder sie glauben, durch ihren Beruf, beispielsweise als Tagesmutter oder Jobvermittler, schon genug für die Gesellschaft zu tun. Als letzten Grund für ihr Nichtengagement äußerten die Befragten die Befürchtung, dass sich der Staat aus dem Bereich, indem sich die Bürger engagieren, womöglich ganz zurückziehen könnte. Darüber hinaus ließ offenbar das Gefühl der Hilflosigkeit viele vor dem Ehrenamt zurückschrecken: Wie sollten sie denn mit ihrem „kleinen Beitrag“ was erreichen in der „großen Welt“? Wie kann es helfen, wenn sie selbst Biofleisch kauften, während sich China beispielsweise noch nicht einmal an internationale Klimavereinbarungen halte? Bevor die Fokusgruppenteilnehmer in diesem Zusammenhang einen aussichtslosen Kampf gegen Windmühlen führen, schonen sie lieber ihre persönlichen Ressourcen und ziehen sich zurück.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

5.7.7 Zwischenfazit: Das Verhältnis der Mitte zur Politik – zwischen Populismus und transienter Verweigerung

Die hier befragten Personen als Vertreter einer gesellschaftlichen Mitte entpuppen sich als politik-, parteien- und politikerverdrossen. Wobei die politischen Eliten am deutlichsten ins Visier der Kritik geraten, Parteien und andere politische Institutionen wie der Bundestag, Länderparlamente oder der Bundesrat spielen eine eher untergeordnete Rolle in der individuellen Wahrnehmung und schließlich: eine substantielle Bedrohung des politischen Systems in seiner Legitimität – eine Konsequenz, die häufig im Zusammenhang mit dem Konzept der Politikverdrossenheit diskutiert wird – konnte hier kaum beobachtet werden.

Vor allem in der empirisch-quantitativen Politikwissenschaft ist in den letzten Jahren vermehrt dafür plädiert worden, das Modewort der Politikverdrossenheit zu Gunsten etablierterer und international anschlussfähigerer Konzepte, wie beispielsweise dem der „politischen Unterstützung" aufzugeben.[146] Politikverdrossenheit sei lediglich ein „Oberbegriff"[147], dem eine einheitliche Definition fehle und der in der bisherigen Forschung nicht operationalisierbar gemacht worden sei.[148] Oftmals wird mit den Indikatoren des Vertrauens in Parteien und ihrer Problemlösungskompetenz, dem nachlassenden Zentralisierungsgrad des Parteiensystems auf der einen und dem Zugewinn von Kleinparteien auf der anderen Seite, der Erosion der sozialmoralischen Milieus, dem Rückgang der Stammwähler und der Zunahme der Wechselwähler sowie einer nachlassenden Wahlbeteiligung insgesamt operiert,[149] um beispielsweise Aussagen über den Umfang der Politikverdrossenheit im Verhältnis zu anderen Ländern zu treffen

146 Vgl. Kai Arzheimer, Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002, S. 204 und Dieter Fuchs, Das Konzept der politischen Kultur:. Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Ders. u.a. (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozeß Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Wiesbaden, S. 27-49.

147 Jürgen Maier, Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen, in, Opladen 2000, S. 22.

148 Vgl. Kai Arzheimer, Politikverdrossenheit, 2002, S. 126-162. Kai Arzheimer erschließt über 170 Konzepte und Schriften zur „Politikverdrossenheit".

149 Michael Vester, Soziale Milieus und die Schieflage politischer Partizipation, in: Drews, Albert (Hg.), Politisch nicht mehr erreichbar? Politikverdrossenheit und soziale Milieus, Rehburg-Loccum 2009, S. 9-56, S. 10.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

oder die Entwicklung eines Syndroms, also einer längerfristigen Disposition im Zeitverlauf, zu debattieren.

Doch auch in der qualitativen Forschung wird die Politikverdrossenheit zunehmend als Lamento und Konstruktion entlarvt.[150] Da die vorliegende Arbeit eine andere Fragestellung verfolgt, die Politikverdrossenheit nicht von Beginn an im Blick hatte, ist hier zunächst interessant, ob die Befragten selbst den Begriff der Politikverdrossenheit benutzen oder sich gegebenenfalls als politikverdrossen bezeichnen. Immerhin ist dieser Begriff nicht ausschließlich ein Fachterminus sondern wird seit den 1990er Jahren expansiv in der medialen und öffentlichen Debatte verwandt.[151] In den Protokollen aus den ersten Teilstudien taucht der Begriff tatsächlich auf. Jedoch ist er von der Moderation eingeführt worden.[152] In der Analyse zeigt sich, dass ein Großteil der Fokusgruppenteilnehmer mit der Frage, ob sie sich selbst als „politikverdrossen" bezeichnen würden, wenig anzufangen wusste. Offensichtlich war ihnen der Begriff unbekannt. Nach einer durch die Teilnehmer vom Moderator eingeforderten Erklärung, wiesen die meisten Gesprächspartner dieses Adjektiv von sich, mit der Begründung, dass sie doch wählen gingen und an den Geschehnissen interessiert seien. Nur ganz vereinzelt waren einige Anwesende der Ansicht, dass dies eine auf sie zutreffende Beschreibung sein könnte. In zwei Göttinger Fokusgruppen fiel der Begriff der Politikverdrossenheit spontan auf die Assoziationsfrage zum Thema „Politik und Gesellschaft". Der Begriff kam also aus der Mitte der Teilnehmer und wurde nicht von der Moderation initiiert. Die Befragten verbinden Enttäuschung und eine desaströse Berichterstattung über die Politik durch die Medien mit dieser Vokabel. Doch auch diese – letztlich sehr vereinzelten Statements – fanden

150 Vgl. Peter Lösche, Parteienverdrossenheit ohne Ende? Polemik gegen das Lamentieren deutscher Politiker, Journalisten, Politikwissenschaftler und Staatsrechtler, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 26 (1995) H. 1, S. 149-159, hier S. 149; Andreas Schedler, Die demoskopische Konstruktion von ‚Politikverdrossenheit', in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 34 (1993) H. 3, S. 414-435, hier S. 434.

151 Vgl. Kai Arzheimer, Politikverdrossenheit, 2002, S. 28-31.

152 Dieser verhältnismäßig unreflektierte Umgang mit einem Fachtermini, der den Teilnehmern sozusagen in den Mund gelegt wird, war einer der Gründe, die dazu geführt haben, zukünftige Projekte selbst zu moderieren, anstatt auf externe Moderatoren zurückzugreifen, die womöglich im Umgang mit den Moderationstechniken erfahrener sind, jedoch inhaltliche Aspekte während des Erhebungsprozesses zu wenig beachteten.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

oftmals keinen Gruppenkonsens und wurden nicht unwidersprochen hingenommen.

All ihren negativen Beurteilungen zuwiderlaufend, bezeichnen sich die Befragten durchaus als politisch interessiert, als teilnehmende Beobachter des Geschehens. Obwohl bei der Aburteilung des Politischen häufig aktuelle Beispiele von den Befragten benannt wurden, kann schon aufgrund der Vehemenz der ablehnenden Urteile nicht allein davon ausgegangen werden, dass die hier beobachtete und vorerst noch so bezeichnete Politikverdrossenheit als individuelle Einstellung ausschließlich von kurzfristigen Ereignissen abhängig ist. Offenbar akkumulieren sich die jeweils aktuellen als negativ wahrgenommenen Geschehnisse im Erfahrungsraum der Befragten, sodass es dann zu einer pauschalen negativen Beurteilung der Politik kommt.[153]

Dennoch ist dieser Erfahrungsraum – auch das haben die Gruppendiskussionen gezeigt – durchaus mit positiven Effekten bezüglich der Politik und den Volksvertretern aufgeladen. Diese treten jedoch nur in den seltensten Fällen unmittelbar hervor, sondern schälen sich erst im Lauf der Diskussion heraus. Auffällig ist, dass die Befragten offenbar dann zu solchen Einsichten kommen, wenn sie selbst verhältnismäßig wenig an der Politik interessiert sind beziehungsweise wenn sie aktiv die Verantwortung auf bestimmten Gebieten an die Politik delegiert haben. Eine Erklärung hierfür könnte natürlich die Problematik der sozialen Erwünschtheit[154] beziehungsweise die Auswirkungen des Hawthorne-Effektes sein. Die Anwesenden, die über Politik befragt werden, haben den Eindruck, nach zwei Stunden nicht immer nur meckern zu dürfen, sondern auch einmal etwas Positives sagen zu müssen. Ihnen könnte sich womöglich das Gefühl aufgedrängt haben, dass dies in der Situation von ihnen erwartet wird. Eine zweite Erklärung liegt möglicherweise darin, dass die Befragten tatsächlich positive Assoziationen mit Politik haben, wie beispielsweise der Verweis auf ehemalige Politiker nahelegt. Nur sind diese bejahenden und unterstützenden

153 Der Hinweis darauf, dass dies u.a. mit der zunehmend negativen medialen Berichterstattung über Politik zu tun hat, an dieser Stelle von: Markus Maurer, Politikverdrossenheit, soziale Milieus und Medienberichterstattung. Verhindert oder fördert die Politikberichterstattung der Massenmedien die Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik?, in: Albert Drews (Hg.), Politisch nicht mehr erreichbar? Politikverdrossenheit und soziale Milieus, Rehburg-Loccum 2009, S. 141-156, hier S. 146.

154 Die Formulierung „sozial erwünscht“ meint hier, dass die Befragten das antworten, was sie glauben, was in dieser Situation von ihnen erwartet wird, was den gängigen beziehungsweise den in der Gruppe entwickelten Normen entspricht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Einstellungen unter dem Tagesgeschäft verborgen und den Anwesenden selbst nicht zuvorderst präsent, da sie selten mit anderen darüber tatsächlich in einen kommunikativen Austausch treten – jenseits der pauschalen Vorurteile. Offenbar fehlt ihnen ein Lernprozess, indem sie sich die Schwierigkeiten und Rahmenbedingungen, die Erfolge und Effekte innerhalb des politischen Systems, immer wieder bewusst machen.

Dennoch scheint diese Beobachtung nicht für alle zu gelten. Es trifft nicht zu auf diejenigen mit einer reichen Erfahrung an Selbstwirksamkeit, einem ausgeprägten Selbstbewusstsein und großem Zutrauen in ihre eigenen Fähigkeiten. Ebenso nicht auf all jene, die sich protestierend gegen politische oder privatwirtschaftliche Vorhabensträger wenden. Wenn diese beiden Gruppen überdies das Gefühl haben, das politische Tagesgeschäft zu durchschauen oder zu viel negative Erfahrungen mit diesem gesammelt haben, bleibt ihnen eine äußerst überzeugte negative Grundhaltung gegenüber den politischen Objekten erhalten. Hier lässt sich eine voreingenommene Verschlossenheit feststellen, die kaum geöffnet werden kann.

Doch dies war nicht die Mehrheit im vorliegenden Sample. Nimmt man jene aus, hat die Mitte offenbar ein unsicheres und wenig gefestigtes Verhältnis zur Politik. So ist beispielsweise der Kompromiss einmal „etwas Tolles“ und gleichzeitig ein „Problem“. Auf der einen Seite gibt es die pauschalen und rigorosen Abwertungen bezüglich der Performance der Politik, auf der anderen Seite werden ihr aktiv Probleme übergeben und konkrete Aufgaben zugeschrieben, wie beispielsweise die „Unterstützung der Wirtschaft“, der „Schuldenabbau“, oder die „Verbreiterung der Gerechtigkeit“. In dem die Befragten diese Aufgaben aktiv und unaufgefordert in den Zuständigkeitsbereich des Staates delegieren, trauen sie gleichzeitig der Politik und den Politkern die Bewältigung dieser Aufgaben zu – zumindest, dass sie teilweise den mit diesen Aufgaben verbundenen Anforderungen gerecht werden. Wie das konkret funktionieren kann, liegt außerhalb dessen, worüber sich die Befragten Gedanken machen wollen und können.

Insofern kann das Verhältnis des Großteils der hier untersuchten Vertreter der gesellschaftlichen Mitte zur Politik eher als *transiente Verweigerung*, denn als Politikverdrossenheit bezeichnet werden. Transient, also vorübergehend, weil nicht durchweg alle auf Politik und Politiker bezogenen Einstellungen als ausschließlich und dauerhaft ablehnend charakterisiert werden können, sondern oftmals positive Erfahrungen, verbalisierte Zustimmung zu politischem Handeln, genuines Wissen oder ein der Politik gegenüber affirmatives Umfeld fehlt, um die transiente Verweigerung der Mitte aufzubrechen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Angesichts der Ausführungen muss neben der Politikverdrossenheit ein zweiter Begriff der Politikwissenschaft diskutiert und auf seine Erklärungskraft für das Verhältnis zwischen Mitte und Politik hin getestet werden. Aufgrund der in den vorangegangenen Kapiteln dargelegten Befunde muss nun tatsächlich die Frage klarer beantwortet werden, ob die gesellschaftliche Mitte „populistisches Kapital" in sich trägt beziehungsweise, ob durch die Erhebungen in den einzelnen Gruppen gezeigt werden kann, dass innerhalb der Mitte ein Nährboden für populistische Thesen vorhanden ist, ob sich populistische Argumentationsmuster innerhalb der grundlegenden Denkmuster wiederfinden. Zunächst ist es interessant, dass „populistisch" und „Populismus" ganz selbstverständliche Vokabeln der Mitte sind. Dies zeigt sich beispielsweise in Aussagen wie der, dass eine repräsentative Demokratie zwangsläufig „populistisch" sei, die Parteien „populistische Forderungen" in ihre Wahlprogramme aufnehmen müssten, sonst wäre, so die Befragten, ihre Wiederwahl gefährdet.

Die Fokusgruppenteilnehmer verteufeln den Populismus nicht per se und haben gleichzeitig den Anspruch, populistische Elemente innerhalb der Politik zu identifizieren und sich von diesen nicht manipulieren zu lassen. Darüber hinaus thematisieren sie auch die mit dem Populismus verbundene Gefahr, die besonders dann virulent sei, wenn mehr direktdemokratische Elemente eingeführt würden. Bezüglich der Frage des Populismus nehmen die Befragten offenbar eine verhältnismäßig aufgeklärte Position ein.

Die politikwissenschaftlichen Definitionen des Populismus unterscheiden mittlerweile die Stilelemente, die politische Strategie und Inszenierung sowie die Bewegung und das Projekt.[155] Gemeinhin steht der Populismus jeglicher Couleur aber für eine Politikform, zumindest einen Kommunikationsstil,[156] der letztlich eine Art Wechselbeziehung voraussetzt. In der vorliegenden Studie sind keine Beziehungen sondern nur hypothetische Adressaten eines politischen Stils, Bürger der gesellschaftlichen Mitte, sozusagen die „Nachfrageseite des Populismus"[157] untersucht worden. Halten die von Seiten der Befragten vorgegebenen eigenen Beobachtungsqualitäten hinsichtlich des postulierten selbstbewussten Umgangs mit dem Populismus einer genauen Analyse stand?

155 Vgl. exemplarisch Norbert Frei, Einleitung, in: Ders., Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991, S. 7-32, hier S. 17.

156 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994, S. 18.

157 Everhard Holtmann u. Adrienne Krappidel, Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006, S. 34.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Anhand des Themenblocks zu populistischen Aussagen der Politiker im zweiten Teilforschungsprojekt dieser Studie wurde evident, dass sich im Grunde alle Teilnehmer – unabhängig, worum es inhaltlich ging – mit den kürzeren, populistischeren Statements wohler fühlen, als mit den längeren Aussagen. Sie schätzen die „klaren Formulierungen" und die deutliche Benennung der Konsequenzen bei der Nichteinhaltung der durch die Gesamtgesellschaft aufgestellten Regeln. Während hingegen längere, mehrere Argumente bündelnde und komplexere Aussagen schnell zu einer Überforderung führten, beziehungsweise einen Reflex auslösten, der einer tiefergehenden Beschäftigung mit dem jeweiligen Problem im Wege steht. In diesem Zusammenhang wurden von den Befragten auch immer wieder die Floskeln des "gesunden Menschenverstandes", der Lebenswirklichkeit des „kleinen Mannes" und der Verweis auf den „stinknormalen Bürger" bemüht. Letztlich alles Harmonien einer populistischen Melodie. Während der „gesunde Menschenverstand" unmittelbar und direkt einerseits ein Verweis auf die Alternativlosigkeit der selbst vorgebrachten Argumentation ist, wird damit gleichzeitig eine vermeintlich unideologische Sachlichkeit betont. Es entsteht eine Gleichsetzung von einer individuellen mit einer kollektiven Moral – alles Elemente, die dem Populismus zuzuordnen sind.[158] Der „kleine Mann" hingegen ist zwar eine vorkommende, aber keine dominante rhetorische Figur innerhalb der Fokusgruppen. Und wurde unabhängig von Erwerbsstatus, Alter oder Geschlecht benutzt. Gemeinsam ist allen Verwendern dieser Begrifflichkeit in den durchgeführten Erhebungen, dass sie keinerlei neutrale oder positive Bezüge zum Politischen herstellen sowie einen gewissen Grundpessimismus bezüglich der Zukunftsaussichten vertreten. Der „kleine Mann" wird demzufolge dann bemüht, wenn sich der Erwartungshorizont für die Befragten verkleinert.

Überdies verwendeten die Befragten gelegentlich die „Volks-"Semantik. In diesem Zusammenhang ist nicht nur „das Volk der Souverän", sondern da wird „das Volk nicht mehr gefragt", oder müsse „die Politik für das eigene Volk auch mehr tun", „mehr Verantwortung für das Volk" übernehmen. Wenn man Populismus mit Case Mudde als „an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‚the pure people' versus ‚the corrupt elite', and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people"[159] definiert, sind diese Ge-

158 Vgl. Frank Decker, Populismus und der Gestaltwandel des demokratischen Parteienwettbewerbs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 5-6/2012, S. 10-15.

159 Cas Mudde, The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition, Jg. 39 (2004) H. 4, S. 542–563, S. 543.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

gensatzpaare „wir hier unten als das Volk“ gegenüber „denen dort oben in der Politik“, innerhalb der Gruppendiskussionen deutlich identifizierbar. Es waren zwar nur vereinzelte Aussagen, die angesichts der Gesamtfülle des Materials kein großes Gewicht einnehmen, jedoch fielen die Aussagen, die die Vorstellung eines dichotomen Weltbildes deutlich freilegten, oftmals ungefragt, nebenbei und unvermittelt. Dies lässt Rückschlüsse darauf zu, dass Sätze wie diese zum Grundkonsens innerhalb der gesellschaftlichen Mitte gehören, besonders unter Berücksichtigung des Befundes, dass der Begriff „Volk“ in dem oben dargestellten Zusammenhang unabhängig vom Erwerbsstatus, dem Alter oder den Zukunftsaussichten der Befragten gebraucht wurde. Er jedoch auffällig oft von Personen verwendet wurde, die aufgrund von Einkommen, Bildung und Beruf eher einer oberen Mitte zuzuordnen sind. Auch die Kritik gegen Wirtschaft, Großbanken sowie internationale Konzerne, die – wie gezeigt – über alle Maßen geäußert wurde, ist ein Kernbereich der wissenschaftlichen Definition des Populismus.[160]

Wenn nun schon „populistische Versatzstücke“ zum politischen Tagesgeschäft gehören[161] und ein Teil der Normalität der demokratischen Politik selbst sind, verwundert es nicht, wenn die gesellschaftliche Mitte dafür ein ertragreicher Resonanzboden zu sein scheint. Die Befragten greifen unwidersprochen und unhinterfragt auf die angebotene populistische sprachliche Symbolik zurück. In der Sprache über Politik verfestigen sich Vorurteile, Klischees und Abwertungsstrategien, die wiederum auf die Aufnahmekapazität und Verarbeitungsmuster der Befragten zurückwirken. Die Frage dabei ist, ob dieser Zirkel weiterhin „demokratieverträglich“[162] bleibt, beziehungsweise, wo genau diese Zuträglichkeit für die Demokratie und die gesellschaftlichen Minderheiten aufhört und welche Grauzonen innerhalb der gesellschaftlichen Mitte sich selbst regulieren. Wenn in diesem Zusammenhang Karin Priester formuliert, dass Populismus

160 Nikolaus Werz, Einleitung. Populismus und Populisten, in: Ders. (Hg.), Populismus. Populisten in Übersee und Europa 2003, S. 15-43, hier S. 14

161 Ebd. S. 42; Franz Walter, Populismus und Demokratie, in: Alexander Hensel u. Daniela Kallinich u. Katharina Rahlf (Hg.), Parteien, Demokratie und gesellschaftliche Kritik. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2010, Stuttgart 2011, S. 225-227; Franz Walter, Ist Populismus ein Übel? . Über Rationalismus, Deformationen und Defizite der herrschenden Elite in der Demokratie, in: Forschung & Lehre, H. 7/2012, S. 536-538; Franz Walter, Populismus für die Mitte, in: Süddeutsche Zeitung, 05.01.2012.

162 Nikolaus Werz, Einleitung, 2003, S. 43.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

immerhin als ein Frühwarnsystem fungiert[163], sollten die hier zusammengetragen Aussagen zumindest hellhörig machen.

5.8 ALLES IST KONTINGENT! DIE ERWARTUNGEN DER MITTE AN DIE ZUKUNFT

Die hier beschriebene gesellschaftliche Mitte geht mit der Politik auch deshalb eine distanziert-populistische Beziehung ein, weil sie grundsätzlich durch einen Mangel an Sicherheit gekennzeichnet ist. Der sozialwissenschaftliche Befund, der mit den verschiedensten Stoßrichtungen und Untersuchungsdesigns immer wieder vorgelegt wird, scheint diesbezüglich eindeutig: Vor allem in der Mitte der Gesellschaft hätten in den letzten zwanzig Jahren Ängste aller Art dramatisch zugenommen.[164] Weil sich Selbstverständlichkeiten und Erwartungen an die eigenen Lebenschancen auflösen, grassiere Panik und Unsicherheit.[165] Die, durch die Individuen selbst konstatierte, Einflusslosigkeit bezüglich der eigenen sozialen Lage produziere Furcht[166] und lasse die vormalige souveräne Selbstsicherheit der Mitte verschwinden.[167] Dabei sei eine Zunahme der Sorgen über alle Einkommensschichten hinweg vernehmbar[168] – auch wenn sie allen objektiven Faktoren widerspreche beziehungsweise durch diese nicht in ihrer Gänze erklärt

163 Karin Priester, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main 2007, S. 27.

164 Holger Lengfeld u. Jochen Hirschle, Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg, eine Längsschnittanalyse 1984-2007, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38 (2009), S. 379-398, hier S. 379.

165 Rainer Lindner, Eine kranke und gestresste Gesellschaft. Russland in der Bevölkerungskrise, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefter, H. 6/2008, S. 38.

166 Janine Bernhardt u. Christoph Köhler, „Generalisierung von Unsicherheit?“. Ergebnisse einer Qualitativen Beschäftigtenbefragung, in: Christoph Köhler u. Kai Loudovici (Hg.), Beschäftigungssysteme, Unsicherheit und Erwerbsorientierungen. Theoretische und empirische Befunde, Jena 2007, S. 96-185, hier S. 134.

167 Heinz Bude, „Ein neuer politischer Egalitarismus“. Ein Gespräch mit dem Soziologen Heinz Bude, in: Herder-Korrespondenz, Jg. 63 (2009), S. 70-74, hier S. 77.

168 Thomas Volkmann, Die Mitte unter Druck. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Hg.), o.J., online einsehbar unter http://umsteuern.org/wp-content/uploads/2009/06/2_mitteunterdruck_284s_i.pdf [eingesehen am 28.04.2013], S. 14.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

werden könne.[169] Schließlich werden die Unsicherheiten schon allein durch ihre „authentische Angstkommunikation", die immer echter sei als die reale Angst,[170] zur unmittelbaren Wahrheit.[171] Angst und Statuspanik entstehen nicht allein bei dem Subjekt der gesellschaftlichen Mitte, sondern werden vor allem durch andere angestachelt oder durch mediale Krisenrhetorik geschürt, also sozial vermittelt.[172] Während Furcht die Mitte der Gesellschaft schleichend befalle[173], blieben ihr selbst die genuinen Ursachen für die Zunahme der mannigfaltigen Beklemmungen verborgen.[174]

An diese Diagnose schließen sich sogleich zwei Fragen an: Wie nehmen die hier Befragten Angst überhaupt wahr und was genau ist Angst für sie beziehungsweise die semantische und inhaltliche Antipode *Sicherheit*? Denn beide sollen hier gleichsam als Paar in den Blick genommen werden, weil sie sich nur aus ihrem Spannungsverhältnis zueinander erklären lassen. Zunächst: Sicherheit beziehungsweise Unsicherheit und die durch letztere hervorgerufene Angst[175] sind Gefühle und Einstellungen, die sich immer auf die Zukunft beziehen und deren Befund von der Erwartungshaltung an kommende Entwicklungen abhängt.

Auf den ersten Blick scheint das Bedürfnis, der Angst auszuweichen und Sicherheit zu suchen, dem Menschen inhärent zu sein. Doch Franz Xaver Kaufmann hat in einer grundlegenden Studie herausgearbeitet, dass Sicherheit eben kein anthropologisches Grundbedürfnis ist, sondern erst in der Bundesrepublik

169 Vgl. hierzu exemplar. Dominik H. Enste u. Vera Erdmann, Mythen über die Mittelschicht. Informationen Roman Herzog Institut, in: Wie schlecht steht es wirklich um die gesellschaftliche Mitte?, H. 9/2011, S. 10; Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... 2006, hier S. 40.

170 Vgl. Niklas Luhmann, Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Wiesbaden 2008.

171 Robert Castel, Die Stärkung des Sozialen, 2007, S. 9.

172 Adelbert Evers, Über den Umgang mit Unsicherheit, 1987, S. 64.

173 Klaus Kraemer, Abstiegsängste in Wohlstandslagen, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 201-229, hier S. 202.

174 Helga Pelizäus-Hoffmeister, Unsicherheiten im Lebensverlauf um 1900 und um 20000, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 33-34/2008, S. 25-31, hier S. 30.

175 Das heißt nicht, dass Angst nur aufgrund von Zukunftsunsicherheit entsteht. Jedoch ist es nur diese „sozial vermittelte Angst", die hier im Fokus steht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

zum Symbol einer gesellschaftlichen Wertidee gerann.[176] Erst in dem Moment, in dem Gefahren und Unsicherheiten grundsätzlich als beherrschbar erschienen, konnte Sicherheit zu einem Basisthema der Gesellschaft werden.[177] Daraus folgt, dass Ängste auch immer kulturell geformt sind, durch Gesellschaften unterdrückt oder kultiviert, von ihnen legitimiert oder sanktioniert werden.[178] Gerade weil die Vorstellungen von Sicherheit und Unsicherheit zeitgebunden sind, ist es offensichtlich, dass hier zunächst die genaue Bestimmung aus Sicht der sozialen Individuen notwendig ist.

Für die in den Fokusgruppen Befragten ist Sicherheit zunächst und vordergründig körperliche Unversehrtheit. Sie haben Angst vor Kriminalität, wenn sie am Abend allein durch die Straßen gehen, vor terroristischen Übergriffen oder vor Unfällen im Straßenverkehr. Sie fürchten sich vor unbekannten Krankheiten und Seuchen ebenso wie vor neuen und unbeherrschbaren Techniken. Als ein zweiter Angstproduzent werden auf Nachfrage Unsicherheiten bezüglich der persönlichen wirtschaftlichen Situation benannt, die eng an den Beruf gekoppelt sind. Doch nicht nur die Arbeitsplatzunsicherheit gilt als „Alptraum", ebenso die Angst vor den enger werdenden finanziellen Spielräumen im Alter belastet. Schließlich äußern sie Furch davor, dass in Zukunft ein „ganz normales Leben" nicht mehr möglich sein wird. Darunter fassen sie die Angst vor Verengung des Möglichkeitsraumes und den Verlust an Handlungschancen[179]: „Urlaub", „Job" und „dass zu Hause alles läuft" – all das soll für die Mitte möglichst auch in der Zukunft gelten.

Nur ein gutes Drittel der über einhundert Befragten aus den Teilprojekten über die Mitte in Nordrhein-Westfalen und die obere beziehungsweise untere Mitte in Göttingen glaubt, dass die *Gesellschaft* einer positiven Zukunft entgegengeht und weniger als ein Sechstel sieht für sich *persönlich* vertrauensvoll in die Zukunft. Zumindest geben sie dies zu Protokoll, wenn man sie direkt danach fragt. Zur Erschließung der Ursachen des (gefühlten) Verlustes an Sicherheit,

176 Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, Stuttgart 1970, S. 13f; 45.

177 Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit. Das Leitbild beherrschbarer Komplexität, in, Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe, Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt a. M. 2003, S. 73-104, hier S. 93.

178 Jörg Bergmann, Paradoxien der Angstkommunikation. Über Verhalten und Modernität der Angst, in: Jahrbuch für Gruppenanalyse, H. 8/2002, S. 1-8, hier S. 1.

179 Auch Steffen Mau, Lebenschancen, 2012, S. 209.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

müssen zunächst die Themen dechiffriert werden, die die Befragten mit der Zukunft verbinden. Die Teilnehmer sollten mit Hilfe der Frage nach einer idealen zukünftigen Gesellschaft sowie über die Entwicklung fiktiver Schlagzeilen ihre Affekte und Gedanken über die Zukunft verbalisieren. Hier schälten sich in allen Gruppen zwei immer wiederkehrende Themen heraus: Kinder und Energie. Über die Frage, wie es den Kindern in der Zukunft gehen wird, thematisierte die gesellschaftliche Mitte sozusagen die Ängste bezüglich ihrer *privaten* Entwicklung, während sie mit der Frage der Energiesicherheit eine *gesellschaftliche* Zukunft in den Blick nahm.

Die Befragten fürchten sich vor einer „Energiekrise" aufgrund der Verknappung der natürlichen Ressourcen und der Abhängigkeit von anderen ressourcenreichen Staaten sowie vor einer massiven Preissteigerung von Strom, Öl und Gas. Eine Lösung sehen sie in der „Energiewende". Für sie steht der Staat in der Pflicht, Elektroautos zu fördern, die Verbreitung von Solarstrom zu subventionieren und die Windenergie auszubauen. Wobei in einem Großteil der Gruppen die Forderung nach „sicherer Atomkraft" – die allein für eine lückenlose Energieversorgung garantieren könne – nicht auf Widerspruch stieß. Damit offenbart sich auch ein großes Interesse der Befragten an der Umwelt- und Energiepolitik sowie die Anforderungen an die Politiker, dass diese für einen schonenden Umgang mit den Ressourcen und vor allem für Nachhaltigkeit verantwortlich sind.

Die individuelle Zukunft hingegen thematisieren die Befragten über Kinder, unabhängig davon, ob sie selbst Väter oder Mütter sind. Für den Nachwuchs wünscht sich die Mitte, dass er sich entfalten kann, einen Beruf findet, der ihm Spaß bereitet und den Lebensunterhalt sichert. Dabei soll es ihm nicht unbedingt „besser" gehen, als ihnen selbst, sondern er soll möglichst den gewohnten elterlichen Lebensstandard halten. Ähnliches bestätigt auch die regelmäßig zu diesem Thema gestellte Frage des Allensbachinstitutes. Demnach wünscht sich eine Mehrheit von 57 Prozent der mittleren Einkommensklasse, dass es den Kindern später einmal genauso geht, wie ihnen selbst und lediglich 34 Prozent hoffen auf eine Besserstellung des Nachwuchses.[180]

Wichtig in diesem Zusammenhang ist der Mitte der Gesellschaft der Erhalt der Handlungsspielräume und Lebenschancen für ihre Söhne, Töchter und Enkelkinder. Vor allem die Frage nach Chancen und Möglichkeiten bezogen die Befragten immer wieder auf die Bildungschancen ihrer Kinder, hier forderten sie „Chancengleichheit" für die Zukunft ein. Gegenwärtig scheinen sie diese als nicht gegeben zu sehen, denn sowohl die obere als auch die untere soziale Mitte

180 Renate Köcher, Allenbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009, 2007, S. 670.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

stellt fest, dass Chancen von der individuellen Ausbildung sowie von der sozialen Herkunft abhängig sind. Während auf der einen Seite einige Teilnehmer der Studie den Verlust an Chancen und den damit zusammenhängenden Druck artikulieren, thematisieren andere wiederum die positiven Folgen der aus ihrer Perspektive wahrgenommenen Chancen, wie Erfolg, Freiheit und Unabhängigkeit. Über alle Gruppen hinweg konnte diese Zweiteilung wahrgenommen werden in diejenigen, die Chancen als Verbreiterung ihrer Optionen wahrnahmen und diejenigen, die sich durch eine empfundene Reduktion der Chancen um einen Teil ihrer Zukunft bedroht sahen.

Die erste Gruppe ging mit dem Begriff der Chancen ganz selbstverständlich um und erweckte nicht den Eindruck, als ließen sie sich von den gebotenen oder auch nicht gebotenen Chancen und Möglichkeiten unter Druck setzen. Eine Ursache dieses selbstbewussten Umgangs kann darin liegen, dass die Gewinner von knappen Status- und Berufspositionen prinzipiell die Chancen innerhalb einer Gesellschaft als gerechter und fairer empfinden als die Verlierer.[181] Da hier jedoch die positive Konnotation im Zusammenhang mit den zukünftigen Chancen bei den Teilnehmern unabhängig vom Status oder dem Alter beobachtet werden konnte, bietet sich angelehnt an das Konzept der gesellschaftlichen Exklusion von Heinz Bude noch eine andere Erklärung an. All jene, die der objektiv benachteiligten Lage zum Trotz das Gefühl haben, ihr „Leben meistern zu können", sind lediglich marginalisiert, aber nicht aus der Gesellschaft exkludiert, denn für Bude ist die „subjektive Wahrnehmung der eigenen Chancenlage" letztlich *das* Merkmal der Exklusion.[182] So sind diejenigen, die sich eigentlich am unteren Rand der Mitte befinden nicht zwangsläufig pessimistischer bezüglich ihrer zukünftigen Chancen, weil sie sich, mit den Worten der Befragten, ein „zweites Standbein aufgebaut" haben oder sich ständig darum bemühen, dass die „Möglichkeiten offen gehalten werden".

Daneben konnte eine Gruppe von Individuen identifiziert werden, die den Begriff der Chancen beinahe als Zumutung empfindet. Eben jene nimmt den Widerspruch wahr, dass sich Bildung zwar als Chancenerweiterungsmaschinerie inszeniert, diesem Anspruch aber nicht gerecht wird.[183] In ihren Augen werden sich die Chancen in der Zukunft drastisch reduzieren. Daher verflüchtigt sich für sie auch die Vorstellung von einer durchlässigen Gesellschaft. An einen sozialen

181 Vgl. Jodi O'Brien, Social prisms, 1999, S. 146.

182 Heinz Bude, Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden, 2006, S. 234.

183 Vgl. auch Heike Solga, Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft, 2005, S. 43.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Aufstieg glauben diese Befragten schon lange nicht mehr.[184] Dabei war es ein Teil der Gesellschaft jahrzehntelang gewohnt, dass sich seine Bemühungen und Leistungsanstrengungen auszahlten. Sie setzten auf das Funktionieren eines meritokratischen Systems, nachdem Chancengleichheit, persönliches Talent und Leistungsbereitschaft zum Erfolg führen. Sie nahmen Kürzungen der Sozialtransfers oder des Nettolohnes hin, passten sich der gewandelten Arbeitswelt an. Sie wurden Leiharbeiter, führten Wochenendbeziehungen oder erduldeten Doppelbelastungen – alles in der Hoffnung, dass sich ihr Einsatz auszahlen und ihr Engagement belohnt werde, sei es finanziell, sei es durch einen sicheren Arbeitsplatz oder durch die gesellschaftliche Anerkennung. Doch all dies gilt nun nicht mehr. Zumindest empfindet es ein großer Teil der Befragten so.

Durch diesen imaginierten oder tatsächlichen Druck ist dieser Teil der Mitte ängstlich und unsicher geworden. Individualisierung, der Bedeutungswandel der Familie und widersprüchliche Rollenmodelle zählen ebenso zu den empfundenen Repressalien wie die bereits erwähnten Sozialreformen, Steuererhöhungen, Subventionseinschränkungen und Veränderungen der Arbeitswelt. Auch die neue Erfahrung der temporären Arbeitslosigkeit oder die wachsende Zahl der Bekannten, die durch Scheidung oder Langzeitarbeitslosigkeit abgehängt wurden beziehungsweise nach langen Ausbildungszeiten den Sprung in die Arbeitswelt nicht schaffen, belasten jene Vertreter der Mitte mitunter stark. Megatrends wie die Globalisierung und Individualisierung legen sich lähmend um sie. Ihre Lebenszufriedenheit sinkt.[185]

Ob es, zusammengefasst, um die eigene oder die gesellschaftliche Zukunft geht: die Mitte ist unsicher und ängstlich. Nur drei Prozent der Befragten sahen für sich und die Gesellschaft eine positive Zukunft. Verantwortlich für diese Unsicherheit und somit im Umkehrschluss für die Herstellung von Sicherheit sind aus Sicht der Befragten mehrere Faktoren: sie selbst, die Politik und schließlich die „Umstände".

Offenbar ist ein großer Teil der Mitte derzeit von der Kontingenz überfordert. Sie weiß nicht, was das Morgen bringen wird. Die Unsicherheit der Zukunft, die zu Beginn der Moderne Möglichkeiten eröffnete und Freiheiten ver-

184 Ein Befund, der Umfragen zu Folge auf ein Drittel der Mittelschicht zutreffe. Vgl. Renate Köcher, Das Bewusstsein der Mittelschicht, 15.07.2008.

185 Vgl. Franz Walter, Neue Panik in der Mitte, in: Internationale Politik, Jg. 63 (2008), S. 92f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sprach,[186] scheint gegenwärtig Belastung, Anspannung und Furcht zu produzieren. Für die Mitte ist die Zukunft offen, ungewiss und zufällig, eben kontingent. „Kontingent ist, was auch anders möglich ist und auch anders möglich ist, weil es keinen notwendigen Existenzgrund hat."[187] Doch diese Kontingenz ist sowohl historisch als auch kulturell variabel[188] und scheint gegenwärtig für die hier untersuchte gesellschaftliche Großgruppe eine andere zu sein, wie für die Mittelschicht fünfzig Jahre zuvor.[189] Da Kontingenz kein Übergangsstadium sondern ein Dauerzustand der postmodernen Gesellschaft geworden ist[190], müssen Kontingenzbewältigungsstrategien entwickelt werden. Hier konnten innerhalb der befragten Teilnehmer der Studie vier solcher Strategien identifiziert werden: die Herstellung einer „ambivalenzfreien Homogenität",[191] die Fiktionalisierung eines spezifischen Möglichkeitshorizontes, die Akzeptanz der Realität gepaart mit der Bewahrung des Erreichten und schließlich die Haltung des Pessimisten.

Die Methode der Herstellung einer ambivalenzfreien Homogenität kommt in letzter Konsequenz eher einer Kontingenzauflösung nahe. Die hier Befragten ziehen sich in eine Art „Nischengesellschaft" zurück und begeben sich in eine Risikovermeidungshaltung. Für sie gibt es nur den einen, in ihren Augen meist fatalistischen, Weg. Sie imaginieren sich eine homogene Gesellschaft und glauben fest an die „meritokratische Realität"[192], an der sie selbst, so ihre Annahme, nicht mehr teilhaben können. Sie bewerten ihre eigenen Zukunftschancen als äußerst gering. Überdies scheint für sie ein Handeln in der Zukunft nicht möglich, ihren Lebensweg beschreiben sie als fremdbestimmt und determiniert. Daneben konnte innerhalb der Bürgerprotestudie eine weitere Gruppe beobachtet werden, die Vielfalt, Antagonismen und Widersprüche dahingehend auflöst, dass sie an die Vision einer rationalen Planung für die Zukunft glaubt. In ihren Augen müssen nur sämtliche Fakten und Argumente zusammengetragen werden, aus denen sich dann schon eine „optimale Lösung" konstruieren lasse. Für sie ist die Planung von komplexen Vorgängen eine Methode der Zukunftsbewälti-

186 Vgl. Michael Makropoulos, Kontingenz. Aspekte einer theoretischen Semantik der Moderne, in: European Journal of Sociology, Jg. 45 (2004), S. 369-399, hier S. 292.

187 Michael Makropoulos, Theorie der Massenkultur. München 2008, S. 33.

188 Ebd. S. 270.

189 Dies kann mit dieser Studie nicht belegt werden, jedoch legen all dies die oben angeführten soziologischen Untersuchungen nahe.

190 Richard Herzinger, Republik ohne Mitte, 2001, S. 23.

191 Michael Makropoulos, Kontingenz, 2004, S. 281.

192 Heike Solga, Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft, 2005, S. 212.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

gung.[193] Ob dabei Interessen oder letztlich Individuen zurückbleiben und den Anschluss an diese Zukunft verlieren, steht bei jenen nicht im Aufmerksamkeitsfokus.

Eng an diesem Kontingenzmanagement, jedoch weniger exklusiv, operieren die „Pessimisten". Für jene spezifisch ist die Überzeugung, dass mit der Wirtschafts- und Finanzkrise eine historisch einmalige Krisensituation seit 2008 eingetreten ist. Ihr Pessimismus, keine gesellschaftlich produzierte Disposition, sondern eine persönliche Anlage,[194] bezieht sich nicht zwingend auf alle Bereiche, sondern überwiegend auf ihre Zukunftsaussichten. In der Quintessenz entsteht auch hier, wie bei der Methode zur Herstellung einer ambivalenzfreien Homogenität, eine Art Überanspruch an Leistungen durch den Staat speziell für sie, die von den Folgen der Krise schließlich am härtesten betroffen seien. Rüdiger Graf hat durch die Arbeit über pessimistische und kulturkritische Autoren gezeigt, dass die schwarzseherische Rede über den Untergang eher ein metaphorischer Ausdruck für anstehende Veränderungen ist.[195] Auch Teile der hier befragten Individuen scheinen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen wahrzunehmen, können jedoch ihren Erfahrungsraum mit ihrem Erwartungshorizont nicht zusammenbringen. Durch das Misslingen dieser Transformationsleistung identifizieren sie für sich keinerlei Chancen oder positiven Zukünfte. Für die Pessimisten war in der Vergangenheit alles anders, als sie es in der Gegenwart wahrnehmen und wird auch alles anders sein, als sie es sich für die Zukunft eigentlich wünschen.

Diejenigen hingegen, die die Realität akzeptieren und das Erreichte für die Zukunft bewahren wollen, verfügen in diesem Punkt über mehr Zuversicht und Hoffnung. Für sie bedeutet Sicherheit oftmals materieller Wohlstand und Kontingenz ist ein akzeptierbarer „Normalzustand"[196] geworden, den sie nicht nur vollziehen, sondern in dem sie aktiv handeln.[197] Dennoch messen sie weder der

193 Helmut Schelsky, Planung der Zukunft. Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität, in: Soziale Welt, Jg. 17 (1966) H. 2, S. 155-172, hier S. 160.

194 Rüdiger Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918-1933, München 2008, S. 90.

195 Ebd. S. 97.

196 Michael Makropoulos, Modernität als Kontingenzkultur. Konturen eines Konzept, in: Gerhart von Graevitz u. Odo Marquard (Hg.), München 1998, S. 55-79, hier S. 72.

197 Nach Michael Makropoulos, Tendenzen der Zwanziger Jahre. Zum Diskurs der klassischen Moderne in Deutschland, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Jg. 39 (1991), S. 675-687, hier S. 682.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Gegenwart noch ihrer semipositiven Zukunft eine große Bedeutung bei beziehungsweise versprechen sich einen langen Bestand dessen. Oftmals wünschen sich all jene mehr Zufriedenheit „mit dem, was man hat". Sie hoffen, erwarten aber keine Stabilität und versuchen, sich den Gegebenheiten anzupassen.

Daran schließt sich ein letztes, hier beobachtetes, Kontingenzmanagement, an: die Fiktionalisierung eines spezifischen, jedoch imaginierten Möglichkeitshorizontes. Diese zahlenmäßig recht große Gruppe besteht aus den Prototypen der „Multioptionsgesellschaft". Sie nehmen die Zukunft als „wachsenden Raum der Chancen"[198] wahr, ein Tatbestand, den sie als „großartig" bezeichnen. Gleichzeitig – und das ist das Überraschende – schüren sie den gesellschaftlichen Angstdiskurs beachtlich. Sie thematisieren permanent die Angst der anderen, die der jungen Leute, vor der ergebnislosen Suche nach einer Lehrstelle, die der Hartz-IV-Bezieher vor den steigenden Strompreisen, die der älteren Belegschaft vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Im selben Atemzug behaupten sie jedoch, bei dem Gedanken an die Zukunft selbst keinerlei Unsicherheit zu empfinden. „Ich bin nicht ängstlich!". Für andere mag Fortschritt und Veränderung anstrengend sein, „für mich aber ist es toll". Denn sie gehen „gelassen damit um". In der Konsequenz bedeutet Sicherheit für diese Gruppe dann auch nichts anderes, als ihre „Schäfchen ins Trockene zu bringen".

Für alle vier skizzierten Gruppen gibt es somit „unterschiedliche Zukünfte",[199] und daher auch verschiedene Vorstellungen darüber, ob man sich sicher fühlt oder eben nicht. Doch gerade wenn man mit Kauffmann Sicherheit als einen „herstellbaren Zustand" begreift, bei dem es nicht mehr um eine kontingente Zukunft, sondern um die Produktion einer „bestimmten" Zukunft geht,[200] muss konstatiert werden, dass dies nicht für alle hier beobachteten Individuen gleichermaßen gilt. Einigen gelingt es tatsächlich, produktiv innerhalb der Kontingenz zu agieren, sie müssen diese nicht zwingend auflösen.

Offensichtlich ist, dass der Zusammenhang zwischen verhältnismäßig niedriger Zukunftsangst auf der einen Seite und höherer Schulbildung sowie einem größeren Ausbildungsgrad auf der anderen Seite[201] nicht mehr gilt. „Der Riss in Bezug auf Sicherheit, Status und die erwartbare Kontinuität von Lebensumständen geht durch die Mitte selbst. Ein Teil lebt nach wie vor in gesicherten Ver-

198 Michael Makropoulos, Theorie der Massenkultur, 2008.

199 Auch Richard Herzinger, Republik ohne Mitte, 2001, S. 24.

200 Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem, 1970, S. 357.

201 Wie noch von Kaufmann ermittelt, vgl. ebd., S. 364.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

hältnissen, ein Teil wird immer verwundbarer.“[202] Um das zu verstehen, kann noch einmal Kaufmann bemüht werden: Sein über vierzig Jahre alte Befund, dass das Gefühl von Sicherheit und Unsicherheit erst durch das Zusammenspiel zwischen einer inneren Selbstsicherheit und einem Geborgenheitsgefühl sowie durch die Reduzierung der äußeren Gefahren hergestellt wird, scheint noch immer zu gelten. Umweltbedingungen allein – und das ist auch ein Ergebnis der vorliegenden Untersuchung – schaffen es nicht, Sicherheit zu vermitteln und lösen gleichzeitig ein umso größeres Angstgefühl aus, je fragiler sie werden. Dem kann die betroffene gesellschaftliche Mitte nur durch Selbstsicherheit, Orientierung an neuen, Sicherheit vermittelnden, Rahmen oder Forderungen nach Kontrolle über die vorherrschenden Gefahren begegnen. Sicherheit jedenfalls ist nur durch eine Kombination aus diesen inneren und äußeren Faktoren möglich. Und gerade dieses Zusammenspiel ist eine Vermittlungsleistung, die – so die Befragten – durch die Gesellschaft und Politik unterstützt werden müsste,[203] denn genau diese Vorstellungen von einer funktionierenden Gesellschaft und über „gute Politik“ schälten sich in den Fokusgruppen heraus.

202 Oskar Niedermayer, Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung. Wiesbaden 2001, S. 89.

203 Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem, 1970, S. 357-359.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

6. Von Adaptions- und Bewältigungsstrategien: Der Versuch einer Typenbildung

Das auf den einhundert letzten Seiten gezeichnete Bild der Mitte ist breit, vielfältig und in seiner Offenheit womöglich auch ein wenig diffus. Hier soll nun der Versuch unternommen werden, anhand einer Typenbildung klarere Strukturen herauszuarbeiten und schärfere Linien zu zeichnen. Die Typen sollen die deutlichsten der hier hervorgetretenen Merkmale zusammenfassen und kein repräsentatives Bild aller Teilnehmer abbilden. Ohne das Teilsample aus der Bürgerproteststudie sind in den Untersuchungen zur Mitte Wortbeiträge von insgesamt 109 Teilnehmern aus vierzehn Fokusgruppen ausgewertet worden. Davon waren 51 Prozent Männer, 58 Prozent der Teilnehmer hatten Kinder, neun Prozent waren arbeitslos und 22 Prozent von Erwerbsarbeit befreit. Ebenso durchmischt war die Altersstruktur des Samples: 17 Prozent der Befragten waren unter dreißig Jahre alt, 42 Prozent zwischen dreißig und fünfzig Jahren, schließlich 40 Prozent zwischen fünfzig und siebzig Jahren.

Die Aussagen aller Interviewpartner wurden mit Hilfe des Computerprogramms MaxQDA strukturiert und kategorisiert. Zu diesem Zweck wurde anhand der Fragestellung der Studie vor der Auswertung ein großer Teil des Codierschemas erarbeitet, ein weiterer Teil durch eine „offene Codierung im Prozess“ ergänzt.[1] Anhand der einzelnen hier präsentierten thematischen Kapitel wurden unter einigen Codes Subkategorien gebildet, die nun schließlich in einer Typenbildung münden sollen. Dabei geht es nicht darum, alle Merkmale der

1 Hierzu und für die Erstellung einer Typologisierung allgemein: Udo Kelle u. Susanne Kluge, Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkonstrastierung in der qualitativen Sozialforschung, Wiesbaden 2010, S. 62.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Individuen in den Prozess der Typisierung mit einzubeziehen, sondern lediglich die zentralen Kategorien, die in dieser Studie herausgearbeitet wurden: die Bewertung der Zukunft, die Einstellung zur Politik und die Verarbeitung des gesellschaftlichen Drucks. Dabei sollen hier möglichst ähnliche Fälle zusammengefasst und mit möglichst differenten Fällen kontrastiert werden.[2] Hierfür müssen von einer individuellen Basis aus Merkmale miteinander kombiniert werden, die schließlich zu einem Typ führen.[3] Für die Gruppierungen werden also keine „objektiven Faktoren" wie beispielsweise das Alter oder das Geschlecht sondern die analytisch heraus präparierten Merkmale und Besonderheiten herangezogen. Dabei entstehen hier eher „empirische Typen" und keine Idealtypen.[4] Die Typenbildung erfolgt aus der Perspektive der Individuen bezüglich ihres Umgangs mit den Institutionen, ihrer Handlungsmuster und Strategien.[5] Es geht auch darum, wie sie ihren Alltag im Dreieck zwischen Familie und Freizeit, Selbstverwirklichung und dem Beruf managen. Somit konnten vier Typen identifiziert werden: die *Orientierung suchenden Realitätsbewältiger*, die *selbstgewissen Komplexitätsreduzierer*, die *ambitionierten Artisten des sozialen Möglichkeitsraumes* und schließlich die *histrionischen Vergangenheitsschwärmer*[6].

Die *histrionischen Vergangenheitsschwärmer* sind durch die gegenwärtige Krisenrhetorik bezogen auf das Wirtschafts- und Finanzsystem stark überfordert.

2 Vgl. ebd., S. 84.

3 Vgl. Susanne Kluge, Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Jan. 2000, online einsehbar unter https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&sqi=2&ved=0CC8QFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.uni-siegen.de%2Fphil%2Fsozialwissenschaften%2Fsoziologie%2Fmitarbeiter%2Fludwig-mayerhofer%2Fmethoden%2Fmethoden_downloads%2Ftypenbildung.pdf&ei=Y5qTUc_gEsTDtAaOzIGoDA&usg=AFQjCNGBuhR93E4OIvB02b6vKGJiPQwSVQ&bvm=bv.46471029,d.Yms [eingesehen am 15.05.2013], S. 2.

4 Vgl. ebd.

5 Wobei die Bezeichnung und Charakterisierung der Typen aus diesem Blickwinkel äußerst sensibel vorzunehmen ist: die Kennzeichnung darf keinesfalls abwertend sein und in der Beschreibung muss ein impliziter Vorwurf einer „falschen Haltung" vermieden werden.

6 Damit ist keine Persönlichkeitsstörung gemeint. Hier soll nur eine semantische Anlehnung vorgenommen worden mit besonderem Augenmerk auf einen Teil des Krankheitsbildes: Aufmerksamkeitsbedürfnis, Bestätigung und Suche nach Anerkennung.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Sie übernehmen die Szenarien vom Untergang und beziehen diese häufig auf ihre eigene Lage. Dabei interpretieren sie die vorherrschende Situation als Störung eines in der Vergangenheit liegenden Idealzustandes. Die Vertreter der *histrionischen Vergangenheitsschwärmer* sind vorwiegend ältere Menschen, jenseits des fünfzigsten Lebensjahres. In ihrem Erfahrungshorizont hat sich eine erfolgreiche Aufstiegsgeschichte der bundesdeutschen Gesellschaft abgelagert. Oftmals haben die Eltern der Vertreter dieses Typus vom Aufstieg entscheidend profitiert. Vor diesem Hintergrund entsteht der Eindruck, diesbezüglich nur verlieren zu können. In ihrer gegenwärtigen Wahrnehmung wird derzeit die aufgestiegene nivellierte Mittelstandsgemeinschaft vollständig porös und brüchig.

Darüber hinaus divergiert die Selbstsicht der *histrionischen Vergangenheitsschwärmer* mit der Fremdwahrnehmung: Während sie selbst diejenigen seien, die von Arbeitslosigkeit am stärksten bedroht wären und die in den letzten Jahren durch die Reformen des Sozialstaates am meisten verloren hätten, bewerten sie die anderen als gesellschaftliche Gewinner. Ferner schätzen sie auch die Zukunft jener – im Gegensatz zu ihren eigenen Möglichkeiten – als günstig ein. Dadurch entsteht der Eindruck, den anderen gegenüber im Nachteil zu sein. Einige der in diesem Typus zusammengefassten Individuen leben allein und haben keine Kinder – ihnen fehlen evidente Stützpfeiler eines sozialen Netzwerkes. Dies mag das Gefühl des Abgehängt-Seins noch einmal verstärken.

Darüber hinaus üben für die *histrionischen Vergangenheitsschwärmer* die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse und die Veränderungen der Arbeitswelt enormen Druck aus. Sie fühlen sich aufgerieben und ziehen sich ängstlich zurück. Sie schauen mit höchst pessimistischen Erwartungen in die Zukunft und beklagen dies auch unüberhörbar. Wobei das Lamento der *histrionischen Vergangenheitsschwärmer* oftmals mit ihrer tatsächlichen sozialen Lage nicht im Einklang steht. Viele von ihnen sind seit Jahrzehnten durch tariflich abgesicherte Normalarbeitsverhältnisse gebunden, keiner war direkt beispielsweise von einer durch die Wirtschaftskrise bedingten Kurzarbeit betroffen. Doch sie begeben sich in eine pessimistische Haltung und erwarten, dass ihr subjektiv erklärtes Leid ernstgenommen wird.[7]

In ihrer Vorstellung ist die Artikulation von Angst gesellschaftlich legitimiert. Auch deswegen neigen sie diesbezüglich oftmals zu Übertreibungen. Doch ihre Klagen und Furchtäußerungen sind gleichzeitig als eine Form der

7 Die ist die „Pose des Pessimisten“, Vgl. Michael Pauen, Pessimismus. Geschichtsphilosophie, Metaphysik und Moderne von Nietzsche bis Spengler. Berlin 1997, S. 213.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Sozialkritik zu lesen.[8] Sie hoffen dadurch nicht nur auf eine gesteigerte Aufmerksamkeit für ihre individuelle Problemlage, sondern indirekt auch auf Besserung. Sie erwarten von der Politik, dass sie sich besonders ihrer Notlage annimmt und Reformen zu ihren Gunsten initiiert. Die *histrionischen Vergangenheitsschwärmer* schreiben der Politik Handlungsmacht zu und erwarten von ihr, dass sie diese ausschließlich für die Beseitigung ihrer subjektiv wahrgenommenen Schwierigkeiten einsetzt. Sie sehen sich also als Fürsorge bedürftige Kinder des Staates. Aus dieser Einstellung heraus entspringt nicht nur eine überzogene Anspruchshaltung an die Politik, die letztlich nur enttäuscht werden kann, sondern auch eine abwartende und unsichere Positionierung der Individuen, aus der heraus es ihnen unmöglich ist, selbstständig und lebensgestaltend die Kontingenz zu bewältigen.

Diesem Typus gegenüber stehen die *ambitionierten Artisten des sozialen Möglichkeitsraumes*. Deren Vertreter sind selbstsicher, lebensgestaltend und zukunftsfroh. Oftmals sind die Artisten zwischen dreißig und fünfzig Jahre alt, berufstätig, nicht selten in ihrer Familie die ersten, denen ein Aufstieg durch Bildung gelang. Auch deshalb bedeutet ihnen das Streben nach hohen Bildungsabschlüssen ausgenommen viel, investieren sie hier in ihre Kinder über alle Maßen. Daneben sind die *ambitionierten Artisten des sozialen Möglichkeitsraumes* äußerst leistungsbereit. Dabei beziehen sie Bildung und Leistung als Werte überwiegend auf sich selbst beziehungsweise ihre Familie und übertragen dies als Anforderung nicht zwingend auf die Gesamtgesellschaft. Die von Kontingenz Überforderten, die aus bildungsfernen Familien Stammenden, die an der Leistungsgesellschaft Gescheiterten, werden von diesem Typus nicht zwangsläufig abgewertet. Die *ambitionierten Artisten des sozialen Möglichkeitsraumes* fordern einen Sozialstaat, der sich um all jene kümmert, die Teil der Gesellschaft sein wollen, es aber nicht sein können. Und sie sind durchaus bereit, auch ihren Beitrag dafür zu leisten. Sie zahlen Steuern, sie engagieren sich bei gemeinnützigen Projekten in ihrem Umfeld, sie unterstützen hilfsbedürftige Personen direkt. Sie ziehen sich also nicht – zumindest noch nicht – aus der Gesellschaft zurück.

Demgegenüber haben sie sich von der Politik völlig abgekapselt. Von dieser erwarten sie in Zukunft überhaupt nichts mehr. Der Erfahrungsraum der *ambitionierten Artisten* ist davon gekennzeichnet, dass sie selbstgesteckte Ziele erreichten, dass sie erfolgreich waren. Sie sind demzufolge von einer hohen

8 Pessimismus als Sozialkritik vgl. Oskar Niedermayer, Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung, 2001, S. 9.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Selbstwirksamkeitserwartung geprägt. Politiker haben sie in der Vergangenheit lediglich als „Schwätzer" wahrgenommen, die ihre Versprechen nicht einhielten, die lediglich eine negative Leistungsbilanz vorzuweisen haben. Politik findet außerhalb ihrer persönlichen Handlungsarena statt. Womit sich die Politiker befassen, ist diesem Typus gleichgültig, denn er vertraut ohnehin nur noch auf seine eigenen Fähigkeiten.

Diese Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft ist auch für die *ambitionierten Artisten des sozialen Möglichkeitsraumes* höchst anstrengend. Doch in ihrer Vorstellung ist es gesellschaftlich sanktioniert, diesen – vor allem selbst erzeugten Druck – zu artikulieren oder gar zu beklagen. Schließlich sind sie taff, findig und produktiv, gehen lässig und scheinbar spielend mit den zahlreichen Optionen und Möglichkeiten um. Ihre Hoffnung auf die Zukunft speist sich aus ihrer Fähigkeit, Handlungsalternativen herauszuarbeiten und diese dann flexibel zu ergreifen.[9] Ihr Erfahrungsraum ist quasi deckungsgleich mit ihrem Erwartungshorizont. Sie nehmen die zahlreichen, auf sie einströmenden Ereignisse und Anforderungen nicht als Bedrohung war, weil sie unerschütterlich und lebensbejahend davon überzeugt sind, Mittel zur Entgegnung der auftretenden Probleme zur Verfügung zu haben.[10]

Eine ähnliche Selbstsicherheit ist auch den *selbstgewissen Komplexitätsreduzierern* eigen. Doch im Gegensatz zu den *ambitionierten Artisten* gehen sie mit der Kontingenz nicht selbstbewusst um, sondern versuchen, diese auszuschalten. Sie erschaffen sich gedanklich eine konforme und homogene Gesellschaft, in der „die anderen" oder „das Fremde" nicht dabei sein darf, zumindest rhetorisch ausgeschlossen, nicht anerkannt wird. Sie blenden unterschiedliche Lebensweisen aus, normieren, standardisieren, isolieren und simplifizieren. Offenbar empfinden sie die offene Zukunft, die vielen Optionen und Ungewissheiten als bedrohlich. Und diese Angst gilt es auszuschalten.

Eine Ursache der Unsicherheiten ist in den Augen der *selbstgewissen Komplexitätsreduzierer* die völlige Unfähigkeit der Politiker. Diese könnten weder die Wirtschaftskrise vernünftig regulieren, noch Projekte nach dem „gesunden Menschenverstand" planen oder gar berechenbar ihre Wahlprogramme umsetzen beziehungsweise Koalitionen eingehen. Dieser Typus ist bezüglich der Tätigkeit seiner Volksvertreter äußerst voreingenommen und misstrauisch. Diese Unzufriedenheit mit dem politischen System artikulieren sie auch unüberhörbar. Während in der Vergangenheit das System noch funktioniert und es kompetente und

9 Vgl. zur Hoffnung Illona Böhle, PsyCap, 2013, S. 14.

10 Vgl. auch Heinz Bude, Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden, 2006, S. 236.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

entscheidungsfreudige Politiker gegeben habe, sehen sie gegenwärtig von Irrationalität geleitete Unfähigkeit als Haupteigenschaft des politischen Personals. Auch deshalb sind sie der Ansicht, die Dinge selbst in die Hand nehmen zu müssen. Sie schreiben Petitionen, demonstrieren, organisieren Protest. Und glauben daran, dass es durch ihr Engagement in Zukunft besser werden wird.

Die Vertreter der *selbstgewissen Komplexitätsreduzierer* haben häufig die höchsten Abschlüsse erreicht und aktivieren diese Kompetenzen bezogen auf das Nachdenken über politisch-gesellschaftliche Probleme. Dabei werden divergierende Interessen ausgeblendet, sich widersprechende Argumente ignoriert und einzig der von ihnen vorgeschlagene rationale Lösungsweg präferiert. Doch auch diese intern ausgelöste Kontrollüberzeugung ist anstrengend und erzeugt Druck. Die Vertreter dieses Typus akzeptieren keinerlei entlastende Institutionen. So lassen sie sich beispielsweise nicht durch irgendwelche Medien informieren, sondern besorgen sich selbst „unabhängige" Informationen, suchen ihren eigenen Zugang, ihre individuellen Lösungen.

Diese recht schmale Sichtweise führt in der Konsequenz dazu, dass sich die *selbstgewissen Komplexitätsreduzierer* nur eine kleine gesellschaftliche Mitte vorstellen können, während sich hingegen die *Orientierung suchenden Realitätsbewältiger* als Bestandteil einer besonders breiten gesellschaftlichen Mitte sehen. Die in diesem Typus zusammengefassten Individuen sind eher jünger bis mittelalt. Sie sind im Grund mit einem permanenten Krisendiskurs aufgewachsen. Ihr Erfahrungsraum ist zwar noch von einem raumgreifenden Wohlfahrtsstaat geprägt, doch ist ihnen durchaus bewusst, dass vormalige Sicherheiten nicht mehr gelten beziehungsweise nicht mehr gelten können. Sie versuchen, diesen Unsicherheiten mit den vorhandenen Ressourcen zu begegnen, sind nicht ängstlich, aber dennoch vorsichtig und bedächtig, suchen Rückhalt und Unterstützung bei ihrer Familie. Während sich alles um sie herum verflüchtigt, atomisiert und flexibel wird, wünschen sie sich mit der Familie eine Konstante im Leben, die Sicherheit vermittelt und entlastend wirkt, damit sie hier Kraft für die Bewältigung des Alltag schöpfen können.

Denn diese Alltagsbewältigung wird für sie in Zukunft immer anstrengender werden. Sie werden immer mehr Kraft investieren müssen, um den gewohnten Lebensstandard halten zu können. Denn während sich alles um sie herum zu verändern scheint, möchten sie wenigstens den Bestand sichern. Sie sind zwar noch im wohlfahrtsstaatlichen Diskurs verhaftet, streben aber keinesfalls nach einem gesellschaftlichen Aufstieg, sondern lediglich nach Bewahrung des durch ihre Eltern und sie Erreichten. Dafür sind sie durchaus leistungsbereit, aber nicht aufopferungsvoll. Denn ihre Erfahrungen haben sie gelehrt, dass sie auf viele Dinge überhaupt keinen Einfluss mehr haben. Sie berührt die gegenwärtige

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Krisendiagnostik auch deshalb nicht so stark, weil sie das getan haben, was sie konnten, um den äußeren Gewalten zu begegnen. Sollten sie dennoch von diesen persönlich getroffen werden, durch Arbeitslosigkeit oder Anlagenverlust, muss sich auf die neue Realität eingestellt und ein neuer Weg gefunden werden. Insofern agieren die *Orientierung suchenden Realitätsbewältiger* durchaus realistisch und pragmatisch.

Doch dieser Zweckoptimismus bewahrt die Vertreter dieses Typus' nicht vor einer umfassenden Adaption der herrschenden Bildungs- und Leistungsanforderungen. Besonders hier möchten sie kein Mittelmaß sein, streben nach Studienabschluss und Zusatzqualifikation. Nur so können sie sicher sein, keine Gelegenheit ausgelassen, sich in der Realität eingepasst zu haben. Dabei glauben sie nicht mehr an das meritokratische Ideal, sondern hoffen im Gewinnspiel, das einige Sicherheit garantierende Positionen zu verlosen hat, auf Glück, Zufall und das von ihnen erarbeite Geschick. Doch im Grunde wünschen sie sich Entlastung von dieser täglichen und nie endenden Anstrengung, sei es durch Visionen eines „guten Lebens", denen sie folgen können oder durch politische Gestalter. Denn im Gegensatz zu den *ambitionierten Artisten des sozialen Möglichkeitsraumes* hegen sie noch Erwartungen an die Politik und setzten auch einen Teil ihrer Hoffnung auf Besserung seitens dieser Akteure. Sie wünschen sich von der Politik eine Stabilisierung ihrer Handlungsbedingungen, eine Unterbrechung ihrer Gegenwartsschrumpfung, Aufklärung und einen Zukunftsentwurf. Denn für das ständige „Muddling Through" könnte ihnen durchaus irgendwann die Kraft ausgehen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

7.1 Was folgt aus dem Forschungsdesign?

Die Typenbildung hat eine zentrale Schwierigkeit des Forschungsdesigns gezeigt: Stehen dem auswertenden Forscher lediglich die Aussagen aus den Gruppendiskussionen zur Verfügung, ist die Erstellung einer Typologie, die auf einer Merkmalskombination basiert, nicht leicht. Oftmals fehlen von den Individuen Aussagen zu bestimmten Themen oder eine genaue Nachfrage wäre nötig gewesen, um Sätze präzisieren, Strategien identifizieren oder Ursachen konziser benennen zu können. Eine zielgeleitete Ergänzung der Fokusgruppen durch Einzelinterviews hätte hier eine gangbare Lösung sein können. Idealerweise wäre die Fallauswahl hierfür nach der Identifizierung einander kontrastierender Fälle in den Fokusgruppen erfolgt. Jedenfalls: Fokusgruppen allein sind keine ideale Basis für die Erstellung einer Typologisierung.

Die Erhebung mittels Fokusgruppen hätte außerdem durch einen systematisch erarbeiteten standardisierten Fragebogen unterstützt werden können. Hier hätten – ähnlich wie in der Bürgerproteststudie – möglichst vielfältige soziodemographische Daten erhoben, auch die genauere soziale Herkunft erfragt werden können. Die Auswertung hätte durch die Existenz dieser Daten profitiert.

Dabei hat sich die Fokusgruppe als Methode im vorliegenden Forschungsprojekt durchaus bewährt: In verhältnismäßig kurzer Zeit konnten acht bis zehn Personen pro Gruppe befragt, unterschiedlichste Themen initiiert und vielfältigste Wertedispositionen diskutiert werden. So wurde umfangreichstes Material von zahlreichen, hier als Vertreter einer gesellschaftlichen Mitte identifizierten Personen gesammelt. Dabei ist das Verfahren keinesfalls ressourcenschonend. Sondern das Gegenteil gilt hier. Der Themenkatalog muss konzipiert, die Teilnehmer rekrutiert, die Moderierenden geschult, das Material transkribiert, schließlich die Protokolle vielschichtig ausgewertet werden.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Insgesamt zeigt die Tiefenanalyse der Transkripte, dass in den Fokusgruppen gelegentlich zu wenig Zeit für die einzelnen Themenblöcke blieb, Debatten hätten vertieft werden müssen, die Teilnehmer durch die Moderation auch auf entschiedene Widersprüche in ihrer oder der Argumentation der Gegenüber hingewiesen werden sollen. So wäre es womöglich gelungen, Einstellungen, Handlungsmuster und Wertpräferenzen noch deutlicher herauszupräparieren und zu analysieren. Durch die zielgerichtete Konfrontation mit den geäußerten Aporien hätten eventuell auch die soziale Erwünschtheit und Oberflächlichkeit in der Argumentation zielgerichteter aufgebrochen werden können.

Gerade die unterschiedliche Sprachmächtigkeit der Teilnehmer aus der als Ergänzung herangezogenen Proteststudie gegenüber den Erhebungen in Nordrhein-Westfalen, Göttingen und Hamburg zeigt, dass der Gesprächsstoff in einer Gruppendiskussion umso besser funktioniert, umso souveräner er von den Teilnehmern gehandhabt und demzufolge auch umso ergiebiger diskutiert wird, desto näher er der Lebenswirklichkeit der Befragten steht. Die interviewten Aktivisten dachten darüber, was Demokratie für sie bedeutet und wie sie idealerweise auszugestalten sei, nicht erstmals in den Fokusgruppen nach. Demzufolge waren sie zum Thema Demokratie im Vergleich zu den durchschnittlich engagierten Teilnehmer der Gruppengespräche deutlich auskunftsfähiger. Hier hätte es letztlich mehr Zeit und das Erproben von niederschwelligen Zugängen bedurft, um auch deren Vorstellungen von einer demokratischen Gesellschaft und ihren Entscheidungsstrukturen zu erfassen.

Schließlich muss die Fallauswahl für die hier gestellte Untersuchungsfrage diskutiert werden. Ohne die Argumente aus dem dritten und vierten Kapitel wiederholen zu wollen: Neben einem idealen gibt es immer ein umsetzbares Forschungsdesign, dessen Rahmen nun einmal die Möglichkeiten einschränkt. Jedoch muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass mittels der vorliegenden Studie nicht die gesamtgesellschaftliche Mitte der Bundesrepublik untersucht, sondern lediglich die *westdeutsche Mitte* erfasst worden ist. Nur im Teilsample der Proteststudie waren Bürger aus Ostdeutschland vertreten. Die Fokusgruppen aus allen anderen Forschungsprojekten wurden ausschließlich in Westdeutschland durchgeführt. Damit konnte eine in der Forschungsliteratur identifizierte Lücke über die Beschaffenheit der sozialen Mitte in Ostdeutschland bedauerlicherweise auch mit dieser Studie nicht geschlossen werden.

Nochmal: Die zentralen Kategorien für die Fallauswahl und Rekrutierung der Teilnehmer waren nicht die Repräsentativität und Vollständigkeit, sondern eine theoretische Überlegung, basierend auf einer eingehenden Literaturrecherche

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

und den dort aufgestellten Thesen.[1] Daraus wurden für die jeweiligen Teilprojekte im Anschluss Stichprobenpläne entwickelt. Diese – so muss am Ende der Gesamtstudie konstatiert werden – waren aufgrund der Einzelstudien über das Bürgertum zu sozial exklusiv, hätten insgesamt auch zum unteren Rand der Mitte hin offener sein müssen. Dennoch: Durch die Erhebung in mittelgroßen Städten, Wirtschaftszentren und Metropolen konnten die Teilnehmer verhältnismäßig breit rekrutiert werden – was letztlich der Grundannahme der Autorin von der Existenz einer geräumigen Mitte entsprach.[2]

7.2 DIE FUNKTIONSBEDÜRFTIGE MITTE

Die eigentliche Ausgangsbasis der vorliegenden Studie war die Beobachtung, dass Mitte eine wie auch immer gelagerte Bedeutung haben muss, da sie vielfältig thematisiert wird: In den Feuilletons wird die Mitte der Gesellschaft umkämpft, in den Gesellschaftswissenschaften wird über die Mitte gearbeitet, innerhalb parteiprogrammatischer Äußerungen spielt Mitte eine zentrale Rolle. Und überall wird der Begriff der Mitte unterschiedlich gefüllt. Bedeutete den Christ- und Sozialdemokraten Mitte zunächst ein Regierungsbündnis beziehungsweise eine Koalition, die auf einer breiten Bevölkerungsmehrheit fußt, steht sie mithin in der Gegenwart für ein spezifisches gesellschaftliches Segment, an das bestimmte Anforderungen wie Flexibilität und Leistungsbereitschaft gestellt werden. Daneben werden der Mitte zahlreiche positive Eigenschaften, wie die Fähigkeit zur Herstellung eines gesellschaftlichen Ausgleichs und eine gewisse Tugendhaftigkeit, zugeschrieben. Und durchaus auch negative Eigenschaften werden mit der Mitte verbunden, nicht zuletzt die Produktion eines Klimas, in dem lediglich Mittelmäßigkeit gedeihen kann und Exzellenz unterdrückt wird.

Dieser Befund führte zu zwei zentralen Forschungsfragen: erstens, wie kann die Mitte untersucht werden und, zweitens, wie ist diese Mitte beschaffen? Die Existenz einer Mitte als reale Figur wurde so mehr oder weniger implizit vo-

1 Die Methode vgl. auch mit Udo Kelle, Vom Einzelfall zum Typus, 2010, S. 40, 44.

2 Wobei hier angemerkt werden muss, dass die Rekrutierung der einzelnen Fokusgruppen in eine obere und untere Mitte letztlich schon bestimmte Schlussfolgerungen impliziert, die womöglich anders ausgefallen wären, hätten die Gruppengespräche beispielsweise nur mit Männern auf der einen und Frauen auf der anderen Seite stattgefunden.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

rausgesetzt – real nicht nur, weil Mitte als Argumentationsmuster innerhalb der Gesellschaft eine Position besetzt, sondern real auch deshalb, weil regelmäßige Umfragen den Befund festhalten, dass sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung in der Bundesrepublik diesem als Mitte bezeichneten gesellschaftlich-sozialen Segment zuordnet. Dabei ist es unerheblich, ob die Mitte als eine homogene gesellschaftliche Klasse oder Schicht beschrieben werden kann. In ihrer Selbstwahrnehmung existiert die Mitte und sie hört an dem Punkt auf, wo ihre Abgrenzung zu „den anderen" beginnt, zu jenen, die nicht die Grundsubstanz ihrer Wert- und Normalitätsvorstellungen teilen, zu denjenigen, die außergewöhnlich vermögend oder beschämend arm sind, denen ähnliche historische Erfahrungen fehlen. Aufgrund der umfangreichen Selbsteinreihung großer Teile der Gesellschaft auf der einen Seite und der inklusiven Ansprache als Mitte der Gesellschaft beispielsweise durch die Parteien auf der anderen Seite, ist Mitte als hinreichende soziale Figur etabliert, die eine nähere Betrachtung lohnt und erfordert.

Parteien sind die sogenannten Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft. Sie spielen im politischen Entscheidungsprozess eine zentrale Rolle, stellen das politische Personal und sind als Volksparteien oftmals bestrebt, Mitglieder und Wählerschicht, konfessions- und milieuübergreifend zu repräsentieren. Daher berühren die Fragen nach den parteipolitischen Vorstellungen der Mitte, ihrer politischen Ansprache und Bedeutungszuschreibung hier und die Selbstwahrnehmung dieser größeren sozialen Formation, ihrer Einstellungsmuster und handlungsleitenden Wertvorstellungen da letztlich die Fragen nach politischen Repräsentationsmöglichkeiten, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, nach Zugehörigkeit und Teilhabevorstellungen.

Zur Annäherung an die Mitte wurden daher in einem ersten Schritt die bisherigen Konzepte der Gesellschaftswissenschaften über diese soziale Formation erarbeitet. Von der Mittelklasse, über den Mittelstand bis hin zu den verschiedenen Vorstellungen über die Milieus der Mitte. Dabei wurde offenbar, dass gerade in den neueren Arbeiten die Frage bezüglich des Verhältnisses zur und der Erwartungen an die Politik seitens der Mitte unzureichend bearbeitet worden sind. Diese Lücke soll die hier im Bereich der politischen Kulturforschung angesiedelte Studie schließen. Hierfür sollte neben einer Aufarbeitung des Forschungstandes die Fokusgruppe nutzbar gemacht werden. Da diese Methodik in den Sozialwissenschaften bisher nicht vollständig etabliert und wenig als Praxis diskutiert worden ist, wurde die Fokusgruppe als Verfahrensweise ausführlich vorgestellt und die im Forschungsprozess gesammelten Erfahrungen zugänglich gemacht. Damit sollte auch gezeigt werden, dass Fokusgruppen nicht nur der Politik zu Zwecken der Wählerbefragung und Testung von Wahlwerbung dienlich sein

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

mögen, sondern auch in der Politikwissenschaft für die qualitative Einstellungsforschung fruchtbar sein können. Daneben war ein dritter Grund für die detaillierte Präsentation der Methodik die Annahme, dass – besonders in den Sozial- und Geisteswissenschaften – der forschungspraktische Zugriff und die darin verborgenen Vorannahmen und Hypothesen einen gewichtigen Einfluss auf die Ergebnisse ausüben. Daher sollte dies hier der kritischen Diskussion zugänglich gemacht werden.

Obwohl mit einer Fokusgruppe immer bestimmte aus der Forschungsfrage abgeleitete Themen in die Gruppe hineingetragen und initiiert werden, konnten dennoch mit dem *Beruf* und der *Familie* zentrale soziale Deutungsmuster der Mitte identifiziert werden. Die Erwerbstätigkeit und das familiäre Bezugssystem nahmen innerhalb der Diskussionen einen großen Raum ein, obwohl die Teilnehmer durch die Moderation nicht explizit danach gefragt worden sind. Die berufliche Betätigung ist zentral für die hier befragten Vertreter der Mitte. Sie definieren ihre eigene soziale Position innerhalb der Gesellschaft über den Beruf und sehen die Notwendigkeit einer beruflichen Tätigkeit – jedoch nicht als Faktor der Sinngebung im Leben sondern als dessen Bedingung. Daneben konnte gezeigt werden, dass die Leistungsanforderungen in der Arbeitswelt zwar negativen Druck auf die Mitte ausüben, diese jedoch vielfältige Bewältigungsstrategien entwickelt hat, um mit dieser Bedrängnis umzugehen. So erscheint ihnen die Arbeitsmarktsituation und Arbeitsplatzgestaltung nicht ausschließlich so existenzbedrohend und unausweichlich, wie in der Literatur gelegentlich angenommen wird.

Überdies konnte nachgewiesen werden, dass in Teilen der Mitte der Gesellschaft die ausschließliche Orientierung an den Normen der Leistungsgesellschaft brüchig wird. So hinterfragt ein Großteil der Fokusgruppenteilnehmer nicht nur das meritokratische Ideal sondern sucht auch nach anderen Legitimationsfiguren für die soziale Ungleichheit – da sie anhand ihrer Bildungs- und Erwerbsbiographie sowie den gesellschaftlichen Gegebenheiten die Funktionslosigkeit von Anstrengungen, Bildungszertifikaten und Leistung beobachten können.

Insgesamt konnten in den zahlreichen Fokusgruppen vielfältige Strategien der Alltagsbewältigung und Ansichten über das politische System entdeckt werden, sodass die Differenzierung auch in die Ergebnisse der Studie übersetzt werden musste. Daher wurden hier vier semantisch-anschauliche Typen mit Fokus auf die entscheidenden Fragen nach den Einstellung zur Politik sowie den Bewertungen des Erfahrungsraumes und Möglichkeitshorizontes gebildet: die *Orientierung suchenden Realitätsbewältiger*, die *selbstgewissen Komplexitätsreduzierer*, die *ambitionierten Artisten des sozialen Möglichkeitsraumes* und die *histrionischen Vergangenheitsschwärmer*. Während die *Orientierung suchenden*

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Realitätsbewältiger sich den Anforderungen des Alltags stellen, zweckoptimistisch in die Zukunft schauen und innerhalb des Bildungssystems und der Arbeitswelt ihr Bestmögliches geben, erwarten sie Orientierung und Leitlinien von der Politik. Einen Anspruch, den die *selbstgewissen Komplexitätsreduzierer* an ihre Volksvertreter längst aufgegeben haben. Sie stehen den Akteuren von Staat und Mark mit einem großen Misstrauen gegenüber und nehmen Projekte in ihrem Umkreis äußerst kritisch unter die Lupe. Eine ähnlich distanzierte Haltung der Politik gegenüber nehmen die *ambitionierten Artisten des sozialen Möglichkeitsraumes* ein. Sie sind anspruchsvoll, leistungsbereit und optimistisch. Sie vertrauen ausschließlich auf ihre eigenen Fähigkeiten und schauen erwartungsvoll auf die Zukunft. Demgegenüber sind die *histrionischen Vergangenheitsschwärmer* in der Vergangenheit verhaftet, durch die vorherrschenden Krisendiskurse überfordert und strapaziert, da ihre im Laufe des Lebens angesammelten Kenntnisse nun nicht mehr zu gelten scheinen. Im Gegensatz zu den *selbstgewissen Komplexitätsreduzierern* und den *ambitionierten Artisten des sozialen Möglichkeitsraumes* erwarten die *histrionischen Vergangenheitsschwärmer* eine übermäßige staatliche Fürsorge und Aufmerksamkeit.

Bei alledem konnte auch in der vorliegenden Studie – wie in einigen Untersuchungen zuvor – eine Spreizung der gesellschaftlichen Mitte beobachtet werden. Auf der Suche nach effektiven Bewältigungsstrategien, sinngebenden Konzepten zur Lebensgestaltung oder neuen Vorbildern orientieren sich die hier Befragten eher an anderen sozialen Schichten – durch Überanstrengung und Selbstausbeutung an der ressourcenstarken Oberschicht und durch fatalistische Einstellungen und Solidarisierungsprozesse an der ressourcenschwachen Unterschicht. Damit driften erhebliche Teile der Mitte an den Rand und lassen das Zentrum rat- und ein wenig hilflos zurück.

Auch die durch die Teilnehmer aufgezwungene Analyse des zweiten sozialen Deutungsmusters über die Familie förderte einige, die gängigen Argumentationsmuster ergänzende, Ergebnisse zu Tage. Trotz Diskussion über die Auflösung des traditionellen Familienmodells, einer wachsenden Zahl an Singlehaushalten und den zahlreich artikulierten Forderungen nach rechtlicher Gleichstellung alternativer Formen von Partnerschaft dem konventionellen Ehebund zum Trotz, nimmt die Familie die für die Mitte in erster Linie aus dem Partner, den Kindern und Enkelkindern besteht, einen zentralen Stellenwert ein. Die Familie bedeutet der Mitte ein in Notlagen haltendes Netz, eine für die Arbeitswelt kraftspendende Oase, einen Lebensmittelpunkt. Dabei – das ist letztlich eine wesentliche Eigenschaft der hier untersuchten Mitte der Gesellschaft insgesamt – muss innerhalb der Familie alles *funktionieren*. Die Kinder sollten die in sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen erfüllen, die Eltern nötigenfalls bei der Betreuung

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

der Enkelsöhne und Töchter einspringen, schlimmstenfalls ein zinsfreies Darlehen geben können, Frauen durch eigene Erwerbsarbeit nicht alle Last dem Mann übertragen und diese durch ihr Engagement im Haushalt und für die Kinder ihren Teil zum Familienleben aktiv beitragen.

Doch nicht nur innerhalb der Familie sollte alles funktionieren. Eine ähnliche Anforderung bezüglich eines reibungslosen Gelingens stellt die Mitte auch an die Politik. Die Funktionsbedürftigkeit ist innerhalb der einzelnen hier identifizierten Typen immer ein wenig anders gelagert und konnotiert, jedoch ständig erkennbar. Die *Orientierung suchenden Realitätsbewältiger* sind davon abhängig, dass das Zusammenspiel aus Anstrengung und Positionserreichung halbwegs funktioniert und die Politik, von der sie weitestgehend in Ruhe gelassen werden wollen, reibungslos arbeitet. Demgegenüber erwarten die *histrionischen Vergangenheitsschwärmer*, dass der Sozialstaat zur Befriedung ihrer Bedürfnisse gedeiht und diesbezüglich keine Funktionsstörungen eintreten. In den Augen der *ambitionierten Artisten des sozialen Möglichkeitsraumes* hingegen ist es das Individuum, das funktionieren muss, dass sich keine Schwächen eingestehen darf, dass immer leistungsberiet und engagiert ist. Schließlich fixieren sich auch die *selbstgewissen Komplexitätsreduzierer* auf eine spezifische Art des Funktionierens: aus ihrer Perspektive funktionieren geplante Projekte oder gesellschaftliche Reformen, wenn sie ihren Logiken entsprechen und ihre Bedürfnisse befriedigen. Das Funktionieren innerhalb der Gesellschaft beziehen die Vertreter dieses Typs egoistisch auf sich selbst und nicht auf die vielfältigen, in einer komplexen Gesellschaft vertretenen Interessen.

Die Erwartung der sozialen Mitte an eine funktionierende Politik wird jedoch weitgehend enttäuscht. In der Folge begegnet ein Teil der Mitte der Politik mit einer *voreingenommenen Verschlossenheit* und ein anderer mit einer *transienten Verweigerung*. Obwohl zwar teilweise eine verstandesmäßige Zustimmung zur Funktionslogik des politischen Systems beobachtet werden konnte, war eine affektgeladene Ablehnung des politischen Personals das vorherrschende Argumentationsmuster. Eine Ursache für die harsche Kritik an dem politischen Personal und deren praktizierten Aushandlungsmustern liegt neben einem eklatanten Unwissen der Befragten über die politischen Prozesse, Abläufe und Muster, an den voneinander völlig verschiedenen Kontingenzbewältigungsstrategien der sozialen Mitte einerseits und der Politiker andererseits. Während derzeit innerhalb der Exekutive angesichts der zahlreichen Optionen und divergierendsten Taktiken rasch entschieden wird, sind weite Teile der Mitte um Komplexitätsreduzierung und Kontingenzminimierung bemüht, können – auch weil ihnen Orientierungen fehlen – nur langsam die Alternativen gegeneinander abwägen und handeln. Während die Mitte durch gezielte Abstrafung von Parteien und dem

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Wunsch nach einem Zweiparteiensystem Kontingenz reduzieren und den Möglichkeitsraum verkleinern möchte, sind Politiker durch ihre Tätigkeitsdarstellung geradezu verpflichtet, mit den Alternativen jonglieren und Möglichkeiten offenhalten zu können. Ein Teil der sozialen Mitte ist kaum in der Lage, so zügig und adaptiv auf die vorherrschenden Anforderungen zu reagieren, sondern zeichnet sich durch ein gesellschaftlich-historisches Rückkoppelungsbedürfnis und Beharrungskräfte aus. Somit agieren die Mitte der Gesellschaft und die politisch Tätigen in völlig unterschiedlichen Erfahrungsräumen und Erwartungshorizonten. Die gesellschaftliche Mitte und die sie eigentlich repräsentierenden Volksvertreter fallen auseinander und verlieren in der Folge das Verständnis füreinander.

7.3 DER BÜRGER IN DER MITTE

In dem hier identifizierten Verhältnis der Mitte zur Politik offenbart sich auch ein spezifisches Verständnis von ihrer Rolle und Funktion als *Bürger* innerhalb der Gesellschaft. Der Begriff des Bürgers steckt bei genauem Hinsehen voller semantischer Widersprüche und historischer Begriffsschichten. Hier interessiert lediglich, dass Bürger im deutschen Sprachraum sowohl *citoyen*, also den gleichberechtigten und politisch mündigen Staatsbürger, als auch den *bourgeoise,* den Bürger im soziologischen Sinn als Kaufmann, Unternehmer und Gewerbetreibenden miteinschließt beziehungsweise vor allem, wie sich die Mitte selbst als Bürger verortet.

Für die Befragten sind Bürger „wir alle“. Dabei denken sie vorwiegend an die Möglichkeiten und Befugnisse eines Staatsbürgers, da in ihrem Verständnis „die Bürger“ die Wähler sind. Daraus leiten sie einen spezifischen Anspruch an die Politik ab. Dieser beinhaltet vorwiegend die bereits angesprochene Erhaltung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems, die sich durch die bevorzugte Annahme *ihrer* Bedürfnisse und die Begünstigung der Lösung *ihrer* Probleme auszeichnet. Für die hier befragte Mitte der Gesellschaft sind Bürger mündig und kritisch, stehen aber gleichzeitig den Entwicklungen in der Politik und der Wirtschaft ohnmächtig gegenüber. Daher fordern sie hier mehr Informationen, mehr Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz. In ihrer Vorstellung ist ein Bürger jemand, der durch die Abführung seiner Steuern etwas *leistet*. Sie halten sich selbst für ausgesprochen leistungsbereit und stecken daher voller Erwartungen. Dass ein Teil der Befragten dabei eine überbordende Anspruchshaltung entwickelt, bleibt ihnen verborgen. Sie möchten, dass die Politik ihre Bedürfnisse anerkennt, sie umsorgt und behütet. Dabei sind sie nicht bescheiden aber auch

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nicht anmaßend, sondern bewegen sich dazwischen. Gleichzeitig ist die Mitte gekennzeichnet durch einen Wunsch nach einer gewissen sozialen Homogenität, die sich auch in ihren Bürgerbegriff eingeschrieben hat. Ihre Selbstsicht als Teil einer großen Mitte der Gesellschaft verführt sie zu der Vorstellung, dass es einen *einheitlichen* Bürgerwillen gibt. Unter den Teilnehmern konnte die Konstruktion eines sich einigenden Subjektes, eines volonté générale, beobachtet werden. Sie vertreten die Annahme, dass sich der Bürgerwille unmittelbar zeige, nicht dechiffriert werden müsse, nicht beeinflussbar sei und frei jeglicher egoistischer Interessen wäre. Aus dieser Haltung erschließt es sich den Befragten nicht, warum die Politiker nicht einfach in der Lage seien, den Willen der Bürger umzusetzen. Das diese Denkfigur den Politiker letztlich auch entmündigt, ihn auf die Rolle einer ausführenden Marionette degradiert, statt ihm Handlungs- und Entscheidungskompetenzen zuzutrauen, wird von den Befragten nicht gesehen.

Die hier untersuchte Mitte wirkt eher weniger stabilisierend auf Politik und Gesellschaft, sondern ist davon abhängig, dass das sie umgebende System mit seinen eigenen Logiken funktioniert. Daneben konnte innerhalb der sozialen Mitte ein Überanspruch an die Politik identifiziert werden. Dieser bekommt zusätzliches Treibmittel, wenn er durch die politische Semantik und Ansprache erwidert wird. Hier wären Hinweise und Debatten über einen komplexen und vielgestaltigen Begriff des Bürgers innerhalb einer politisch anspruchsvollen und polymorph modernen Gesellschaft angemessener. Nur durch Diskussionen dieser Art, die den Erwartungsraum der Mitte der Gesellschaft steuern, kann diese sich selbst finden und so neu justieren, dass sie die zahlreich in sie gesetzten Erwartungen auch zu erfüllen vermag.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Anhang

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

8. Dank

Was vor vier Jahren als kleines Projekt begann, ist im Laufe der Zeit zu einem Dissertationsvorhaben gereift und wurde dadurch mehr und mehr eine spannende sowie erkenntnisreiche Aufgabe. Die Erforschung der Mitte und die Auseinandersetzung mit der Methode der Fokusgruppe forderte viel Aufmerksamkeit, band einiges an Zeit, auch Energie. Glücklicherweise konnte ich mich während der gesamten Bearbeitungszeit stets auf meine Familie, meine Freunde, auf meine Kollegen und auf meinen Doktorvater verlassen. Letzterem gilt an vorderster Stelle mein erster und besonders herzlicher Dank. Als Chef ermöglichte Franz Walter mir Freiräume und strukturelle Unterstützung, als Doktorvater die notwendige konstruktive und kritische Begleitung.

Dankbar bin ich auch allen Kolleginnen und Kollegen, die zentral an den jeweiligen Teilforschungsprojekten mitwirkten und es so ermöglichten, dass ich die Studie mit Hilfe eines üppigen Vorrats an neu gewonnenem Material anfertigen konnte. Am Ausgangspunkt waren das all jene, die mit mir gemeinsam die gesellschaftliche Mitte vor und nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen untersuchten: Felix Butzlaff, Christian von Eichborn und Luisa Opitz. Ebenso dankbar bin ich Matthias Micus, mit dem ich gemeinsam das Lehrforschungsprojekt „Forschungsorientiertes Lehren und Lernen: Politikwahrnehmung des Bürgertums“ durchführen konnte. So wurde eine weitere Materialbasis für die Arbeit geschaffen. Den daran beteiligten Studenten und den Teilnehmern aus meinem Masterseminar „Von der ‚Mittelklasse‘ zur ‚Bürgerlichen Mitte‘. Die Mitte der Gesellschaft im Spiegel der Milieuanalyse“ im WS 2010/11 bin ich ebenso für die gemeinsame mühevolle Erhebung einer ganzen Reihe von Daten und deren Aufbereitung dankbar. Nicht zuletzt gilt: all diese Projekte leitete und prägte Franz Walter wesentlich.

Besonders hilfreich ist auch die richtige und inspirierende Umgebung. Das Göttinger Institut für Demokratieforschung bietet genau das. Die anregende und

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

angenehme Atmosphäre in der Villa sorgt für viele kurzweilige und intensive Debatten in der Kaffeeküche oder in der Bibliothek. Hervorheben möchte ich Johanna Klatt, die mir nicht nur bei der Moderation einiger Fokusgruppen, sondern auch mit vielen aufschlussreichen Diskussionen über die Methodik, den Themenkatalog und über die Auswertung der Daten weiterhalf. Dazu gehören auch all jene, mit denen ich an der Proteststudie arbeitete: Stephan Klecha, auch Felix Butzlaff, danke ich für die, meist schriftlich geführte, Diskussion über das Methodenkapitel. So wurde der Blick auf das eigene Vorgehen nochmals geschärft. Ebenso sei Christoph Hermann, Verena Hambauer sowie Ana Belle Becké für die gemeinsame Durchführung etlicher Fokusgruppen und Einzelinterviews in diesem Zusammenhang gedankt.

Häufig lassen sich solche umfangreichen Projekte nicht ohne die Hilfe und das Wissen von Menschen, die außerhalb des Wissenschaftsbetriebes arbeiten, effektiv durchführen. Den so wichtigen Blick in die alltägliche Arbeit und Praxis verdanke ich Thomas Perry von „Q – Agentur für Forschung“. Er machte uns, damals noch die „AG für Parteien- und Politische Kulturforschung“, in intensiven Gesprächen mit der Methode der Fokusgruppe bekannt. Dazu gehören auch die Moderations- und Kommunikationstrainerinnen Petra Fetzer und Dr. Friederike Müller-Friemauth, von denen wir in konzentrierten Stunden viele praktische Hinweise erhalten haben. Und last, but not least: Eine Arbeit über die Mitte ist nichts ohne die Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Mein besonderer Dank gilt daher allen Gesprächspartnern, die uns für Fokusgruppen und Interviews zur Verfügung standen und so Einblicke in ihre Lebenswelt, Gedanken und Meinungen gewährten. Dass dies schließlich als Dissertation angenommen wurde, ist auch dem engagierten Zweitgutachter, Samuel Salzborn, zu verdanken.

Meinen letzten und persönlichsten Dank widme ich meiner Familie. Meinen Eltern, die den Arbeitsprozess vertrauensvoll, wohlwollend und großzügig über all die Jahre begleitet haben. Nur so war mir ein großer Teil der Niederschrift möglich. Für ihre Mühe mit dem Manuskript, aber insbesondere für die fröhlichen Stunden bin ich Bonnie und Katharina tief verbunden. Von außen hinterfragt und dadurch angespornt, aber vor allem umsorgt wurde ich von Robert. Er vermochte die Abwesenheit der an der Dissertation arbeitenden Mama für unsere gemeinsame Tochter großartig auszugleichen. Ihr, Pamina Viktoria, ist dieses Buch gewidmet.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

9. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

9.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Milieus der alltäglichen Lebensführung | 46

Abbildung 2: Die Milieulandschaft der 1980er Jahre im Sinus-Modell | 51

Abbildung 3: Die Sinus-Milieus in Deutschland 2001 bis 2010 | 53

Abbildung 4: Die Sinus-Milieus in Deutschland 2010 | 54

Abbildung 5: Die Delta-Milieus | 55

Abbildung 6: Selbsteinordnung in die sozialen Schichten durch die Bundesbürger | 195

Abbildung 7: Selbsteinstufung der oberen Mitte im Vergleich mit den Allbus-Daten | 196

9.2 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Rekrutierungsplan der ersten Untersuchungswelle | 94

Tabelle 2: Ermittlung der Einkommensmitte (61 bis 199 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens) nach Haushaltsklassen | 115

Tabelle 3: Schwellenwerte des Haushaltsnettoeinkommens in Niedersachsen | 118

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tabelle 4: Rekrutierungsplan der zweiten Untersuchungswelle | 119

Tabelle 5: Schwellenwerte des bundesrepublikanischen Haushaltsnettoeinkommens | 138

Tabelle 6: Sampleauswahl aus der Proteststudie für die vorliegende Untersuchung | 139

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

10. Literaturverzeichnis

Die Rede von Patrick Döring auf Dreikönigstreffen am 06.01.2012, online einsehbar unter http://fdp-bw.de/fdpbwblogs/dreikoenig12/ [eingesehen am 02.12.2012].

SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998, Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Beschluss des außerordentlichen Parteitags der SPD am 17. April 1998 in Leipzig, 17.04.1998, online einsehbar unter http://www.april 1998.spd-parteitag.de/programm/ [eingesehen am 20.01.2009].

Regierungsprogramm 2005-2009, Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit, online einsehbar unter http://www.regierungsprogramm. cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf [eingesehen am 13.02.2009].

Strategische Eckpunkte 2008, Mehr Freiheit wagen. Hannover, 09.11.2007, online einsehbar unter http://www.liberale.de/webcom/show_download. php?wc_c=653 &wc_cat=14 [eingesehen am 05.11.2008].

Statistisches Bundesamt (Hg.), Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2008.

Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundeserpublik Deutschland, Bd. 1, Bonn 2011.

Thomas Ahbe, Der Drang zur Mitte. Die Konstruktion von Normalität bei modernen Identitätsbildungsprozessen, in: Monika Gibas (Hg.), Mitten und Grenzen, Zu zentralen Deutungsmustern der Nation, Leipzig 2003, S. 95-107.

Thomas Ahbe, Der Drang zur Mitte. Die Wirkung des „Mitte"-Propagems bei personaler Identitätsbildung und Politik-Propaganda in der Gegenwarts gesellschaft, in: Rainer Gries u. Wolfgang Schmale (Hg.), Bochem 2005, S. 251-266.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Jutta Allmendinger, Frauen auf dem Sprung, die BRIGITTE-Studie 2008. Die Lebensentwürfe junger Frauen in Deutschland im Alter von 17 bis 19 und 27 bis 29, Eine repräsentative Untersuchung im Auftrag der Zeitschrift BRIGITTE in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum in Berlin für Sozialforschung und dem Sozialforschungsinstitut infas, Hamburg 2008.

Rüdiger Altmann, Die Mobilisierung der Mitte. Was sich nach Adenauer gewandelt hat, in: Politische Meinung, Jg. 21 (1976) H. 164, S. 19-26.

Annual Report of the White House Task Force on the Middle Class 2010, online einsehbar unter http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/microsites/100226-annual-report-middle-class.pdf [eingesehen am 02.03.2011].

Kai Arzheimer, Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002.

Arnulf Baring u. Gregor Schöllgen, Kanzler, Krisen, Koalitionen. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel 2006.

Hartwig Barthold, Stirbt die Demokratie? Die Auflösung der Mittelschicht und ihre Konsequenzen, Frankfurt a. M. 2009.

John Beck, Meritocracy, citizenship, and education. New Labour's legacy, New York 2008.

Kurt Beck, Die bürgerliche Mehrheit sitzt in keinem Lager, in: Die Welt, 18.02.2008.

Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986.

Frank Becker, Begriff und Bedeutung des politischen Mythos, in: Barbare Stollberg-Rilinger (Hg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Zeitschrift für Historische Forschung Beiheft 35, Berlin 2005, S. 129-148.

Christina Beninghaus u. Ludger Beninghaus, Moderation, Gesprächsausbau und Dynamik in Fokusgruppn, in: Schulz, Marlen u.a. (Hg.), Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung, Wiesbaden 2012, S. 111-132.

Dirk Berg-Schlosser, Politische Kulturforschung/Kulturforschung, in: Dieter Nohlen u. Rainer-Olaf Schultze (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorie, Methoden, Begriffe, München 2004, S. 713-718.

Jörg Bergmann, Paradoxien der Angstkommunikation. Über Verhalten und Modernität der Angst, in: Jahrbuch für Gruppenanalyse, H. 8/2002, S. 1-8.

Werner Bergmann u. Rainer Erb, Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 38 (1986), S. 223-246.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Janine Bernhardt u. Christoph Köhler, „Generalisierung von Unsicherheit?“ Ergebnisse einer Qualitativen Beschäftigtenbefragung, in: Christoph Köhler u. Kai Loudovici (Hg.), Beschäftigungssysteme, Unsicherheit und Erwerbsorientierungen. Theoretische und empirische Befunde, Jena 2007, S. 96-185.

Heiko Beyer u. Ivar Krumpal, „Aber es gibt keine Antisemiten mehr". Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen, in: Kölner Zeitschrift für Psychologie und Sozialpsychologie, Jg. 62 (2010) H. 4, S. 681-705.

Ingolfur Blühdorn, Entpolitisierung und Expertenherrschaft. Zur Zukunftsfähigkeit der Demokratiei in Zeiten der Klimakrise, 2010, online einsehbar unter http://people.bath.ac.uk/mlsib/public%20access/Bluehdorn%20-%20Entpolitisierung%20und%20Expertenherrschaft.pdf [eingesehen am 03.09. 2012].

Illona Böhle, PsyCap. Die Entwicklung von psychologischem Kapital und dessen Mehrwert für Unternehmen, Hamburg 2013.

Ralf Bohnsack u. Aglaja Pryborski, Einleitung. Gruppendiskussionen als Methode rekonstruktiver Sozialforschung, in: Dies (Hg.), Das Gruppendiskussionsverfahren in der Forschungspraxis, Opladen 2010, S. 7-22.

Karl Heinz Bohrer, Kein Wille zur Macht, in: Heinz Bude u.a. (Hg.), Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?, München 2010, S. 89-100.

Karl Martin Bolte, Deutsche Gesellschaft im Wandel, Opladen 1967.

Emmi Bonhoeffer, Essay, Gespräch, Erinnerung, Berlin 2005.

Pierre Bourdieu, Die öffentliche Meinung gibt es nicht, in: Ders., Soziologische Fragen, Frankfurt a. M. 1993, S. 212-223.

Willy Brandt, Perspektiven der neuen Mitte, in: Hildegard Hamm-Brücher (Hg.), Auftrag und Engagement der Mitte. Eckwerte der Demokratie in der Bundesrepublik, München 1974, S. 245-252.

Rafaela von Bredow u. Gerald Traufetter, „Eigennutz ist ein uraltes Laster“, in: Der Spiegel, 20/2008.

Helmut Bremer, Von der Gruppendiskussion zur Gruppenwerkstatt. Ein Beitrag zur Methodenentwicklung in der typenbildenden Mentalitäts-, Habitus- und Milieuanalyse, Münster 2004.

Helmut Bremer u. Andrea Lange-Vester, Einleitung. Zur Entwicklung des Konzeptes sozialer Milieus und Mentalitäten, in: Dies. (Hg.). Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, Wiesbaden 2006, S. 11-36.

Franz Breuer, Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis, Wiesbaden 2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Ulrich Bröckling, Menschenökonomie, Humankapital. Eine Kritik der biopolitischen Ökonomie, in: Mittelweg 36, Jg. 12 (2003) H. 1, S. 3-22.

Martin Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 18 (1970) H. 4, S. 492-409.

Gunilla Budde u. Conze Eckart (Hg.), Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter. Leitbilder und Praxis seit 1945, Göttingen 2010.

Heinz Bude, Die Rekonstruktion kultureller Systeme, in: Uwe Flick u.a. (Hg.), Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendung, Weinheim 1995, S. 101-112.

Heinz Bude u. Ernst-Dieter Lantermann, Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 58 (2006) H. 2, S. 233-225.

Heinz Bude, Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München 2008.

Heinz Bude, „Ein neuer politischer Egalitarismus“. Ein Gespräch mit dem Soziologen Heinz Bude, in: Herder-Korrespondenz, Jg. 63 (2009), S. 70-74.

Heinz Bude, Bildungspanik. Was unsere Gesellschaft spaltet, München 2011.

Nicole Burzan, Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, in: Dies. u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 7-20.

Nicole Burzan, Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, Wiebaden 2011.

Thymian Bussemer, Die erregte Republik. Wutbüger und die Macht der Medien, Stuttgart 2011.

Christoph Butterwegge u. Alexander Häusler, Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randprobleme oder Phänomene der Mitte?, in: Christoph Butterwegge u.a. (Hg.), Opladen 2002, S. 217-266.

Gabriele Cappai, Einleitung. Die empirische Erforschung des Fremden. Ein interdisziplinärer Ansatz, in: Dies. (Hg.), Forschen unter Bedingungen kultureller Fremdheit, Wiesbaden 2008, S. 9-38.

Robert Castel, Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg 2007.

Die CDU, Beschluss des 23. Parteitages der CDU Deutschlands, Karlsruhe 14.-16. November 2010, Verantwortung Zukunft, online einsehbar unter http://www.cdu.de/doc/pdfc/101116-verantwortung-zukunft-beschluss.pdf [eingesehen am 12.03.2012].

Gabriela Christmann, Robert E. Park, Konstanz 2007.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Eckart Conze, Eine bürgerliche Republik? Geschichte und Gesellschaft, in: Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Jg. 30 (2004), S. 527-542.

Ralf Dahrendorf, Aspekte der Ungleichheit in der Gesellschaft, in: Archives européennes de sociologie, Jg. 1 (1960), S. 213-232.

Claudia Dalbert u. Andreas Zick, Die Leute bekommen, was ihnen zusteht. Der Glaube an eine gerechte Welt und die *Gruppenbezogene Menschenfeind lichkeit*, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Berlin 2010, S. 87-106.

Ursula Dallinger, Prekäre Mitte? Sozialstaat und Mittelschicht im internationalen Vergleich, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 57 (2011) H. 1, S. 83-110.

Frank Decker, Populismus und der Gestaltwandel des demokratischen Parteienwettbewerbs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 5-6/2012, S. 10-15.

Oliver Decker u. Marliese Weißmann, Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Berlin 2010.

Oliver Decker u. Johannes Kies, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012.

Deltamilieus in Deutschland, online einsehbar unter http://www.delta-sozialforschung.de/delta-milieus/delta-milieus/gesellschaftsmodell/[eingesehen am 12.06.2013].

Grundsätze für Deutschland, Entwurf des neuen Grundsatzprogramms. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an den 21. Parteitag am 3./ 4. Dezember 2007 in Hannover, online einsehbar unter http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/070701-leitantrag-cdu-grundsatzprogramm-navigierbar.pdf [eingesehen am 10.10.2008].

Beschluss des 22. Parteitages der CDU Deutschlands, Die Mitte. Deutschlands Stärke. 30.11.-02.12.2008 in Stuttgart, online einsehbar unter www.cdu.de/doc/pdfc/081202-beschluss-a-klima-umwelt-verbraucherschutz.pdf [eingesehen am 04.01.2009].

Wiesbadener Erklärung der CDU Deutschlands, Deutschland stärken. Politik der Mitte fortsetzen, 05.01.2008, online einsehbar unter www.angela-merkel.de/080105-wiesbadender-erklaerung.pdf [eingesehen am 03.09. 2008].

Udo Di Fabio, Was ist die Mitte der Gesellschaft?, in: Vortragsreihe des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 6 (2007) H. 3.

Die Sinus-Milieus in der Verbraucheranalyse, online einsehbar unter https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=6&cad=rja&ved=0CFQQFjAF&url=http%3A%2F%2Fwww.verbraucheranalyse.de%2Fdownloads%2F45%2FVA-sinus2010.pdf&ei=mLjSUZTqI4iztAaro

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

IHYAw&usg=AFQjCNG9lXzyk630nxgMvPh-y-pXFDZIpA&bvm=bv.48705608,d.Yms [eingesehen am 12.05.2013].

Die Sinus-Milieus in Deutschland 2010, online einsehbar unter http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/Update_2010_Hintergruende_und_Fakten.pdf [eingesehen am 09.10.2010].

Wolfgang Donsbach u. Mathias Rentsch, Von der Politiker- zur Journalistenverdrossenheit. Die Deutschen zeigen sich von den Medien enttäuscht, in: Politische Meinung, H. 484/2010, S. 21-26.

Frank Drieschner, Nichts fürs Volk. Das neue Abstimmungsverfahren begünstigt gebildete Wähler, in: Die Zeit, 24.02.2011.

Gregor Dürrenberger u. Jeanette Behringer, Die Fokusgruppe in Theorie und Anwendung, Stuttgart 1999.

Eltern unter Druck, Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung des Sinus-Instituts im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Pressekonferenz, 27. Februar 2008, Berlin 2008.

Serge Embacher, Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdruss in Deutschland, Bonn 2009.

Günter Endruweit, Milieu und Lebensstilgruppen. Nachfolger des Schichtenkonzepts, Hamburg 2000.

Heribert Engstler u. Sonja Menning, Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland, Berlin 2003.

Dominik H. Enste u. Vera Erdmann, Mythen über die Mittelschicht. Informationen Roman Herzog Institut, in: Wie schlecht steht es wirklich um die gesellschaftliche Mitte?, H. 9/2011.

Hans Magnus Enzensberger, Mittelmaß und Wahn. Gesammelte Zerstreuungen, Frankfurt a. M. 1991.

Erfurter Erklärung, Beschluss des Bundesvorstandes, 10.01.2009, online einsehbar unter www.cdu-halle.de/aktuell/090110-Erfurter-Erklaerung.pdf [eingesehen am 05.02.2009].

Erwerbstätigkeit in Deutschland 1991, online einsehbar unter http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV6.pdf [eingesehen am 31.0.2013].

Adelbert Evers u. Helga Nowotny, Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Zukunft, Frankfurt a. M. 1987.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Thorsten Faas u. Sascha Huber, Experimente in der Politikwissenschaft. Vom Mauerblümchen zum Mainstream, in: Politische Vierteljahresschrift Jg. 51 (2010), S. 721-749.

Jürgen Faik u. Jens Becker, Wohlstandspolarisierung, Verteilungskonflikte und Ungleichheitswahrnehmungen in Deutschland, in: FaMa-Diskussionspapier, H. 5/2009.

Beschluss des FDP-Präsidiums, Liberales Manifest für den Mittelstand, online einsehbar unter http://www.liberale.de/webcom/show_article.php/_c-567/_nr-2147/i.html [eingesehen am 21.01.2009].

Joachim Fest u. Wolf Jobst Siedler, Der lange Abschied vom Bürgertum. Joachim Fest und Wolf Jobst Siedler im Gespräch mit Frank A. Meyer, Berlin 2005.

Werner Filmer u. Heribert Schwan, Helmut Kohl, Düsseldorf 1990.

Peter Fischer, Mitte, Maß und Mäßigkeit. Zur Idee und Relevanz eines gesellschaftlichen Mittebezuges, Hamburg 2007.

Berthold Bodo Flaig u. Thomas Meyer, Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Bonn 1993.

Ludwik Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache, Frankfurt a.M. 1980 (1935).

Norbert Frei, Einleitung, in: Ders., Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991, S. 7-32.

Verantwortung für die Freiheit, Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. Beschluss des 63. ordentlichen Bundesparteitages der FDP, Karlsruhe 22.04.2012, online einsehbar unter http://www.fdp.de/files/565/Freiheitsthesen_vorlaeufige_Fassung.pdf [eingesehen am 07.10.2012].

Tobias Freimüller, Alexander Mitscherlich. Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse nach Hitler, Göttingen 2007.

Jürgen Friedrichs, Gesellschaftliche Krisen. Eine soziologische Einführung, in: Helga Scholten (Hg.), Die Wahrnehmung von Krisenphänomenen. Fallbeispiele von der Antike bis in die Neuzeit, Köln 2007, S. 13-26.

Susanne Friese, Rezension zu: Andreas Wernet (2000). Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik, in: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, Jg. 4 (2003) H. 2.

Dieter Fuchs, Das Konzept der politischen Kultur:. Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Ders. u.a. (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

politischen Prozeß Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Wiesbaden, S. 27-49.

Sigmar Gabriel, Links sein. Politik für die Mehrheit, München 2008.

Daniel Gardemin u. Andrea Lange-Vester, Mittlere Arbeitnehmermilieus und Strategien der Respektabilität, in: Dies. (Hg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, Wiesbaden 2006, S. 308-331.

Daniel Gardemin, Soziale Milieus der gesellschaftlichen ‚Mitte'. Eine typologisch-sozialhistorische und multivariat-sozialstatistische Makroanalyse des Leistungsorientierten Arbeitnehmermilieus und des Kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieus 2006.

Jochen Gaugele u. Claus Christian Malzahn, „Grün ist unser Hauptgegner im Kampf um die Mitte", in: Welt Online, 18.11.2012, online einsehbar unter http://www.welt.de/politik/deutschland/article111244839/Gruen-ist-unser-Hauptgegner-im-Kampf-um-die-Mitte.html [eingesehen am 12.12.2012].

Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932.

Rainer Geißler u. Sonja Weber-Menges „Natürlich gibt es heute noch Schichten!". Bilder der modernen Sozialstruktur in den Köpfen der Menschen, in: Helmut Bremer u. Andrea Lange-Vester (Hg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, Wiesbaden 2006, S. 102-127.

Gian-Claudio Gentile, Die Gesprächsanalyse der dokumentarischen Methode als „Schlüssel" zu selbst-referentiellen Kommunikationssystemen? Theoretisch-methodische Grundlagen und empirische Vignetten, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Jg. 11 (2010) H. 3.

Lars Gertenbach u. Henning Laus, Theorien der Gemeinschaft. Zur Einführung, Hamburg 2010.

Gesamtbevölkerung Deutschlands 1991, online einsehbar unter http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/tab.asp?lang=de-DE&tbl=tab20 [eingesehen am 31.05.2013].

Wolfgang Glatzer, Gefühlte (Un)Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 47 (2009), S. 15-20.

Wolfgang Glatzer u. Jens Becker, Einstellung zum Reichtum. Wahrnehug und Beurteilung sozio-ökonomischer Ungleichheit und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen in Deutschland, 2008, online einsehbar unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a381-forschungsprojekt.pdf?__blob=publicationFile [eingesehen am 13.12.2012].

Jan Goebel u. Martin Gornig, Polarisierung der Einkommen, in: DIW-Wochenbericht, H. 24/2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

John Harry Goldthorpe, Social Mobility and Class Structure in Modern Britain, in, Oxford 1980.

Markus M. Goebel u.a. Höhepunkte der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?, in: DIW-Wochenbericht, H. 43/2012.

Rüdiger Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918-1933, München 2008.

Grafik: Die Milieus der alltäglichen Lebensführung im sozialen Raum Deutschland 2003, online einsehbar unter http://www2.ibw.uni-heidelberg.de/wisskoll/pdf/ bremer.pdf [eingesehen am 15.04.2013].

Thomas C. Greenbaum, Moderating Focus Groups. A practical Guide for Group Facilation, California 2000.

Daniel Groh-Samberg u. Florian Hartleb, Abstieg der Mitte? Zur langfristigen Mobilität von Armut und Wohlstand, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 137-157.

Bündnis 90 Die Grünen, Beschluss der 31. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz, Rostock, 24.-25. Oktober 2009, Grün macht Zukunft, online einsehbar unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Wahlergebnis-Gruen-Zukunft-Beschluss-BDK-Rostock-10-2009.pdf [eingesehen am 03.09.2012].

Bündnis 90 Die Grünen, Beschluss der 33. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz Kiel, 25.-27. November 2001. Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft: Der Grüne New Deal, online einsehbar unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Wirtschaft-Gruener-New-Deal-Beschluss-BDK-Kiel-11-2011.pdf [eingesehen am 11.10.2012].

Bündnis 90 Die Grünen, Beschluss der 34. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz Hannover, 16.-18. November 2012, Eine Gesellschaft für Alle: Umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung durch gute Institutionen und gerechte Verteilung, online einsehbar unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Sozialpolitik-Teilhabe-Beschluss-BDK-11-2012.pdf [eingesehen am 11.12.2012].

Bernd Guggenberger u. Klaus Hansen, Jenseits von Mittelmaß und Anmaßung. Für die Wiedergewinnung einer achtbaren Mitte, in: Dies. (Hg.), Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen 1993, S. 9-28.

Manfred Güllner, Nichtwähler in Deutschland. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2013.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Andreas Hadjar, Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion, Wiesbaden 2008.

Hildegard Hamm-Brücher, Der lange Weg zur Mitte, in: Dies. (Hg.), Auftrag und Engagement der Mitte. Eckwerte der Demokratie in der Bundesrepublik, München 1974, S. 253-258.

Michael Hartmann, Soziale Homogenität und generationelle Muster der deutschen Wirtschaftselite seit 1945, in: Volker Rolf Berghahn u.a. (Hg.), Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert, Kontinuität und Mentalität, Essen 2003, S. 31-50.

Rolf G. Heinze, Die erschöpfte Mitte. Zwischen marktbestimmten Soziallagen, politischer Stagnation und der Chance auf Gestaltung, Weinheim 2011.

Wilhelm Heitmeyer, Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Ders. (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 9, Berlin 2010, S. 13-33.

Wilhelm Heitmeyer, Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, in: Ders. (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Berlin 2010, S. 13-45.

Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin 2012.

Eike Henning, Das Unbehagen in der Mitte, in: Kommune, 1/2010, S. 24-26.

Wilhelm Hennis, Topik und Politik, in: Ders., Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der praktischen Wissenschaft, Neuwied am Rhein 1963, S. 89-115.

Richard Herzinger, Republik ohne Mitte. Ein politischer Essay, Berlin 2001.

Richard Herzinger, Mystische Mitte. Über das politische Ende der Konsensgesellschaft, in: Merkur, Jg. 56 (2002) H. 7, S. 628-633.

Bernd Hofmann, Annährung an die Volkspartei. Eine typologische und parteiensoziologische Studie, Wiesbaden 2004.

Shell Deutschland Holding (Hg.), Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich, Frankfurt a. M. 2010.

Everhard Holtmann u. Adrienne Krappidel, Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006.

Stefan Hradil, Alte Begriffe und neue Strukturen. Die Milieu-, Subkultur- und Lebensstilforschung in den 1980er Jahren, in: Ders. (Hg.), Zwischen Bewusstsein und Sein. Die Vermittlung „objektiver" Lebensbedingungen und „subjektiver" Lebensweisen, Opladen 1992, S. 15-56.

Stefan Hradil, Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen 1999.

Stefan Hradil, Die „neue" soziale Ungleichheit. Warum werden die meisten entwickelten Gesellschaften wieder ungleicher?, in: Paul Windolf (Hg.),

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Finanzmarkt Kapitalismus, Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45, Wiesbaden 2005, S. 460-483.

Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... Gesellschaftliche Mitte und drohender Statusverlust in der „Dienstleistungsgesellschaft", in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland. 26. Sinclair-Haus-Gespräch 12.-13. Mai 2006, Bad Homburg v.d.Höhe 2006, S. 34-43.

Stefan Hradil u. Holger Schmidt, Angst und Chancen. Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte aus soziologischer Sicht, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland, Ein Lagebericht, Bad Homburg v. d. Höhe 2007, S. 163-226.

Thomas Hüglin, Tyrannei der Mehrheit. Eine Ideengeschichtliche Studie, Bern 1977.

Gustav Ichheiser, Kritik des Erfolges. Eine soziologische Untersuchung, Leipzig 1930.

Detlef Josczok, Lob des Mittelmaßes, in: Vorgänge, H. 4/2004, S. 84-91.

Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend (Hg.), Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, Berlin 2009.

Ulf Kadritzke, Kein Platz mehr im letzen Flugzeug. Die Mittelklassen in der Zone der Verwundbarkeit, in: Le Monde diplomatique, 15.12.2006.

Albrecht Graf von Kalnein, Die gesellschaftliche Mitte. Konjunkturen und Krisen eines Begriffs, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland. 26. Sinclair-Haus-Gespräch 12.-13. Mai 2006, Bad Homburg v.d.Höhe 2006, S. 12-19.

Jürgen Kaube, Die inszenierte Mittelstandspanik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.06.2010.

Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, Stuttgart 1970.

Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit. Das Leitbild beherrschbarer Komplexität, in, Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe, Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt a. M. 2003, S. 73-104.

Udo Kelle u. Susanne Kluge, Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkonstrastierung in der qualitativen Sozialforschung, Wiesbaden 2010.

Vorwerk & Co. KG (Hg.), Vorwerk Familienstudie 2009. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach, Wuppertal 2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Vorwerk & Co. KG (Hg.), Vorwerk Familienstudie 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach, Wuppertal 2010.

Peter Graf v. Kielmansegg, Wozu braucht die Demokratie die Mitte? Aspekte gesellschaftlicher Mitte in Europa – Annäherung und Potentiale, in: Herbert Quandt-Stiftung (Hg.), Bad Homburg v. d. Höhe 2009, S. 59-65.

Stephan Klecha, Minderheitsregierungen und Wahlerfolge, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und internationales Parteienrecht, Jg. 17 (2011), S. 29-42.

Christian Klein, Handbuch Biographie: Methoden, Traditionen, Theorien, Stuttgart 2009.

Susanne Kluge, Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Jan. 2000, online einsehbar unter https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&sqi=2&ved=0CC8QFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.uni-siegen.de%2Fphil%2Fsozialwissenschaften%2Fsoziologie%2Fmitarbeiter%2Fludwig-mayerhofer%2Fmethoden%2Fmethoden_downloads%2Ftypenbildung.pdf&ei=Y5qTUc_gEsTDtAaOzIGoDA&usg=AFQjCNGBuhR93E4OIvB02b6vKGJiPQwSVQ&bvm=bv.46471029,d.Yms [eingesehen am 15.05.2013].

Karin Knorr-Cetina, Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft 1984.

Renate Köcher, Das Bewusstsein der Mittelschicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.07.2008.

Renate Köcher, Der Ruf nach Plebiszit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.2010.

Renate Köcher, Die Sogwirkung der Linkspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.2008.

Renate Köcher, Politik in der pragmatischen Gesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.02.2010.

Renate Köcher, Allenbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009. Bd. 12, Berlin 2007.

Renate Köcher, Veränderte Einstellungen zur Familie, in: Dies. (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009, Bd. 12, Berlin 2007, S. 659-663.

Renate Köcher, Demoskopische Annäherung an die Mentalität der Mitte, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung Verantwortung. Sinclair-Haus-Gespräche 28, Bad Homburg v. d. Höhe 2008, S. 16-31.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Jürgen Kocka, Das europäische Muster und der deutsche Fall, in: Jürgen Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Bd. I: Einheit und Vielfalt Europas, Göttingen 1995, S. 9-75.

Jürgen Kocka, Bürgerlichkeit – Wovon reden wir eigentlich, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 57 (2010) H. 4, S. 4-8.

Karl-Rudolf Korte u. Manuel Fröhlich, Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Paderborn 2006.

Reinhart Koselleck, ‚Erfahrungsraum' und ‚Erwartungshorizont' – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik vergangener Zeiten 2013 [1976], S. 349-375.

Klaus Kraemer, Abstiegsängste in Wohlstandslagen, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 201-229.

Klaus Kraimer, Objektive Hermenuetik. Studienbrief 7: Objektive Hermeneutik 2008, online einsehbar unter https://www.htw-saarland.de/Members/klaus-kraimer/lehrmaterialien/studienbrief7 [eingesehen am 23.03.2013].

Wolfgang Kraushaar, Implosion der Mitte. Teil 1, in: Mittelweg, Jg. 3 (1994) H. 2, S. 10-27.

Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt a. M. 1992.

Andrian Kreye, Vom Zorn der Leistungsträger, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2009.

Philipp Krohn u. Philip Plickert, Die Abstiegssorgen der Mittelschicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.07.2010.

Martin Kronauer, Verunsicherte Mitte, gespaltene Gesellschaft?, in: WSI Mitteilungen, Jg. 61 (2008) H. 7, S. 372-378.

Richard A. Krueger, Moderation Focus Groups. Focus Group Kit 4, Thousand Oaks 1998.

Hans Jürgen Krysmanski, Soziologie und Frieden. Grundsätzliche Einführung in ein aktuelles Thema, Opladen 1993.

Adam Krzemiński, Der Kniefall, in: Etienne François u. Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 1, München 2001, S. 638-653.

Thomas Kühn u. Kay-Volker Koschel, Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch, Wiesbaden 2011.

Lawrence Kutner, Die Bedeutung der Selbstwirksamkeit für die Anpassung Jugendlicher an den gesellschaftlichen Wandel. Zusammenfassung von Konferenzbeiträgen zur Selbstwirksamkeitstheorie, in: Wolfgang Edelstein (Hg.), Entwicklungskrisen kompetent meistern. Der Beitrag der Selbstwirk-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

samkeit von Albert Bandura zum pädagogischen Handeln, Heidelberg 1995, S. 74-78.

Siegfried Lamnek, Gruppendiskussion. Theorie und Praxis, Weinheim 2005.

James Lawrence, The Middle Class. A History, London 2006.

Anne Lawton, The Meritocracy Myth and the Illusion of Equal Employment Opportunity, in: Minnesota law review, Jg. 85 (2000), S. 587-662.

Joscha Legewie, Zum Einfluss regionaler Arbeitslosigkeit auf Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 60 (2008), S. 286-313.

Thomas Leithäuser u. Uwe Flick, Politische Psychologie, in: Dies. (Hg.), Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendung, Weinheim 1995, S. 504-408.

Erfurter Leitsätze, Aufbruch '99, online einsehbar unter www. cdu.de/doc/pdfc/12pt_erfurter_leitsaetze.pdf [eingesehen am 17.09.2005].

Holger Lengfeld u. Jochen Hirschle, Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg, eine Längsschnittanalyse 1984-2007, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38 (2009), S. 379-398.

Kurt Lenk, Vom Mythos der politsichen Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 38/2009, S. 15-20.

M. Rainer Lepsius, Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit, in: Kocka, Jürgen (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 79-120.

Oliver Lepsius u. Reinhart Meyer-Kalkus, Inszenierung als Beruf. Der Fall Guttenberg, Berlin 2011.

Rainer M. Lepsius, Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart 1966.

Rainer M. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard Albert Ritter (Hg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56-80.

Rainer M. Lepsius, Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in Deutschland. Lebenslagen, Interessenvermittlung und Wertorientierung, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 166-209.

Stephan Lessenich, „Neue Mitte". Das Ende der Planwirtschaft, in: Robert Castel u. Klaus Dörre (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2009, S. 259-268.

Hans Leyendecker, Eine gemachte Heldin, in: Süddeutsche Zeitung, 17.05.2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Stefan Liebig u. Jürgen Schupp, Immer mehr Erwerbstätige empfinden ihr Einkommen als ungerecht, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 75 (2008) H. 31, S. 434-440.

Rainer Lindner, Eine kranke und gestresste Gesellschaft. Russland in der Bevölkerungskrise, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefter, H. 6/2008.

Seymour Martin Lipset, Der „Faschismus", die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 11 (1959), S. 401-444.

Sven Litzke u. Horst Schuh, Stress, Mobbing, Burn-out am Arbeitsplatz, Berlin 2010.

Andrea Lohmann-Haislah, Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden, online einsehbar unter http://www.baua.de/de/Publikationen/Fachbeitraege/Gd68.pdf?__blob=publicationFile&v=10 [eingesehen am 22.2.2013].

Peter Lösche, Parteienverdrossenheit ohne Ende? Polemik gegen das Lamentieren deutscher Politiker, Journalisten, Politikwissenschaftler und Staatsrechtler, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 26 (1995) H. 1, S. 149-159.

Peter Lösche u. Franz Walter, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftswechsel, Darmstadt 1996.

Doris Lucke, Akzeptanz. Legitimität in der „Abstimmungsgesellschaft", Bonn 1995.

Wolfgang Ludwig-Mayerhofer u. Ariadne Sondermann, Einige einführende Anmerkungen zur sequenzanalytischen Interpretation von Daten, 2006, online einsehbar unter http://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/ludwig-mayerhofer/sequenzanalyse-lfp-sose-2006.pdf [eingesehen am 05.02.2013].

Niklas Luhmann, Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Wiesbaden 2008.

Torben Lütjen, Monologe in der Echo-Kammer. Wisconsin und die ideologisch-geographische Balkanisierung Amerikas, in: INDES, H. 1/2013, S. 116-127.

Birgit Mahnkopf, Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: Prokla, Jg. 30 (2000), S. 489-525.

Jürgen Maier, Politikvedrossenheit in der Bundrespublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen, in, Opladen 2000.

Michael Makropoulos, Tendenzen der Zwanziger Jahre. Zum Diskurs der klassischen Moderne in Deutschland, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Jg. 39 (1991), S. 675-687.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Michael Makropoulos, Modernität als Kontingenzkultur. Konturen eines Konzept, in: Gerhart von Graevitz u. Odo Marquard (Hg.), München 1998, S. 55-79.

Michael Makropoulos, Kontingenz. Aspekte einer theoretischen Semantik der Moderne, in: European Journal of Sociology, Jg. 45 (2004), S. 369-399.

Michael Makropoulos, Theorie der Massenkultur, München 2008.

Stine Marg u. Franz Walter, I + E = Lw. Meritokratie-Die Alltagsutopie der neuen Mitte, in: INDES, H. 2/2012, S. 6-17.

Stine Marg u. Lars Geiges u.a. (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg 2013.

Steffen Mau, Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht, Berlin 2012.

Markus Maurer, Politikverdrossenheit, soziale Milieus und Medienberichterstattung. Verhindert oder fördert die Politikberichterstattung der Massenmedien die Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik?, in: Albert Drews (Hg.), Politisch nich tmehr erreichbar? Politikverdrossenheit und soziale Milieus, Rehburg-Loccum 2009, S. 141-156.

Philipp Mayring, Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken, Weinheim 2001.

Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2010.

Josef Mehringer, Die Aristotelische Mitte. Dialektik, Mythos und Interdisziplinarität in Aristoteles' Philosophie als Philosophie der Mitte, München 2011.

Jürgen Mensel u. Viktoria Spaiser, Ängste und Kontrollverluste. Zusammenhänge mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Berlin 2010, S. 49-71.

Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 28 (2002), S. 574-608.

Thomas Meyer, Lifestyle- und Aktivbürger, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 57 (2010) H. 4, S. 17-20.

Reinhard Meyers, Der Friede als Elementarbedingungen der Politik, in: Volker Gerhardt u. Dieter Kinkelbur (Hg.), Wie finden wir die Zukunft, Münster 1989, S. 47-66.

Charles Wright Mills, White Collar. The American Middle Clasess, Oxford 1951.

Dietmar Molthagen, Das Ende der Bürgerlichkeit? Liverpooler und Hamburger Bürgerfamilien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2007.

David L. Morgen, Focus Groups as qualitative Research, Thousand Oaks 1997.

Roger Mucchielli, Das Gruppeninterview. Bd. 1 Theoretische Einführung 1979.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Cas Mudde, The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition, Jg. 39 (2004) H. 4, S. 542–563.

Friederike Müller-Friemauth u. Thomas Klein-Reesink, LOHAS: Mehr als Green-Glamour. Eine soziokulturelle Segmentierung, Eine unveröffentlichte Studie von Sinus Sociovion und Karma Konsum 2009.

Marianne Müller u. Martin Werding, Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland, in: ifo-Schnelldienst, Jg. 60 (2007) H. 9, S. 24-31.

Matthias Müller, Sozialpolitische Innovation. Zum Konflikt von Strukturen und Deutungsmustern, Wiesbaden 2011.

Herfried Münkler, Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010.

Franz Müntefering, Warum für die CDU in der Mitte kein Platz ist, in: Frankfurter Rundschau, 05.02.2001.

Franz Müntefering, In Deutschland ist die Mitte rot. Presseerklärung des SPD-Generalsekretärs Franz Müntefering zum Kongress „Die Mitte in Deutschland“, 12.02.2002 2002.

Alexander Dieter Myksok u. Anna E. Jäger, Moderieren in Gruppen und Teams. Handbuch für Moderation, Paderborn 2008.

Sighard Neckel, Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft, Frankfurt a. M. 2008.

Friedhelm Neidhardt u. Dieter Rucht, Protest und Protestgeschichte in der Bundesrepublik 1950-1994, in: Max Kaase u. Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 129-164.

Viola Neu, „Dann bleib ich mal weg“, 2012, online einsehbar unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_31915-544-1-30.pdf?121106125228 [eingesehen am 04.05.2013].

Oskar Niedermayer, Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung, Wiesbaden 2001.

Niedersächsischer Armuts- und Reichtumsbericht 2008. Entwicklung von Reichtum und Armut in Niedersachsen 2005 bis 2007, Sonderveröffentlichung aus: Statistische Monatshefte Niedersachsen 12/2008, online einsehbar unter www.nls.niedersachsen.de/Download/Armut-Reichtum.pdf [eingesehen am 15.10.2010].

Manfred Nießen, Gruppendiskussion. Interpretative Methodologie, Methoden, Anwendung, Münster 1977.

Elisabeth Noelle-Neumann u. Renate Köcher (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002. Bd. 11, München 2002.

Paul Nolte, Eine kurze Geschichte der Mitte, in: Berliner Republik, H. 3/2002.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Paul Nolte, Topographie der Klassengesellschaft, in: Merkur, H. 9,10/2006, S. 865-874.

Paul Nolte u. Dagmar Hilpert, Wandel und Selbstbehauptung. Die gesellschaftliche Mitte in historischer Perspektive, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland, Ein Lagebericht, Bad Homburg v. d. Höhe 2007, S. 12-101.

Paul Nolte, Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte Deutschlands, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Mitte als Motor der Gesellschaft - Spielräume und Akteure. Sinclair-Haus-Gespräche 27, Bad Homburg von der Höhe 2007, S. 12-23.

Frank Nullmeier, Soziale Gerechtigkeit – ein politischer „Kampfbegriff"?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 47 (2009), S. 9-14.

o.A., Er läuft und läuft und läuft, in: Süddeutsche Zeitung, 12./13.07.2008.

o.A., Ist die CDU zu links?, in: Zeit Online, 13.09.2010, online einsehbar unter http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/cdu-debatte-konservativ [eingesehen am 13.12.2012].

o.A., Rassismus aus der Mitte, in: Zeit online 18.06.2008, online einsehbar unter http://www.zeit.de/onlie/2008/25/rechtsextremismus [eingesehen am 19.06. 2008].

o.A., Merkel: CDU bleibt Volkspartei der Mitte, in: Braunschweiger Zeitung, 23.10.2010, online einsehbar unter http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/merkel-cdu-bleibt-volkspartei-der-mitte-id432164.html [eingesehen am 05.12.2012].

o.A., Hamburgs Bürgermeister verteidigt Öffnung der CDU zur Mitte, in: n24, 27.02.2010, online einsehbar unter http://www.n24.de/news/newsitem_5884606.html [eingesehen am 03.05.2012].

o.A., Grüne wollen sich „mitte-links" aufstellen. netzeitzung.de, 28.09.2009, online einsehbar unter http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/1475800.html [eingesehen am 30.11.2012].

o.A., Die gesellschaftliche Mitte unter Druck? Herausforderungen in Zeiten der Globalisierung – Handlungsmöglichkeiten der Politik, Podiumsgespräch, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland, 26. Sinclair-Haus-Gespräch 12.-13. Mai 2006, Bad Homburg v. d. Höhe 2006, S. 61-83.

o.A., Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, 2007, online einsehbar unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a369.pdf?__blob=publicationFile [eingesehen am 09.06.2010].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

o.A., Bildung in Berlin und Brandenburg 2010. Ein indikatorgestützter Bericht zur Bildung im Lebenslauf, Berlin 2010.

o.A., Jeder zweite Schüler schafft die Hochschulreife. Spiegel Online, 2011, online einsehbar unter http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/abi-boom-jeder-zweite-schueler-schafft-die-hochschulreife-a-748622.html [eingesehen am 09.08.2012].

Jodi O'Brien, Social prisms. Reflections on everyday myths and paradoxes, Thousand Oaks California 1999.

Thomas Ochsner, Deutschlands Mittelschicht schrumpft, in: Süddeutsche Zeitung, 20.11.2008.

Peter von Oertzen, Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlich-politischen Handelns, in: Helmut Bremer u. Andrea Lange-Vester (Hg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, Wiesbaden 2006, S. 37-69.

Ulrich Oevermann, Fallrekonstruktionen und Strukturgeneralisierung als Beitrag der objektiven Hermeneutik zur soziologischstrukturtheoretischen Analyse 1981, online einsehbar unter https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CDEQFjAA&url=http%3A%2F%2Fpublikationen.ub.uni-frankfurt.de%2Ffiles%2F4955%2FFallrekonstruktion-1981.pdf&ei=ygXMUePBEsXXtAaviIHABQ&usg=AFQjCNH6ok0-sG1iH_8yNk3TtbH7Vxv8Wg&bvm=bv.48340889,d.Yms [eingesehen am 09.12.2012].

Ulrich Oevermann, Klinische Soziologie auf Basis der Methodologie der objektiven Hermeneutik – Manifest der objektiven hermeneutischen Sozialforschung. März 2002, online einsehbar unter http://www.ihsk.de/publikationen/Ulrich_Oevermann-Manifest_der_objektiv_hermeneutischen_Sozialforschung.pdf [eingesehen am 22.11.2012].

Ulrich Oevermann, Thesen zur Methodik der werkimmanenten Interpretation vom Standpunkt der objektiven Hermeneutik. Vorgelegt zur 4. Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft objektive Hermeneutik e.V. „Immanenz oder Kontextabhängigkeit? Zur Methodik der Analyse von Werken und ästhetischen Ereignissen" am 26./27. April 1997 in Frankfurt am Main., 1997, online einsehbar unter http://www.agoh.de/de/downloads/uebersicht/func-startdown/31/ [eingesehen am 12.12.2012].

Ulrich Oevermann, Die Struktur sozialer Deutungsmuster - Versuch einer Aktualisierung, in: Sozialer Sinn, H. 1/2001, S. 223-229.

Ulrich Oevermann, Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, in: Sozialer Sinn, H. 2/2001, S. 3-33.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Ulrich Oevermann, Adorno als empirischer Sozialforscher. Im Blickwinkel der heutigen Methodenlage, in: Ders. u. Andreas Gruschka (Hg.), Die Lebendigkeit der kritischen Gesellschaftstheorie. Dokumentation der Arbeitstagung aus Anlass des 100. Geburtstages von Theodor W. Adorno 4.-6. Juli 2003 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main 2004, S. 189-234.

Karin Palonen, Die Entzauberung der Begriffe. Das Umschreiben der politischen Begriffe bei Quentin Skinner und Reinhart Koselleck, Münster 2004.

Michael Pauen, Pessimismus. Geschichtsphilosophie, Metaphysik und Moderne von Nietzsche bis Spengler, Berlin 1997.

Markus R. Pawelzik, Wie erschöpft sind wir wirklich? . Anmerkungen zur aktuellen Bournout-Epidemie, in: Merkur, Jg. 66 (2012) H. 2, S. 125-134.

Helga Pelizäus-Hoffmeister, Unsicherheiten im Lebensverlauf um 1900 und um 20000, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 33-34/2008, S. 25-31.

Thieß Petersen, infas-Umfrage. Meinungen und Einstellungen der Bürger zur Globalisierung und zu globalen ökonomischen Risiken, 2011, online einsehbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_34721_34723_2.pdf [eingesehen am 10.12.2012].

Reinhard Peukert, Gesprächshermeneutik. Gruppendiskussion als Methode zur Rekonstruktion der Lebenswelt von Lehrlingen, Frankfurt a. M. 1984.

Armin Pfahl-Traughber, Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994.

Jean-Pau Picaper, Mitte oder Mythos? Die Rechte, die Linke – und die Mitte?, Eine französische Perspektive, in: Tilman Mayer Reinhard C. Meier-Walser (Hg.), Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, München 2002, S. 282-292.

Joska Pintschovius, Die Diktatur der Kleinbürger. Der lange Weg in die deutsche Mitte, Berlin 2008.

Werner Plumpe, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2010.

Ronald Pofalla, Rede des Generalsekretärs Ronald Pofalla MdB vor dem Bundesausschuss vom 20. Februar 2006, online einsehbar unter http://www.cdu.de/doc/pdfc/06_02_20_GS_Rede_Bundesausschuss.pdf [eingesehen am 11.12.2008].

Friedrich Pollock u. Franz Böhm, Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, Frankfurt a.M. 1955.

Bernhard Pörksen, Bullshit kennt jeder, in: Kontext: Wochenzeitung, 2011, online einsehbar unter http://www.kontextwochenzeitung.de/index.php?id=69&requesturi=/newsartikel/2011/05/bullshit-kennt-jeder/[eingesehen am 22.03.2012].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Karin Priester, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main 2007.

Hamburger Programm, Das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, online einsehbar unter http://www.spd.de/de/politik/grundsatzprogramm/index.html#Hamburger_Programm[eingesehen am 02.01.2009].

Aglaja Przyborski u. Monika Wohlrab-Sahr, Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch, München 2010.

Claudia Puchta u. Stephan Wolff, Diskursanalysen institutioneller Gespräche – das Beispiel von ‚Focus Groups', in: Keller, Rainer u.a. (Hg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 2 Forschungspraxis, Opladen 2003, S. 438-456.

Claudia Puchta u. Jonathan Potter, Focus Group Practise, London 2004.

Joachim Radkau, Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München 1998.

Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011.

Thomas Rammsayer u. Hannelore Weber, Differentielle Psychologie. Persönlichkeitsforschung, Göttingen 2012.

Karl-Siegbert Rehberg, „Neue Bürgerlichkeit" zwischen Kanonsehnsucht und Unterschichten-Abwehr, in: Hein Bude u.a. (Hg.), Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?, München 2010, S. 55-70.

Jo Reichertz, Die objektive Hermenutik - Darstellung und Kritik, in: Eckard König u. Peter Zedler (Hg.), Bilanz qualitativer Forschung. Bd. II: Methoden, Weinheim 1995, S. 379-423.

Jo Reichertz, Über das Problem der Gültigkeit von Qualitativer Sozialforschung. Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation, in: Ronald Hitzler u.a. (Hg.), Konstanz 1999, S. 319-346.

Jo Reichertz, Qualitative Sozialforschung – Anspruch, Prämissen, Probleme, in: Erwägen, Wissen, Ethik, Jg. 18 (2007) H. 2, S. 195-208.

Jo Reichertz, Wer nur einen Hammer hat, dem gerät die Welt leicht zum Nagel. 4. Berliner Methodentreffen, 2008, online einsehbar unter http://www.qualitative-forschung.de/methodentreffen/archiv/texte/texte_2008/reichertz.pdf [eingesehen am 23.11.2012].

Karl Rohe, Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Dirk Berg-Schlosser u. Jakob Schissler (Hg.), Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Perspektiven der Forschung. (PVS Sonderheft 18), Wiesbaden 1987, S. 39-49.

Karl Rohe, Wahlen und Wählertradtionen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1992.

Joachim Rohlfes, Geschichte und ihre Didaktik, Göttingen 1986.

Günter Rohrmoser, Staatsethos heute. die Aktualität Preußens, Hamburg 1982.

Günter Rohrmoser, Zur Idee und Reformierbarkeit der Universität. Hohenheimer Arbeiten, Stuttgart 1994.

Günter Rohrmoser, Konservatives Denken im Kontext der Moderne, Bietigheim 2006.

Hartmut Rosa u. Stephan Lorenz, Schneller kaufen! Zum Verhältnis von Konsum und Beschleunigung, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 20 (2009) H. 1, S. 10-18.

Jan Ross, Von wegen Gerechtigkeit!, in: Die Zeit, 16.10.2008.

Norbert Röttgen, Der bürgerlichen Mehrheit Heimat geben, in: Die Welt, 25.02.2008.

Jürgen Rüttgers, Neue Mitte oder Politik der Beliebigkeit, in: Frankfurter Rundschau, 14.02.2001.

Patrick Sachweh, Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung, Frankfurt a. M. 2010.

Reinhold Sackmann u. Thomas Ketzmerick, Differenzierungsdynamik und Ungleichheit in der Mitte der Gesellschaft, in: Swiss Journal of Sociology, Jg. 34 (2010), S. 109-129.

Parvin Sadigh, Zeit Online, Interview mit Thomas Gensicke. Der Optimismus der Jugend hat ein solides Fundament, online einsehbar unter www.://zeit.de/gesellschaft/familie/2010-09/shell-jugend-gensicke-2?page=all&print [eingesehen am 20.09.2010].

Samuel Salzborn, Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Frankfurt a. M. 2009.

Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt a. M. 2010.

Giovanni Sartori, Demokratietheorie, Darmstadt 1997.

Majid Sattar, Merkels nächstes Volk, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.10.2011.

Armin Schäfer, Segregation, Wahlbeteiligung und Parteiergebnisse. Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, Jahrestagung des DVPW-Arbeiteskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ 2011.

Holger Schatz, Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Leistungsprinzips und seine neoliberale Rekonstruktion, Münster 2004.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Wolfgang Schäuble, Das soll Mitte sein?, in: Frankfurter Rundschau, 09.02.2001.

Andreas Schedler, Die demoskopische Konstruktion von ‚Politikverdrossenheit', in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 34 (1993) H. 3, S. 414-435.

Helmut Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung eines empirisch-soziologischen Tatbestandes, Stuttgart 1955.

Helmut Schelsky, Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse gegenwärtiger Gesellschaft, in: Ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf 1965, S. 331-336.

Helmut Schelsky, Planung der Zukunft. Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität, in: Soziale Welt, Jg. 17 (1966) H. 2, S. 155-172.

Michael Schetsche, Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm, Wiesbaden 2008.

Veronika Schmid u. Matthias Bös, Aufbruchsstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden? Der Glaube an eine gerechte Welt und die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Berlin 2010, S. 107-127.

Gardemarie S Schmitz, Bedeutung der Selbstwirksamkeit für emotional kompetentes Verhalten, in: Maria von Salesch (Hg.), Emotionale Kompetenzen entwickeln. Grundlagen in Kindheit und Jugend, Stuttgart 2002, S. 207-225.

Gerald Schneider, Sozialwissenschaftliche Hermeneutik und „strukturale" Systemtheorie. Zu den Grenzen und Entwicklungsmöglichkeiten der „objektiven Hermeneutik", in: Detlef Garz und Klaus Kraimer (Hg.), Die Welt als Text. Theorie, Kritik und Praxis der objektiven Hermeneutik, Frankfurt a. M. 1994, S. 153-194.

Ariane Schorn, Das themenzentrierte Interview. Ein Verfahren zur Entschlüsselung manifester und latenter Aspekte subjektiver Wirklichkeit, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Jg. 1 (2001) H. 2.

Gerhard Schröder, Rede des SPD-Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des Kongresses „Die Mitte in Deutschland" am 20.02.2002 in Berlin, online einsehbar unter http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,3200,00.pdf [eingesehen am 03.02.2009].

Gerhard Schröder u. Tony Blair, Schröder-Blair-Papier. Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, online einsehbar unter http://bnla17.landshut.org/spdvib/041199/original.htm [eingesehen am 20.02.2009].

Gerhard Schröder, Rede, 17.04.1998, online einsehbar unter http://www.april1998.spd-parteitag.de/schroeder.html [eingesehen am 19.02.2009].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Jörg Schulte-Altedorneburg, Editorial, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland, Bad Homburg v.d.Höhe 2006, S. 7-8.

Tanjev Schultz, Die lauernde Angst vor dem Abstieg, in: Süddeutsche Zeitung, 15.09.2010.

Dagmar Schulz, Zum Leistungsprinzip in der DDR. Politische und Pädagogische Studien, Böhlau 1998.

Gerhard Schulze, Soziologie des Wohlstands, in: Huster, Ernst-Ulrich (Hg.), Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung, Frankfurt a. M. 1997, S. 261-285.

Martin Schürz, Kein Abschied von der Mitte, in: Die Zukunft.at, 10.07.2011.

Marlen Schutz, Quick and Easy!? Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft, in: Dies. u.a. (Hg.), Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Anwendung 2012, S. 9-22.

Denis A. Sdwischkow, Der einsame Bildungsbürger auf der Suche nach der Mitte. Russland im Deutschlandkonzepts Thomas Manns, in: Weimarer Beiträge, Jg. 45 (1999) H. 2, S. 180-198.

John R. Searle, Wie wir die soziale Welt machen. Die Struktur der menschlichen Zivilisation, Berlin 2012.

Lu Seegers, Prominenz und bürgerlicher Wertewandel in der Bundesrepublik, 1965-1980. Konzeptionelle Überlegungen zur Deutung deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert, in: Gunilla Budde u.a. (Hg.), Göttingen 2010, S. 273-284.

Josef W. Seifert, Moderation & Kommunikation, Offenbach 1999.

Leistung und Sicherheit, Zeit für Taten. Regierungsprogramm 2002/2006 von CDU und CSU, online einsehbar unter http://www.cdu.de/doc/pdfc/regierungsprogramm-02-06-b.pdf [eingesehen am 05.01.2009].

Nora Skopek u. Karin Kolb, Einkommensreich – vermögensarm?, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 22 (2012), S. 163-187.

Heike Solga, Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Die Erwerbschancen gering qualifizierter Personen aus soziologischer und ökonomischer Perspektive, Leverkusen 2005.

Soziale Segregation und sozialer Raum, Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse, Eine Studie im Auftrag des vhw-Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V., Heidelberg 2008.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. , Berlin, 2013 abrufbar unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile [zueletzt eingesehen am 14.05.2013].

Die SPD, Beschlüsse des ordentlichen Bundesparteitages der SPD. Dresden, 13.-15. November 2009, online einsehbar unter http://www.spd.de/linkableblob/1780/data/beschlussbuch_bundesparteitag_dresden_2009.pdf [eingesehen am 06.11.2012].

Annette Spellerberg, Gesellschaftliche Dauerbeobachtung anhand von Lebensstilindikatoren, in: Stefan Brink u. Heinrich A. Wolf (Hg.), Gemeinwohl und Verantwortung. Festschrift für Hans Herbert v. Arnim, Berlin 2004, S. 297-315.

Tim Spier, Bleibt alles anders?, in: INDES, H. 0/2011, S. 138-143.

Tim Spier u. Markus Klein u.a. (Hg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011.

Alexander D. Stajkovic u. Fred Luthans, Social Cognitive Theory and Self-Efficacy. Going Beyond Traditional Motivational and Behavorial Approaches, in: Organizational Dynamics, Jg. 26 (1998) H. 4, S. 62-74.

„Die Mitte stärken!“, Kampagne der FPD, online einsehbar unter http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show-articlephp/c-1076/-lkm-743/i.html [eingesehen am 23.02.2008].

Statistisches Taschenbuch Niedersachsens 2010, online einsehbar unter http://www.wlh.eu/fileadmin/wlh_upload/news/News_2010/Statistisches_Taschenbuch_Niedersachsen_Ausgabe_2010_1_.pdf [eingesehen am 12.08.2010].

Frank-Walter Steinmeier, Verantwortung für Deutschland, online einsehbar unter http://www.frank-walter-steinmeier.de/_pdf/081018_rede_bpt_steinmeier [eingesehen am 10.03.2009].

Simon Stewart, Culture and the Middle Classes, Farnham 2010.

Bertelsmann Stiftung (Hg.), Die Mittelschicht unter Druck?, Gütersloh 2013.

Jörg Strübing, Grounded Theory. Zur sozialtheoretishen und epistemolgoischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung, Wiebaden 2004.

Martin Teigler, Rüttgers bleibt vorerst im Amt, in: Rheinische Post, 10.05.2010.

Bernd Ulrich, Im Land der Opfer, in: Die Zeit, 17.04.2008.

Nina Verheyen, Unter Druck. Die Entstehung individuellen Leistungsstrebens um 1900, in: Merkur, Jg. 66 (2012) H. 5, S. 382-390.

Michael Vester, Gibt es eine „neue Mitte“?, in: Perspektiven des demokratischen Sozialismus, Jg. 17 (2000), S. 17-30.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Michael Vester u. Peter von Oertzen, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2001.

Michael Vester, Soziale Milieus und die Schieflage politischer Partizipation, in: Drews, Albert (Hg.), Politisch nicht mehr erreichbar? Politikverdrossenheit und soziale Milieus, Rehburg-Loccum 2009, S. 9-56.

Michael Vester, „Orange", „Pyramide" oder „Eieruhr"? Der Gestaltwandel der Berufsgliederung seit 1990, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 55-77.

Berthold Vogel, Wohlstandspanik und Statusbeflissenheit. Perspektiven auf die nervöse Mitte der Gesellschaft, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 23-41.

Berthold Vogel, Die Furcht vor dem Weniger, in: Soziale Fortschritt, H. 12/2011, S. 274-281.

Thomas Volkmann, Die Mitte unter Druck. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Hg.), o.J., online einsehbar unter http://umsteuern.org/wp-content/uploads/2009/06/2_mitteunterdruck_284s_i.pdf [eingesehen am 28.04.2013].

Gert G. Wagner, Die Inflation der Mittelschicht-Begriffe führt in die Irre, in: DIW Wochenbericht 20.12.2012, online einsehbar unter http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.413137.de/12-51-3.pdf [eingesehen am 22.12.2012].

Franz Walter, Populismus für die Mitte, in: Süddeutsche Zeitung, 05.01.2012.

Franz Walter, Katholisches Milieu und politischer Katholizismus in säkularisierten Gesellschaften. Deutschland, Österreich und die Niederlande im Vergleich, in: Tobias Dürr u. Ders. (Hg.), Solidargemeinschaft und fragmantierte Gesellschaft. Parteien, Milieus und Verbände im Vergleich, Opladen 1999, S. 44-71.

Franz Walter, Der Kanzler und seine Intellektuellen, in: Ders., Träume von Jamaika. Wie Politik funktioniert und was die Gesellschaft verändert, Köln 2006, S. 87-92.

Franz Walter, Neue Panik in der Mitte, in: Internationale Politik, Jg. 63 (2008), S. 92f.

Franz Walter, Im Herbst der Volksparteien. Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld 2009.

Franz Walter, Gelb oder Grün. Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010.

Franz Walter u. Christian Werwath u.a., Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit, Baden-Baden 2011.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Franz Walter, Populismus und Demokratie, in: Alexander Hensel u. Daniela Kallinich u. Katharina Rahlf (Hg.), Parteien, Demokratie und gesellschaftliche Kritik. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2010, Stuttgart 2011, S. 225-227.

Franz Walter, Ist Populismus ein Übel? . Über Rationalismus, Deformationen und Defizite der herrschenden Elite in der Demokratie, in: Forschung & Lehre, H. 7/2012, S. 536-538.

Franz Walter u. Stine Marg, Von der Emanzipation zur Meriotkratie. Betrachtungen zur 150-jährigen Geschichte von Arbeiterbewegung, Linksintellektuellen und sozialer Demokratie, Göttingen 2012.

Franz Walter, Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts, in: Stine Marg u. Lars Geiges u.a. (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg 2013, S. 299-341.

Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. „Klassen", „Stände" und „Parteien", in: Horst Baier u.a. (Hg.), Tübingen 2001, S. 252-272.

Hans-Ulrich Wehler, Deutsches Bürgertum nach 1945: . Exitus oder Phönix aus der Asche?, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 27 (2001) H. 4, S. 617-634.

Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013.

Wolfram Weimer, Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit. Warum die Krise uns konservativ macht, Gütersloh 2009.

Christoph Weischer, Die Modellierung des sozialen Raumes, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 107-134.

Martin Werding, Die Mittelschicht macht reich, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.12.2008.

Martin Werding u. Marianne Müller, Globalisierung und Gesellschaftliche Mitte, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland, Ein Lagebericht, Bad Homburg v. d. Höhe 2007, S. 104-161.

Andreas Werneth, Einführung in die Interpretationstechnik der objektiven Hermeneutik, Wiesbaden 2006.

Nikolaus Werz, Einleitung. Populismus und Populisten, in: Ders. (Hg.), Populismus. Populisten in Übersee und Europa 2003, S. 15-43.

Guido Westerwelle, Die vergessene bürgerliche Mitte, in: Die Welt, 03.03.2008.

Guido Westerwelle, Interview, in: Passauer Neue Presse, 04.12.2007.

Guido Westerwelle, Interview, in: Saarbrückener Zeitung, 19.12.2007.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Bettina Wiguny u. Lisa Nienhaus, Mitten in Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.05.2008.

Heinrich August Winkler, Extremismus der Mitte?, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 20 (1972), S. 175-191.

Heinrich August Winkler, Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979.

Carsten Wippermann u. Carsten Wippermann, Wege zur Gleichstellung heute und morgen. Sozialwissenschaftliche Untersuchung vor dem Hintergrund der Sinus-Milieus 2001, Forschungsergebnisse von Sinus Sociovision GmbH für das Bundesministerium für Famlie, Senioren, Frauen und Jugend, Heidelberg 2007.

Carsten Wippermann u. Marc Calmbach, Männer: Rolle vorwärts, Rolle rückwärts? Identitäten und Verhalten von traditionellen, modernen und postmodernen Männern, Opladen 2009.

Carsten Wippermann, Milieus in Bewegung. Werte, Sinn, Religion und Ästhetik in Deutschland, Das Gesellschaftsmodell der DELTA-Milieus als Grundlage für die soziale, politische, kirchliche und kommerzielle Arbeit 2011.

Katha Wippermann u. Carsten Wippermann, Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern. Einstellungen, Erfahrungen und Forderungen der Bevölkerung zum „gender gap“, Osnabrück 2008.

Stephan Wolf u. Claudia Puchta, Realitäten zur Ansicht. Die Gruppeniskussion als Ort der Datenproduktion, Stuttgart 2007.

Walter Wüllenweber, Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land rounieren – und wer davon profitiert, Stuttgart 2012.

Michael Young, Es lebe die Ungleichheit Auf dem Wege zur Meritokratie 1961.

Frithjof Zerger, Klassen, Milieus und Individualisierung. Eine empirische Untersuchung zum Umbruch der Sozialstruktur, Frankfurt a. M. 2000.

Slavoj Zizek, Der entkoffeinierte Andere. der Freitag, in: http://www.freitag.de/datenbank/freitag/2010/40/der-entkoffeinierte-andere (eingesehen am 08.Oktober 2010), 2010.

Slavoj Žižek, Das „unendliche Urteil“ der Demokratie, in: Demokratie? Eine Debatte, Frankfurt a. M. 2012, S. 116-136.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839427286 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND